

1964

Günther



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Unterschiede in der Rechnungslegung im Bereich des
englischen, amerikanischen, sowjetrussischen und
deutschen Rechnungswesens unter besonderer Berück-
sichtigung der Einflußnahme der Wirtschaftsprüfungs-
organisationen auf die Ausgestaltung der Bilanzierungs-
und Bewertungsvorschriften und der Bilanztheorien

Inauguraldissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main



vorgelegt
von
Diplom-Kaufmann Erich Günther
Frankfurt am Main
1964

Erstgutachter : Professor Dr. Loitlsberger
Zweitgutachter : Professor Dr. Hagenmüller
Tage der mündlichen Prüfung : 18., 22. und 25. Juli 1964
Tag der Promotion : 25. Juli 1964

<u>G l i e d e r u n g</u>	<u>Seite</u>
<u>Einleitung</u>	9
1. Die Charakterisierung der Problemstellung	9
2. Themenabgrenzung und Aufbau der Arbeit	16
3. Die Behandlung des Themas in der Literatur	19
4. Die geschichtliche Entwicklung der Rechnungs- legungsvorschriften in den Vergleichsländern	29
A. Die Rechnungslegung der Unternehmungen in den Vergleichsländern unter dem Gesichtspunkt formeller und materieller Probleme	38
I. Die Bedeutung des Companies Act, des Securities Exchange Act, des Aktiengesetzes und der russischen Bilanzierungsvorschriften als Ausgangspunkt unserer Analyse	38
II. Die Grundlage der formellen Rechnungs- legungsvorschriften in den Vergleichs- ländern	51
1. Die Möglichkeit erweiterter Rechnungs- legung durch Erschließung zusätzlicher Informationsquellen	54
2. Die allgemeinen Erfordernisse der formellen Rechnungslegung	66
3. Die Analyse der Gliederungsvorschriften und ihre Eignung als Beurteilungskri- terium der wirtschaftlichen Lage	75
III. Die Rechnungslegung im Blickpunkt materieller Gesichtspunkte	133
1. Allgemeine Analyse der Bewertungs- vorschriften	133
2. Die Bewertungsgrundsätze für das Anlagevermögen	137
3. Die Bewertungsgrundsätze für das Umlaufvermögen	138

	<u>Seite</u>
IV. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmungen anhand der Jahresabschlüsse	142
1. Die Ermittlung des richtigen Periodengewinns	142
2. Die Wahl des richtigen Gewinnbegriffes	147
3. Die Bedeutung des Vorsichtsprinzips bei der Ermittlung des Periodengewinns	150
a) Die Problematik der stillen Reserven	164
aa) Die offizielle Einstellung in England	165
bb) Der Einfluß der stillen Reserven auf die Rechnungslegung in materieller Hinsicht	167
4. Die Aussagefähigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Gesichtspunkt einer periodengerechten Gewinnermittlung	170
5. Die Beurteilung der Gewinnerwartungen mit Hilfe der Jahresabschlüsse	186
6. Der Ausweis von Liquiditätserwartungen als Bestimmungsfaktor der wirtschaftlichen Lage	190
V. Die Wesensunterschiede im Rechnungswesen der sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftssysteme	196
1. Die Unterschiede in der Kostenstruktur	199
a) Kostendenken, Kostenaufbau und Kostenerfassung im sowjetischen Wirtschaftssystem	199
b) Systembedingte Kostenabweichungen gegenüber den westlichen Vergleichsländern	201
2. Die Unterschiede in der Erlösstruktur	202
a) Die Problematik des echten und des unechten Betriebserfolges	203
b) Der Ausweis der Rentabilität	204

	<u>Seite</u>
3. Kritische Analyse des Aussagewertes östlicher Tatsachen- und Zahlen- berichte	206
a) Die Kenntnis der Verhältnisse als Voraussetzung für eine richtige Beurteilung	206
b) Die Glaubwürdigkeit sowjetischer Tatsachen und Zahlenberichte	207
c) Die Interpretation dieser Berichte	209
VI. Zusammenfassung	210
 B. Die Gewinn- und Verlustrechnungen der Ver- gleichsländer in kritischer Betrachtung	 214
I. Die Ausgestaltung der GuV-Rechnung in Ländern mit überwiegend marktwirtschaft- lichem System (England, USA, Westdeutsch- land)	214
II. Die Gewinn- und Verlustrechnung in Ländern mit sozialistischem Wirt- schaftssystem	225
III. Vergleichende Analyse der die Gewinn- und Verlustrechnung bestimmenden äußeren Faktoren	231
1. Gesetzgebende Institutionen	232
2. Allgemeine Zweckmäßigkeit der Gliederungsvorschriften für die Gewinn- und Verlustrechnung	233
3. Spezielle Zweckmäßigkeit der Gliederungsvorschriften	235
4. Der Elastizitätsgrad der Vorschriften	237
IV. Analyse des unterschiedlichen Aufbaus der Gewinn- und Verlustrechnung in den einzelnen Vergleichsländern	240
1. Der sachliche Aufbau der GuV-Rech- nung	240
2. Der innere Aufbau der GuV-Rechnung	241
3. Der äußere Aufbau der GuV-Rechnung	246
4. Der rechentechnische Aufbau der GuV-Rechnung	248

	<u>Seite</u>
V. Analyse der ausgewiesenen Positionen der GuV-Rechnung in den Vergleichsländern	249
1. Aufwendungen und Erträge bei bereichsmäßiger Gliederung	255
2. Neutrale Aufwendungen und Erträge	256
3. Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Bildung und Auflösung von Rücklagen	259
4. Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Bildung und Auflösung von Rückstellungen	261
5. Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit Konzernverbindungen, Gewinn- und Verlustübernahmeverträge	264
6. Die Betrachtung des Gewinn- und Verlustsaldos in den Vergleichsländern	267
VI. Die Schlußfolgerungen aus der Analyse der GuV-Rechnungen der Vergleichsländer	269
1. Die Abhängigkeit des Publizitätsgrades der GuV-Rechnung von der die Gliederung bestimmenden Institutionen	269
2. Die Wechselwirkungen zwischen den praktischen Zielsetzungen der veröffentlichten GuV-Rechnungen und ihren theoretischen Zwecksetzungen	272
3. Praktische Zielsetzungen und theoretische Zwecke als Bestimmungsfaktor der Gliederungsprinzipien	274
VII. Zusammenfassung	275

C.	Die Einflußnahme der Wirtschaftsprüfungs- organisationen auf die theoretische und praktische Ausgestaltung der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften	279
I.	Die Einflußnahme der Wirtschaftsprüfungs- organisationen auf den Erlaß von gesetz- lichen Vorschriften auf dem Gebiete der Rechnungslegung	279
II.	Die Empfehlungen der Wirtschaftsprüfungs- organisationen zur Bilanzierung des Anlage- und Umlaufvermögens	289
1.	Die Bilanzierung und Erfolgsermittlung nach den Auffassungen der englischen Wirtschaftsprüfungsorganisationen	290
2.	Die Bewertungsempfehlungen des American Institute of Certified Public Accountants	297
a)	Bilanzierungsgrundsätze des American Institute of Certified Public Accountants für die Bewertung des Umlaufvermögens	299
b)	Die Bewertungsempfehlungen für das Anlagevermögen	303
c)	Sonstige Bewertungsempfehlungen	305
3.	Die Bedeutung des deutschen Institutes der Wirtschaftsprüfer für Bewertungs- und Gliederungsfragen	306
III.	Die Rechnungslegung der Vergleichs- länder unter dem Aspekt bilanz- theoretischer Auffassungen	307
1.	Die allgemeinen Verhältnisse in den Vergleichsländern	307
2.	Die Bilanztheorie von Norris	309
a)	Die Problemstellung	309
b)	Kritische Stellungnahme	313

	<u>Seite</u>
3. Die Gedankengänge von Bray	315
a) Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungsweise	315
b) Theoretische Grundlagen seines Systemgedankens	316
c) Kritik	322
Schlußbetrachtungen	327
Literaturverzeichnis	330

E i n l e i t u n g

1. Die Charakterisierung der Problemstellung

Diese Untersuchung, die die Rechnungslegung im Bereich des englischen, amerikanischen, deutschen und sowjetrussischen Rechnungswesens behandelt, gehört dem Gebiet der vergleichenden Betriebswirtschaftslehre an. Für Deutschland ist sie von ganz besonderer Aktualität; wegen der bevorstehenden Aktienrechtsreform erscheint es durchaus sinnvoll, einen Blick über die Grenzen zu werfen, um vielleicht aus den anderen Ländern brauchbare Anregungen aus den dort bestehenden und praktizierten Regelungen zu empfangen.

In erster Linie berücksichtigt die Untersuchung die Grundsätze ordnungsmäßiger Rechnungslegung; die aktienrechtlichen Vorschriften spielen im Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Analyse nur eine untergeordnete Rolle.

Auch für die Beurteilung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Aktiengesellschaft gegenüber dem Ausland, insbesondere dem gemeinsamen europäischen Markt, vermag die Arbeit einige Hinweise zu geben. Dies erscheint besonders wichtig, da in einigen Jahren die volle Konkurrenz zwischen den Industrien der beteiligten Staaten verwirklicht werden soll. Darüber hinaus sind aber auch die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den Vereinigten Staaten so eng, daß ein Vergleich der Rechnungsvorschriften unter diesem Gesichtspunkt nicht nur zweckmäßig, sondern auch notwendig erscheint.

Die Schwierigkeit der Analyse liegt darin, daß außer den Regelungen in Staaten mit marktwirtschaftlichem Wirtschaftssystem (USA, England, BRD) auch die Vorschriften der Ostblockstaaten (UdSSR, DDR) behandelt werden. Gegen ein solches Verfahren kann man wichtige Gründe vorbringen; dennoch erscheint es nicht vertretbar, auf die eventuell sich aus den Rechnungslegungsvorschriften der UdSSR ergebenden Anregungen zu verzichten.

Für einen Vergleich der Publizitätsauswirkungen kommt die in der UdSSR praktizierte Handhabung nicht in Betracht; es handelt sich bei den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der UdSSR nur um interne Aufstellungen, die nach Maßgabe zentraler Planungsbehörden ausschließlich diesen für Kontroll- und Dispositionszwecke zur Verfügung stehen.

In der Problemstellung befaßt sich die Untersuchung mit der Frage, welche Bilanz (gliederung) die wirtschaftliche Lage einer Unternehmung am besten wiedergibt.

Hier bedarf nun zunächst der Begriff der wirtschaftlichen Lage einer Klärung. Nach Moxter ¹⁾ beurteilt man die wirtschaftliche Situation einer Unternehmung mit Hilfe folgender Faktoren :

- a) durch die erzielten Periodenerfolge (Analyse der Aufwands- und Ertragsarten)
- b) durch Anhaltspunkte über zukünftige Gewinnerwartungen (Rentabilitätsaussichten)
- c) durch die Liquiditätslage und die finanziellen Reserven
- d) durch die Verschuldungsverhältnisse.

Die Bilanzen (Gliederungsprinzipien) der Vergleichsländer sollen daraufhin untersucht werden, inwieweit in ihnen die oben genannten Determinanten der wirtschaftlichen Lage verwirklicht sind. Aber nicht nur mit Hilfe von Gliederungsvorschriften kann dieses Ziel erreicht werden; es bedarf auch der Hinzuziehung materieller Bilanzierungsvorschriften. So müssen beispielsweise zur Beurteilung des richtigen Gewinnausweises in der Bilanz Ausführungen über die Problematik der betriebswirtschaftlich richtigen Abschreibungen und die Frage der stillen Reserven erfolgen.

Es erscheint uns deshalb eine gemeinsame Behandlung der materiellen Rechnungslegungsvorschriften von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zweckmäßig, da ein internationaler Vergleich der materiellen Aussagefähigkeit der einzelnen

1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten" Köln u.Opladen 1962, S.1

Bilanzpositionen ohne Einbeziehung der Gewinn- und Verlustrechnung von fraglichem Wert bleiben muß. Die Analyse der Gewinn- und Verlustrechnungs-Vorschriften erstreckt sich also lediglich auf die äußere Gestaltungsmöglichkeit.

Die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften bestimmt nicht allein der Gesetzgeber. Selbstverständlich haben juristische Vorschriften auf die rechtliche und tatsächliche Ausgestaltung der Rechnungslegung eine große Einwirkungskraft (vgl. hierzu besonders § 131 - 133 AktG); es darf dabei jedoch nicht übersehen werden, daß im Rahmen unserer Untersuchung die betriebswirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten von großer Bedeutung sind. Keineswegs kommt nur den juristischen Vorschriften eine bindende Kraft zu.

Besonders von Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftsprüfungsorganisationen (Institut der Wirtschaftsprüfer, American Institute of Certified Public Accountants, Institute of Chartered Accountants and Auditors), Fachverbänden, Industrie- und Handelskammern und anderen Institutionen wurden Vorschläge und Gutachten ausgearbeitet, die für die betriebswirtschaftlich zweckmäßige Gestaltung des Rechnungswesens und speziell der Rechnungslegung von allergrößter Bedeutung sind.

Namentlich die Tätigkeit des deutschen Institutes der Wirtschaftsprüfer sowie der englischen und amerikanischen Wirtschaftsprüfungsorganisationen auf dem Gebiete der Bilanzierung und Erfolgsermittlung ist besonders verdienstvoll; verständlicherweise sind die Wirtschaftsprüfer und Accountants im Zusammenhang mit der aktienrechtlichen Pflichtprüfung an einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung interessiert.

In der Praxis ist es nur von untergeordneter Bedeutung, ob diese Grundsätze und Richtlinien schon Gewohnheitsrecht und damit von rechtlicher Wirksamkeit sind oder ob lediglich unter dem Druck der Verbände oder Institutionen die Einhaltung der Vorschriften geschieht.

Als Beispiel soll nur auf die Bewertungsgutachten des Institutes der Wirtschaftsprüfer verwiesen werden, die in der Bewertungspraxis von großer Bedeutung sind.

Es erhebt sich aber die Frage, ob ein Teil der nicht eindeutig festgelegten Vorschriften für einen internationalen Vergleich der Rechnungslegungsbestimmungen greifbar sind.

Es ist in der folgenden Untersuchung nicht ausreichend, nur die Gliederungs- und Bewertungsfragen isoliert zu betrachten, sondern auch die wirtschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten des betreffenden Vergleichslandes zu berücksichtigen, in dem diese Vorschriften erlassen sind.

Zunächst ist eine Klärung des Begriffsinhaltes "Aktiengesellschaft" in den einzelnen Vergleichsländern herbeizuführen. Hieraus lassen sich schon gewisse Folgerungen für die unterschiedliche Behandlung des Jahresabschlusses ziehen.

Ferner müssen auch solche Informationsmöglichkeiten berücksichtigt werden, die nicht in einem unmittelbaren Verhältnis zur Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung stehen. Es kommen hierfür der Geschäftsbericht, der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer, Aktionärsbriefe, Vorstands- und Aufsichtsrats-sitzungsprotokolle, Jubiläumsfestschriften usw. in Frage, soweit sie zu Fragen der aktienrechtlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften und der Erfolgsermittlung Stellung nehmen.

Bereits einleitend wurde auf die Einbeziehung der Gliederungs- und Bewertungsvorschriften in der Sowjetunion und in der sog. DDR hingewiesen. Da diese Analyse unter dem Gesichtspunkt eines Vergleiches geschieht, mag ein solches Verfahren als problematisch erscheinen. Von östlicher als auch von westlicher Seite wurde auf die durch das unterschiedliche Wirtschaftssystem bedingte verschiedenartige Aufgabenstellung hingewiesen.

So erklärt Schmalenbach,¹⁾ daß im sozialistischen System infolge der weitgehenden Ausschaltung des Marktpreises die Aussagefähigkeit der Wertrechnung stark eingeschränkt ist und gegenüber der Mengenrechnung stark in den Hintergrund tritt.

1) Schmalenbach: "Dynamische Bilanz", Leipzig 1948, S. 5

Es erhebt sich die Frage, ob infolge der verschiedenartigen Aufgabenstellung nicht ein dualistisches Rechnungswesen entstanden ist, das jeden Vergleich unmöglich macht.

Fielitz ¹⁾ führt aus, "das Rechnungswesen sei in der sozialistischen Wirtschaft in eine Summe von Statistiken aufgelöst, wobei die Buchhaltung lediglich als Instrument der Planabrechnung Bedeutung habe, im übrigen aber nur Magd der Statistik sei. Auch habe das totalitäre Wirtschaftssystem auf die Betriebswirtschaft abgefärbt."

Diese Meinung ist zweifellos zu scharf. Zwar fehlt der sozialistischen Wirtschaftsordnung das organische Wachstum der marktwirtschaftlichen Konzeptionen; sie sind vielmehr gestaltet worden, um irgendwelche Doktrinen zu realisieren. Unseres Erachtens ist jedoch das Endziel jedes Betriebes und jeder Betriebswirtschaftslehre unabhängig von der Verwirklichung einer bestimmten Wirtschaftsordnung: die Realisierung des Rationalprinzips. Sowohl der kapitalistische als auch der sozialistische Betrieb muß sich um eine optimale Wirtschaftlichkeit bemühen. Die Steigerung der Rentabilität ist für beide gleich wichtig "da beide möglichst viel akkumulieren wollen und müssen". ²⁾

Gerade für die Bestimmung der Mengenplanungen und die Kontrolle der Wirtschaftspläne ist eine exakte Rechnungslegung notwendig und von ungleich größerer Wichtigkeit als in den westlichen Vergleichsländern. Unschwer läßt sich dies auch an der Führungshierarchie des Sowjetbetriebes erkennen, in dem der Buchhalter nach dem Betriebsleiter die wichtigste Stellung einnimmt.

Der Auffassung von Mellerowicz, ³⁾ es gäbe kein sozialistisches oder kapitalistisches, sondern nur ein gutes oder schlechtes Rechnungswesen, ist im Prinzip zuzustimmen.

1) Fielitz Hans: "Das Rechnungswesen der sowjetischen Wirtschaft im Vergleich zum Rechnungswesen der freien Wirtschaft" in ZfB 1956, S.235 ff.

2) Mellerowicz: "Betriebswirtschaftslehre und politische Ökonomie" in "Deutsche Finanzwirtschaft" 3:Jg. Nr.15, S.519

3) Mellerowicz: a.a.O., S. 527

Zwischen den einzelnen Betrieben darf man wohl keine allzu großen Unterschiede konstruieren. Wenn auch die offizielle, östliche Sprachregelung die betriebswirtschaftliche Lehre als verwerflich und nur der kapitalistischen Profitgier dienend hinstellt, so kann man in diesem Zusammenhang doch auf Lenin hinweisen, der den Kommunisten anempfiehlt, "bei den bürgerlichen Spezialisten, darunter auch bei den Händlern, den kleinkapitalistischen Genossenschaftlern und den Kapitalisten in die Lehre zu gehen." ¹⁾

Letzten Endes ist in Rußland auch danach verfahren worden. Bis zur Mitte der 1930er Jahre propagierte man die Idee der zentralen Planung bis in die kleinste Betriebsabteilung; erst dann zwang die wachsende Ausdehnung der Volkswirtschaft zur Einführung des sogenannten Chosrast-schot Prinzips (Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit). ²⁾

Dieses System ist auch in der sog. DDR unter der offiziellen Bezeichnung "Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung" bekannt. ³⁾ Es besagt, daß der Betrieb vermögensmäßig und in seiner Geschäftstätigkeit volle Handlungsfreiheit erhält und für alle übernommenen Verpflichtungen zu haften hat. Man teilt dem Unternehmer bestimmte Umlaufmittel zu, läßt ihn eigene Konten und ein selbständiges in sich geschlossenes Rechnungswesen führen.

In engem Zusammenhang mit dem Rechnungswesen steht in der UdSSR das Revisionswesen, das ein unersetzlicher Faktor für die Überwachung und zeitgerechte Durchführung der Wirtschaftspläne darstellt.

Ihm müssen wir im Verlauf unserer weiteren Analyse in der Gegenüberstellung mit den westlichen Ländern weitere Beachtung schenken.

1) Lenin: "Ausgewählte Werke, Deutsche Ausgabe" Bd.2, Moskau 1947, S.860

2) Förster, Wolfg.: "Betriebliche Organisationsformen u. östlicher Wirtschaftsplan" in: Wirtschaftliche Betriebsführung "Die deutsche Unternehmensaufgabe", 7. Dt. Betriebswirtschaftlertag, Berlin 1954, S. 72

3) Oelssner, Fred: "Über die wirtschaftliche Rechnungslegung" Berlin 1952

In der sozialistischen Wirtschaft ist wie in der kapitalistischen Wirtschaft das Gewinnstreben vorherrschend. Als Ziel betrieblichen Handelns dient die Maxime der größten Wirtschaftlichkeit und Rentabilität. Die Unterscheidung liegt jedoch in der Verschiedenartigkeit der Institution, die der Unternehmung die finanziellen Mittel (Grundkapital und Umlaufvermögen) zur Verfügung stellt.

In den westlichen Vergleichsländern wird das Kapital von Gläubigern und Aktionären aufgebracht; allerdings betrieben die Unternehmungen auch Selbstfinanzierung durch Zurückhaltung von Gewinnen.

Die Rechenschaftslegung dient also diesen Interessentengruppen zur Information. Daneben erheben noch weitere Kreise Anspruch auf eine umfassende Rechnungslegung. Zu ihnen gehören die Gewerkschaften, die auf Grund der veröffentlichten Jahresabschlüsse die Grundkonzeption ihrer Lohn- und Gehaltspolitik festlegen sowie der Staat, der aus den veröffentlichten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen wertvolle Hinweise für die Gestaltung seiner zukünftigen Wirtschaftspolitik gewinnt. Natürlich muß bei so vielen Interessentengruppen eine umfassende Rechnungslegung in externer Form erfolgen, die auch durch die entsprechenden Regelungen des Companies Act, des Aktiengesetzes und des Securities Exchange Act statuiert ist.

In der Sowjetunion und der sog. DDR stellt hingegen der Staat die finanziellen Mittel zur Verfügung; er fordert demzufolge auch die Rechenschaftslegung über die Verausgabung der Mittel. Da sonstige Kapitalgeber nicht beteiligt sind und die Öffentlichkeit durch den Staat vertreten wird, hat die Rechnungslegung einen "internen" Charakter. Hier liegt also der große Unterschied, der es dem sozialistischen Staat gestattet, ohne die "lästige" Rücksichtnahme auf die Interessen der Öffentlichkeit und der verschiedenen Interessenverbände die Rechnungslegung viel weiter als in den westlichen Vergleichsländern auszugestalten. Hier zeigen sich aber auch die großen Schwierigkeiten, die unserer Analyse infolge der durch den internen Charakter nur unvollkommenen Informationsmöglichkeiten im Wege stehen.

Wenn man dies erkennt und die sich daraus ergebenden Konsequenzen

zen der Publizität berücksichtigt, erscheint es unbedingt notwendig, die teilweise sehr aufschlußreichen Rechnungslegungsvorschriften der Ostblockstaaten in die vergleichende Analyse mit einzubeziehen.

2. Themenabgrenzung und Aufbau der Arbeit

Rechnungslegung im Sinne dieser Ausführungen ist die Art und Weise, in der die jährlichen Abschlüsse aufzustellen sind. Es kommen also in dieser Analyse die formellen und materiellen Rechnungslegungsvorschriften von Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zur Sprache. Nicht berücksichtigt werden dagegen Bilanzfragen, die mit Kapitalerhöhungen oder mit Verflechtungen von Konzerngesellschaften zusammenhängen. Besonderes Augenmerk verdient die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung und Inventur, da aus ihr die Bilanz und Erfolgszahlen entwickelt werden. Der Begriff Rechnungslegung umfaßt aber auch die gesetzlichen Prüfungsvorschriften, die für die Entwicklung der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung von großer Bedeutung waren.

Die Praxis der Rechnungslegung erfolgt unter 2 Aspekten:

1. im Rahmen der allgemeinen Rechtsvorschriften
2. unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung als Ausfluß der Empfehlungen der Wirtschaftsprüfungsorganisationen.

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, kommt der Analyse der gesetzlichen Vorschriften auf dem Gebiete der Rechnungslegung im Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Untersuchung nur eine untergeordnete Rolle zu; jedoch wäre es falsch, ihren Einfluß völlig zu vernachlässigen.

Ferner beschränkt sich die Arbeit auf einen Vergleich der Rechnungslegungsvorschriften der Aktiengesellschaften oder entsprechender Organisationen (wir verstehen hierunter unter anderem die russischen Staats- und Kollektivwirtschaften), da wir sonst den Rahmen der Analyse zu weit ausdehnen müßten.

Die Einleitung befaßt sich mit einer kurzen Charakterisierung der Problemstellung (besondere Berücksichtigung der beiden Wirtschaftssysteme, die die Analyse erschweren), der Behandlung des

Themas in der Literatur und der geschichtlichen Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den Vergleichsländern.

Die Hauptuntersuchung gliedert sich in drei Hauptteile A, B und C auf.

Zu Beginn des Hauptteiles A erfolgt eine kurze Charakterisierung der Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act, des Securities Exchange Act, des Aktiengesetzes und der Sowjetunion, die den Ausgangspunkt unserer Untersuchung darstellen.

Dann wenden wir unsere Aufmerksamkeit den prinzipiellen Unterschieden im Rechnungswesen der kapitalistischen und sozialistischen Länder zu; besonders interessieren die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Zwecksetzung und der Methoden.

Die Analyse der formellen Bilanzgliederungsbestimmungen ist ebenfalls Bestandteil des Hauptteiles A. Hierbei zeigen sich die zum Teil recht beträchtlichen Unterschiede in den Gliederungsvorschriften der Vergleichsländer; den Möglichkeiten einer erweiterten Rechnungslegung gilt unser besonderes Interesse. Als Beispiel seien hier nur der Geschäftsbericht und der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer erwähnt.

Im Anschluß an die Untersuchung der materiellen Bewertungsvorschriften stellen wir uns die Frage, inwieweit diese Formellen und materiellen Bilanzierungsbestimmungen in den einzelnen Vergleichsländern geeignet sind, die wirtschaftliche Lage einer Unternehmung klar erkennen zu lassen.

Nach allgemeinen Ausführungen über die Ermittlung des richtigen Periodengewinnes (Hauptfaktor zur Bestimmung der wirtschaftlichen Lage) beschäftigen wir uns mit dem Vorsichtsprinzip, das bei dem Ansatz ungewisser Aufwendungen beachtet werden muß. Die negativen Auswirkungen dieses Prinzips auf die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage werden deutlich am Beispiel der Abschreibungen und der stillen Reservebildung erläutert.

Neben der Ermittlung des richtigen Periodenerfolges sind aber auch die zukünftigen Gewinnerwartungen und die finanziellen Verhältnisse für die Bestimmung der wirtschaftlichen Lage von Bedeutung. Die Bilanzen der Vergleichsländer müssen untersucht werden, inwieweit sie auf diese Fragen eine Antwort geben, wobei die Analyse spezifischer Bewertungsprobleme wertvolle

Hilfe leistet.

Der Hauptteil B bringt einen Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung. Auch hier müssen wir auf die unterschiedliche Ausgestaltung der Gewinn- und Verlustrechnung in Ländern mit marktwirtschaftlichem und sozialistischem Wirtschaftssystem hinweisen. Die hieran sich anschließende Analyse der äußeren Faktoren stellt in erster Linie die Zweckmäßigkeit der Gliederungsvorschriften, die Grundzüge der Erfolgsermittlung und den Elastizitätsgrad der Vorschriften heraus. Aus dem unterschiedlichen Aufbau der Gewinn- und Verlustrechnung und der Charakterisierung der ausgewiesenen Positionen ergibt sich der betriebswirtschaftlich zweckmäßigste Aufbau der Gewinn- und Verlustrechnung. Mit dem Hinweis auf die Wechselwirkungen zwischen den praktischen Zielsetzungen der veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnungen und den theoretischen Zwecken der GuV-Rechnung als Bestimmungsfaktor der Gliederungsvorschriften wollen wir den Hauptteil B unserer Untersuchung abschließen.

Der Hauptteil C stellt den Einfluß der Wirtschaftsprüfer auf die ordnungsgemäße Ausgestaltung des Rechnungswesens heraus. Diese Einflüsse sind mannigfacher Art; vor allen Dingen auf dem Gebiet der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ist der Einfluß sehr stark. Naturgemäß ist der Grad der Einflußnahme in den einzelnen Vergleichsländern verschieden groß, was letzten Endes in der organischen Verankerung des Berufes im Wirtschaftsleben der einzelnen Vergleichsländer zum Ausdruck kommt. Daneben widmen sich die Wirtschaftsprüfer aber auch wirtschaftspolitischen Tagesfragen; interessant ist in diesem Zusammenhang der Entwurf des Institutes der Wirtschaftsprüfer zur Aktienrechtsreform. Die jährlichen Bilanzanalysen des American Institute of Certified Public Accountants haben maßgebend zu einer praktischen Verbesserung der Rechnungslegungsvorschriften beigetragen.

Zum Abschluß der Untersuchung soll noch der Einfluß der WP-Organisationen auf die bilanztheoretische Ausgestaltung des Rechnungswesens erörtert werden. Besondere Beachtung verdienen hierbei die angelsächsischen Länder; bei den fast gänzlich fehlenden bilanztheoretischen Untersuchungen fanden die Ausführungen der

Wirtschaftsprüfungsorganisationen besondere Beachtung. Als Beispiel für diese Entwicklungstendenzen wollen wir die Vorschläge von Norris und Bray näher analysieren.

Abschließend sollen die Vereinheitlichungsbestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Rechnungswesens einer näheren Prüfung unterzogen werden.

3. Die Behandlung des Themas in der Literatur

Mit Fragen ordnungsgemäßer Rechnungslegung haben sich schon eine Vielzahl von Veröffentlichungen beschäftigt. In erster Linie sind hier die Untersuchungen der Union Europeenne des Experts Comptables Economiques et Financiers zu nennen, die sich im Rahmen ihrer Kongresse in Florenz (1953) und Brüssel (1955) mit dem Aufbau der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der einzelnen Länder befaßt haben. Bei diesem zweifellos sehr lobenswerten Versuch, eine Vereinheitlichung des europäischen Rechnungswesens zu erreichen, stellen sich aber große Schwierigkeiten heraus, sodaß die Forderungen noch nicht über Ansatzpunkte hinausgekommen sind. Im Rahmen unserer Analyse sind jedoch die bisher erzielten Ergebnisse nicht verwertbar, da weder England, USA noch die UdSSR diesem Gremium angehören. In neuerer Zeit sind von Dr. J. Eßer im Rahmen der Schriftenreihe "Finanzen und Steuern" 2 Schriften erschienen, die sich mit der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung in internationaler Sicht befassen.¹⁾

Diese Untersuchung beschränkt sich aber im wesentlichen auf eine Darstellung der Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung; wobei die Gliederungsfolge an das deutsche Aktienrechtsschema angepaßt ist. Die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften sind dagegen nicht erläutert, außerdem fehlt

1) J. Eßer: "Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung in internationaler Sicht, Schriftenreihe des Institutes Finanzen und Steuern", Heft 56, Bonn 1958

J. Eßer: "Die Gliederung der Bilanz und die übrige Rechnungslegung in internationaler Sicht", Heft 56, Band 2, Bonn 1959

die Untersuchung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der UdSSR. Die Arbeit umfaßt also nur einen Teilbereich unserer Analyse.

Überhaupt läßt ein Studium der neueren deutschen Bilanzliteratur erkennen, daß nur selten der Versuch unternommen wird, ausländische Regelungen in die Diskussion von Bilanzierungs- und Bewertungsfragen miteinzubeziehen.

So ist das deutschsprachige Schrifttum, das sich mit Fragen und Problemen der Bilanzierung in den USA befaßt, fast ausnahmslos älteren Datums. In der Hauptsache handelt es sich hier um Untersuchungen der Autoren Trumpler, Schmaltz und Studt, ¹⁾ auf die man zurückgreifen muß, wenn man sich über amerikanische Bilanzierungsgepflogenheiten informieren will. Die umfangreichste dieser Abhandlungen ist die Untersuchung von Trumpler, die man auch heute noch als deutschsprachiges Standardwerk für amerikanische Bilanzfragen ansehen kann. Trumpler versuchte in diesem Buch in weitgehendem Umfang die Bilanzierungsgepflogenheiten der amerikanischen Praxis darzustellen.

Ein besonderer Vorteil des Buches ist die eingehende Würdigung der Tätigkeit der SEC Behörde, die ja in erheblichem Maße zu einer Verbesserung der amerikanischen Rechnungslegungsvorschriften beigetragen hat. So ist das Buch als Ratgeber für die meisten amerikanischen Bilanzfragen durchaus noch aktuell. Allerdings fehlt die Berücksichtigung der Publikationen des American Institute, die erstmals seit 1939 als sogenannte "bulletins" erscheinen und durchweg Gutachten zu offenen amerikanischen Bilanzfragen darstellen. Zweifellos gibt jedoch das Buch auch heute noch einen sehr guten Einblick in die Problematik amerikanischer Rechnungslegung.

1) Trumpler, Hans: "Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der USA", Basel 1942

Studt, E.: "Die privatwirtschaftliche Erfolgsrechnung in den USA", Bühl 1935

Schmaltz, Kurt: "Bilanz- und Betriebsanalyse in Amerika" Mannheim 1927

Noch älteren Datums ist die Veröffentlichung von Schmaltz, die erstmals im Jahre 1927 erschienen ist. Auch sie befaßt sich sehr eingehend mit Bewertungsfragen. Erwähnenswert ist vor allem die Stellungnahme zu den Veröffentlichungen amerikanischer Autoren, die sich mit Fragen der Bilanzpraxis und der Bilanztheorie beschäftigt haben.

Dennoch ist die Darstellung teilweise veraltet, da durch den Erlaß des Securities Exchange Act und die Tätigkeit der SEC Behörde doch umfassende Veränderungen in der amerikanischen Rechnungslegung eingetreten sind. Wir können deshalb Schmaltz nicht ganz zustimmen, wenn er 1940 behauptet, in der amerikanischen Bilanzpraxis seien seit dem Erscheinen des obengenannten Werkes keine Veränderungen eingetreten.¹⁾

Zeitlich dazwischen liegt die Arbeit von Studt, der sich vornehmlich mit Fragen der Gewinnermittlung und Gliederungsfragen der GuV-Rechnung befaßt.

Daneben erschien noch 1939 eine Arbeit von Wrede, die uns aber leider nicht vorlag.²⁾

Dies gilt auch für eine Untersuchung von Ostermann, die trotz wiederholter Bemühungen nicht zu bekommen war.³⁾ Außerdem erschienen noch mehrere Zeitschriftenaufsätze, die sich mit Teilfragen der amerikanischen Rechnungslegung beschäftigten.⁴⁾

-
- 1) Schmaltz, Kurt: "Die amerikanische Bilanzierungspraxis" in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung" Jahrgang 1948
 - 2) Wrede, E.: "Die neuere amerikanische Erfolgsrechnung" Dissertation München 1939
 - 3) Ostermann, Ursula: "Grundsätze amerikanischer Bilanzierung" Dissertation Berlin 1949
 - 4) Almond, John E.: "Verhältnisse im Accountant Beruf in Kalifornien" in Zeitschrift "Der Wirtschaftsprüfer" 1951, S. 286
- Rätsch, Herbert: "Prüfungsberichte in den USA" in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung" 1952, S. 361
- Farr, Gerhard: "Kontenrahmen in den Vereinigten Staaten von Amerika" in Zeitschr. "Neue Betriebswirtschaft" 1954, S. 6-7
- "Der Jahresabschluß amerikanischer Gesellschaften" in Zeitschrift f. Betriebswirtschaft 1954, S. 53 - 56
- "Eigenheiten der amerikanischen Bilanzierungs- und Rechnungslegungen" in ZfB, 1955, S. 642
- Niehus, Rudolf: "Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage im amerikanischen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses" WPG 1956, S. 321

Neben den wenigen deutschen Veröffentlichungen gibt es aber noch eine Fülle von amerikanischer Literatur, die an dieser Stelle genannt werden muß.

Im Rahmen unserer Untersuchung sind die Publikationen der United States Securities Exchange Commission und des American Institute of Certified Public Accountants am bedeutungsvollsten.¹⁾ Bei den bereits genannten Bulletins des Institute und den Accounting Series Releases der SEC Commission handelt es sich um gutachtliche Äußerungen, die, sofern sie Fragen ordnungsmäßiger Bilanzierung betreffen, in der amerikanischen Praxis allgemeingültige Bedeutung erlangt haben. Bei den "Accounting Trends and Techniques" handelt es sich um einen statistischen Überblick über die Jahresabschlußpraxis von 600 amerikanischen Gesellschaften. Diese Übersicht erscheint jährlich und wird in der Öffentlichkeit stärkstens beachtet. Auch im Rahmen unserer Analyse werden wir auf diese Veröffentlichungen noch zurückkommen. Von der sonstigen amerikanischen Bilanzliteratur ist besonders das "Handbook of modern Accounting Theory" zu nennen, das zu den wenigen amerikanischen Untersuchungen gehört, die sich mit bilanztheoretischen Fragen beschäftigen. Fast ausnahmslos widmet die amerikanische Bilanzliteratur ihr Interesse nur praxisnahen Bilanzierungs- und Bewertungsfragen.

1) Veröffentlichungen des American Institute of Certified Public Accountants, u.a.

- a) Accounting Research Bulletins
- b) Accounting Trends and Techniques, 11. Auflage 1957

Veröffentlichungen der United States Securities Exchange Commission und der New York Stock Exchange

- a) Accounting Series Releases Nr. 1-77
veröffentlicht am 10. März 1956
- b) Annual Reports of the SEC
- c) Regulations S - X, Form and Content of Financial Statements
- d) SEC Decisions and Reports
- e) New York Stock Exchange Company Manual

Dies gilt auch für die unten genannten Autoren. ¹⁾

Auch Untersuchungen über die Rechnungslegung englischer Unternehmungen sind in der deutschen Bilanzliteratur nur sehr spärlich vorhanden. Als Hauptwerk der älteren Literatur ist wieder ein Buch von Trumpler ²⁾ zu nennen, der sich als einer der wenigen deutschsprachigen Autoren eingehend mit ausländischen Bilanzfragen beschäftigt hat. Leider befaßt sich das Buch vorwiegend mit bilanzrechtlichen und steuerrechtlichen Fragen, während die betriebswirtschaftlichen Aspekte der Rechnungslegung, wie Gliederungs- und Bewertungsvorschriften, doch sehr kurz dargestellt werden.

Da die Rechnungslegung in England durch den Erlaß des Companies Act 1948 eine neue Grundlage fand, ist das Buch in seinen Grundzügen veraltet. Dennoch ist es als Einführung in die englischen Bilanzierungsgepflogenheiten durchaus geeignet. Unter der neueren Literatur ist vor allem die Untersuchung von Weiß zu nennen, der sich mit einer eingehenden Analyse der Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act beschäftigt. ³⁾

Diese Arbeit von Weiß ist sehr verdienstvoll, da sie als erste deutsche Untersuchung den Leser mit dem Stand der Rechnungslegung nach Erscheinen des Companies Act 1948 vertraut macht. Breitere Ausführungen erfolgen auch zu dem im Companies Act festgelegten Verbot der stillen Reserven.

1) z.B. Anthony, R.H. "Management Accounting", Illinois 1956
Kane, R.L. "CPA Handbook" 2.Ausg., New York 1953
May, George O.: "Financial Accounting", New York 1946
Paton: "Advanced Accounting", New York 1949
Smith, C.A., Ashburns, Jim G.: "Financial and Administrative Accounting", New York, Toronto, London 1955
Jackson, Hugh: "Accounting Principles" 3.Ausg., New York 1951
Wixon, Rufus: "Accountants Handbook" 4.Ausg., New York 1957

2) Trumpler, Hans: "Das Bilanz- und Steuerrecht der A.G. nach englischem Recht, Basel 1939

3) Weiß, A.: "Die Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act 1948", Aufsatzreihe in: "Die Wirtschaftsprüfung", Stuttgart 1949, 2.Jahrgang. Erläuterungen zum Companies Act in: "Die Wirtschaftsprüfung", Stuttgart 1950, 3.Jahrgang.

Ferner befassen sich die Untersuchungen von Kempchen und Armbrust mit Gliederungs- und Bewertungsvorschriften der Bilanz und der GuV-Rechnung. Die hier gemachten Ausführungen sind jedoch recht knapp und können keineswegs einen ausreichenden Einblick in die angloamerikanische Bilanzierungspraxis geben. ¹⁾

Daneben sind noch zahlreiche Zeitschriftenaufsätze erschienen, die sich mit speziellen Fragen der englischen Rechnungslegung befassen. ²⁾

Unter den englischsprachigen Veröffentlichungen sind im Rahmen unserer Analyse der "Cohen Report" und die Empfehlungen der Wirtschaftsprüfungsorganisationen zu nennen. ³⁾

Besonders bedeutungsvoll sind die "Recommendations on Accounting Principles", die sich auf die Bilanzierung des Anlage- und Umlaufvermögens erstrecken. Erstmals im Jahre 1942 begann das Institute mit einer Sichtung und Beurteilung der praktizierten Konventionen. Neben den oben genannten Zwecken betonen diese den Aufwandcharakter der Abschreibungen, betrachten den Ansatz des Anlagevermögens nicht unter Wertvorstellungen und bejahen den Grundsatz vorsichtiger Bewertung im Rahmen einer den Erfolgstrend nicht störenden Rechnungsweise.

-
- 1) Kempchen, Friedrich: "Die aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften für die Bilanz- und die Gewinn- und Verlustrechnung im Ausland", Mainz 1957
Armbrust, Hans: "Aktienrechtliche Bewertungsvorschriften des Auslandes", Mainz 1954
- 2) Friedländer, Kurt: "11 Jahre Erfahrungen in englischer Accountancy", StuW. 1950, Sp.681-690
Lamont, Malkolm: "Vergleich des schottischen Chartered Accountant mit dem amerikanischen Certified Public Accountant" WPr. 1952, Seite 105
Barth, Kuno: "Die Entwicklung der Unternehmungsrechnung in England und in Deutschland im Spiegel der handelsrechtlichen und der steuerrechtlichen Vorschriften" ZFHF 1953, 5. Jahrgang, Neue Folge Seite 287
Rowland, Stanley W.: "Das britische Prüfungs und Treuhandwesen und seine Beziehungen zur britischen Wirtschaftsentwicklung", in Wirtschaftstreuhand 7 (1938), S.328-334
Lohmann, Martin: "Gesetzliche Reformen im Bilanz- und Prüfungswesen der britischen Kapitalgesellschaft" in WPr. 1948, Seite 229 ff.
- 3) Recommendations on Accounting Principles;
The Institute London 1953.

In negativer Weise macht sich bemerkbar, daß die englischen Accountants in mehrere Organisationen gespalten sind, die sich nicht in einem Spitzenverband zusammengeschlossen haben. Diese Organisationen geben keine gemeinsamen Empfehlungen heraus, sondern haben in bezug auf die Berücksichtigung der Preisschwankungen in Buchführung und Rechnungslegung einander entgegengesetzte Vorschläge unterbreitet. ¹⁾

Von der sonstigen Literatur sind besonders die Veröffentlichungen von de Paula, Bray und Spicer zu nennen. ²⁾ Das Buch von de Paula nennen wir deshalb, da sich der Autor sehr eingehend mit den Anwendungsmöglichkeiten der Empfehlungen des Institute of Chartered Accountants in der englischen Praxis beschäftigt. Bray ist einer der wenigen englischen Autoren, die sich mit bilanztheoretischen Fragen befassen.

Spicer und Pegler sind zwei der bekanntesten Autoren zu englischen Bilanzfragen. Ihr Werk soll gleichzeitig stellvertretend für die durchschnittliche englische Bilanzliteratur sein, die allzusehr auf praktische Untersuchungen ausgerichtet ist und theoretische Gesichtspunkte kaum beachtet.

Die in Westdeutschland zu Fragen der sowjetischen Rechnungslegung erschienene Literatur ist sehr spärlich. Sie beschränkt sich fast ausschließlich auf die Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes der Freien Universität Berlin. Darunter finden sich mehrere Studien der sowjetrussischen Wirtschaftsprobleme; es ist darunter aber keine vorhanden, die speziell zu Fragen der sowjetrussischen Rechnungslegung Stellung nimmt. ³⁾

1) Accounting for Inflation; The Taxation and Research Committee of the Association of Certified and Corporate Accountants, London 1952

2) de Paula: "Developments in Accounting", London 1948
Bray, F.Sewell: "Accounting Principles" in Accounting Research, Okt.1951, Ausg.2, Nr.4
"The Measurement of Profit", Oxford 1949
Spicer & Pegler: "Practical Auditing", 10.Aufl.1951
"Book-Keeping and Accounts", 12.Aufl. London 1950

3) vgl. Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes der Freien Universität Berlin.

Einen wertvollen Einblick in das Rechnungswesen der UdSSR bietet Fielitz mit seinem in der Zeitschrift für Betriebswirtschaft 1956 erschienenen Aufsatz.¹⁾ Er behandelt zunächst die Unabhängigkeit des Rechnungswesens von der jeweils herrschenden Wirtschaftsordnung. Fielitz kommt zu der Auffassung, daß das Rechnungswesen von der Wirtschaftsordnung unabhängig ist. Anschließend beschäftigt er sich mit der Neuordnung des Rechnungswesens auf der Grundlage der marxistischen Theorie. Abschließend bringt er eine Darstellung der Wesensunterschiede in der rechnerischen Erfassung der Betriebstätigkeit in den beiden Wirtschaftssystemen. Daneben sind in westdeutschen Zeitschriften noch einige Aufsätze erschienen, die sich mit Fragen des Rechnungswesens der UdSSR und anderer Ostblockstaaten befassen.²⁾

Außerdem ist für unsere Untersuchung der Aufsatz "Sowjetunion" im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften von Bedeutung.³⁾

Weitaus zahlreicher ist die in der sowjetischen Besatzungszone erschienene Literatur. Darunter befinden sich auch die wichtigsten sowjetrussischen Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Rechnungswesens, die in deutscher Sprache erschienen sind. Da-

1) Fielitz, Hans: "Das Rechnungswesen der sowjetischen Wirtschaft im Vergleich zum Rechnungswesen der freien Wirtschaft", ZfB 1956

2) Koberstein, Günther: "Der Einfluß der Wirtschaftsordnung auf den Aussagewert des Rechnungswesens", BFuP 1952, S.481
Mallews, Kurt: "Entwicklung und Stand der ostzonalen und ostsektoralen Rechnungslegung" (Buchführung und Bilanz) Gesamtüberblick Wpg 1949, S.501 ff., S.541 ff., Wpg 1950 S.12 ff.
Förster, Wolfgang: "Betriebliche Organisationsformen und östlicher Wirtschaftsplan" in Wirtschaftliche Betriebsführung: Die Deutsche Unternehmensaufgabe, 7. Deutscher Betriebswirtschaftlertag, Berlin 1954

3) Vgl. Bettelheim, Ch.: "Sowjetunion/Wirtschaftsverfassung", in Handwörterbuch der Sozialwissenschaft, zugleich Neuaufgabe des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1954, S.332 ff.

mit besteht auch für den interessierten Leser in Westdeutschland die Möglichkeit, sich einen guten Überblick über den Stand des Rechnungswesens in der UdSSR zu verschaffen. Jedoch bietet diese Literatur dem westdeutschen Leser mancherlei Schwierigkeiten. Die Begriffe: Kosten, Aufwand, Ertrag, Abschreibungen usw. haben in der sozialistischen Terminologie eine andere Bedeutung als in dem Rechnungswesen der westlichen Vergleichsländer. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, daß die Darstellung wirtschaftlicher Sachverhalte sehr häufig mit marxistischen Propagandathesen vermischt ist. Zudem bringt fast die gesamte ostdeutsche Literatur nur eine Darstellung der praktischen Handhabung der Methoden des Rechnungswesens; theoretische Untersuchungen zu Fragen der Bilanzierung und Erfolgsermittlung fehlen vollständig.

Für unsere Analyse bedeutungsvoll sind die Untersuchungen von Afenasjew und Goll, ¹⁾ die sich beide eingehend um den Aufbau einer den Erfordernissen der marxistisch leninistischen Wirtschaftstheorie entsprechenden Bilanz und GuV-Rechnung bemüht haben.

Auch die Untersuchungen über Betriebsanalyse sind für unsere Arbeit von Interesse, da in ihnen auch Ausführungen über den Aufbau der Bilanz und die Bewertung der Bilanzpositionen erfolgen. ²⁾

-
- 1) Goll, Günther: "Über Begriffe des Rechnungswesens der volkseigenen Industrie", Berlin 1955, Verlag: "Die Wirtschaft"
Afenasjew: "Die Grundzüge des Aufbaus einer buchhalterischen Bilanz", Verlag: "Die Wirtschaft", Berlin (Ost) 1953
 - 2) Protopopow, S.N.: "Die Betriebsanalyse in der Bauwirtschaft", Berlin (Ost) 1955, deutsche Übersetzung
Rowinski, N.N.: "Der Staatshaushalt der UdSSR", Teil II, Berlin 1953, Verlag: "Kultur und Fortschritt"
Smirnow: "Die Betriebsanalyse im Handel", Berlin (Ost) 1954, Verlag: "Die Wirtschaft"
Scholomowitsch, J.A.: "Die Betriebsanalyse in der Industrie", Berlin (Ost), Verlag: "Die Wirtschaft"

Ferner dienen uns die Aufsätze in der Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft" als Informationsmaterial unserer Analyse. Besonders erwähnenswert ist eine Veröffentlichung von Mellerowicz, der sich mit der Frage beschäftigt, ob zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Rechnungswesen ein Unterschied besteht. Auf Grund seiner Untersuchungen verneint Mellerowicz diese Frage. ¹⁾

In englischer Sprache sind die Veröffentlichungen von Nove und Grossmann zu nennen, die aber keineswegs Spezialuntersuchungen zu Fragen der sowjetischen Rechnungslegung darstellen. ²⁾

Auch das Osteuropa-Institut der Universität Straßburg (Leiter Prof. Dr. Mouskhely) konnte mir keine weitere Spezialliteratur zu Fragen der sowjetischen Rechnungslegung nennen.

Zu Fragen der deutschen Rechnungslegung ist eine derartige Fülle von Veröffentlichungen erschienen, daß es einfach unmöglich ist, an dieser Stelle eine kritische Würdigung dieser Literatur vorzunehmen. Es sei hier nur auf die Veröffentlichungen in den Fachzeitschriften und auf das deutsche Standardwerk von Adler-Düring-Schmaltz verwiesen. ³⁾

Das Buch von Moxter leistete uns mit seiner Analyse der Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Lage wertvolle Dienste. ⁴⁾

-
- 1) Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft", erscheint ab 1948 Mellerowicz: "Betriebswirtschaftslehre und politische Ökonomie" in Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft", 3. Jahrgang, Seite 519
"Die neue Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe" in Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft", Jahrg. 1948, S. 5
 - 2) Nove, Alec: "The Soviet Economy", London 1951
Grossmann, G. "Value and plan" (Druck der California University 1960)
 - 3) Adler-Düring-Schmaltz: "Rechnungslegung und Prüfung der AG", Stuttgart 1956, 3. Auflage
 - 4) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", Köln-Opladen 1962

Abschließend läßt sich sagen, daß die hier genannte Literatur aber nur Kenntnisse eines Teilgebietes vermittelt; die Autoren beschränken sich entweder auf Fragen der Gliederungs- und Bewertungsvorschriften oder beschäftigen sich nur mit Fragen der Erfolgsermittlung, während ein dritter Kreis die Bedeutung der aktienrechtlichen Pflichtprüfung für eine ordnungsmäßige Rechnungslegung herausstellt. Es fehlt aber an einer umfassenden kritischen Durchleuchtung der Rechnungslegungsvorschriften der Vergleichsländer unter dem speziellen Aspekt des Einflusses der Wirtschaftsprüfer, Revisoren und Accountants auf die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften. Mit dieser Arbeit soll versucht werden, die im Schrifttum zweifellos vorhandene Lücke zu schließen.

4. Die geschichtliche Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den Vergleichsländern

Ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften ist deshalb von Bedeutung, weil durch die hierbei gewonnenen Erkenntnisse das Ziel der Analyse, eine Bestimmung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmungen anhand der Jahresabschlüsse vorzunehmen, erleichtert wird.

Außerdem können frühere Regelungen durchaus nützliche Hinweise für die Ausgestaltung der heutigen Rechnungslegungsvorschriften geben.

a) England : Das englische Aktienrecht - das Recht der company limited by shares - ist in dem Companies Act enthalten. ¹⁾ Der

1) Dem deutschen Begriff der AG kommt die Form der "public company limited by shares" am nächsten; der GmbH die "private company limited by shares" und die "exempt private company". Letztere unterliegt nicht den strengen Publizitätsvorschriften des Companies Act 1948. Zur rechtlichen Konstruktion der englischen Kapitalgesellschaften vgl. Bender, H.: "Deutsches und englisches Aktienrecht", Berlin 1937
Preyer, H.D.: "Zur Neuordnung des englischen Aktienrechts", Berlin und Tübingen 1956

für die moderne Form der "limited company" (Ltd) grundlegende Companies Act von 1862 enthielt im Anhang (Table A) eine Muster-satzung und eine Musterbilanz, die dispositiver Natur waren und für die Companies galten, die keine eigene Satzung besaßen (articles of association). Rechnungslegung und Rechnungsprüfung waren gesetzlich noch nicht im Companies Act verankert; interne Regelungen konnten aber durchaus vorgenommen werden. Das Wirtschaftsprüfungswesen war zu dieser Zeit noch nicht so ausgebaut, als daß man von dieser Seite her irgendwelche fest umrissenen Bewertungsgrundsätze erwarten konnte. Die Pflichten der englischen accountants waren nicht sehr weitgehend und ihre Haftung war sehr beschränkt.

So erwähnt Goldschmidt ¹⁾ den Fall Kingston Cotton Mills, in welchem die geringen Pflichten der auditors sehr klar zum Ausdruck kamen. Diese Entscheidung zeigt im Ergebnis, daß der auditor weder die Pflicht habe, die Angaben der Direktoren zu bestimmten Bilanzansätzen auf ihre Vertretbarkeit hin zu prüfen, noch zur Verantwortung herangezogen werden kann, falls sich herausstellt, daß von Seiten der Unternehmungsleitung betrügerische Überbewertungen vorgenommen wurden.

Diese Ausführungen zeigen sehr deutlich, daß zu dieser Zeit in den veröffentlichten englischen Jahresabschlüssen kaum Anhaltspunkte zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens zu finden waren. Erst der Companies Act von 1900 brachte mit der Einführung der Pflichtprüfung eine stärkere Entwicklung der Rechnungslegung. Diese Tendenz wurde durch den Companies Act von 1923 verstärkt, der die Aufstellung einer Bilanz und einer GuV-Rechnung vorsah. ²⁾

Der den Companies Act 1929 vorbereitende Reformausschuß befaßte sich in seinem Report eingehend mit dem Inhalt und der Form der zu veröffentlichenden Bilanzen. ³⁾ Er lehnte die Ver-

1) Goldschmidt: "Zur Abänderung des englischen Aktienrechts", Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, Jahrgang 2 (1928), Seite 198 ff.

2) Meyer, L.: "Bilanznormung und Bilanzprüfung im neuen englischen Aktienrecht" in ZfB, Berlin u. Wien 1929, 6.Jg., S.503

3) Board of Trade, siehe Seite 15

wendung eines starren gesetzlichen Bilanzschemas ab. Im Companies Act 1929 sind deshalb auch nur einige weitgefaßte Ausweissvorschriften für besonders bedeutsame Positionen der Bilanz enthalten, z.B. für das Anlage- und Umlaufvermögen, das eingezahlte und das bewilligte Kapital, die Verbindlichkeiten, die Gründungskosten, den Goodwill und die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften, (subsidiaries) die in der Bilanz der Muttergesellschaft (holding company) gesondert aufzuführen waren. Form und Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung erfuhr keine gesetzliche Regelung.

Die sich stetig verändernden wirtschaftlichen Anforderungen ließen bald den Wunsch nach einer Abänderung des Companies Act laut werden.¹⁾

So entstand der Companies Act von 1948, der in starkem Maße die Untersuchungen des Cohen Ausschusses zu Fragen aktienrechtlicher Bilanzierungsvorschriften verwertete. Dieses Gesetz ist heute in England geltendes Recht und wird noch im Verlaufe unserer weiteren Untersuchung gewürdigt. Es setzte sich besonders die Verwirklichung folgender Probleme zum Ziel:

1. Die Wiederherstellung und Stärkung der Beziehungen zwischen dem Board of Directors und den Aktionären durch Erweiterung der Vorschriften über die Rechnungslegung und durch Vergrößerung des Einflusses der auditors.
2. Die systematische Einordnung der Holdinggesellschaften und der "Subsidiary Companies" in das Aktienrecht durch Kodifikation von Bestimmungen über die Aufstellung und Veröffentlichung von konsolidierten Bilanzen (consolidated oder group accounts).

b) USA : In den USA entspricht die "Joint Stock Corporation" der kontinental-europäischen Aktiengesellschaft. Wichtig ist hierbei der Unterschied zwischen "Private Corporations", die ihre gesetzliche Regelung in den "Stock Corporation Laws" der einzelnen Bundesstaaten gefunden haben, und "Public Utility Corporations", wie z.B. öffentliche Versorgungsunternehmen, die seit 1935 der bundesstaatlichen Kontrolle durch die "Securities and Exchange Commission" nach den Bestimmungen des "Public

1) Preyer, H.D.: a.a.O., Seite 184

Utility Corporations Act" unterliegen. ¹⁾

Da nach der amerikanischen Verfassung den einzelnen Staaten die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Handelsrechtes zusteht, führte dies zu einer starken Zersplitterung des Aktienrechtes. (jedes Land besitzt sein eigenes Aktienrecht) Es kam zu mancherlei Schwierigkeiten; jeder Bundesstaat versuchte durch Lockerung seines Corporationsrechts möglichst viele Gesellschaften in seinem Staatsgebiet anzusiedeln. Dies führte zu Entartungen und Mißständen auf dem Gebiet des Aktienwesens; bedingt war dies vor allem durch das Fehlen von einflußreichen Kontrolleinrichtungen und Kontrollorganen, die teilweise erst im Entstehen waren. Es hat aber auch nicht an Gegenbewegungen gefehlt; so gründete man im Jahre 1887 nach englischem Vorbild die "American Association of Public Accountants." ²⁾

So wurde 1896 erstmals der Titel "Certified Public Accountant" verliehen. Die obengenannte Association änderte 1917 ihren Namen in "American Institute of Accountants." Der Berufsstand der Accountants und Buchprüfer gewann sehr schnell große Bedeutung; auf die Ausgestaltung des Rechnungswesens nahmen die Wirtschaftsprüfer, wie in den übrigen Vergleichsländern, entscheidenden Einfluß.

Bis zum Jahre 1929 gab es in den USA weder einzelstaatliche noch bundesstaatliche Richtlinien für die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der AG. Erst der Börsenkrach von 1929 lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die großen Unzulänglichkeiten in den veröffentlichten Abschlüssen vieler Unternehmen. ³⁾

Als Folge dieses für die gesamte amerikanische Wirtschaft bedeutungsvollen Ereignisses führte man verschiedene Reformen der finanziellen Berichterstattung der an den Börsen vertretenen Joint-Stock Corporations durch. Die Leitung der New-

-
- 1) Trumpler, H.: "Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der USA", Basel 1942, S.11
 - 2) Bussmann, K.F.: "Betreuung und Prüfung der Unternehmungen" in Reihe "Die Wirtschaftswissenschaften", Köln 1960, S.55
 - 3) John Carey: "Organisation und Aufgaben des Accounting-Berufes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika" Wpg. 1954, S. 1-30

Yorker Börse forderte das American Institute of Accountants auf, einen Fachausschuß für eine gemeinsame Ausarbeitung verbesserter Richtlinien über die Rechnungslegung einzusetzen. Verschiedene Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung und ein Normtext für den Bestätigungsvermerk des Accountant waren die ersten Produkte ihrer Tätigkeit, die in Form eines Statement of Accounting Principles veröffentlicht wurden.¹⁾

Die darin enthaltenen "Accepted Principles of Good Accounting" waren von allen an der New-Yorker Börse zugelassenen Unternehmungen bei der Aufstellung ihrer Jahresbilanzen zu beachten; ferner verlangten die Finanzbehörden die Befolgung dieser Grundsätze in der Steuerbilanz. In den Jahren 1933 und 1934 wurde vom amerikanischen Kongreß ein Wertpapiergesetz (Securities Exchange Act) verabschiedet.

Beide Gesetze bilden noch heute die Grundlage einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung und sollen im Verlaufe unserer weiteren Ausführungen noch ausführlich untersucht werden.

c) Deutschland : Der historische Überblick über die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Aktienrechts in Deutschland beginnt mit dem Preußischen Aktiengesetz vom 9. November 1843. Es enthält in erster Linie Bestimmungen über das Konzessionssystem bei der Gründung einer Aktiengesellschaft; hierfür war eine staatliche Genehmigung erforderlich. Auch nach der Gründung blieb die AG der Aufsicht des Preußischen Staates unterworfen; es handelt sich hierbei um eindeutige Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Gläubiger und Aktionäre. Die Rechnungslegungsvorschriften beschränken sich auf die im § 24 enthaltene Vorschrift zur Aufstellung einer Bilanz. Das ADHGB von 1861 geht bereits einen Schritt weiter, indem es bestimmte Bilanzierungs- und Gewinnermittlungsgrundsätze vorschreibt, deren tatsächliche Gestaltung jedoch den Satzungen und Statuten der einzelnen Gesellschaften überlassen blieb. Bezeichnenderweise ist die Gewinn- und Verlustrechnung in dem Gesetz nicht erwähnt.

1) American Institute of Certified Public Accountants:
" A Statement of Accounting Principles", 1929

Sämtliche späteren Rechnungslegungsvorschriften bauen auf dem ADHGB von 1861 auf.

In der Aktiennovelle vom 11. Juni 1870 wird dann der Konzessionszwang abgeschafft; man glaubt, dem Schutzbedürfnis von Gläubiger und Aktionär besser durch den Einbau von Normativbestimmungen für die Gründung gerecht werden zu können. Diese Vermutungen haben jedoch getrogen. Durch Reform vom 18. Juli 1884 wurden die Normativbestimmungen erheblich verschärft; ¹⁾ gleichzeitig erweiterte man aber auch die Vorschriften über Rechnungslegung und Publikation (Einführung der aktienrechtlichen Gründungsprüfung). Erstmals ist im Gesetz die Gewinn- und Verlustrechnung genannt. Sie ist gemäß Artikel 239 Abs. 2 zusammen mit der Bilanz und dem Geschäftsbericht dem Aufsichtsrat und der Hauptversammlung vorzulegen.

Im Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 ²⁾ trat in diesen Vorschriften keine Änderung ein. Sie behalten Geltung bis zur Aktienrechtsnovelle von 1931 ³⁾. In dem dazwischen liegenden Zeitabschnitt zeigte sich jedoch, daß die Rechnungslegungsvorschriften nicht ausreichend waren. Insbesondere erwiesen sich die veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnungen in überwiegender Mehrheit ohne jeden Erkenntniswert. ⁴⁾

Beim Zusammenbruch der Schultheiß-Brauerei, Nordwolle, Favag und anderer großer Unternehmungen erkannten weite Kreise die Unzulänglichkeit der Erfolgsrechnungen. Man stellte fest, daß mit der von den meisten Gesellschaften praktizierten Gliederung der veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnung eine Verschleierung der betrieblichen Situation möglich ist, die in ausreichendem Maße auch nicht durch eine eingehendere Gliederung der Bilanz gemildert werden kann.

So kam es durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Erlaß von Gliederungsvorschriften für die Gewinn- und Verlustrechnung, die als § 261 c in das HGB eingefügt werden.

1) Gesetz betr. KGaA und AG, RGBl. von 1884 Nr. 22

2) RGBl. 1897, Seite 219

3) RGBl. 1931, Seite 493

4) Prion, W.: "Kapital und Betrieb", Leipzig 1929, Seite 169

Das Jahr 1931 brachte auch die Einführung der Pflichtprüfung für Aktiengesellschaften.

Im Rahmen der Aktienrechtsnovelle von 1937 gliederte man die aktienrechtlichen Bestimmungen aus dem HGB aus und schuf ein neues Aktiengesetz. Erst in den letzten Jahren wurden kritische Stimmen zur Reform des Aktiengesetzes laut. In den Reformbestrebungen stellte man drei Problemkreise heraus:

1. Minderheitenschutz
2. Organisation, Aufbau und Wiederherstellung einer dem Kapitalrisiko entsprechenden Selbstverwaltung
3. Rechnungslegung (Bilanz- und Erfolgsausweis).

In unserer Analyse wollen wir uns nur mit dem 3. Problemkreis beschäftigen, der die Rechnungslegung nach Art, Umfang und Form so gestalten will, daß jeder Aktionär in ausreichender Weise unterrichtet wird.

d) UdSSR : Im Vergleich zu der Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den westlichen Vergleichsländern ist über die russischen Bestimmungen nur sehr wenig bekannt. In dem Handelsgesetzbuch des zaristischen Rußlands waren nur sehr spärliche Rechnungslegungsvorschriften enthalten, die sich lediglich auf die Aufstellung einer Bilanz beschränkten. Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung gab es überhaupt nicht; ihr Fehlen begünstigte den Zusammenbruch von Aktiengesellschaften, der zum größten Teil auf betrügerische Manipulationen zurückzuführen war. ¹⁾ Eine Kontrolle der Belege und eine Pflicht zur Vorlegung der Geschäftsbücher bestand nicht. Es gab keine Revisoren, die durch umfassende Buchprüfungen zu einer Entwicklung des Rechnungswesens hätten beitragen können. Lediglich die Buchhalter befaßten sich mit Fragen des Rechnungswesens und der Rechnungslegung. Die staatliche Unterstützung fehlte jedoch vollkommen; ein 1895 vorgelegter Entwurf zur gesetzlichen Anerkennung des Revisoren- und Buchhalterberufes wurde vom russischen Staatsrat abgelehnt. Auch ein von den Buchsach-

1) Bork, Heinrich: "Das Revisionswesen in Rußland" in ZfHF 1929

verständigen im Jahre 1913 eingereichter Entwurf zur Regelung der Rechnungslegungsvorschriften fand keine Berücksichtigung mehr. ¹⁾

Abschließend ist also festzustellen, daß bis zum Einbruch der russischen Revolution kaum von einer Entwicklung der aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften gesprochen werden kann.

Das Aufkommen der sozialistischen Wirtschaft in Rußland führte zur Beseitigung der Aktiengesellschaften; mithin war der Fortbestand des nur spärlich entwickelten Aktienrechts hinfällig.

Dem Aufbau des Rechnungswesens jedoch schenkte man große Beachtung. Die Überwachung der Volkswirtschaftspläne, die Unterstützung und Beratung der Experten beim Aufbau der Planung, Wirtschaftlichkeitsanalysen sowie die theoretische Umgestaltung des Rechnungswesens sind nur einige der vom Rechnungswesen zu lösenden Aufgaben.

In der Sowjetunion gibt es nur Staatsbetriebe, deren Produktionseinrichtungen staatliches Sondervermögen sind und Genossenschaften, die zwar formalrechtlich eine wirtschaftliche Einrichtung der beteiligten Genossen darstellen, deren gesamte Wirtschaftsbetätigung aber der staatlichen Kontrolle unterliegt, so daß eine freie Verfügung über irgendwelche Anteilsrechte völlig ausgeschlossen ist.

Die Sowjetwirtschaften auf dem Gebiete der Industrie und des Handels besitzen als Werke, Kombinate oder Trusts eigene Rechtspersönlichkeit und können unter der Leitung eines Direktors im Rahmen der Planerfüllung unabhängig wirtschaften. Ähnlich sind die Verhältnisse bei den staatlichen Banken und bei den Staatsgütern in der Landwirtschaft (Sowchosen). Die Genossenschaften oder Kollektive sind vorwiegend in der Landwirtschaft als Dorfgemeinschaften (Kolchosen) anzutreffen. ²⁾ Jede betriebliche Wirtschaftstätigkeit dient unmittelbar der

1) Bork, Heinrich: a.a.O., Seite 428

2) Vgl. Bienstock, G., Schwarz, S.M. und Yugow, A.:
"Management in Russian Industry and Agriculture", Ithaca
und New-York 1948, Seite 5 ff.

Planerfüllung und unterliegt der strengen Kontrolle des Unions-Ministeriums für den entsprechenden Wirtschaftszweig (Norkomat). Die Werksdirektion empfängt ihre Weisungen von der Hauptverwaltung (Glavk), einer Unterabteilung des Norkomat.

"Zusammenfassend betrachtet handelt es sich bei der russischen Planwirtschaft um eine Planung, die hinsichtlich der grundlegend wichtigen Entscheidungen in extremer Weise zentralisiert ist, während die Durchführung der Pläne relativ dezentralisiert ist". 1)

1) Schultz, L.: "Russische Rechtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart einschließlich des Rechts der Sowjetunion", Iahr/Schwarzwald 1951, Seite 295

A. Die Rechnungslegung der Unternehmungen in den Vergleichsländern unter dem Gesichtspunkt formeller und materieller Probleme

I. Die Bedeutung des Companies Act,
des Securities Exchange Act,
des Aktiengesetzes und der russischen Bilanzierungsvorschriften als Ausgangspunkt unserer Analyse

Die Aufgabe der Rechnungslegung ist in erheblichem Maße abhängig von der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftsform eines Landes, sowie von dem durch diese beiden Faktoren bedingten Wirtschaftsrecht. In hochindustrialisierten Gebieten mit vielen Großunternehmungen und Konzernen sind der Rechnungslegung ganz andere Aufgaben gestellt als in Ländern mit überwiegender Klein- und Mittelindustrie. Auch von der Wirtschaftsverfassung her gibt es verschiedenartige Probleme zu lösen; in der Zentralverwaltungswirtschaft der UdSSR tauchen ganz andere Schwierigkeiten als in den Wettbewerbswirtschaften Englands, USA und Deutschlands auf.

Es soll nun eine Charakterisierung der Bestimmungen erfolgen, die für unsere Untersuchung relevant sind. Neben den gesetzlichen Vorschriften dienen auch in beachtlichem Maße die Gutachten der Wirtschaftsprüfungsorganisationen und anderer an der Rechnungslegung interessierten Stellen als Grundlage einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung. Ganz besonders gilt dies für die beiden angelsächsischen Länder, wo infolge des Fehlens kodifizierter Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung die "Accounting Research Bulletins" der Wirtschaftsprüfungsorganisationen (American Institute of Certified Public Accountants, Institute of Chartered Accountants and Auditors) die Funktion der oben genannten Grundsätze für die Bilanzierungspraxis einnehmen. Ohne Zweifel hat das Wirken dieser Institutionen auch einen befruchtenden Einfluß auf die Tätigkeit des Gesetzgebers ausgeübt. 1)

1) Maus, Günter: "Die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaften", Köln 1959, Seite 9 ff.

erscheint unter diesem Aspekt sehr interessant, einmal einen Blick auf die gesetzlichen Bestimmungen zu werfen, die sich mit Fragen der Rechnungslegung beschäftigen. In erster Linie handelt es sich hierbei um folgende Gesetze:

1. Das Aktienrecht in Deutschland,
2. den Companies Act in Großbritannien,
3. den Securities Exchange Act in USA,
4. die Leitsätze für die Ausgestaltung des Rechnungswesens und der Bilanzierung in der UdSSR.

Deutschland : Die grundlegenden Gesetzesvorschriften über den Jahresabschluß der Aktiengesellschaften in Deutschland sind in dem 1937 erlassenen Aktiengesetz verankert. Seine Zwecksetzung ist auf eine Unterrichtung der Aktionäre und der Gläubiger gerichtet, die auf Grund des veröffentlichten Zahlenmaterials Anhaltspunkte für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens gewinnen sollen. Speziell die §§ 125 - 134 AktG befassen sich mit dem Problemkreis der Rechnungslegung; von besonderem Interesse für unsere Untersuchung sind besonders die §§ 131, 132 und 133, die sich mit der Gliederung und der Bewertung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung befassen. Für die Gliederung der einzelnen Aktiv- und Passivgruppen sowie die Bezeichnung der einzelnen Positionen schreibt das Aktiengesetz eine "Mindestgliederung", für bestimmte Wirtschaftszweige sogar besondere Formblätter vor. Mit Hilfe dieses Schemas soll für die an der Rechnungslegung interessierten Kreise eine ausreichende Beurteilung des Vermögensaufbaues und der Vermögensausstattung gewährleistet werden. ¹⁾

Die Bewertungsgrundsätze sehen für das Anlagevermögen die Anwendung des Anschaffungswertprinzips und für das Umlaufvermögen eine Bewertung nach dem Niederstwertprinzip vor. Diese Bilanzierungsweise erlaubt aber nur einen ungenügenden Überblick über die Vermögens- und Kapitalausstattung von Unternehmungen;

Kofahl, Günther: "Möglichkeiten und Grenzen der Kritik veröffentlichter Bilanzen" in ZfB 1955, Seite 623

die im gewissen Ausmaße zugelassene Bildung willkürlicher stiller Reserven führt zu einer Einschränkung des Erkenntniswertes der veröffentlichten Bilanzen. Dieses Problem wird im Verlaufe unserer weiteren Analyse noch Gegenstand näherer Ausführungen sein. Inwieweit der Jahresabschluß Aufschlüsse über die Liquiditäts- und Rentabilitätsaussichten des Unternehmens zu vermitteln vermag, muß ebenfalls den weiteren Ausführungen überlassen bleiben.

Neben den gesetzlichen Vorschriften haben auch die Gutachten des Institutes der Wirtschaftsprüfer einen positiven Einfluß auf die Bilanzierungspraxis der deutschen Unternehmungen gewonnen. Sie stellen einen Kommentar zu strittigen Bilanzierungsproblemen dar und werden bei der Bilanzierung schwieriger Tatbestände von den Unternehmungen zu Rate gezogen.

b) Großbritannien : Der Companies Act von 1948 geht auf die Untersuchungen des Cohen Ausschusses zurück, der im Auftrag des Handelsministeriums (Board of Trade) eine Überprüfung des Companies Act von 1929 vornahm. ¹⁾

Im Rahmen unserer Untersuchung interessieren uns besonders die Vorschriften über die Rechnungslegung und die gesetzlichen Anforderungen an die äußere Form der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Informationsvorschriften des Companies Act sind sehr flexibel gehalten, um die Rechnungslegung an die jeweiligen Bedingungen bzw. Gegebenheiten der einzelnen Gesellschaften anzupassen.

Es bleibt der Initiative der einzelnen companies überlassen, ein Bilanzschema für die spezifischen Eigenarten ihres Geschäftszweiges zu entwickeln. Der CA schreibt aus diesen Gründen lediglich Mindestinformationen vor. In weit stärkerem Maße als das Aktiengesetz gestattet es der englische Gesetzgeber, Informationen auch in Form von Anlagen und Anmerkungen zu geben. Dadurch können die Hauptrechnungen von den Details befreit und auch kompliziertere Einzelheiten ausführlicher auf getrennten Blättern behandelt werden.

1) Preyer, H.D., a.a.O., Seite 184

Die Tendenz des Companies Act von 1948 geht dahin, die Informationspflichten zu verstärken. Gefördert wird diese Entwicklung durch die Empfehlungen der Wirtschaftsprüfungsorganisationen, die sich auf die äußere Form des vorzulegenden Jahresabschlusses und seine Informationsmöglichkeit beziehen. Man überlegte sich vor Einführung des Companies Act, ob man für den Jahresabschluß der companies, die dem Companies Act unterliegen, Formblätter vorschreiben sollte. Im Falle der Gesellschaften, die dem Friendly Societies Act, dem Industrial Assurance Act, dem Building Societies Act und dem Industrial and Provident Societies Act unterliegen, war dies schon länger der Fall.

Die Cohen Kommission kam zu dem Ergebnis, daß auf Grund der Verschiedenartigkeit der Gesellschaften die Anwendung von Formblättern sehr fraglich ist; es sei zu befürchten, daß durch eine Standardisierung der Jahresabschlüsse die Entwicklung der Informationsmöglichkeiten gehemmt werde. ¹⁾

Für Gewinn- und Verlustrechnung nimmt der Report wie folgt Stellung:

Wir haben uns schon....auf das Fehlen von gesetzlichen Anforderungen im Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung bezogen und auf die Bedeutung der Ertragsentwicklung als des besten Maßstabes für die gute Entwicklung der Gesellschaft hingewiesen. Wir geben zu berücksichtigen, daß das Gesetz Mindestanforderungen in bezug auf den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung stellen sollte, die geeignet sind, einen guten Maßstab für die Ertragslage im Zeitraum, den der Jahresabschluß umfaßt, zu geben, und daß der Bilanzprüfer besonders dafür verantwortlich gemacht wird, über ihren Inhalt zu berichten." ²⁾

Diesen Empfehlungen der Cohen Kommission hat sich der Gesetzgeber weitgehend angeschlossen. Im Consolidation Act von 1948 wurde die Rechnungslegung der "Companies Limited by Shares" eingehend geregelt; auch Vorschriften über die Aufstellung von Konzernbilanzen ergingen erstmalig. Ein großes Verdienst an

1) Cohen Report, Cmd 6659, Seite 54

2) Cohen Report, Cmd 6659, Seite 57

der Ausgestaltung der Rechnungslegung der Aktiengesellschaften besitzen die auditors. Hierauf weist der Cohen Report mehrmals hin und auch Weiß bemerkt treffend:

"Tatsächlich kodifizieren die neuen Rechnungslegungsvorschriften zu einem beträchtlichen Teil nur einen Zustand, der durch die Einwirkung der Berufsverbände weitgehend erreicht wurde." ¹⁾

Im Teil IV, section 147 bis 163 des Companies Act befinden sich die allgemeinen Buchführungs- und Bilanzierungsbestimmungen; die ausführlichen Vorschriften über Form und Inhalt der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzernbilanz sind im Anhang (Schedule VIII) des Gesetzes niedergelegt. Die nichtkodifizierten Rechtsätze und die Eigengesetzgebung der companies nehmen im Rahmen der englischen Rechtslegung einen breiten Raum ein.

In dieser Frage brachte das neue Gesetz jedoch keine Änderung. Der Einfluß des nichtkodifizierten Dividendenrechts kann nur durch Prüfungsvermerke der auditors eingeschränkt werden, da diese ihre eigene Meinung über die Ordnungsmäßigkeit der Abschlußrechnungen in einem ausführlichen Auditors Report darzulegen haben, der publikationspflichtig ist (§ 3 der 9. Schedule zum CA). Die Öffentlichkeit hat somit Gelegenheit, Kritik zu üben.

Inwieweit aber die Wirtschaftsprüfer die Direktoren der companies bewegen, das dividendenrechtlich Erlaubte zugunsten einer modernen Bewertungspraxis nicht anzuwenden, hängt nicht nur von ihrer Verpflichtung zu eigener Stellungnahme, sondern auch davon ab, ob sich innerhalb ihrer Berufs-Organisationen einheitliche Vorstellungen über Grundsätze ordnungsgemäßer Bewertung herauskristallisiert haben. Dies ist aber nur in sehr begrenztem Umfang der Fall. Leitmotiv der Rechnungslegung der Aktiengesellschaft muß nach section 49,1 jedenfalls eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung sein, die ein wahres und

¹⁾ Weiß, A.: "Die Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act 1948" in "Die Wirtschaftsprüfung", Stuttgart 1949, 2. Jahrgang, Seite 63

klares Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft vermittelt. ¹⁾

Hinsichtlich der Bilanzform ist für Großbritannien die Tatsache charakteristisch, daß im Balance Sheet die Verbindlichkeiten auf der linken, die Vermögensteile auf der rechten Seite des Bilanzabschlusses stehen. Nach Auffassung von Trumpler hängt diese Eigentümlichkeit mit der Stellung der Direktoren als quasi-trustees der Aktionäre zusammen. ²⁾

Sie sind Gläubiger in bezug auf die Passiva der Gesellschaft und Schuldner in bezug auf ihre Aktiva. Nach englischer Rechtsauffassung ist die Bilanz lediglich ein Bestandteil des Report of Directors, in welchem diese über die Verwaltung des ihnen anvertrauten Vermögens berichten.

Spezielle Bewertungsregeln wurden auch im Companies Act 1948 nicht aufgenommen. Aus § 5 der Schedule VIII ergibt sich jedoch für die Bewertung des Anlagevermögens als Empfehlung der fortgeführten Anschaffungswert.

Für das Umlaufvermögen und sonstige Bilanzposten normierte der Gesetzgeber keinerlei Bestimmungen. Vielleicht hielt er den bereits oben erwähnten Leitsatz des section 149 zur Ableitung folgender Schlußfolgerungen für ausreichend:

1. Bewertung des Umlaufvermögens nach dem Realisationsprinzip, da zur Veräußerung bestimmt,
2. Bewertung des Anlagevermögens mit dem fortgeführten Anschaffungswert, da nicht zur Realisation bestimmt.

Die allgemein anerkannten Bewertungsgrundsätze entsprechen zwar weitgehend der deutschen Auffassung, zeigen verschiedentlich aber auch einige Abweichungen.

Während zum Beispiel nach deutscher Auffassung der derivative Firmenwert durch Abschreibungen zu tilgen ist, entwickelt die englische Bilanzpraxis den Grundsatz, daß diese Position nur

1) "Grundbegriff des neuen englischen Companies-Rechts und ihre wirtschaftliche Bedeutung" in "Die Wirtschaftsprüfung", Stuttgart 1951, 4. Jahrgang, Seite 366

2) Vgl. Trumpler, H.: "Das Bilanz- und Steuerrecht der AG nach englischem Recht", Basel 1939, Seite 71

dann abgeschrieben werden muß, wenn die Statuten der einzelnen Gesellschaft dies ausdrücklich vorsehen. ¹⁾

Bei einer vergleichenden Betrachtung des englischen und deutschen Bilanzrechts darf die frühe Einführung der Pflichtprüfung in England und der hohe Stand des Revisionswesens nicht vergessen werden, da mit diesen Sicherheitseinrichtungen eine weitgehende Beachtung ordnungsgemäßer Bilanzierungsgrundsätze gewährleistet wird.

Mit Ausnahme der Bewertungsregeln schlug sich in den sonstigen bilanzrechtlichen Bestimmungen des Companies Act 1948 eine erheblich größere Aktivität des Gesetzgebers nieder als in den früheren Gesetzen.

Dies bezieht sich vor allen Dingen auf den formellen Aufbau und die bessere Analysierbarkeit der englischen Abschlüsse. Gesetzliche Bilanzschemata (Formblätter) gibt es für Aktiengesellschaften im Bank-, Versicherungs-, Eisenbahn- und Baugewerbe, sowie für öffentliche Versorgungsunternehmen. Sie sind in Spezialgesetzen niedergelegt. Für die deutsche Aktienrechtsreform bieten die englischen Rechnungslegungsvorschriften eine Fülle von Möglichkeiten. Es sei z.B. nur die Ausgestaltung der Konzernbilanzen und die Präzisierung des Umfangs der Pflichtprüfung genannt.

c) USA : Der 1934 in den USA eingeführte Securities Exchange Act bezweckt den Schutz des zwischenstaatlichen Kapitalverkehrs. Er verlangt von allen Corporations, deren Aktien an den großen Börsen der USA zugelassen sind, eine jährliche Berichterstattung an die Securities Exchange Commission. Mit Hilfe dieser Vorschrift will man die Rechnungslegung der großen Aktiengesellschaften verbessern. In seiner Eigenschaft als Rahmenverordnung ²⁾ gibt dieses Gesetz jedoch keine zwingenden

1) Armbrust, Hans: "Aktienrechtliche Bewertungsvorschriften des Auslandes", Mainz 1955, Seite 109

2) Trumpler, H.: "Die Börsengesetzgebung der USA", Berlin 1938, Seite 7, "Nach der Verfassung der USA beschränkt sich die Gesetzgebung des Bundes in wirtschaftlichen Angelegenheiten auf den Interstate Commerce, d.h. den Verkehr, der sich über die Grenzen des einzelnen Bundesstaates hinaus erstreckt".

Bestimmungen über die Gliederung und Bewertung des Vermögens und der Schulden in der Bilanz. Es enthält nur allgemeine Hinweise, während die Securities Exchange Commission durch Durchführungsverordnungen (rules and regulations) nähere Einzelheiten der Rechnungslegung festlegt. Maßgebend ist die Übereinstimmung der Abschlüsse mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung. ¹⁾

Diese sind weder in den Gesetzen des Bundes noch der Einzelstaaten niedergelegt, sondern sie haben sich durch die Forschungen des American Institute of Certified Public Accountants und im praktischen Geschäftsverkehr entwickelt. ²⁾

Für die Zulassung neu emittierter Wertpapiere an der Wertpapierbörse müssen die Gesellschaften ihre Bilanz bei der SEC einreichen. Der Bilanzstichtag darf nicht länger als neunzig Tage vor Einreichung des Registration Statement zurückliegen. ³⁾ Auch die Gewinn- und Verlustrechnung für das letzte und die zwei vorhergehenden Geschäftsjahre sind beizufügen.

Ähnlich wie in Deutschland und England hat auch die SEC für bestimmte Gruppen von Unternehmungen Bilanzformulare vorgeschrieben, die die Antragsteller zu benutzen haben; (Industrie-, Handels-, Bergbau-, Versicherungs- und Bankgesellschaften sowie Investment Trusts).

Die SEC verlangt auch eine Prüfung der statements durch einen Certified Public Accountant, der durch seinen Bestätigungsvermerk die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses bestätigt. Da in den USA der Umfang mit Wertpapieren viel stärker verbreitet ist als in den europäischen Vergleichsländern, sind die Unternehmungen selbst an dem Bestätigungsvermerk interessiert, der ihnen die Ordnungsmäßigkeit ihres Jahresabschlusses bestätigt.

1) Accounting Series, release Nr.4 vom 25.4.1938

2) Zickert, H.: "Bilanzwahrheit in USA" in "Spiegel der Wirtschaft", Vaduz, Mai 1951, Seite 137

3) Trumpler, H.: "Die Börsengesetzgebung der USA", Sonderabdruck aus dem Bank-Archiv, Berlin 1938, 37/38. Jahrgang Nr.4, Seite 23

Da in den USA der Umgang mit Wertpapieren viel stärker verbreitet ist als in den europäischen Vergleichsländern, sind die Unternehmen selbst an dem Bestätigungsvermerk interessiert, der ihnen die Ordnungsmäßigkeit ihres Jahresabschlusses bestätigt.

Die Gesellschaften stellen ihre annual reports nach den von der SEC aufgestellten Richtlinien auf; für Konzerngesellschaften ist ein konsolidierter Abschluß einzureichen. Die Tätigkeit der SEC hat sich sehr günstig auf die Beseitigung der Mißstände in der Rechnungslegung der Gesellschaften ausgewirkt, da es sich keine größere Gesellschaft leisten kann, vom Börsenhandel ausgeschlossen zu werden. Auch hier zeigt sich wieder die wechselseitige Beziehung zwischen aktienrechtlicher Pflichtprüfung und ordnungsgemäßer Rechnungslegung. Ballantine ¹⁾ glaubt, daß die Tätigkeit der SEC, die sich in ihren Regeln und Veröffentlichungen, Entscheidungen und Buchführungsgrundsätzen dokumentiert, auch weiterhin von befruchtendem Einfluß auf die Förderung einer offenen Berichterstattung und auf die Hebung des Niveaus der Rechnungslegungsgrundsätze in den Gesellschaftsberichten für die Aktionäre und in den Jahresabschlüssen sein wird. Die SEC dient als anerkannte Autorität, die bewährte Grundsätze der Rechnungslegung zum wirksamen Schutz der Gläubiger festlegt und zur Stärkung der Unabhängigkeit der Certified Public Accountant gegenüber den Gesellschaftsverwaltungen beiträgt.

Es soll nun ein kurzer Einblick in die Gliederungsvorschriften der an der Börse zugelassenen Industrie- und Handelsgesellschaften nach der Regulation S-X in der Fassung vom 12. März 1951 ²⁾ gegeben werden. Der einheitlichen Form der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung mißt man auch in den USA eine große Bedeutung zu. Den Eisenbahngesellschaften und öffentlichen Ver-

1) Ballantine, H.W.: "On Corporation", Chicago 1946

2) United States Securities and Exchange Commission, "Regulation S-X under the Securities Act of 1933, the Securities Exchange Act of 1934, the Public Utility Holding Company Act of 1935 and the Investment Company Act of 1940, Form and Content of Financial Statements, as amended to and including", Washington 1951

sorgungsbetrieben wurde durch Gesetz ein "Uniform System of Accounting" und ein "Uniform System Form of Statements" vorgeschrieben.

Auch für die unter Staatsaufsicht stehenden Banken und Versicherungsbetriebe gilt das Gleiche. ¹⁾ Wirtschaftsverbände und Steuerbehörden haben ebenfalls unter Berücksichtigung ihrer Zwecke Formblätter aufgestellt, deren Anwendung sie der Wirtschaft empfehlen. Im übrigen ist aber auch nach Auffassung der "Accounting Principles" eine vollkommene Einheitlichkeit der Rechnungslegung infolge der großen Mannigfaltigkeit der amerikanischen Wirtschaft nicht möglich. ²⁾

Am meisten benutzt wird das in Artikel 5 der Regulation S-X angeführte Bilanzschema "Financial Statement for Commercial and Industrial Companies", da die überwiegende Anzahl der an den amerikanischen Börsen vertretenen Aktiengesellschaften Industrie- und Handelsbetriebe sind.

Beim Vergleich mit dem in Deutschland und England üblichen Bilanzaufbau ergeben sich entscheidende Abweichungen durch die andersartige Reihenfolge in der Gruppierung der Positionen. Während in Deutschland die Bilanzpositionen gemäß § 131 AktG in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Liquidität gegliedert sind, nehmen in den amerikanischen Industriebilanzen die liquiden Vermögensteile die erste und die langfristig gebundenen Vermögens- und Kapitalteile die letzte Stelle ein. Die Bilanzierung geschieht also nach dem Grad der Realisierbarkeit. Diese unterschiedliche Reihenfolge stellt aber keineswegs nur eine Äußerlichkeit dar, sondern offenbart eine ganz andere Weise der Bilanzbetrachtung. ³⁾

In den USA sieht man die Bilanz in allererster Linie unter liquiditätsmäßigen Gesichtspunkten, was wohl historisch bedingt

1) Trumpler: "Die Aktiengesellschaft" a.a.O. Seite 142

2) Vgl. American Institute of Accountants: "Accounting Principles" a.a.O. Seite 23 ff.

3) Schmaltz, Kurt: "Die amerikanische Bilanzierungspraxis" in "Die Wirtschaftsprüfung" 1948, Seite 19

ist. In der umgekehrten Reihenfolge der Liquidität sind die Bilanzen der "public utilities" geordnet. In der Grundgliederung entsprechen die veröffentlichten Jahresabschlüsse weitgehend dem Schema der Regulation S-X. Bewertungsregeln sind in ihr nicht enthalten. Vorgeschrieben ist nur die Angabe der Bewertungsgrundlage oder der Abschreibungsmethode. Als Beispiel seien die Richtlinien für den Ausweis der Vorräte wiedergegeben:

"Inventories: State separately here, or in a footnote referred to herein, if practicable, the major classes of inventory such as finished goods. 2. work in process 3. raw materials 4. supplies.

b) The basis of determining the amounts shall be stated. If a basis such as "cost", "market" or cost or market whichever is lower is given, there shall also given to the extent practicable, a general indication of the method of determining the cost or of market."

Die Regulation S-X unterscheidet drei verschiedene Wertpapierposten:

- 1) Verkäufliche Wertpapiere, die einen aufnahmebereiten Markt haben,
- 2) Wertpapiere von Konzerngesellschaften,
- 3) andere Wertpapieranlagen.

Bei allen Wertpapierposten wird die Angabe der Ermittlungsart des Buchwertes verlangt. Der Grundsatz der Bilanzkontinuität kommt in Rule 3.07 der Regulation S-X zum Ausdruck.

Die Gesellschaften sind danach verpflichtet, auf Änderungen in den Bilanzierungsgrundsätzen und Bilanzierungsmethoden sowie auf nachträgliche Berichtigungen in den finanziellen Ausweisen hinzuweisen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es keine Bestimmungen über Form und Inhalt des Jahresabschlusses der Joint Stock Corporations gibt. Eine allgemeine Aktienrechtsreform in den USA würde eine zentrale bundesstaatliche Gesetzgebungskompetenz erfordern, da den einzelnen Staaten die Regelung dieser Materie zusteht. In praxi führt dies zu großen Schwierigkeiten. Trotzdem stehen die Rechnungslegung und das Rechnungswesen der amerikanischen Aktiengesellschaften auf einer hohen Stufe, was durch die Tätigkeit der "Certified Public Accountants" und der

SEC bedingt ist. Die Verwaltungen der Industriebetriebe sind durch eine fortlaufende Unterrichtung der Aktionäre und Gläubiger bemüht, einen guten Widerhall in der Öffentlichkeit zu finden. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß gute "public relations" dem Unternehmer auf lange Sicht nur zum Vorteil gereichen können.

d) UdSSR : Wie bereits erwähnt, sind in der UdSSR auf dem Gebiete des Rechnungswesens Veränderungen eingetreten, die einen Vergleich mit den Verhältnissen in den westlichen Ländern nicht mehr ohne weiteres erlauben.

In Rußland orientiert sich die rechnerische Erfassung aller Wirtschaftsvorgänge an dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung (chosrost-schot). Das gesamte Rechnungswesen ist zu einem Instrument der Wirtschaftslenkung und Planungskontrolle geworden. Die wirtschaftliche Rechnungsführung als Methode der planmäßigen Wirtschaftsführung in den sozialistischen Betrieben erfordert eine Gegenüberstellung des Aufwandes und der Resultate der Produktion in Geldform, die Deckung der Ausgaben des Betriebes aus eigenen Einnahmen und die Sicherung der Rentabilität der Produktion. Die Aufwendungen des Betriebes, die mit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zusammenhängen, werden aus den Mitteln gedeckt, die er aus der Realisierung seiner Produktion zu staatlich festgesetzten Preisen erzielt. Damit soll den Erfordernissen des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft entsprochen werden. "Es hat die Aufgabe, die Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Pläne bei kleinstem Aufwand an Arbeit und Produktionsmöglichkeiten zu sichern." ¹⁾ Bei den russischen Rechnungslegungsvorschriften handelt es sich um gewisse Leitsätze des Rechnungswesens und der Bilanzierung in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Wirtschaftsplanung. Die stark zentralisierte Wirtschaftsplanung erfordert ein stark ausgebautes Rechnungswesen in den Be-

1) Akademie der Wissenschaften, Institut für Ökonomie "Politische Ökonomie", Lehrbuch, Berlin 1955, Seite 528

trieben. Ohne eine richtige Rechnungslegung ist nach Auffassung der Sowjetwirtschaftler ein planmäßiger Aufbau des Sozialismus nicht möglich. ¹⁾ In der Praxis bedeutet dies die Anwendung von Einheitskontenplänen, von zentraler Seite festgelegten Bilanzierungsmethoden, Statistiken und Betriebsplänen. Gegenwärtig gilt in der UdSSR der Kontenrahmen vom 4. November 1954. Im Vergleich zu den westlichen Ländern ist er viel tiefer gegliedert, um den Bedürfnissen der sowjetischen Planwirtschaft besser zu entsprechen. ²⁾ Er umfaßt einunddreißig Abschnitte, die einen guten Einblick in die Beschaffung, Produktion, Finanzdisposition und den Vertrieb eines russischen Industriebetriebes gewährleisten.

Ursprünglich legte die Sowjetunion ihrer Kontengliederung den von Schmalenbach bereits im Jahre 1927 entworfenen Kontenrahmen zugrunde, der sich aber heute mit seiner Einteilung in zehn Klassen für die Zwecke der russischen Wirtschaft als unzureichend erwies. Auffallend ist die völlige Übereinstimmung der Gliederung und Bezeichnung der Bilanz in der UdSSR und Sowjetzone. Deshalb erscheint es durchaus vertretbar, die Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in der sowjetischen Besatzungszone für die Analyse der russischen Verhältnisse heranzuziehen. Die Ausrichtung des Rechnungswesens der sozialistischen Unternehmungen auf die sowjetische Linie ist eine zwangsläufige Begleiterscheinung des Planwirtschaftssystems, in das alle Ostblockstaaten einbezogen sind. Es fällt auf, daß das sowjetische Bilanzschema im Vergleich mit den westlichen Ländern keine großen Unterschiede aufweist, daß jedoch die Posten des immateriellen und des Finanzanlage-Vermögens fehlen, die in einer Planwirtschaft keine Berechtigung mehr haben. Daneben werden aber auch jährliche und kurzfristige Erfolgsrechnungen aufgestellt, in denen die Produktionsaufwendungen und

1) "Politische Ökonomie" a.a.O. Seite 484

2) Gellrich, W.: "Der Kontenplan für die Industriebetriebe der Sowjetunion" in "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1956, 10.Jg., Heft 6, Seite 256 ff., Heft 7, Seite 305 ff., Heft 8 Seite 354 ff., Heft 10, Seite 457 ff., Heft 13, Seite 623 ff.

-erträge unverkürzt (Bruttorechnung) auszuweisen sind. Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Rechnungswesen der Sowjetbetriebe ist. Zur Wirtschaftslenkung und Wirtschaftskontrolle benötigt man eine Vielzahl von Einzelplänen und statistischen Erhebungen, wie z.B. Finanz-, Kosten-, Material-, Einkaufs-, Absatz- und Arbeitspläne. Besondere Bilanzierungs- und Planungsvorschriften bestehen für die russische Staatsbank, deren Tätigkeit sich in einem System von Kassen- und Kreditplänen abwickelt.

II. Die Grundzüge der formellen Rechnungslegungsvorschriften in den Vergleichsländern

In diesem Abschnitt müssen wir zunächst die Unterschiede im Bilanzaufbau und Bilanzinhalt der einzelnen Vergleichsländer behandeln. Kernstück dieser Ausführungen werden natürlich die Gliederungsvorschriften der einzelnen Vergleichsländer sein, die wir einer näheren Analyse unterziehen wollen. Mit dieser Untersuchung werden Übereinstimmungen festzustellen sein, aber auch Unterschiede, die beträchtlich sein können. Die daraus gewonnenen Anregungen können Hinweise für die bevorstehende deutsche Aktienrechtsreform geben und sollen deshalb kritisch auf ihre Anwendungsmöglichkeit in den deutschen Rechnungslegungsvorschriften geprüft werden.

Die Rechnungslegung oder auch Bilanzierung ist eine ex-post Betrachtung über güter- und geldwirtschaftliche Transaktionen innerhalb einer bestimmten Periode. Diese Transaktionen darf man nicht nur in Korrelation zur Kosten- und Ertragsrechnung in Form von Stromgrößen kenntlich machen, sondern man muß auch die Wirkung dieser güterwirtschaftlichen und monetären Vorgänge auf das Vermögen und Kapital darstellen. Die Stromgrößen kann man mit der Gewinn- und Verlustrechnung identifizieren, während die Bilanz Vermögen und Kapital in ihrer vielfachen Erscheinungsform darstellt. In der vorliegenden Untersuchung wollen wir nur den Jahresabschluß der Unternehmung mit Bilanz und der GuV-Rechnung behandeln, während der Geschäftsbericht

ausgeschlossen bleibt.

Über die Abgrenzung formaler Fragen von denen materieller Art besteht keine einhellige Meinung. Lehmann spricht von einem formellen und materiellen Inhalt der Bilanz und versteht darunter die Betrachtungsweise im Sinne einer dynamischen oder statischen Bilanzauffassung.¹⁾

Dieses Einteilungsprinzip wollen wir unserer Untersuchung nicht zugrunde legen. Der Grund dafür liegt im Gegenstand der Untersuchung: der Bilanz der Kapitalgesellschaft. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften ist es zweckmäßig, Probleme in ihrer Beziehung zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowohl formell als auch materiell zu untersuchen. Durch eine Fülle von differenzierten Bestimmungen gab der Gesetzgeber in den einzelnen Vergleichsländern Anlaß zu einer solchen Betrachtungsweise. Die formellen Fragen befassen sich mit der Struktur der Bilanz. Für die Diskussion der Probleme bilden die gesetzlichen Vorschriften über den Ausweis von Aktiva und Passiva und die Aufstellung eines allgemein verbindlichen Gliederungsschemas genügend Anhaltspunkte. Die formellen Fragen erfahren noch eine Ausweitung, da sie zum großen Teil mit dem Aussagewert der Bilanz in direkte Verbindung gebracht werden können. Besonders deutlich erscheint dieser Zusammenhang in Verbindung mit der Bilanzierung der Vermögenswerte und der formellen Ausgestaltung der Gewinn- und Verlustrechnung. Obwohl die formellen Fragen der Bilanzierung vielfach als trockene Materie verschrien sind, darf ihre Bedeutung im Rahmen der Bilanz keinesfalls unterschätzt werden. In materieller Sicht genießen die Bewertungsprobleme besondere Bedeutung.

Mit der Höhe des Wertansatzes ist eine allgemeine Aussage über den Gewinn und die Fixierung der Vermögenswerte möglich. Durch die teilweise vorhandenen Bewertungsvorschriften für die einzelnen Bilanzpositionen wird auch die Diskussion über materielle Fragen der Bilanz in bestimmter Hinsicht determiniert.

1) Lehmann, M.R.: "Der formelle und materielle Inhalt der Bilanz" in "Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis", Jahrgang 1928, Seite 78 ff.

Über den Bereich der gesetzlichen Vorschriften hinaus geben einzelne bilanztheoretische Vorstellungen jedoch Anlaß zur weiteren Diskussion über deren Einfluß auf formale Gestaltung und den materiellen Aussagewert der Bilanz. Wir wollen nun die formellen Fragen der Bilanz behandeln. Ausgangspunkt unserer Untersuchung sind die Bestimmungen über Rechnungslegung im Aktiengesetz, Companies Act, Securities Exchange Act und in den russischen Rechnungslegungsvorschriften. Die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Rechnungslegung in Großbritannien und den USA ist nicht sehr bedeutend; Deutschland und die UdSSR hingegen besitzen sehr detaillierte Rechnungslegungsvorschriften, die in Rußland mehr den Charakter von Verwaltungsanordnungen tragen. Mit der Formulierung des Companies Act und des Securities Act hat der Gesetzgeber ein Gesetz geschaffen, das auf dem ungebundenen Rechtgedanken heraus den hohen wirtschaftlichen und gesellschaftsrechtlichen Anforderungen genügen soll, ohne die Unternehmungen selbst in ihrer ökonomischen Aktivität unnötig einzuschränken.

In Deutschland hingegen ist die Unternehmung durch die strengen Bestimmungen des Aktiengesetzes in ihrer Handlungsfreiheit stark eingeschränkt. Der Fortschritt der Rechnungslegung wird dadurch sehr gehemmt. ¹⁾ Manche Wirtschaftsprüfer vertreten mit Recht die Ansicht, es sei bedauerlich, daß weitaus die meisten Aktiengesellschaften sich starr an das Gliederungsschema hielten, anstatt eine "abweichende, gleichwertige (§ 131 Abs. 1 AktG) oder gar eine weitere Gliederung zu benutzen" ²⁾.

Das starre gesetzliche Schema in der UdSSR ist durch die strenge Volkswirtschaftsplanung bedingt, das im Interesse der Planerfüllung keine Abweichungen vom genau festgelegtem Bilanzschema erlauben kann.

Vor Beginn der Behandlung der uns interessierenden Rechnungsdokumente (Bilanz und GuV-Rechnung) erfolgt zunächst ein Über-

-
- 1) de Paula: "Developments in Accounting", London 1948, S. 20:
"We do not want to crystallize practice or to stop progress"
- 2) Schriftenreihe des Institutes der Wirtschaftsprüfer 1950,
Bd. I, Lehnert über "Die Veröffentlichung betrieblicher Ergebnisse", Seite 100

blick über die außer der Bilanz und der GuV-Rechnung zusätzlichen Informationsmöglichkeiten.

1. Die Möglichkeit erweiterter Rechnungslegung durch Erschließung zusätzlicher Informationsquellen

Bei der Analyse der Bilanzen sowie der Gewinn- und Verlustrechnungen muß der externe Bilanzbetrachter oft feststellen, daß das in diesen Rechnungsdokumenten veröffentlichte Zahlenmaterial häufig nicht zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Unternehmungen ausreicht. Er wird deshalb versuchen, für seine Analysen zusätzliche Informationsmöglichkeiten zu erschließen. Zu diesen gehören :

- a) der Geschäftsbericht (directors report)
- b) das Handelsregister
- c) die Hauptversammlung (general meeting)
- d) der annual return (eine Art jährliche Statistik)
- e) die Registraturen
- f) der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers.

Zu a) Geschäftsbericht (directors report) :

In Deutschland läßt sich dem Geschäftsbericht kein eindeutiger Inhalt zuordnen, da neben den Angaben zur Geschäftsentwicklung, den Umsatzzahlen, dem Investitions- und Entwicklungsbericht, dem Bericht über die Finanzierung und die Produktionsgebiete und dem Sozialbericht auch Erläuterungen zum Jahresabschluß enthalten sind.

Der englische Geschäftsbericht läßt sich ebenfalls dem Inhalt nach nicht bestimmen, da die Erläuterungen zum Jahresabschluß häufig nicht im Geschäftsbericht, sondern in Anlagen zur Bilanz erfolgen. Als Mindestangabe wird in England nach § 157 "jede während des Geschäftsjahres vorgekommene Änderung in der Natur der Geschäftstätigkeit der company ... oder ihrer Tochtergesellschaften" oder in den "Geschäftssparten", an denen sie interessiert ist, verlangt, sofern die Angabe zur Beurteilung der Geschäftslage wesentlich ist.

Der amerikanische Geschäftsbericht wird wie der Jahresabschluß vom board of directors aufgestellt. Gegenstand der Berichter-

stattung sind alle wesentlichen Vorgänge, die den Jahresabschluß nicht unmittelbar betreffen, die aber für die wirtschaftliche Gesamtbeurteilung des Unternehmens von Bedeutung sind.¹⁾ Hierzu gehören besonders der Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder sonstige bedeutende Vermögenstransaktionen und Finanzmaßnahmen.²⁾ Der Schwerpunkt der Berichterstattung liegt auf der Erörterung der Ursachen, die die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens in maßgebender Weise bestimmt haben. Die Erläuterungen erstrecken sich besonders auf die Liquidität, Rentabilität, Umsatz, Produktion, Investitionen und Veränderungen des Grundkapitals, die regelmäßig mit einem Ausblick auf das neue Geschäftsjahr beschlossen werden.³⁾ Statistisch enthält der Bericht meist folgende Angaben:

zur Rentabilität

Jahresgewinn/-Verlust
Umsatzgewinnrate
Gewinn pro Aktie
Dividende

zur Liquidität

net working capital
Gesamtverschuldung

sonstige Angaben

Umsatz (wertmäßig)
Absatz (mengenmäßig)
Produktion (mengenmäßig)
Bruttoinvestition

Auftragsbestand am Ende des Geschäftsjahres.⁴⁾

Der Bericht nimmt auch eine eingehende Analyse der Umsatzentwicklung vor. Zu diesem Zweck erfolgt eine quartalsweise Gegenüberstellung der einzelnen Absatz- und Umsatzzahlen, die nach Geschäftssparten und Regionalbezirken aufgegliedert sind.⁵⁾

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 149

2) Statement on Auditing Procedure Nr.25 (1954)

3) Maus, Günter: a.a.O., Seite 149

4) Maus, Günter: a.a.O., Seite 150

5) Maus, Günter: a.a.O., Seite 150

Der kritischen Betrachtung des Umsatzes entspricht auf der anderen Seite die Analyse der Betriebsaufwendungen; wobei besonders kostensparende Rationalisierungsmaßnahmen und durch Lohn- und Gehaltserhöhungen bedingte Kostensteigerungen im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen.

Die Darstellung der Liquiditätslage nimmt nur einen verhältnismäßig geringen Raum ein, da nach amerikanischer Ansicht die Bilanz hierüber genügend Auskunft gibt. Die Aufnahme neuen Fremdkapitals, die Konvertierung und Rückzahlung von Anleihen findet jedoch stets Erwähnung.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der amerikanische Geschäftsbericht durchaus wertvolle Hinweise für eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage zu liefern vermag; er könnte den anderen Vergleichsländern durchaus als Muster einer vorbildlichen Berichterstattung dienen.

Auch in Deutschland muß der Vorstand über die wichtigsten Veränderungen im Laufe des Geschäftsjahres berichten. Mit Hilfe der Schutzklausel (§ 128 AktG) kann diese Auskunftspflicht eingeschränkt werden. Informationen, die die Konkurrenzfähigkeit der Aktiengesellschaften, der companies und der corporations gefährden, kann der Vorstand unter Hinweis auf die Schutzwürdigkeit der Interessen der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften verweigern.

Zu b) Handelsregister :

Im Handelsregister sind alle Vollkaufleute einzutragen. ¹⁾ Es wird beim Amtsgericht geführt. Eintragungspflichtige Tatsachen sind: Name der Firma, Zu- und Vorname des Inhabers bzw. der Gesellschafter, Ort der Niederlassung, Art des Geschäftes, Höhe des Kapitals, Kapitaländerungen, Satzung und ihre Änderungen, Erteilung und Erlöscheneiner Prokura, Wechsel des Geschäftsinhabers, Änderung des Firmennamens, Konkursöffnung und Konkurseinstellung, Vergleich, Liquidation, Löschung der Firma. Diese Unterlagen bilden allerdings nur eine höchst un-

1) HGB, §§ 8 - 16

zulängliche Ergänzung der durch die Bilanz und die GuV-Rechnung vermittelten Informationen, da hieraus der externe Bilanzbetrachter kaum Anhaltspunkte für eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage gewinnt.

Im englischen Handelsregister erfaßt ein Registrar of Companies, ein leitender Angestellter des Board of Trade, die eintragungspflichtigen Tatbestände aller companies zentral. ¹⁾

Eine ähnliche Regelung gibt es in den Vereinigten Staaten. Dort wird eine Zentralkartei in der Hauptstadt jedes amerikanischen Bundesstaates geführt. Ähnlich wie in Deutschland hinterlegt man auch hier Gründungsurkunden und Articles, Angaben über die führenden Kräfte des Unternehmens, (die sogenannten "officials") über Kapitalveränderungen, Prospekte und sämtliche Belastungen (register of charges), sowie die noch zu besprechenden Annual Returns. Außerdem enthalten die Registraturen der corporations neben den bereits genannten Unterlagen noch Aufstellungen der Obligationäre. Protokolle über general meetings, Aufstellung über die Beteiligungen der Direktoren und die normalerweise nicht einzusehenden Geschäftsunterlagen (Protokolle der Direktoren-Sitzungen).

In der UdSSR sind über das Handelsregister keine Ausführungen zu machen, da es eine solche der Öffentlichkeit zugängliche Informationsquelle nicht gibt.

Beim Ministerium für Staatskontrolle wird für jeden Staatsbetrieb ein umfassendes "Informationsregister" geführt. Es enthält für die Revisoren alle wissenswerten Informationen, die sie für Prüfungen benötigen. Dies ist dringend für die Tätigkeit der Revisoren erforderlich, da diese nie im gleichen Betrieb arbeiten und sich somit auch keine näheren Kenntnisse über das zu prüfende Unternehmen erwerben können. ²⁾

1) Im Gegensatz zu Deutschland gibt es an den englischen Gerichten kein Handelsregister, sondern eine für Großbritannien zentral geführte öffentliche Registratur.

2) W. Kalkutin, W. Mitrofanow :
"Revision und Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit der Industriebetriebe", Kapitel 11 : Die Révision der Buchhaltungsrechnung, der Berichterstattung und der finanziellen Eigenkontrolle

Zu c) Die Hauptversammlung:

Auf der Hauptversammlung kann jeder Aktionär den Vorstand um ihn interessierende Auskünfte ersuchen. Der Aktionär hat gewisse Sonderrechte auf Bestellung eines Sonderprüfers und dergleichen mehr. Dieses Auskunftsrecht besitzen auch die Aktionäre in England und den USA. Jedoch brauchen in den beiden angelsächsischen Ländern die Abschlüsse nicht in der Presse veröffentlicht zu werden. Sie müssen aber drei Wochen vor Beginn des general meeting den Aktionären und Obligationären und allen auditors und Certified Public Accountants zugehen.

Zu d) Der annual return:

Der annual return ist eine Eigentümlichkeit der angelsächsischen Rechnungslegung. Er enthält neben der Aufstellung der Aktionäre und Angaben über die Geschäftsleitung auch Nachweise über die langfristige Finanzierung der companies und corporations und die Belastungen der Vermögensteile.

Zu e) Die Registraturen:

Eine weitere Besonderheit des englischen und amerikanischen Aktienrechts ist die Einrichtung sogenannter Registraturen. Neben den auch im Handelsregister zu hinterlegenden Schriftstücken enthalten sie Aufstellungen der Obligationäre und zusätzlich zu einem register of charges Abschriften sämtlicher Verträge (copies of all instruments containing any charge...). Protokolle über Hauptversammlungen, Aufstellungen über die Beteiligung der Direktoren und die der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Geschäftsunterlagen (Geschäftsbücher, Protokolle von Direktorensitzungen, Aufsichtsratssitzungsprotokolle usw.). Auch in Deutschland stehen diese Protokolle - die sehr umfangreiche Informationen über die Geschäftspolitik der Aktiengesellschaften vermitteln - der Öffentlichkeit leider nicht zur Verfügung.

In den USA bezeichnet man diese Protokolle als minute book. Es enthält genaue Aufzeichnungen über alle durch den Vorstand und dem Aufsichtsrat gefaßten Beschlüsse und Direktiven. Für den Wirtschaftsprüfer, Chartered Accountant und Certified Public Accountant sind diese Unterlagen von großer Wichtigkeit, da er hieraus die vorgeschlagene Dividende, die Höhe der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen, Beschlüsse zur Erweiterung des

Aktienkapitals u.a. ersehen kann.

Zu f) Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers :

Eine der wichtigsten Urkunden der Rechnungslegung ist der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers. In England und den USA müssen wir zwischen dem short form report und dem long form report unterscheiden. Letzterer gibt einen ausführlichen Situationsbericht zur Lage des Rechnungswesens des Unternehmens, während sich der short form report auf eine kurze Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit von Bilanzen, Buchführung und Geschäftsbericht beschränkt.

Trotzdem ist der englische Prüfungsvermerk im Vergleich zur deutschen Regelung hinsichtlich seiner Länge ein Bericht, dessen Inhalt in der 9th Schedule zum C.A. (in Verbindung mit s. 162) kodifiziert ist und in der deutschen Übersetzung etwa wie folgt lautet:

"Wir haben alle Informationen und Erklärungen erhalten, die nach bestem Wissen und Gewissen für die Zwecke unserer Prüfung erforderlich waren. Nach unserer Ansicht führte die company ordnungsmäßige Bücher, insoweit das aus der Prüfung dieser Bücher ersichtlich wurde, und ordnungsmäßige, für die Zwecke unserer Prüfung geeignete Unterlagen lagen aus Geschäftsabteilungen vor, die wir nicht besucht haben. Wir haben die obenstehende Bilanz und die ihr hinzugefügte Gewinn- und Verlustrechnung geprüft, die mit den Rechnungsbüchern und Unterlagen übereinstimmen. Nach unserer Ansicht, nach bester Information und aufgrund der uns gegebenen Erklärungen geben die genannten Rechnungen die im Companies Act von 1948 verlangten Informationen in der geforderten Art und Weise, gibt die Bilanz ein wahres und faires Bild der Geschäftslage der company... zum... und die Gewinn- und Verlustrechnung ein wahres und faires Bild des Gewinnes (Verlustes) für das dann endende Jahr." ¹⁾

Dieser Vermerk ist sehr umständlich und enthält teilweise Selbstverständlichkeiten. Dennoch zeigt er, für wie wichtig der englische Gesetzgeber die Vollständigkeit aller Unterlagen

1) "The Companies Act 1948" herausgegeben v. Institute, a.a.O., Seite 12 - 13

hält und welch großen Wert er auf die Ansicht der auditors legt, die bekunden sollen, daß der Abschluß der company ein wahres Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse vermittelt. ¹⁾

In Deutschland ist der Wirtschaftsprüfer gemäß § 139 AktG verpflichtet, über das Ergebnis seiner Prüfung einen schriftlichen Bericht abzufassen, der dem Aufsichtsrat und dem Vorstand vorzulegen ist. Dem Aufsichtsrat will man durch einen guten Bericht die ihm obliegende Aufsichtspflicht erleichtern, während der Vorstand ein objektives unabhängiges Gutachten über die Prüfung erhalten soll. Für den Revisor selbst stellt der Prüfungsbericht eine Rechenschaftslegung über seine Prüfungstätigkeit dar. ²⁾ Da der Prüfungsbericht vertraulichen Charakter hat, kann das Ergebnis der Prüfung ausführlich dargelegt werden.

Nach Adler-Düring-Schmaltz wird der Prüfungsbericht wie folgt eingeteilt:

- I. Auftrag und Auftragsdurchführung
- II. Allgemeine Verhältnisse der Gesellschaft
- III. Die Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung
- IV. Die Gesetzmäßigkeit des Geschäftsberichtes
- V. Die Feststellung der Ordnungsmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses
- VI. Zusammenfassung und Bestätigungsvermerk. ³⁾

Leider ist der Prüfungsbericht mit seinen sehr detaillierten Angaben nicht für die Öffentlichkeit zugänglich, sodaß er als zusätzliche Informationsmöglichkeit entfällt. Im Gegensatz hierzu liegt die Aufgabe des Bestätigungsvermerkes in der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses. Unter Berücksichtigung des § 140 AktG hat sich folgender Inhalt des Bestätigungsvermerkes herauskristallisiert:

-
- 1) Bedeutung und Kritik des Wortlautes siehe auch Autumnal Meeting 1949, Robinson: "Fifteen months experience of the Companies Act 1948", Seite 73
 - 2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: "Rechnungslegung und Prüfung der AG", 3. Auflg., Stuttgart 1957, Erläuterungen zu § 139, Teil 25, Seite 805
 - 3) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Seite 611 ff.

"Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften." ¹⁾

Der Vermerk des Wirtschaftsprüfers bezieht sich aber nur auf die Befolgung der aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen des Umfanges der Pflichtprüfung. "Da im übrigen der Bestätigungsvermerk das zusammenfassende Ergebnis der Prüfung darstellt, so ist deren Umfang und begrenzte Feststellungsmöglichkeit auch für die Auswirkung des Bestätigungsvermerkes bedeutsam." ²⁾

Trotzdem stellt der Bestätigungsvermerk eine wertvolle Ergänzung der durch die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Geschäftsbericht gebotenen Informationsmöglichkeiten dar. Während in England nur ein kurzer Prüfungsbericht (short-form-report) üblich ist, gehen in den USA die Wirtschaftsprüfer auf Initiative des "American Institute of Certified Public Accountants" immer mehr dazu über, auch sogenannte "long form reports" zu erstellen. ³⁾ Dies ist eine Folge der Aufgeschlossenheit amerikanischer Unternehmungen gegenüber der Wirtschaftsprüfung. Um die Forderung nach einer für die Vorstandsmitglieder (board of directors) wertvollen gutachtlichen Unterrichtung zu erfüllen, muß der Bericht neben fachlicher Güte auch klar und einfach ge-

1) Bestätigungsvermerk des Fachausschusses des Institutes der Wirtschaftsprüfer, vgl. WP Jahrbuch 1959, Seite 509

2) Adler Düring Schmaltz: a.a.O., Seite 625

3) Montgomery, R.H.: "Montgomery-s Auditing", New York 1949, Seite 35 "Even though a business organisation has an accounting staff which prepares current reports of operation containing all financial information required by management it is not unusual to request the auditor to prepare a long form report to supplement his short form opinion".

schrieben sein. 1)

Durch einheitliche und gleichbleibende Gliederung sollte das Verständnis des Prüfungsberichtes erleichtert werden. Aufsichtsrat und Vorstand als maßgebende Gremien der Aktiengesellschaft dürfen nicht gezwungen sein, sich in jedem Jahr in eine neue Art der Gliederung und Berichterstattung hineinzufinden. Die Prüfungsberichte, die obigen Anforderungen entsprechen, bestehen aus einem Hauptteil, einem Anhang und aus Anlagen.

Die amerikanischen Prüfungsberichte sind wie folgt gegliedert:

- 1) Intrbduction
- 2) Summary of important changes during the year
- 3) Comments on results of operations
- 4) Comments on financial Position
- 5) Application of funds
- 6) Comments on Balance Sheet items
- 7) Bond and preferred stock identure and profit sharing provisions
- 8) Comments on system of internal control
- 9) Financial Statements.

Die Ähnlichkeit zwischen der deutschen und amerikanischen Berichtsgliederung ist unverkennbar.

Punkt 1 und 5 entsprechen dem Hauptteil, Punkt 2 ist mit den wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen identisch, während Nr.3 und Nr.4 der Darstellung der Vermögens- und Ertragslage entsprechen. Die unter Punkt 5 genannte Kapitalverwendung stellt eine Ergänzung über die Vermögenslage dar. Unter der introduction versteht man den amerikanischen Bestätigungsvermerk. Die Punkte 6 und 7 sind mit dem deutschen Anhang vergleichbar.

Auch die unter 7 aufgeführten Erläuterungen zu den Obligationen, Vorzugsaktien sowie die Berichterstattung über Gewinnverteilungspläne für Betriebsangehörige gehören zum Anhang. Die unter

1) Montgomery, R.H.: a.a.O., Seite 560 "The first requisite of a long form report is that it have something of importance to say. The record is that be written in clear and remake language of unmistakable meaning."

Punkt 8 gemachten Ausführungen über Innenrevision erscheinen in Deutschland am Ende des Hauptteiles.

Eine Besonderheit in den USA ist die Ablieferung der Prüfungsberichte (annual reports) an die SEC-Behörde. Alle diese Berichte müssen mit dem Bestätigungsvermerk eines "Certified Public Accountants" versehen sein und den Richtlinien der "Securities Exchange Commission" entsprechen. Dennoch ist der Kreis der prüfungspflichtigen Gesellschaften kleiner als in England und Deutschland. Durch den "Securities Act" und den "Securities Exchange Act" wird festgelegt, daß eine Prüfungspflicht nur für solche corporations besteht, deren Aktien an der Börse oder zwischenstaatlich gehandelt werden.

Der amerikanische Bestätigungsvermerk verfolgt die gleichen Ziele wie das deutsche und englische Testat; er will die Öffentlichkeit über die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung informieren. Zur Sicherstellung einer einheitlichen Berufsausübung hat das amerikanische Institut der Wirtschaftsprüfer für den Wortlaut des Bestätigungsvermerkes folgende Formel empfohlen:¹⁾

"Wir haben die Bilanz zum 31.12.19.. sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und das surplus statement für das zu dem gleichen Zeitraum endende Geschäftsjahr der X-Gesellschaft geprüft.

Unsere Prüfung wurde durchgeführt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Prüfung und umfaßte die Prüfung der Bücher und sonstige Prüfungshandlungen, die wir unter den gegebenen Umständen für erforderlich hielten.

Unserer Meinung nach gibt der beigefügte Jahresabschluß die finanzielle Lage der Gesellschaft zum 31.12.19.. sowie das Ergebnis des zum gleichen Zeitpunkt endenden Geschäftsjahres angemessen wieder in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und den im Vorjahr angewandten Prinzipien."

Der Bestätigungsvermerk schließt regelmäßig nach herrschender Meinung die Erläuterungen zum Jahresabschluß ein. Bezieht sich der Bestätigungsvermerk auch auf sonstige Punkte des Jahresabschlusses, dann muß darauf ausdrücklich hingewiesen werden. Je-

1) Accounting Trends and Techniques, a.a.O., Seite 215

doch liegt die spezifische Besonderheit des amerikanischen Prüfungsberichtes darin, daß die SEC-Behörde genau durch den annual report über die wirtschaftliche Lage der an der Börse vertretenen Aktiengesellschaften unterrichtet ist, und damit auch eventuelle Schutzmaßnahmen zugunsten der Öffentlichkeit und der Aktionäre ergreifen kann.

Daneben steht den Aktionären und anderer an der Rechnungslegung Interessierten in den USA noch ein weiteres wertvolles Informationsmittel zur Verfügung. Es handelt sich um den Börsenprospekt, durch den die außenstehenden Bilanzbetrachter einen guten Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens gewinnen können. Er enthält alle wesentlichen Angaben des Registrierungsberichtes in Form eines ausführlich erläuterten und von einem Wirtschaftsprüfer bestätigten Jahresabschlusses.¹⁾

Die Berichterstattung gegenüber der SEC stellt einen Musterfall ordnungsmäßiger Rechnungslegung dar, der noch dadurch gefördert wird, daß diese den Jahresbericht an die Aktionäre als für ihre Zwecke ausreichend anerkennt, wenn darin die verlangten Mindestinformationen enthalten sind.²⁾

In der UdSSR kommt dem Revisionsbericht eine besondere Bedeutung zu, da er zur Beurteilung der Tätigkeit der Industriebetriebe dient. Die bei der Revision festgestellten gesetzwidrigen Handlungen werden unter Angabe der verantwortlichen Personen festgehalten. Über die aufgedeckten Verstöße erfolgt ein Bericht an den Betriebsleiter und an den Hauptbuchhalter. Der Revisionsbericht wird vom Revisor, dem Leiter des Industriebetriebes und dem Hauptbuchhalter unterzeichnet. Stellt der Revisor Unterschlagungen fest, dann muß er das im Prüfungsbericht zusammengestellte Material dem Staatsanwalt zur Verfügung stellen. Die Ausdehnung der Kontrollbefugnisse zeigt sehr

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 15

2) Accounting Series Release Nr.41 vom 22.12.1942
Rule X - 14 A-3

deutlich, die große Bedeutung, die der Kontrolle im sozialistischen Rußland zukommt. Das Revisionsprotokoll wird nach der Musteranweisung "Über Belege und Buchungen in der Buchhaltungsrechnung der Betriebe und Wirtschaftsorganisationen" aufgestellt.

Protokoll über Revision der Wirtschaftstätigkeit vorgenommen
am 196..

- I. Abschnitt : Allgemeiner Teil
- II. Abschnitt : Ergebnis der Kontrolle über die Erfüllung der auf Grund der vorhergegangenen Revision gegebenen Anweisungen
- III. Abschnitt : Ergebnis der Revision in bezug auf die Erfüllung der Hauptkennziffern des Betriebsplanes
- IV. Abschnitt : Ergebnis der Revision der Wirtschaftsvorgänge und Bestände des Betriebes
 - 1. Revision der Produktion, der Gemeinkosten und Selbstkosten
 - 2. Revision der Arbeitslöhne und der Verrechnungen mit Arbeitern und Angestellten
 - 3. Revision der Materialversorgung und der Materialbestände
 - 4. Revision der Absatztätigkeit und der Fertigwarenbestände
 - 5. Revision der Geldmittel und Geldbewegungen
 - 6. Revision der Verrechnungs- und Kreditvorgänge
 - 7. Revision des Finanzwesens und der finanziellen Ergebnisse
 - 8. Revision der Grundmittel und Investitionen
 - 9. Revision der übrigen Vorgänge
- V. Abschnitt : Das Revisionsergebnis in bezug auf die Bekämpfung von Unterschlagungen und Diebstählen
- VI. Abschnitt : Das Revisionsergebnis in bezug auf die Buchhaltungsrechnung und das Berichtswesen
- VII. Abschnitt : Das Revisionsergebnis hinsichtlich der Erfüllung von Sonderaufgaben
- VIII. Abschnitt : Verzeichnis der Anlagen zum Protokoll. 1)

1) Vgl. hierzu N.N.Rowinski: "Der Staatshaushalt der UdSSR",
Seite 346 ff.

Der russische Revisionsbericht gibt also eine ausführliche Analyse der Wirtschaftstätigkeit der Wirtschaftsbetriebe. Leider sind diese Ergebnisse der Öffentlichkeit ebenfalls nicht zugänglich; sie dienen vielmehr als internes Rechnungsdokument zur Steuerung des Wirtschaftssystems der Planwirtschaft.

Abschließend können wir feststellen, daß die öffentliche Rechnungslegung in Rußland nur wenig ausgeprägt ist. Dies ist eindeutig durch das Wirtschaftssystem determiniert, das eine klare Unterrichtung der Öffentlichkeit auf dem Gebiete der Rechnungslegung nicht als wünschenswert erscheinen läßt. Hier tritt ein deutlicher Vorteil in den westlichen Vergleichsländern zutage, obwohl auch die dort zur Verfügung stehenden Informationsmöglichkeiten noch nicht vorbildlich sind und der Ergänzung bedürfen.

2. Die allgemeinen Erfordernisse der formellen Rechnungslegung

Die allgemeinen Grundsätze der formellen Rechnungslegung ergeben sich aus den maßgebenden gesetzlichen Vorschriften, Kommentaren und den Gepflogenheiten ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung.

In England kommen hierfür die maßgebenden Kommentare zur Generalnorm und die Bestimmungen der 8th Schedule in Frage. In den USA dienen die "Accepted Principles of Good Accounting" und die Gliederungsvorschriften der SEC als Diskussionsgrundlage. Jedoch ist in beiden angelsächsischen Ländern keine strenge gesetzesmäßige Trennung zwischen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften durchgeführt, wie sie das deutsche Aktiengesetz (§§ 132 und 133) kennt.

Die Gliederungsvorschriften der sowjetischen und der sowjetzonalen Bilanz sind ausschließlich auf die Erfordernisse der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft abgestellt. Die Bilanz hat nur noch eine formelle Bedeutung im Rahmen der zahlreichen Anlagen des sogenannten "Kontrollberichtes". Dennoch ist eine exakte Trennung zwischen den formellen und materiellen Bilanzierungsvorschriften in der UdSSR und der SBZ durchgeführt

Der Companies Act sieht vor, (s.149) sowohl die Geschäftslage zum Bilanzstichtag (the state of affairs as at the end of financial year) als auch den Erfolg für das Geschäftsjahr in einer Rechnung darzustellen, die ein wahres und faires Bild der Geschäftslage und des Erfolges aufzeigt. Dem englischen Gesetzgeber liegt vor allen Dingen daran, daß der Aktionär den vorgelegten Abschluß zu würdigen versteht. Die zur Beurteilung von Geschäftslage und Erfolg erforderlichen Angaben sollen auf den Laien abgestellt sein, dem sie klare, leicht zu verstehende Informationen über die Rechnungslegung der Gesellschaft vermitteln sollen. ¹⁾ Bei der Beschlußfassung über das neue Gesetz wurde im House of Lords wörtlich ausgeführt: "Eine wahre und volle Geschichte muß erzählt werden, aber sie muß in der Art und Weise erzählt werden, die für den jeweiligen Leserkreis (set of readers) geeignet ist." ²⁾

In Amerika ist das American Institute of Certified Public Accountants und die SEC-Behörde um eine leicht verständliche und klare Abfassung der Jahresabschlüsse und der Geschäftsberichte bemüht. Dies liegt auch im Interesse der Unternehmungen, die natürlich bestrebt sind, eine allgemein verständliche Rechnungslegung durchzuführen, um den Börsenhandel ihrer Aktien nicht zu beeinträchtigen.

Das Aktiengesetz fordert zwar auch einen Abschluß, der einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft bietet (§ 129, I). Jedoch hat das Reichsgericht mit seiner Auffassung, die Bilanzdarstellung und -erläuterung auf die "bilanzkundigen Leser" abzustellen, den Bemühungen um eine Ausdehnung der Kenntnisse der Rechnungslegung einen Riegel vorgeschoben.

In der UdSSR hingegen spielt dieses Problem keine Rolle, da eine Bilanzveröffentlichung zur Information von privaten Interessenten vollständig entfällt, da das wirtschaftliche Zahlenmaterial weitgehend geheimgehalten wird.

1) Densen: in Summer Course 1950: "Is it true and fair?"
Seite 55 - 56

2) House of Lords, 146 Official Report, col 964, April 1947

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, nimmt man in England nicht nur auf die Vorbildung der Aktionäre Rücksicht, sondern man hält auch eine Schematisierung der Darstellungsmethoden innerhalb des Jahresabschlusses, sowie der Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung und die gleichbleibende Ziffernfolge der Gliederungsvorschriften wegen der unterschiedlichen Geschäftsstruktur und der verschiedenartigen Zusammensetzung des Vermögens für unmöglich.

In Anlehnung an den Bericht der "Cohen Commission" sind die "Publizitätsvorschriften" des CA sehr flexibel gestaltet, um den einzelnen companies bewußt eine individuelle Ausgestaltung ihrer Rechnungslegung zu ermöglichen. "Die Rechnungen müssen informativ sein, sie brauchen jedoch nicht uniform zu sein. Wahrhaftig, wenn ihre Uniformität vorgeschrieben wäre, so glaube ich, würde sie in vielen Fällen außerordentlich uninformativ sein, weil mannigfaltige Geschäfte nicht zu einem festen Muster passen..."¹⁾ Deshalb schreibt der CA nur grobe Hinweise hinsichtlich der zu gebenden Mindestinformationen vor. Starken Einfluß auf die Ausgestaltung der Rechnungslegung nehmen die auditors.²⁾

In weitaus stärkerem Maße als das Aktiengesetz erlaubt es der CA, die verlangten Informationen auch in Form von Anmerkungen (insbesondere Anlagen) oder im Geschäftsbericht zu geben. Die amerikanischen Verhältnisse dienen in starkem Maße der deutschen Regelung als Vorbild.

Soweit die Jahresabschlüsse (das sind zumindest die corporations, die dem Börsenverkehr unterliegen) veröffentlicht werden, hält man sich in der Grundgliederung weitgehend an das Schema der Regulation S - X. Die Corporations unterwerfen sich heute diesen Vorschriften freiwillig, wenn die SEC auch die Macht zur Durchsetzung ihrer Gliederungsvorschriften besitzt. Der Grund für die indirekte Zwangsmaßnahme der SEC-Behörde ist

1) House of Lords, 146 Official Report, col 964, April 1947

2) Frank, Companies Accounts, London 1948, Preface

jedoch historisch bedingt.

Zur Eindämmung der Mißstände im amerikanischen Korporationswesen haben die meisten Bundesstaaten sogenannte "Blue Sky Laws" erlassen, die von Trumpler in folgenden Gruppen eingeteilt werden:

1. Gesetze, die eine Registrierung der Wertpapiere verlangen,
2. Gesetze, die ein Einschreiten der Staatsgewalt nur im Falle des Betruges vorsehen.

In unserem Zusammenhang interessiert hier vor allem die erste Gruppe. Es sollten die Angaben über Gliederung und Bewertung der Bilanz und der GuV den staatlich eingesetzten securities commissions unterworfen sein. Man hatte aber mit diesem Gesetz wenig Erfolg, sodaß der Erlaß des "Securities Act" und des "Securities Exchange Act" notwendig wurde.

Auf die Gefahr der starren Schablonisierung des deutschen Bilanzschemas haben wir bereits hingewiesen. Es kann weitaus zweckmäßiger sein, komplizierte Einzelheiten ausgiebig auf getrennten Blättern zu erklären. Es besteht aber auch die Gefahr, daß der Zusammenhang mit der Bilanz verlorengeht. Es kommt also ganz auf die richtige Gestaltung der Darstellung an.

In der UdSSR und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bestehen keine privatrechtlichen Aktiengesellschaften mehr, sodaß auch frühere Bestimmungen des russischen und des deutschen Aktienrechtes gegenstandslos geworden sind.

Das Rechnungswesen und damit auch die Bilanzierungspraxis der Unternehmungen ist zu einem Instrument der Wirtschaftslenkung und Planungskontrolle umgestaltet. Dennoch lassen sich die Verhältnisse auf dem Gebiete der Rechnungslegung noch am ehesten mit den aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften der westlichen Länder vergleichen. Für die unmittelbar der staatlichen Planungskommission bzw. den Fachministerien und Hauptverwaltungen unterstehenden zentralgelenkten Industrieunternehmungen ist die Befolgung eines Bilanzformblattes zur Pflicht gemacht, dessen Gliederungsvorschriften genauestens eingehalten werden müssen.

Eine Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung besteht natürlich auch für die volkseigenen Betriebe in der sozialistischen Industrie. Die Betriebsleiter erfüllen diese Aufgabe, indem sie vor der Belegschaft mit Hilfe der Aufzeichnungen des Rechnungswesens über die materielle und finanzielle Erfüllung des Betriebsplanes berichten. Nach sowjetischer Auffassung ist diese Kontrolle des betrieblichen Geschehens völlig ausreichend da sie ja unmittelbar vor den beteiligten Werkstätigen durchgeführt wird. Eine Veröffentlichung der Jahresabschlüsse, wie sie in den westlichen Vergleichsländern üblich ist, wird deshalb in der UdSSR für überflüssig gehalten. ¹⁾

Die strenge Einhaltung der Gliederungsbestimmungen erklärt sich aus der Notwendigkeit einer exakten Planungskontrolle.... "Aus all diesen Gründen ergibt sich die Notwendigkeit, ein unseren gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechendes, auf wissenschaftlicher Grundlage unter Auswertung der reichen Erfahrungen der Sowjetunion entwickeltes Rechnungswesen in unseren sozialistischen Betrieben anzuwenden." ²⁾

Auch in der Frage der Darstellung gibt es in den Vergleichsländern einige Unterschiede. Besonders handelt es sich hierbei um das Problem der Konto- oder Staffelform. Während in Deutschland heute noch die Kontoform vorherrscht, hat man in Großbritannien von dieser Darstellungsweise Abstand genommen.

Heute benutzt man die Staffelform zur Darstellung der Geschäftslage und der Erfolgsdeterminanten. Diese Darstellungsform wurde aus den Vereinigten Staaten übernommen und wird als Finanzstatus (financial statement) bezeichnet. In den im erzählenden Stil gehaltenen Erläuterungen spricht man die Aktionäre unmittel-

1) Goll, Günter: "Bilanzen und Profite", Leitfaden für die externe Analyse der Jahresabschlüsse westdeutscher Aktiengesellschaften, Berlin (Ost) 1958, Verlag: "Die Wirtschaft"

2) N.N.: "Aufgaben des Rechnungswesens in der volkseigenen Industrie", in Grundsätze für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe, Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin 1952, Heft 25, Seite 2

telbar an. Man beginnt bei dieser Bilanz mit den Anlagewerten und zieht die darauf ruhenden Belastungen ab. Dem Saldo wird die Differenz aus den aufgeteilten Umlaufswerten abzüglich der darauf entfallenden Passiven hinzugefügt. Nach weiterem Abzug nicht spezieller Belastungen ergibt sich als Rest das in Aktiven und Reserven aufgeteilte Eigenkapital. Im folgendem sei eine Bilanz wiedergegeben, die sich der Staffelform bedient, ansonsten aber eine normale, fachliche Ausdrucksweise verwendet:¹⁾

Bilanz der company zum 31.12.19....

<u>Anlagevermögen:</u>	L	L
Land u. Gebäude, zu Kosten		300.000
Anlagen u. Maschinen, zu Kosten	200.000	
abzüglich Abschreibungen	<u>40.000</u>	160.000
Firmenwert, Patente zu Kosten		
abzüglich Abschreibungen		<u>240.000</u>
		<u>700.000</u>
davon abzuziehen:		
Obligationen, durch Grundpfandrechte auf Land und Gebäude gesichert einschl. aufgelaufener Zinsen		<u>15.600</u>
Anlagevermögen, abz. spezieller Belastungen		684.400
<u>Umlaufvermögen:</u>		
Waren-Vorräte	22.500	
Halbfabrikate	10.900	
Verschiedene Debitoren	18.100	
Besitzwechsel	2.900	
Geldmittel bei Banken und in bar	<u>6.500</u>	
	<u>60.900</u>	

1) Spicer & Pegler: "Practical Auditing", 10. Ausgabe, London 1951, Seite 329 ff.

	L	L
Übertrag:	50.900	684.400
davon abzuziehen:		
Verschiedene Kreditoren	8.900	
Steuern	<u>12.500</u>	
	21.400	
Netto-Umlaufvermögen (working capital)		39.500
<u>Überschuß des Vermögens über die speziellen Belastungen</u>		723.900
davon abzuziehen:		
Schuldverschreibungen, die durch Sicherheitsübereignun- gen auf das gesamte Vermögen gesichert sind (floating charge)		<u>20.000</u>
		<u>703.900</u>

Der Saldo repräsentiert:		
Kapital und Reserven		
Autorisiertes und emittiertes Grundkapital		
300.000 5%ige Vorzugsaktien zu je L 1		300.000
200.000 Stammaktien zu je L 1		<u>200.000</u>
		500.000
Nicht gebundene Reserven (revenue reserves)	150.000	
Gewinn- und Verlustrechnung	<u>38.900</u>	188.900
		688.900
für die zukünftige Besteuerung zurückbehalten		<u>15.000</u>
		<u>703.900</u>

Über die Vor- und Nachteile der zur Auswahl stehenden Darstellungsformen besteht keine Übereinstimmung. Die Kritik richtet sich weniger gegen die Staffelform als gegen den erzählenden Stil, der häufig eine fachlich nicht zu vertretende Vereinfachung interpretiert.

Für die UdSSR besteht diese Wahlmöglichkeit nicht; da der russische Gesetzgeber die Kontoform als verbindlich vorgeschrieben hat. Gegen diese ist einzuwenden, daß die durch sie

gegebenen Erklärungen zu knapp sind und infolge der zwischen Aktiva und Passiva bestehenden Saldierungsmöglichkeiten die Zahlen für den Aktionär oft ohne jeden Aussagewert sind. Der englische Companies Act mißt einer strengen Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung keine große Bedeutung zu und möchte alle "hard and fast rules" vermeiden. Jedoch wird der Ausweis bestimmter Posten verlangt, bzw. die Aufspaltung unzweckmäßig zusammengefaßter Positionen, um der Öffentlichkeit und den Aktionären wenigstens allgemeine Hinweise über die Art und Weise der Information zu geben. Die Verbindlichkeiten, das autorisierte und begebene Aktienkapital und die Aktiven sind so aufzuteilen bzw. zusammenzufassen, daß "ihre allgemeine Natur" offensichtlich wird. Die Gegenstände des Anlagevermögens sollen vom Umlaufvermögen getrennt werden; ausreichend ist bereits eine deutliche Kennzeichnung der Bilanzpositionen. Nach englischer Auffassung ist es jedoch nicht erforderlich, die beiden Bilanzposten unvermischt aufeinanderfolgen zu lassen.¹⁾

Bei Bilanzpositionen, die weder Anlage- noch Umlaufcharakter besitzen, (Verlustvorträge, transitorische Aktiva bzw. Passiva, genügt es dem Board of Trade vollständig, wenn ihre Natur klargelegt wird.²⁾ Im Companies Act finden wir keine befriedigende Definition des Begriffes "Anlage- bzw. Umlaufvermögen". Das "Institute of Chartered Accountants and Auditors" formuliert in seinen Recommendations das "Anlagevermögen als Wirtschaftsgüter, die nicht die Bestimmung haben, im gewöhnlichen Geschäftsverlauf veräußert zu werden".³⁾ Umlaufgüter hingegen "sollen zur Realisierung im gewöhnlichen Geschäftsverkehr dienen".⁴⁾ Die Definition des Anlagevermögens halten wir für recht befriedigend, während das Institute mit dem Hinweis "nicht im gewöhnlichen Geschäftsverkehr" offenbar ausdrücken will, daß nicht mehr verwertbare Anlagegüter zu außerordentlichen Gegenständen des Umlaufvermögens werden.

Die deutsche Bestimmung ist insofern vorzuziehen, weil sie auf

1) "The Companies Act", a.a.O., § 35

2) "The Companies Act", a.a.O., § 35

3) Vgl. Rec. IX, § 89

4) Vgl. Rec. VIII, § 89

die "Zweckbestimmtheit" am Abschlußstage hinweist. Hingegen ist die Abstellung auf eine dauernde Verwendungsmöglichkeit ein Mangel, da die Nutzungszeit bei starken technischen Veränderungen und auch bei den Wertpapieren des Anlagevermögens sich rasch ändern kann. (§ 131, Abs. 4 AG)

Fällt ein Gegenstand unter mehrere Positionen des aktienrechtlichen Gliederungsschemas, dann ist seine Zugehörigkeit zu den anderen Positionen anzugeben, falls sonst die Klarheit der Bilanz beeinträchtigt sein sollte. (§ 129, Abs. 6 AG)

Der Nachsatz deutet an, daß bei Nichtvorliegen dieser Tatsache auf ein Vermerk verzichtet werden kann. Der Companies Act gestattet nicht nur eine Zusammenfassung von unerheblichen Bilanzpositionen mit anderen, sondern auch ausdrücklich dann eine Zusammenfassung, wenn "Aktiven einer Art von Aktiven einer anderen Art nicht getrennt werden können." (vergleiche § 4 a u b) Hiermit will der Companies Act den rechnerischen Schwierigkeiten bei der Aussonderung von verbundenen Betriebseinrichtungen begegnen, die sich durch Gliederungsbestimmungen nicht einfach beseitigen lassen. Jedoch übt das Aktiengesetz eine erzieherische Wirkung aus, indem es die Aktiengesellschaften zu einer Aufteilung des Buchungsstoffes anhält. Die Freiheit der englischen Gesetzgebung läßt keine genauen Aussagen über Saldierungsverbote zu. Ein ausdrücklicher Hinweis, daß Forderungen nicht mit Verbindlichkeiten und Grundstücksrechte nicht mit Grundstückslasten verrechnet werden dürfen, (§ 131, Abs. 5 AG) fehlt im Companies Act vollständig. So weist Frank darauf hin, daß öfters spezielle Schulden mit den belasteten Aktiven saldiert würden, was jedoch wenig befriedigend für den Zweck sei, die Kapitalstruktur des Unternehmens aufzuzeigen.¹⁾

Diesem Bedenken ist absolut beizupflichten. Zwischen den nach deutschem Aktienrecht auszuweisenden Posten und der in den Vereinigten Staaten üblichen Aufgliederung von Vermögen und Schulden bestehen keine sehr wesentlichen Unterschiede. Wir brauchen deshalb an dieser Stelle keine Ausführungen über allgemeine Richtlinien der Information zu machen, da dies im Rahmen der Analyse der Gliederungsvorschriften noch ausführlich erfolgt. Dies gilt auch für die sowjetrussischen Verhältnisse.

1) Frank, Vivian H.: "Company Accounts", London 1948, Seite 18

Ein Vorteil ist die aus dem Liquiditätsdenken der Amerikaner hervorgegangene stärkere Gliederung der Positionen nach ihrer Fristigkeit, während sich die teilweise mangelhafte Aufteilung der Abschreibungen auf Anlagen, die nicht dargestellte Entwicklung des Anlagevermögens und die unklare Unterscheidung zwischen Rückstellungen und Rücklagen nachteilig auswirken.¹⁾

3. Die Analyse der Gliederungsvorschriften und ihre Eignung als Beurteilungskriterium der wirtschaftlichen Lage

Die hier vorzutragenden Grundzüge im formalen Aufbau der Bilanz auf Grund der Rechnungslegungsvorschriften in den einzelnen Vergleichsländern sollen keinesfalls eine vollständige Darstellung dieser Bestimmungen enthalten. Die Beschränkung ist einerseits notwendig, um eine Grundlage für die Diskussion formeller Bilanzierungsgrundsätze zu erhalten, andererseits deshalb, um mit einer zu weit gehenden Analyse der Rechnungslegungsvorschriften nicht das Ziel der Untersuchung, mit Hilfe der Bilanz die wirtschaftliche Lage einer Unternehmung bestimmen zu können, aus den Augen zu verlieren. Unseren Vergleich wollen wir mit Großbritannien beginnen.

Großbritannien: Der Companies Act und die Gliederungsvorschläge der englischen Wirtschaftsprüfungsorganisationen geben keine allgemein gültige Grundlage für ein Gliederungsschema, das sich zum Vergleich mit § 131 AG eignet. Die Formulierung des Companies Act entbeht infolge ihrer Elastizität ein notwendiges Maß an Systematik. Das hier angeführte Gliederungsschema entspricht keiner gesetzlichen Forderung. Es soll hier eine gewisse Gruppierung vorgenommen werden, da weder die Reihenfolge der gesetzlichen Vorschriften den Mindestanforderungen einer Bilanzgliederung entspricht noch durch Vermischung formeller und materieller Fragen eine getrennte Behandlung derselben gewährleistet ist.

Eine Bilanzgliederung unter Berücksichtigung dieser Gesichts-

1) Schenkelberg, W.: "Die Entwicklung amerikanischer Unternehmungen der chemischen Industrie in den Jahren 1946-1951, Dissertation Mainz 1955, Seite 68

punkte hätte folgendes Aussehen:

Liabilities (Passiva)

- I. Authorized Share Capital
(Genehmigtes Grundkapital)
- II. Issued Share Capital
(Ausgegebenes Grundkapital)
- III. Reserves (Rücklagen)
Capital Reserves (Kapitalrücklagen)
Revenue Reserves (Gewinnrücklagen)
- IV. Provisions
(Rückstellungen und Wertberichtigungen)
- V. Debentures, Mortgages and long term liabilities
(Obligationen, Hypothekenschulden und langfristige Verbindlichkeiten)
- VI. Current Liabilities
(Kurzfristige Verbindlichkeiten)
- VII. Contingent Liabilities
(Eventualverbindlichkeiten)
- VIII. Dividends recommended for distribution
(zur Verteilung vorgesehene Dividende)

Assets (Vermögen)

- I. Fixed Assets (Anlagevermögen)
Investments (Vermögensanlage)
Interests in Subsidiary Undertakings
(Beteiligungen an Tochtergesellschaften)
Goodwill, Trade Marks and Patents
(Firmenwert, Warenzeichen, Patente)
- II. Current Assets (Umlaufvermögen)
Quoted and Unquoted Investments
(Notierte und unnotierte Wertpapiere)
Loans to Employees, Officers and Directors
(Darlehen an Angestellte, leitende Angestellte und Direktoren)
Preliminary and Issue Expenses
(Gründungs- und Emissionskosten, soweit nicht abgeschrieben)

Da in England die Bilanzseiten vertauscht sind, wollen wir die Untersuchung des Bilanzaufbaus mit der Passivseite beginnen, und wir wollen uns zunächst mit der Gliederung des Eigenkapitals beschäftigen. ¹⁾

Beim Ausweis des Aktienkapitals ergibt sich nach rein formellen

¹⁾ Trumpler, Hans: "Bilanz und Steuerrecht der AG nach englischem Recht", Basel 1939, Seite 71

Gesichtspunkten ein ganz anderes Bild, als man es in Deutschland gewohnt ist. In England wird eine Trennung zwischen autorisiertem und ausgegebenem Kapital zur Pflicht gemacht, (Schedule VIII, Abs. 2) während auf der Passivseite der deutschen Aktienbilanz lediglich der Posten Grundkapital erscheint, der - von Kapitalherabsetzungen und Kapitalkürzungen abgesehen - keinen Schwankungen unterliegt.

Einen Vergleich können wir also lediglich mit dem autorisierten Kapital der englischen Bilanz durchführen, wobei dieses Kenntnis von der höchstmöglichen Kapitalausstattung des Unternehmens vermitteln soll und deshalb nur in der Vorspalte erscheint. Das ausgegebene Kapital (issued capital) muß im Rahmen der besonderen Umstände in gesonderten Untergruppierungen ausgewiesen werden, wobei der Gesetzgeber zwei Hauptgruppen unterscheidet. Zur ersten Gruppe gehört der Teil des ausgegebenen Kapitals, der aus rückkaufbaren Vorzugsaktien besteht, zur zweiten Gruppe gehört das Aktienkapital, auf das aus den Mitteln der Gesellschaft während des Geschäftsjahres Zinsen gezahlt worden sind. Diese Form der Offenlegung ist eine gute Informationsbasis über das Verhältnis von ausgegebenem zu autorisiertem Kapital, die zudem noch den Vorteil hat, daß sie abgeschlossen auf der Passivseite erscheint.

Der in Deutschland übliche Ausweis von ausstehenden Einlagen auf der Aktivseite ist in England unbekannt. Es erscheinen nur die vom Aktionär gezeichneten Aktien, während ausstehende Einlagen eine unsichtbare Kapitalreserve darstellen, die erst durch die Einlösung der betreffenden Aktien bzw. die Liquidation aufgelöst wird.

Für die englischen Gesellschaften besteht auch die Möglichkeit, einen Teil der Aktien, die sogenannten "Redeemable Preference Shares" zu Lasten des Aufwandes zurückzukaufen, sofern eine entsprechende Beschlußfassung der Hauptversammlung vorliegt. In diesem Falle kann im Jahre der Beschlußfassung eine Sonderrücklage (Capital Redemption Reserve Fund) gebildet werden, die dann als solche in der Bilanz - häufig als Unterposition des Share Premium Account - auszuweisen ist..

Diese Regelung steht im Widerspruch mit dem deutschen Aktiengesetz, das keine Bestimmungen kennt, die es ermöglichen, gegen

Entgelt Aktien ohne formelle Kapitalherabsetzung einzuziehen. Der Grundsatz des Verbotes der Rückzahlung von Grundkapital würde einer solchen Regelung entgegenstehen. Die oben angedeutete Möglichkeit läßt jedoch die Einziehung dieser Aktien zu, ohne das Grundkapital in irgendeiner Weise anzugreifen. Eine Verschleierung der Eigenkapitalverhältnisse ist nicht möglich, da der Teil des emittierten Kapitals, das aus rückkaufbaren Vorzugsaktien besteht, in der Bilanz angegeben werden muß, wie auch der früheste Zeitpunkt "zu dem die Company berechtigt ist, diese Aktien zurückzukaufen": ¹⁾

Zusätzlich besteht für die englischen Aktiengesellschaften die Möglichkeit, eine zu erwartende Anleihetilgung (redemption of loans) durch die Bildung des Capital Redemption Reserve Fund im voraus zu berücksichtigen. Die Rücklage wird im Umfang der Tilgung aufgelöst. Dem Unternehmen bleiben damit Gewinnanteile für die Ablösung der Obligation erhalten. Nach der Auffassung des englischen Gesetzgebers soll nämlich die Anleihetilgung aus Überschüssen und nicht aus der Substanz vorgenommen werden. ²⁾ Innerhalb der Gruppe des Eigenkapitals kommt den Reserven eine besondere Bedeutung zu. Sie stehen in enger Verbindung mit dem Aktienkapital, wodurch den Reserven auch oft die Bezeichnung Zusatzkapital gegeben wird. ³⁾

Zum anderen werden sie mit Beträgen genannt, die den Charakter einer Rückstellung besitzen. Diese Ungenauigkeiten in der Abgrenzung zwischen Rückstellungen und Rücklagen lassen sich in besonderem Maße auch in der englischen Literatur zu Fragen der Rechnungslegung feststellen. Es soll an dieser Stelle unsere Aufgabe sein, auf die Probleme in der englischen Bilanzierungspraxis näher einzugehen.

Die Definition des Begriffes "reserves" findet sich im IV. Teil des achten Anhangs zum Companies Act. Die Unterarten "capital reserves" und "revenue reserves" werden näher erläutert. ⁴⁾

Der korrespondierende deutsche Ausdruck zu "reserves" heißt Rücklagen. ⁵⁾

1) Companies Act, § 58, Abs. 1

2) Topham, A.F.: "Principles of Company Law", London 1949, S.43

3) Bautz, H.: a.a.O., Seite 116

4) Companies Act, § 27 und § 77 c

5) Der Ausdruck reserves bedeutet auch Rückstellungen

Es handelt sich bei der "capital reserve" und bei der "revenue reserve" um Beträge, die aus zurückgehaltenen Bilanzgewinnen gespeist werden, obgleich sie auch Sondererfolge enthalten können, deren Verbuchung als Ertrag man vermeiden möchte. Auch das Aktiengesetz unterteilt die Rücklagen. Dennoch bestehen beachtliche Unterschiede zwischen den jeweiligen Bestimmungen zur Bildung von "capital reserves" bzw. gesetzlichen Rücklagen einerseits und "revenue reserves" bzw. freien Rücklagen andererseits. Zunächst wollen wir uns jedoch dem Unterschied zwischen reserves und provisions zuwenden. Die "reserves" dürfen keine Beträge umfassen,

"die für die Abnutzung (depreciation), Ersatzbeschaffung (renewals), Wertminderung oder für eine bekannte Verpflichtung einbehalten bzw. zurückgestellt werden. Außer den Passiven mit Verpflichtungscharakter sind auch alle Erfolgsregulierungsposten ausgeklammert. Der Companies Act kennt für alle Erfolgsregulierungen nur den Ausdruck "provisions". Sie dürfen nur für bestimmte gesetzliche Zwecke gebildet werden, nämlich für Abnutzung oder Ersatzbeschaffung oder zur Erfassung der Rückstellungen für ungewisse Schulden und unterbliebene Instandsetzungen". 1)

Die höher eingestellten Beträge sollen als "reserves" ausgewiesen werden.

Die 8th Schedule verlangt also nicht nur, reserves begrifflich von provisions zu trennen, sondern schreibt auch vor, daß übermäßig dotierte Rückstellungen nicht unter provisions, sondern unter reserves einzuordnen sind. Sie sind dann als offene Rücklagen (reserves) auszuweisen. Damit untersagt der Gesetzgeber das Legen stiller Reserven.

Den Kapitalreserven (capital reserves) schenkt der Gesetzgeber im Companies Act besondere Aufmerksamkeit. Eine Definition findet sich in der Schedule VIII, § 27 in Form einer negativen Formulierung, die besagt, daß diese keinen Betrag einschließen sollen, der innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung zur Verteilung gelangt (... as free for distribution through the profit and loss account) Ihm gegenüber steht der Begriff "revenue reserves", der eine jegliche Reserve bezeichnet, die keine "capital reserve" ist. Dies bedeutet, daß revenue reserves ausgeschüttet werden sollen. Es wird hier nicht von einer

1) Vgl. Companies Act, § 27 und § 77 c

gesetzlichen Pflicht zur Einbehaltung bzw. einer gesetzlichen Genehmigung zur Ausschüttung gesprochen. Vielmehr kommt es auf die Ansicht an, bestimmte Beträge seien nicht ausschüttbar, die dann in die capital reserve einzustellen sind. Auch die Agio-beträge, die Kapitalrückkaufreserve sowie alle weiteren Beträge, die zumindest zeitweilig nicht ausgeschüttet werden können, weist man zweckmäßigerweise der "capital reserve" zu.

Der Companies Act äußert sich nicht zu der Frage, ob und wann die "revenue reserves" tatsächlich ausgeschüttet werden. Aus englischen Kommentaren kann man ersehen, daß der Ausweis als "revenue" die unbegrenzte Entscheidungsbefugnis des Board of Directors über Höhe und Zeitpunkt der Dividenden nicht einschränkt. 1)

Zweifellos wird jedoch die Klarheit der Bilanz erhöht, da der Bilanzleser die Höhe der Thesaurierung feststellen kann, die am Bilanzstichtag nicht verplant, sondern grundsätzlich den Aktionären zugedacht sind, hauptsächlich wohl für Zwecke des Dividendenausgleichs. Es ist zweckmäßig, die aktienrechtlichen freien Rücklagen ebenfalls nach dem Verwendungszweck zu unterteilen, da bei uns häufig über ihre wirtschaftliche Funktion nichts gesagt wird.

Über die Höhe und Bewertung der Rückstellungen herrscht in der englischen und deutschen Literatur keine Einmütigkeit. In England fallen die Rückstellungen unter den Sammelbegriff "provisions", (8th Schedule, § 27, Abs. 1 a) wobei ihre nähere Charakterisierung der Definition der "liabilities" entnommen werden muß. Zur Klarstellung der Rückstellungen pflegt man diese als "provisions for liabilities" zu benennen, während man die Erfolgsregulierungsposten, die die Aktivseite betreffen, mit "provision against assets" bezeichnet. Der Begriff der liability setzt das Vorhandensein eines schuldrechtlichen Vertrages voraus, da er ja nur Beträge erfassen soll, die zu "expenditure contracted for" führen. Sofern aber eine provision for liabilities

1) Vgl. "The Companies Act 1948", a.a.O., § 87, sowie Robson auf dem Autumnal Meeting 1949 "Fifteen months experience of the Companies Act 1948", Seite 55-56
Sir Russell Cole: "Balance Sheets and Accounts under the Companies Act 1948", in Schriftenreihe "Studies in Accounting", Seite 119

" is in excess, of that which in the opinion of the directors is reasonably necessary for the purpose", d.h. zweckbestimmt ist, so gilt sie als offene Rücklage.

Aus diesen Formulierungen lassen sich drei Folgerungen ziehen. Zunächst einmal bezieht sich die provision for liabilities nur auf vertragliche Verpflichtungen. Ferner hält der Council des Institute of Chartered Accountants and Auditors die Bildung von Rückstellungen nicht nur als erfolgsrechnerisch erwünscht, sondern auch als rechtlich statthaft. Die Rückstellungen dürfen nur mit angemessenen Beträgen dotiert sein, wobei das Urteil der Direktoren entscheidend ist. Als letztes muß bei wesentlichen Beträgen die Natur der Rückstellungen offengelegt werden.

Dieser Zwang zur Aufteilung beträchtlicher, verschiedenartiger Beträge ist bedeutsam, weil auch die jeweiligen Zuführungen zu den einzelnen provisions for liabilities und ebenso die jeweiligen Auflösungen freigewordener Beträge aus der Rechnungslegung ersichtlich sein müssen. Auch mit dieser Bestimmung will man die Direktoren dazu anhalten, Beträge, die sich als zu hoch erwiesen haben, nicht als stille Reserven stehen zu lassen, sondern sie anzugeben. Die freigewordenen Mittel können bei der Notwendigkeit eines neuen Rückstellungszweckes Fremdkapital bleiben oder, wenn keine neuen Schulden mit Ungewißheitscharakter bekannt sind, müssen sie in die reserves übergeführt werden. Im deutschen Aktiengesetz gibt es keine Bestimmungen, deren Anwendung die Entwicklung von Rückstellungen zu beobachten gestattet. Das Gutachten 3/1937 des Institutes der Wirtschaftsprüfer enthält ähnliche Empfehlungen, die aus der Überlegung kommen, daß zwar grundsätzlich stille Reserven nach dem Aktienrecht gebildet werden dürfen, jedoch nicht unter den Passiven. Wenn auch der Companies Act streng die Bildung von stillen Reserven innerhalb der Rückstellungen verneint, so sollen doch alle nicht durch Rückstellungen erfaßten Eventualverbindlichkeiten (contingent liabilities) in einem der zusätzlichen Rechnungsdokumente aufgeführt werden. Ein Bilanzvermerk wird nicht verlangt; ebenfalls erfolgt auch keine Aufzählung der möglichen Eventualverbindlichkeiten. Eine zusätzliche Informationsquelle ist die Angabe der "Gesamtsumme bzw. des geschätzten Betrages...

auf Grund von Verträgen, die zu aktivierungspflichtigen Ausgaben (capital expenditure) führen", ¹⁾ die für die Beurteilung zukünftiger Investitionsabsichten von companies wichtig ist. Für die Dotationen der Abschlußziffern sind nach allgemeinen Rechnungsgrundsätzen auch in England die Verhältnisse am Bilanzstichtag maßgebend. Zugänge werden erst verbucht, wenn Ausgaben angefallen sind. Der § 149 Abs. 1 verlangt aber eine weitergehende Informationspflicht über die üblichen rechnungslegungspflichtigen Vorgänge hinaus und fordert dabei die Angabe eines buchungsmäßig zukünftige Perioden umfassenden Tatbestandes. Abgeschlossene Verträge über zukünftige Betriebserweiterungen müssen mit dem vereinbarten Ausgabebetrag aus den Abschlußdokumenten ersichtlich sein. In Zeiten starker Investitionen können die Aktionäre aus der Offenlegung der Summen wichtige Hinweise über die zukünftige Investitionspolitik der companies gewinnen.

Dennoch gibt die Definition der provisions nicht die notwendige Klarheit, in welchen Fällen man von einer nicht genau fixierten Verbindlichkeit sprechen kann. In Deutschland wird der Risikofaktor als Maßstab für eine Trennung zwischen Rückstellungen und Verbindlichkeiten angesehen. Mit Hilfe der Rückstellungen versucht man eine Absonderung der noch nicht eindeutig feststellbaren Beträge von den Verbindlichkeiten. Diese Bilanzierungsweise soll kennzeichnen, daß die Unternehmung zur Sicherung des Eigenkapitals Vorkehrungen in ausreichendem Maße getroffen hat, ohne durch die mangelnde Beachtung des Risikofaktors mit dem Grundsatz der Bilanzwahrheit im Widerspruch zu stehen. Die englische Bilanzliteratur rechnet die provisions im allgemeinen mehr den Verbindlichkeiten zu, was schon daraus zu erkennen ist, daß häufig beide Positionen in einer Gruppe unter der Bezeichnung "Current Liabilities and Provisions" eingestuft werden. Gegen eine solche Bilanzierungsweise dürfte nichts einzuwenden sein, wenn diese Rückstellungen für später eintretende Verbindlichkeiten gebildet werden. Doch kann man in zahlreichen Bilanzen immer wieder feststellen, daß außer den Rückstellungen

1) Aktiviert werden Ausgaben, die die Ertragskraft (revenue earning capacity) der Unternehmung erhöhen, vgl. hierzu: "Spicer & Peglers Book-Keeping and Accounts", 12. Ausgabe Abschnitt 280

für Pensionsverpflichtungen und spätere Dividendenzahlungen auch solche für geplante Reparaturen und Erneuerungen an Anlagegegenständen innerhalb der Gruppe der Verbindlichkeiten zum Ausweis kommen. Hieraus läßt sich erkennen, daß die im Companies Act aufgeführte provision in Form einer Rückstellung für ungewisse Schulden auch als Wertberichtigung auftreten kann, ohne daß in der Bilanz selbst eine sinnvolle Einstufung vorgenommen wird. Die dem Direktor der companies übertragene Handlungsfreiheit hat hier eine Grenze erreicht, die einem Bilanzvergleich verschiedener Gesellschaften große Schwierigkeiten entgegengesetzt. Unseres Erachtens kann man diese Ausweismethode nicht mehr als vorbildlich bezeichnen.¹⁾ Der Gedanke einer allgemeinen Risikorückstellung findet in der englischen Bilanzliteratur und Bilanzpraxis kaum eine Berücksichtigung. Der Ausweis der Rückstellungen unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten deutet darauf hin, daß nicht an eine Abdeckung späterer Verluste gedacht wird. Deshalb wäre es im Interesse der Bilanzklarheit durchaus angebracht, den Ausweis der Rückstellungen gesondert zu bringen.²⁾

Es erscheint durchaus angebracht, auf die Bedeutung der provision als Erfolgsregulierungsposten hinzuweisen. Die deutsche Bilanzierungspraxis spricht in diesem Zusammenhang sowohl von Rückstellungen als auch von Wertberichtigungsposten, die wegen des formalen Ausweises und des materiellen Inhaltes streng voneinander getrennt sind. Man könnte zwischen der Kapitalsicherungsfunktion der Rückstellungen und der Wert- bzw. Substanzerhaltungsfunktion der Wertberichtigungen unterscheiden.

Dem englischen Gesetzgeber dürfte eine solche Betrachtungsweise kaum fremd sein. Die provision for depreciation erscheint als Gesamtsumme innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung und wird gleichzeitig von den betreffenden Aktivposten in Abzug gebracht. Die Definition der provisions und ihre Bilanzierungsmethode lassen berechtigte Zweifel aufkommen, ob man sie mit den deutschen Wertberichtigungen in Übereinstimmung bringen kann. Die gesetzlichen Anforderungen in bezug auf den Ausweis des Anlage-

1) anderer Ansicht Weiß, a.a.O., Seite 65

2) dies haben wir in unserem Bilanzschema bereits getan

vermögens als auch die entsprechenden Kommentare in der Fachliteratur lassen eindeutig erkennen, daß Abschreibungen für Abnutzung, Erneuerung und Wertminderung in der Bilanz nur durch den direkten Abzug von den entsprechenden Vermögenswerten berücksichtigt werden. Die Anlagenwerte erscheinen also als Nettowerte. Nach deutscher Auffassung verbindet man mit dieser Bilanzierungsmethode den Gedanken der direkten Abschreibung, während Wertberichtigungen den Ausweis der abgeschriebenen Beträge auf der Passivseite voraussetzen.

Die englische Unterscheidung zwischen der Rückstellung für ungewisse Schulden und der Wertberichtigung wird nicht klar herausgestellt, was aus folgendem Zitat von Weiß hervorgeht: "..... Der Wertberichtigungsposten für Forderungsausfälle (provision for bad debts) ist das bekannteste Beispiel für Rückstellungen, da der tatsächliche Ausfall zur Zeit der Bilanz aufstellung unbekannt sei. Die Tatsache, daß die provision for bad debts von den Aktiven gekürzt und nicht auf der Passivseite ausgewiesen wird, ändert nichts an ihrer Natur als provision". Es ergibt sich die Frage, ob wir diese provision überhaupt als Wertberichtigung bezeichnen dürfen, da sie einmal den Charakter einer echten Rückstellung besitzt, andererseits aber durch den saldierten Ausweis bilanztechnisch nicht als Wertberichtigungsposten angesehen werden kann. Es ist deshalb zweifelhaft, ob die von Weiß²⁾ gebrachte Begründung über englische Ausweismethoden überhaupt einen Vergleich der Rückstellungen mit den Wertberichtigungen rechtfertigt. Der Ausweis der provision im Hinblick auf abgeschriebene Beträge für Vermögensgegenstände erlaubt nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf die definitionsmäßige Verwandtschaft mit deutschen Rückstellungen oder Wertberichtigungsposten zu ziehen.

Die englische Terminologie verwendet den Begriff provision sowohl für zurückbehaltene (retained off) als auch für abgeschriebene (written off) Beträge, wobei die Notwendigkeit einer klaren Unterscheidung betont wird.³⁾ Dieser Gedanke wird auch im Ge-

1) Weiß: a.a.O., Seite 64

2) Weiß: a.a.O., Seite 64

3) Kettle, R.: "Balance Sheets and Accounts under the Companies Act 1948, Seite 122

setz zum Ausdruck gebracht, da nur Rückstellungen getrennt in der Bilanz ausgewiesen werden, Abschreibungen hingegen nicht. Diese Bilanzierungsmethode beruht auf dem Gedanken, daß die Abschreibungen für Anlagen mit der Funktion der Werterhaltung verknüpft sind und in der Anlagenrechnung Berücksichtigung finden. Innerhalb der provision für Abnutzung, Erneuerung und Wertminderung von Vermögensgegenständen muß man hinsichtlich ihrer Bilanzierung von einer differenzierteren Vorstellung ausgehen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn wir die provision nicht in ihrer Gesamtheit, sondern in der Unterteilung depreciation als Abschreibung, renewals als Erneuerungsrücklage und diminuation als Wertberichtigung zu den Aktivposten in der Bilanz ausweisen. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, diese Posten untereinander abzugrenzen. So könnte neben den normalen Abschreibungen auf Anlagegegenstände Wertberichtigungen ersichtlich gemacht oder antizipierte Ausgaben für geplante Reparaturen in einem gesonderten Posten aufgeführt werden. Derartige Forderungen stehen in der englischen Literatur nicht zur Diskussion, da eine schärfere Trennung innerhalb der provisions nicht für notwendig gehalten wird. Dies ist sehr bedauerlich, da dem externen Bilanzbetrachter durch eine stärkere Aufgliederung dieser Position eine bessere Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ermöglicht würde.

Über den Ausweis von Verbindlichkeiten (liabilities) gibt es im englischen Aktiengesetz nur wenig Anhaltspunkte. Im Gegensatz hierzu verlangt das Aktiengesetz den Ausweis von 10 Arten von Verbindlichkeiten, wobei die Aufteilung nach der Fristigkeit der in Anspruch genommenen Kredite geschieht, was aber nicht konsequent durchgeführt ist, sondern noch durch eine Unterscheidung nach den verschiedenen Gläubigergruppen ergänzt wird.

Im englischen Companies Act ist ein so umfangreicher Katalog nicht zu finden. Nur die wesentlichsten Gruppen werden herausgestellt und ihr zum Teil recht differenzierter Ausweis als Mindestforderung angesehen. Unter den rein formalen Gesichtspunkten dürfte die englische Methode der Unterscheidung zwischen kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten dem deutschen Gliederungsschema vorzuziehen sein. Viele Unternehmungen nehmen in einem freiwillig aufgegliederten Schema in den Hauptgruppen

sowohl eine Unterscheidung nach der Fristigkeit als auch einen getrennten Ausweis der Verbindlichkeiten vor, deren Fälligkeit am Bilanzstichtag nicht einwandfrei festzustellen ist.

Die Rückstellungen erscheinen innerhalb der Fremdkapitalkonten in einer besonderen Gruppe; bemerkenswert ist jedoch, daß sie nicht mit den kurzfristigen Verbindlichkeiten zusammengefaßt werden.

Durch den Einfluß der Literatur haben sich in England trotz der fehlenden gesetzlichen Grundlagen Formen herausgebildet, die zum Teil dem starren System des Aktiengesetzes vorzuziehen sind. Die Abgrenzung und Gliederung der Gruppen des Anlage- und Umlaufvermögens nach den Erfordernissen des Companies Act können nicht als ein Muster an Systematik bezeichnet werden, da eine eindeutige Unterscheidung zwischen den beiden oben genannten Gruppen im englischen Gesetz nicht erfolgt und auch Bewertungsfragen mit formellen Bestimmungen verflochten sind. Durch die Ausarbeitung von vollständigen Grundsätzen seitens des Cohen Committee und des Institute of Chartered Accountants and Auditors wird ein weitgehender Einblick in die Englische Bilanzierungsmethode gewährleistet, der uns befähigt, einige Aussagen über die damit in Zusammenhang stehenden Probleme machen zu können. Untersucht man die Bilanzstruktur und versucht daraus formale Grundsätze abzuleiten, so wird man sich bewußt, daß in bezug auf die Gliederung der Passivseite und der Aktivseite verschiedene Prinzipien zu beachten sind, aus denen die Konsequenzen gezogen werden müssen.

Während die Gliederung der Passivseite durch die Differenzierung der Eigentumsverhältnisse hinsichtlich der Finanzierung als auch durch die aus der geschäftlichen Tätigkeit erwachsende Notwendigkeit einer Erfassung des Geldstroms bestimmt wird, sind auf der Aktivseite der Bilanz durch den Ausweis der in die Unternehmung investierten Vermögenswerte wesentlich andere Faktoren zu berücksichtigen. Die Verwendung von dauerhaften Gütern erfordert für die Aufzeichnung in der Bilanz eine periodische Abgrenzung ihrer Werte und damit eine Trennung von Vermögensgegenständen, die einer solchen Abgrenzung nicht bedürfen. Die Notwendigkeit einer Klassifizierung ergibt sich auf Grund der verschiedenen Wertansätze bei den einzelnen Vermögensgegenständen. Da die Bewertung die Determinante für die Höhe des Ge-

winns ist, wird dieser rein formale Gliederungsgesichtspunkt auch mit dem Problem des materiellen Inhaltes der Bilanzierung verknüpft. Somit muß den mit der Klassifizierung der Aktiva in Verbindung stehenden formellen Grundsätzen ein besonders hoher Wert beigemessen werden.

Die Trennung nach Anlage- und Umlaufvermögen ist nicht genügend. Deshalb soll noch zwischen materiellen und immateriellen, betriebsnotwendigen und außerbetrieblichen Vermögensgegenständen unterschieden werden, die auch nach dem unterschiedlichen Liquidationsgrad ausgewiesen sein sollen.

Wie bereits früher erwähnt, enthält der Companies Act keine Definition des Terminus "fixed assets". Man versteht darunter Gegenstände, die nicht die Bestimmung haben, im gewöhnlichen Geschäftsverkehr veräußert zu werden. Obwohl in England auf die Ausarbeitung eines gesetzlichen Schemas entsprechend § 131 AG verzichtet wurde, läßt sich eine gewisse Ähnlichkeit mit den deutschen Publizitätsgepflogenheiten nicht verleugnen.

So werden in England unter fixed assets sowohl materielle (Land und Gebäude, Anlagen, Maschinen, Wertpapiere des Anlagevermögens) als auch immaterielle Werte ausgewiesen. (Firmenwert, Patente, Warenzeichen) Mit Hilfe des Ausweises dieser Positionen kann man gewisse Feststellungen über den Ausweis der Aktiva in der englischen Bilanz treffen. Sie geben uns einen Anhaltspunkt darüber, daß die englische Bilanzierungsmethode sich kaum von der deutschen unterscheidet.

Wo mit Hilfe des Gliederungsschemas der deutschen Kapitalgesellschaften ein umfangreicher Katalog über die auszuweisenden Aktiven zur Verfügung steht, bleibt den englischen Unternehmungen noch ein beträchtlicher Spielraum, die Bilanz innerhalb der Hauptgruppen nach individuellen Gesichtspunkten aufzugliedern und den jeweiligen Branchengegebenheiten anzupassen. Leider hat diese Elastizität nicht zu einer Durchbrechung der traditionellen Bilanzierungsgrundsätze und zu einer funktionellen Aufgliederung der Bilanz geführt, um sie in Korrelation zur Gewinn- und Verlustrechnung zu bringen. Dadurch könnten Abgrenzungsschwierigkeiten verringert und gewisse Verfeinerungen in bezug auf die Aussagefähigkeit der Bilanz erreicht werden. Im folgenden wollen wir einige Hinweise auf die Bilanzierung

des Anlage- und Umlaufvermögens bringen, da die gesetzlichen Bestimmungen keinesfalls ausreichen, um dem externen Betrachter ein ausreichendes Bild über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu geben. Als Ausgangspunkt für die Ermittlung der Werte des Anlagevermögens sieht der Gesetzgeber folgende Methoden vor:

- a) Es ist die Differenz zu bilden zwischen dem Anschaffungspreis oder - falls der Vermögensgegenstand auf Grund einer Bewertung zu Buch steht - dem Betrag dieser Bewertung und
- b) dem Gesamtbetrag der Abschreibungen oder zurückgestellten Beträge für Abnutzung oder Wertminderung seit dem Zeitpunkt der Bewertung.

Die Aktiva erscheinen demnach als Nettowerte in der Hauptspalte der Bilanz, wobei in einer Vorspalte der Anschaffungswert und die bis zum Bilanzstichtag angelaufenen Abschreibungsbeträge getrennt auszuweisen sind. Die Veränderung des Buchwertes der Aktiva läßt sich nur im Vergleich mit der Vorjahresbilanz ermitteln, insbesondere die Höhe der am Bilanzstichtag vorgenommenen Abschreibungen. Im Vergleich mit der deutschen Bilanzierungsmethode ist dieses Verfahren sehr umständlich, da der Zugang für die einzelnen Anlagegegenstände nur im Vergleich mit der Vorjahresbilanz ermittelt werden kann.

Die englische Regelung hat hingegen den Vorteil, daß die Anschaffungswerte mit den gesamten Abschreibungen in Beziehung gebracht werden können.

Das englische Gesetz kennt keine Höchstwertvorschriften und verweist auch nicht auf die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung. Als Ausgleich zur Unterrichtung der Aktionäre müssen die Ausgangsbeträge, die die Basis der Bilanzansätze bilden, in der Bilanz angegeben werden. Man versucht der Klarheit der Bilanzierung des Anlagevermögens damit zu dienen, daß die Bilanzleser aus den Erläuterungen zu den Anlagepositionen ersenen können, wie bilanziert wurde.

Diese Absicht genügt jedoch für eine Bilanzanalyse keinesfalls, wenn nicht die nach unterschiedlichen Ausgangsbeträgen ermittelten Summen getrennt ausgewiesen werden, zumal die Hinweise darüber fehlen dürfen, nach welchen Gesichtspunkten die "valuation" vorgenommen wurde und welche Substanz noch hinter den auf der

Basis "Buchrestwert" erfaßten Anlageteilen steht. Das englische Gesetz verlangt nicht den gesonderten Ausweis von Zu- und Abgängen.

Für den Ausweis der Grundstücke und Gebäude haben die deutschen Bilanzierungsvorschriften gegenüber der englischen Regelung eine wesentlich größere Differenzierung vorgesehen. Im Companies Act sind hierzu keine näheren Ausführungen gemacht; die Auswahl der Bilanzierungsmethode bleibt somit den einzelnen Gesellschaften überlassen. In den meisten Bilanzen findet sich der Ausweis von Grundstücken und Gebäuden in einer Position. Unseres Erachtens liegt hierin eine Verschleierung der Liquiditätslage der Gesellschaft, da Grundstücke im Bedarfsfalle oft günstiger zu realisieren sind als Gebäude und deshalb ein getrennter Ausweis zu befürworten wäre.

Nach englischen Bilanzierungsgepflogenheiten ist es unzulässig, den bei Verkauf eines Gebäudes erzielten Gewinn für die Abschreibung der restlichen Gebäude zu benutzen. Dieser Betrag soll vielmehr der Kapitalreserve zugeführt werden. Mit dieser Handhabung will man die Legung stiller Reserven vermeiden.

Nach englischer Auffassung sind die Abschreibungen nicht notwendig, wenn für die anfallenden Reparaturen mit Hilfe einer provision for repairs or renewals Vorsorge getroffen wird.

Unter Anlagen, Maschinen und Betriebseinrichtungen fallen alle Vermögensteile, die zur Aufrechterhaltung der Produktion in den Betrieben investiert worden sind. Die Zusammenfassung in einer Summe vermeidet in gewisser Hinsicht Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den einzelnen Gruppen, gibt aber andererseits keine Möglichkeit, den strukturellen Aufbau des Betriebes in differenzierter Form zu überblicken und Bewegungen im Bilanzierungszeitpunkt erkennen zu können. Da dieser Posten Aktiva von verschiedener Lebensdauer enthält, kann der externe Bilanzbetrachter bei einer Veränderung dieser Position kaum beurteilen, inwieweit eine Investition oder Desinvestition von Maschinen und Anlagen in dieser Veränderung enthalten ist. Die Kenntnis der Investition ist aber ein wichtiges Indiz zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage; die oben geschilderte Bilanzierungsweise ist unter dem Blickpunkt unserer Analyse als Mangel anzusehen. Es bleibt zu überlegen, ob die deutschen Ausweismethoden eine

bessere Information gewähren. Hier will man durch den differenzierten Ausweis aller Vermögensgegenstände und durch die Aufdeckung aller Zu- und Abgänge einen genauen Einblick in den strukturellen Betriebsaufbau geben; in England soll diese Kenntnis ein sorgfältig ausgearbeiteter Geschäftsbericht vermitteln. Von größerer Bedeutung ist jedoch die Fragestellung, ob diese Art der Bilanzierung ein genaues Bild von der Höhe der zu aktivierenden Anlagegüter gibt, ohne daß die Gefahr einer Verwässerung durch willkürliche Bildung von stillen Reserven vorhanden ist.

Wir wollen diesen Fragenkomplex nicht berühren, soweit er Anhaltspunkte des formalen Ausweises dieser Bilanzposten in sich einschließt. Nach den Anforderungen des Companies Act müssen die Gesellschaften die zur Ermittlung der Buchwerte erforderlichen Anschaffungswerte sowie die Abschreibungen exakt erfassen. Eine Ausnahme ist nur in den Fällen zulässig, wo die Anschaffungswerte nur mit unzumutbaren Aufwendungen oder Ausgaben (unreasonable expense or delay) festzustellen sind.¹⁾

Die Befolgung der durch die Rechnungslegungsvorschriften geforderten "normal basis" bedingt zwangsläufig die Einrichtung einer Anlagenkartei, um die verschiedenen Werte erfassen zu können. Ferner werden die Gesellschaften zu einer möglichst genauen Schätzung der Abschreibungsquoten angehalten. Dies geschieht durch die Zuweisung überhöhter Abschreibungen in die "reserves". Damit wird eine Antizipierung der Abschreibungen im Jahre hoher Gewinne unmöglich gemacht. Diese Abführung der überhöhten Abschreibungsbeträge in die Reserven soll besonders kenntlich gemacht werden.²⁾ Unseres Erachtens bietet eine Kommentierung dieser Bilanzierungsmethode den Vorteil einer größeren Bilanzklarheit. Sie verdient deshalb den Vorzug gegenüber der deutschen Regelung.

Der Ausweis des Firmenwertes, der Patente und Warenzeichen geschieht in England in einem zusammengefaßten Posten. In Deutschland erfolgt im Gegensatz hierzu ein getrennter Ausweis der immateriellen Werte und des Geschäftswertes. Dieser Unterschied

1) Whittaker, A.: "The Companies Act 1947 in Practice", Aufsatzreihe in "The Economist", London 1948, Seite 79

2) Kettle: a.a.O., Seite 134

ist jedoch nicht weiter bedeutsam, da auch in England bei der Bilanzierung der immateriellen Werte sich keine einheitlichen Grundsätze herausgebildet haben. Auch in England erfolgt der Ausweis dieses Postens nur im Falle eines derivativen Erwerbs. Die Höhe des Firmenwertes wird durch den Teil des Kaufpreises bestimmt, der über den rechnerisch erfaßbaren materiellen Vermögenswert hinausgeht. Dies ist gleichbedeutend mit einer Kapitalisierung der im Verlaufe der nächsten Geschäftsjahre zu erwartenden Gewinne. ¹⁾ Die rechnerischen Methoden, mit deren Hilfe diese Beträge ermittelt werden, sind durchaus nicht einheitlich. Entgegen den deutschen Bilanzierungsgepflogenheiten lehnt man in England eine Abschreibung auf den goodwill allgemein ab. Die Patente hingegen werden in 5 Jahren abgeschrieben. Unter der obengenannten Position sind also in der englischen Bilanz immaterielle Werte zusammengefaßt, die nur zum Teil abgeschrieben werden. Unseres Erachtens müßte deshalb eine klare Trennung der mit Abschreibung belasteten und der nicht mit Abschreibung belasteten Vermögenswerte vorgenommen werden. Der Ausweis in einer zusammengefaßten Position widerspricht dem Grundsatz der Bilanzklarheit. Zumindest müßte der jährliche Abschreibungsbetrag für diese Position besonders vermerkt werden.

Bei den "investments" finden wir in England sehr unterschiedliche Bilanzierungsweisen. Sie sind zum Teil im Anlagevermögen, zum Teil im Umlaufvermögen der englischen Bilanz anzutreffen. Obwohl sich weder in den Bewertungsempfehlungen der englischen Wirtschaftsprüfungsorganisationen noch in den Lehrbüchern eine Definition der "investments" finden läßt, liegt der Sinn einer solchen Investition in der vermögensmäßigen Sicherung des Unternehmens, die zum Teil in sehr liquider Form erfolgt. Der Unterschied dieser verschiedenen Kapitalinvestitionen, deren häufigste Form die Hereinnahme von Wertpapieren darstellt, darf weniger in dem Grad ihrer Liquidität gesehen werden, sondern mehr in dem Zweck, den diese Investition begründet. Dieser Gedanke ist grundlegend für die Unterscheidung des Gesetzgebers in "trade investments" und "investments". Erstere sind solche Vermögens-

1) de Paula: "The Principles of Auditing", London 1951, Seite 103

anlagen, die zur ".... Sicherung und Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft investiert worden sind"¹⁾, dagegen werden letztere als Kapitalanlagen in "notierten Werten" bezeichnet, die keine "trade investments sind... und zum Zwecke einer Einkommenserzeugung aus Kursgewinnen" gehalten werden.²⁾

Das Institute of Chartered Accountants hat eine Einstufung der "trade investments" in das Anlagevermögen und der "investments" in das Umlaufvermögen vorgeschlagen. Es fragt sich aber, ob mit Hilfe der oben genannten Definition der Unterschied zwischen investments und trade investments klar genug herausgestellt wird. Die Sicherung und Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit ist auch durch den Erwerb von Wertpapieren gewährleistet, die zum Zwecke der Einkommenserzielung gekauft wurden. Umgekehrt ist mit den Wertpapieren, die zur Sicherung und Aufrechterhaltung der geschäftlichen Tätigkeit angelegt sind, die Erzielung einer gewissen Rendite verbunden.

Man sollte deshalb die Definition in der Betonung des betreffenden Zweckes sehen. Ein Hinweis auf die beabsichtigte Investitionsdauer könnte zur klareren Unterscheidung zwischen den einzelnen Vermögensanlagen beitragen. Die "trade investments" soll man infolge ihrer langfristigen Gebundenheit an das Unternehmen durchaus im Anlagevermögen ausweisen, während die investments als reine Finanzaktiva unter dem Umlaufvermögen zu bilanzieren sind. Bei den letzteren verlangt der Companies Act eine weitere Unterscheidung zwischen notierten und nicht notierten Wertpapieren, wobei die Notierung als Grundlage für die Bestimmung des Börsen- oder Marktpreises dient. Mit dieser Regelung will man die Öffentlichkeit offenbar davon unterrichten, daß die an den großen Wertpapierbörsen notierten Wertpapiere auf Grund des "Prevention of Fraud" einer besonders strengen Kontrolle unterworfen werden. Demgegenüber ist bei den trade investments die Bilanzierung zu den Anschaffungskosten und die Angabe der Abschreibungsbeträge erforderlich.

Unter den Gegenständen des Umlaufvermögens versteht das Insti-

1) Kettle, R.: a.a.O., Seite 128

2) 8th Schedule des Companies Act, § 8, Abs. 1

tute Vermögensteile, die "gehalten werden, um im gewöhnlichen Geschäftsverkehr realisiert zu werden."

Konkrete Gliederungsgesichtspunkte sind nicht vorhanden; vielmehr wird darauf verzichtet, eine weitgehende Differenzierung beim Ausweis der einzelnen Bilanzposten vorzunehmen. So erscheinen die Warenvorräte in den meisten Bilanzen in zusammengefaßten Positionen, ohne daß die Unterscheidung zwischen Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigfabrikaten erfolgt, wie dies in Deutschland zur Pflicht gemacht wird. Bei Offenlegung der Forderungen werden meist globale Maßstäbe angelegt, die in Deutschland den Abschlußprüfer wahrscheinlich zur Verweigerung seines Bestätigungsvermerkes veranlassen würden. Es ist offenkundig, daß eine solche Bilanzierungsmethode den Nachteil einer mangelhaften Bilanzklarheit in sich birgt, sodaß hier der Vorwurf einer zu oberflächlichen Regelung nicht von der Hand zu weisen wäre. Bei einer Kritik aus deutscher Sicht muß man jedoch die Elastizität der englischen Bilanzierungsmöglichkeiten genügend würdigen. Viele Gesellschaften geben aber aus eigenem Interesse durch eine gute Gliederung dem Außenstehenden einen guten Einblick in die Liquiditätsstruktur ihres Vermögens. Auch in der Frage der finanziellen Beziehungen zwischen dem Vorstand und der Gesellschaft bestehen beim Vergleich der englischen und deutschen Vorschriften erhebliche Unterschiede. Während in Deutschland Kredite an Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte bzw. Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates getrennt auszuweisen sind, sind in England Kredite an Vorstandsmitglieder grundsätzlich verboten. Begründet wird dies im Cohen Report, daß es nicht wünschenswert sei, wenn Direktoren von ihrer Company Geld borgen.

USA: In den Vereinigten Staaten fehlt ein bundeseinheitliches Aktiengesetz mit entsprechenden Rechnungslegungs- und Prüfungsvorschriften.

Der für unsere Zwecke herangezogene "Securities Exchange Act" sieht jedoch für alle an der Börse vertretenen Aktiengesellschaften eine Prüfungs- und Rechnungslegungspflicht vor; die Gesellschaften sind verpflichtet, der "Securities Exchange Commission" ihre Bilanzen einzureichen.

Allerdings gibt dieses Gesetz nur Rahmenbestimmungen, während

die SEC Commission diese Rahmenbestimmungen durch Gesetze und Durchführungsbestimmungen ausfüllt. ¹⁾

Von dieser Behörde stammen auch Gliederungsvorschriften für die Bilanzen der an der Börse zugelassenen Industrie- und Handelsgesellschaften nach der Regulation S-X.

Nach Rule 5 - 02 hat das typische amerikanische Bilanzschema folgenden Aufbau: ²⁾

Assets and other Debets

Aktiva

Current Assets

Umlaufvermögen

1. Cash and cash items

1. Bargeld und bargeldähnliche Posten

- a) cash on hand, demanded deposits and time deposits
- b) call loans
- c) funds subject to withdrawal restrictions

- a) Bargeld, jederzeit fällige und befristete Depositionen
- b) Darlehen auf Kündigung
- c) Einlagen, für deren Rückzahlung Beschränkungen bestehen

2. Marketable securities

2. Börsengängige Wertpapiere

3. Notes receivable

3. Schuldversprechen von Kunden

4. Accounts receivable

4. Kundenvorderungen

5. Reserves for doubtful notes and accounts, receivable

5. Reserven für zweifelhafte Schuldversprechen und Forderungen

6. Inventories

6. Vorräte

- a) finished goods
- b) work in process
- c) raw materials
- d) supplies

- a) Fertigerzeugnisse
- b) halbfertige Erzeugnisse
- c) Rohstoffe
- d) Hilfs- und Betriebsstoffe

7. Other current assets

7. Sonstige Posten des Umlaufvermögens

- a) total of current amounts, other than trade accounts, subject to the usual trade terms, due from directors, officers and principal holders of equity securities

- a) Gesamtbetrag der Forderungen gegenüber Direktoren, leitenden Angestellten, und Großaktionären, soweit es nicht Forderungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sind

- b) total current amounts due from parents and subsidiaries

- b) Gesamtbetrag der Forderungen gegenüber herrschenden und abhängigen Gesellschaften

1) Trumpler, H.: "Die Börsengesetzgebung der USA", a.a.O., Seite 23

2) Regulation S - X, a.a.O., Seite 13 ff.

c) any other amounts in excess of ten per cent of total current assets, indicating any such amount due from.....affiliates

c) alle übrigen Beträge von mehr als 10% des Umlaufvermögens unter Angabe von Forderungen gegenüber Konzerngesellschaften

8. Total current assets

8. Gesamtsumme des Umlaufvermögens

Investments

Finanzanlagevermögen

9. Securities of affiliates

9. Wertpapiere von Konzerngesellschaften

10. Indebtedness on affiliates - not current

10. Langfristige Forderungen gegenüber Konzerngesellschaften

11. Other security investments

11. Sonstige Wertpapieranlagen

12. Other investments

12. Sonstige Anlagen

Fixed Assets

Materielles Anlagevermögen

13. Property, plant and equipment

13. Bebaute Grundstücke, Fabrikanlagen und Einrichtungen

14. Reserves for depreciation, depletion and amortization of property, plant and equipment

14. Abschreibungen für Abnutzung, Erschöpfung und Amortisation von bebauten Grundstücken, Fabrikanlagen und Einrichtungen (Abzugsposten) von Pos. 13

Intangible Assets

Immaterielles Anlagevermögen

15. Patents, trade marks, franchises, goodwill and other intangible assets

15. Patente, Warenzeichen, Geschäftsrechte, Firmenwert und sonstiges immaterielles Anlagevermögen

16. Reserves for depreciation and amortization of intangible assets

16. Abschreibungen für Wertminderung und Amortisation des immateriellen Anlagevermögens (Abzugsposten von Pos. 15)

Deferred Charges

Aktive Posten der Rechnungsabgrenzung

17. Prepaid expenses and other deferred items

17. Vorausbezahlte Ausgaben und andere Abgrenzungsposten

18. Organization expense

18. Organisationskosten

19. Debt discount and expense

19. Disagio und Kosten für die Ausgabe von Schuldverschreibungen

20. Commissions and expense on capital shares

20. Provisionen und Kosten bei der Ausgabe von Aktien

Other Assets

21. Other Assets

- a) total amount due from directors, officers and principal holders of equity securities
- b) each pension or other special fund
- c) any other fund item in excess often per cent of the amount of all assets other than fixed and intangible

Sonstige Aktivposten

21. Sonstige Aktivposten

- a) Gesamtbetrag der Forderungen gegenüber Direktoren, leitenden Angestellten und Großaktionären
- b) alle Pensions- und Sonderrücklagen, soweit dafür spezielle Vermögenswerte unter den Aktiven reserviert worden sind
- c) alle übrigen Posten von mehr als 10% der gesamten Aktiva mit Ausnahme des materiellen und immateriellen Anlagevermögens

Liabilities, Capital Shares and Surplus

Current Liabilities

22. Notes payable

23. Accounts payable (trade)

24. Accrued liabilities from

- a) accrued payrolls
- b) tax liability
- c) interest
- d) any other material items

25. Other current liabilities

- a) dividends declared
- b) bonds mortgages and similar debt
- c) total of current amount due to parents and subsidiaries
- d) total of current amounts other than items arising in the ordinary course of business, due directors, officers and principal holders of equity securities
- e) any other item in excess of ten per cent of total current liabilities indicating any such liability due to affiliates

26. Total current liabilities

Passiva

Kurzfristige Verbindlichkeiten

22. Ausgegebene Schuldverschreibungen

23. Lieferantenverbindlichkeiten

24. Verbindlichkeiten aus

- a) Gehalts- und Lohnzahlungen
- b) Steuerverpflichtungen
- c) Zinsen
- d) sonstige bedeutsame Posten

25. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

- a) erklärte Dividenden
- b) Anleihen, Hypotheken und ähnliche Schulden
- c) Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber herrschenden und abhängigen Gesellschaften
- d) Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber Direktoren, leitenden Angestellten und Großaktionären, soweit sie nicht aus der laufenden Geschäftstätigkeit stammen
- e) alle übrigen Posten von mehr als 10% der kurzfristigen Verbindlichkeiten unter Angabe von Verbindlichkeiten gegenüber Konzerngesellschaften

26. Gesamtsumme der kurzfristigen Verbindlichkeiten

27. Deferred Income

Long-term Debt

28. Bonds, mortgages and similar debt
29. Indebtedness to affiliates - not current
30. Other long term debt
- a) total amounts due to banks
 - b) total amounts due to directors, officers and principal holders of equity securities
 - c) other long-term debts, specifying any material item

Other Liabilities

31. Other liabilities state separately in excess of ten per cent of the total liabilities other than long-term debt.
32. Commitments and contingent liabilities
33. Reserves, not shown elsewhere

Capital Shares and Surplus

34. Capital shares
35. Surplus
- a) paid-in surplus
 - 1. Capital surplus
 - a) paid-in surplus
 - b) surplus arising from revaluation of assets
 - c) other capital surplus
 - 2. Earned surplus

27. Passive Posten der Rechnungsabgrenzung

Langfristige Verbindlichkeiten

28. Anleihen, Hypotheken und ähnliche Schulden
29. Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Konzerngesellschaften
30. Sonstige langfristige Verbindlichkeiten
- a) Gesamtbetrag der Bankschulden
 - b) Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber Direktoren, leitenden Angestellten und Großaktionären
 - c) Sonstige langfristige Verbindlichkeiten unter Angabe aller bedeutenden Posten

Sonstige Verbindlichkeiten

31. Sonstige Verbindlichkeiten unter Angabe von allen Posten von mehr als 10% der gesamten Verbindlichkeiten mit Ausnahme der langfristigen Verbindlichkeiten
32. Erneuerungsfonds und Rückstellungen
33. Rücklagen, Wertberichtigungen und Rückstellungen, die nicht anderswo ausgewiesen werden

Grundkapital und Überschuß der Aktiven über das Grundkapital und Verbindlichkeiten

34. Grundkapital
35. Überschuß der Aktiven über Grundkapital u. Verbindlichkeiten
- 1. Kapital-Überschuß
 - a) eingezahlter Überschuß
 - b) Überschuß aus der Neubewertung von Aktiven
 - c) Sonstiger Kapitalübersch.
 - 2. Betrieblicher Überschuß aus Gewinn

Dem hier genannten Bilanzschema hat sich die amerikanische Praxis in weitgehendem Maße angeschlossen. Dies gilt besonders für den Ausweis des kurzfristigen Vermögens, der langfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen und für das Eigenkapital; die Gliederung der anderen Bilanzpositionen zeigt hingegen bei den amerikanischen Unternehmungen starke Verschiedenheiten. Bei der Analyse der einzelnen Bilanzpositionen wollen wir deshalb von übergeordneten Gruppen ausgehen, um einen Überblick über die Regelmäßigkeiten der amerikanischen Bilanzierungspraxis zu gewinnen. Spezifische amerikanische Bilanzierungsprobleme innerhalb dieser Gruppen werden besonders erörtert. Die Analyse der Gliederungsbestimmungen nach diesen Gesichtspunkten erleichtert auch einen Vergleich mit den übrigen Ländern. Da die amerikanische Bilanz primär der Darstellung der Liquiditätsverhältnisse dienen soll, wollen wir unsere Analyse mit der Darstellung der Gliederungsbestimmungen des kurzfristigen Vermögens beginnen. Das kurzfristige Vermögen zerfällt gemäß dem Bilanzschema der SEC in folgende Positionen:

- Kassenbestand und Bankeinlagen
- Börsengängige Wertpapiere
- Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
- Sonstige kurzfristige Forderungen
- Ausstehende Einlagen auf das Grundkapital
- Vorräte ¹⁾

Es fällt auf, daß im Gegensatz zu der britischen Bilanzierungsweise eine Unterteilung der Vorräte in Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse vorgenommen wird. Diese Regelung entspricht der deutschen Bilanzierungsgepflogenheit; sie besitzt den Vorteil einer größeren Bilanzklarheit.

Dies gilt in gleichem Maße für die Trennung von Wechsel und Schecks, Bankguthaben und Bargeld. Durch die Aufteilung der Forderungen besitzt der Außenstehende die Möglichkeit, die sonstigen Forderungen, die nicht ständig wiederkehren, bei der Beurteilung der Liquiditätsverhältnisse nicht zu berücksichtigen.

1) Regulation S - X, a.a.O., Seite 13 ff.

Bei der Bilanzierung der börsengängigen Wertpapiere hat das AIA empfohlen, die angewandte Bewertungsmethode näher zu charakterisieren. Bei der Mehrzahl der amerikanischen Unternehmungen ist dies der Fall, wie eine Untersuchung des oben genannten Institutes zeigt. ¹⁾ Da sich der Bewertungsvermerk nur auf die Wertpapiere in ihrer Gesamtheit erstreckt, kann dieser naturgemäß nur die vorherrschende Bewertungsbasis kennzeichnen. Darunter leidet die Klarheit der Aussage, da der externe Bilanzleser sich keine konkreten Vorstellungen über die Zweckmäßigkeit der bei den einzelnen Wertpapierarten angewandten Bewertungsmethoden verschaffen kann.

Bei den Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen bestimmt sich die Aktivierungsfähigkeit nach der Tatsache, ob ein Anspruch entstanden ist. Im allgemeinen ist der Zeitpunkt der Übergabe maßgebend. Nicht fakturierte Forderungen werden auf Grund einer Empfehlung des AIA besonders kenntlich gemacht, wenn sie im Rahmen der Gesamtforderungen einen wesentlichen Anteil ausmachen. ²⁾

Dies gilt auch für Darlehen, die im Zusammenhang mit dem Umsatzgeschäft stehen und deren Laufzeit ein Jahr nicht übersteigt. ³⁾ Damit berücksichtigt man die Tatsache, daß unter liquiditätsmäßigen Gesichtspunkten der Ausweis der letztgenannten Position anders zu beurteilen ist als die Forderungen, die auf Grund eines Warengeschäftes entstanden sind. Gelegentlich werden die sonstigen kurzfristigen Forderungen mit den Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen zusammen ausgewiesen. Eine Beeinträchtigung der Aussagefähigkeit der ausgewiesenen Forderungen ⁴⁾ tritt aber nicht ein, weil die sonstigen Forderungen betragsmäßig kenntlich zu machen sind. Uneinbringliche Forderungen sind voll abzuschreiben, zweifelhafte nach Maßgabe

1) Accounting Trends and Techniques, a.a.O., Seite 53

2) Accounting Research Bulletins, Bull. 43, Seite 93

3) Die Laufzeit von einem Jahr gilt als Maßstab für den Ausweis unter kurz- bzw. langfristigen Vermögenswerten.

4) Die Beeinträchtigung des Ausweises der Liquiditätsverhältnisse könnte dadurch entstehen, daß sonstige Forderungen in die Liquiditätsanalyse einbezogen werden, obwohl sie nur gelegentlich anfallen.

der erwarteten Ausfälle. ¹⁾

Zu den sonstigen kurzfristigen Forderungen zählen Belegschaftsdarlehen, Forderungen aus der Veräußerung von Anlagegegenständen, kurzfristig fällige Darlehen und antizipative Posten der Rechnungsabgrenzung.

Besondere Bilanzierungsprobleme ergeben sich bei dieser Position nicht.

Die Position Vorräte umfaßt alle zum Verkauf und zur Weiterverarbeitung bestimmten Sachgegenstände, die innerhalb eines Jahres realisiert werden. ²⁾ Ausgeschlossen bleiben die zur Veräußerung bestimmten Anlagegegenstände. Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung ist es im Interesse einer klaren Rechnungslegung erforderlich, eine Aufgliederung der Vorräte vorzunehmen. Dies geschieht auch bei den meisten amerikanischen Unternehmungen. ³⁾ Es erscheint bemerkenswert, daß ein kleiner Teil der Gesellschaften eine Unterteilung der Vorräte nicht für notwendig hält, obwohl die allgemein übliche Aufteilung in:

Fertigerzeugnisse

halbfertige Erzeugnisse

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

für den externen Bilanzbetrachter sehr wertvoll ist. So wird ein Betrieb mit einem großen Bestand an Halbfabrikaten liquiditätsmäßig durchaus anders zu beurteilen sein als ein Unternehmen, das über große Rohstoffvorräte verfügt, die häufig sehr viel besser zu realisieren sind als die Halbfabrikate.

Über die Bewertung der Vorräte und die damit in Zusammenhang stehenden Probleme einer periodengerechten Gewinnermittlung haben wir uns an einer anderen Stelle geäußert. ⁴⁾

Bei dem Ansatz der Anschaffungs- und Herstellungskosten sollen die Betriebs- und Verwaltungskosten in angemessenem Umfange berücksichtigt werden; die Vertriebskosten bleiben außer Ansatz. Im Hinblick auf die eng auszulegenden Grundsätze der Bi-

1) Regulation S - X, Form and Content... 5-02, Ziffer 5

2) Maus, Günter: a.a.O., Seite 56

3) Accounting Trends and Techniques 1957, Seite 52
Hiernach nehmen etwa 18% der amerikanischen Unternehmungen keine Untergliederung der Vorräte vor.

4) Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 138 und Seite 160

lanzwahrheit und der Bilanzvollständigkeit können die Betriebs- und Verwaltungskosten nicht von den zu aktivierenden Kosten ausgeschlossen werden, da sonst durch Unterbewertung die Bildung stiller Reserven ermöglicht wird. Auch die Nichtberücksichtigung der fixen Kosten in anteiliger Höhe verstößt gegen die allgemein anerkannten Bilanzierungsgrundsätze. Wertminderungen des Vorratsvermögens werden durch eine Wertberichtigung in Form des offenen und versteckten Abzuges berücksichtigt. Passive Wertberichtigungen sind fast gänzlich unbekannt.

"Das Abzugsverfahren entspricht im Hinblick auf die Darstellung weitaus am meisten den Grundsätzen der Bilanzwahrheit und Bilanzvollständigkeit. Die passive Wertberichtigung trägt, da die Beträge dann zumeist kumulativ ausgewiesen werden, der Tatsache nicht genügend Rechnung, daß, insbesondere bei Einbeziehung von Wertberichtigungen des kurzfristigen Vermögens, oftmals in bezug auf Flüssigkeit und Sicherheit grundverschiedene Vermögenswerte betroffen werden, was die Aussagefähigkeit der relativ flüssigen Werte naturgemäß am stärksten beeinträchtigt, weil es bei der Liquiditätsanalyse auf sie am meisten ankommt. Diesem Mangel begegnet das Abzugsverfahren in vorzüglicher Weise, selbst wenn der Abzug nicht offen sondern in Form der unsichtbaren Saldierung vorgenommen wird." ¹⁾

Als weiterer Vorteil ist die Tatsache anzusehen, daß man hierdurch eine unnötige Aufblähung der Bilanz vermeidet. Das offene Abzugsverfahren ist für den SEC-Abschluß zwingend vorgeschrieben. Mit seiner Hilfe kann man dem Anliegen der Bilanzwahrheit besser entsprechen. Eine nicht näher erläuterte kumulative Wertberichtigung gibt einer Bilanzpolitik, die allzusehr auf die Bildung stiller Reserven ausgerichtet ist, zu weiten Spielraum, die materielle Ordnungsmäßigkeit der Bilanz zu verfälschen. In den amerikanischen Bilanzen findet man zuweilen die Besonderheit, daß mit zukünftigen Preisschwankungen begründete Wertberichtigungen als Sonderrücklage unter dem Eigenkapital einzustellen sind.

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 43 - 44

Mit dieser Maßnahme, die auf eine Empfehlung des AIA zurückgeht, ¹⁾ will man Wertberichtigungen und Rückstellungen, die lediglich dem Vorsichtsprinzip Rechnung tragen, ergebnisneutral passivieren und ihre besondere Stellung entsprechend kennzeichnen. Die Bilanzierung dieser Wertberichtigungen scheint für die allgemeine Auffassung der amerikanischen Bilanzpraxis gegenüber der reservebildenden Bewertungspolitik kennzeichnend zu sein, die das Prinzip der periodischen Erfolgsrechnung als vorherrschenden Bilanzzweck ansieht.

Zu dem betriebsfremden Anlagevermögen zählen neben dem Finanzanlagevermögen auch die verpachteten Werte des Sachanlagevermögens. Da in dieser Position eine Vielzahl von unterschiedlichen Anlageformen zusammengefaßt ist, ist es unmöglich, für diese mannigfachen Erscheinungen ein einheitliches Gliederungsschema zu finden, das all diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Es finden sich deshalb bei dem betriebsfremden Anlagevermögen in der amerikanischen Bilanzierungspraxis gegenüber dem SEC-Schema erhebliche Abweichungen, die leider meist zu einer weniger ausführlichen Berichterstattung führen.

Während eine Untergliederung des sonstigen betriebsfremden Anlagevermögens nicht üblich ist, gelangen die Konzernverhältnisse stets zum Ausweis, was auf ein großes Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit an diesem Zahlenmaterial schließen läßt. Der Ausweis der Beteiligungen und der langfristigen Forderungen gegenüber den Konzerngesellschaften erfolgt grundsätzlich in einer Position, was in gewissem Maße auch berechtigt ist, weil diese Forderungen beteiligungsähnlichen Charakter besitzen.

Mähere Erläuterungen des betriebsfremden Anlagevermögens finden sich im Geschäftsbericht. Die hier vermittelten Kenntnisse sind jedoch recht unterschiedlich; teilweise geben sie einen ausgezeichneten Einblick in den Aufbau des betriebsfremden Anlagevermögens, während ein Teil der Berichte lediglich einen Hinweis auf die grundsätzliche Natur der erläuterten Vermögens-

1) Accounting Research Bulletins, Bull. 43 Seite 43

erte gibt. ¹⁾ Generell ist festzustellen, daß in Jahren starker Zugänge und Abgänge des Anlagevermögens die Berichterstattung einen wesentlich größeren Anteil an Einzelinformationen ermittelt, als dies in den anderen Jahren der Fall zu sein pflegt.

erner bedürfen die Fonds einer besonderen Erwähnung, da diese in der betrieblichen Finanzwirtschaft der amerikanischen Aktiengesellschaften eine größere Bedeutung besitzen. Es handelt sich hierbei um eine Vermögensmasse, die für einen besonderen Zweck verwendet werden soll. So ist z.B. der Einsatz dieser finanziellen Mittel zur Schuldentilgung, der Deckung von Ansprüchen aus der betrieblichen Altersversorgung und zur Einziehung von Aktien vorgesehen. Im Hinblick auf ihre besondere Zwecksetzung werden die betrieblichen Fonds unter liquiditätsmäßigen Gesichtspunkten aus dem kurzfristigen Vermögen ausgeschlossen. Dies gilt analog für die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Unter dem Sachanlagevermögen erscheinen die Vermögenswerte, die zum dauernden Gebrauch in der Unternehmung bestimmt sind.

le in der Bilanz und im Geschäftsbericht zum Sachanlagevermögen gegebenen Erläuterungen sind wieder sehr uneinheitlich. 70 % aller Gesellschaften weisen das Anlagevermögen in einer einzigen Position aus, weitere 30 % zeigen eine primitive Gliederung, die lediglich eine Trennung zwischen den Grundstücken und dem übrigen Sachanlagevermögen vornimmt.

er Aussagewert derartiger Gliederungen ist naturgemäß sehr gering. 20 % der Bilanzen zeigen eine funktionale Gliederung des Anlagevermögens, der aber unter bilanzkritischen Gesichtspunkten nicht die gleiche Anerkennung zuteil wird wie den primären Gliederungsformen. Dies zeigt sich deutlich an einer Vorschrift der SEC-Behörde, die für ihren Abschluß stets eine höhere Erläuterung des Sachanlagevermögens verlangt; unter diesen Erläuterungen muß stets eine primäre Gliederung vorhanden sein. ²⁾

Nur bei den restlichen 20 % der amerikanischen Gesellschaften finden wir eine Gliederung, die der deutschen Bilanzpraxis entspricht. Im allgemeinen ergibt sich hierbei folgende Unterteilung:

- a) Unbebaute Grundstücke
- b) Grundstücke mit Betriebs- und Verwaltungsgebäuden
- c) Maschinen und maschinelle Anlagen
- d) Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Ferner werden die auf die einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens entfallenden Zu- und Abgänge und die Abschreibungen in der Bilanz nicht ersichtlich gemacht. Überhaupt haben die amerikanischen Bilanzen dem in Deutschland vorgeschriebenen Ausweis der Bewegungen im Anlagevermögen gemäß § 131 AktG (Zugang, Umbuchungen, Zuschreibungen, Abgang, Abschreibungen) nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Zu den immateriellen Werten zählen Patente, Lizenzen, Markenrechte, goodwill, Werbekosten und Organisationskosten. Im Gegensatz zum Aktiengesetz unterscheiden die amerikanischen Rechnungslegungsvorschriften nicht zwischen immateriellen Rechten und Wirtschaftsgütern. Häufig erscheinen die immateriellen Werte unter der Überschrift "Intangible assets" in der Bilanz.

Die Aktivierung des derivativen Geschäftswertes ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung in den USA ohne weiteres zulässig. ¹⁾ Der Ausweis eines originären Geschäftswertes ist nur dann zulässig, wenn die Bewertungsgrundlage angegeben wird. Auch der Aktivierung von Organisationskosten -etwa von Reklameaufwendungen- steht in den USA nichts im Wege; während in Deutschland nur die Kosten der Betriebseinrichtung, aber keinesfalls die Gründungskosten in der Bilanz erscheinen dürfen.

Unter dem Aspekt der periodengerechten Gewinnermittlung erscheint die Frage der Abschreibungen von besonderem Interesse. Auf dieses Problem wurde an einer anderen Stelle hingewiesen. ²⁾

1) Vgl. Münstermann: "Der Gesamtwert des Betriebes" in "Schweizerische Zeitschrift für Kaufmännisches Bildungswesen", Basel 1952, Heft 10, Seite 185 ff.

2) Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 155

Die amerikanischen Rechnungslegungsposten sind weitgehend aufgegliedert. Dies findet seine Rechtfertigung darin, daß unter den aktiven und passiven Rechnungslegungsposten sehr leicht Beträge erscheinen können, die im Interesse der Bilanzklarheit unter anderen Positionen erscheinen müßten. ¹⁾

Nach der deutschen Regelung ist hingegen nur eine Aufgliederung in aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten vorgesehen. Dies entspricht nicht den Grundsätzen der Bilanzklarheit, da hier völlig wesensverschiedene Positionen zusammengefaßt werden.

In den USA gibt es hingegen eine getrennte Bilanzierung der antizipativen und transitorischen Posten; erstere umfassen Geldforderungen und Geldverbindlichkeiten, während letztere Leistungsforderungen und Leistungsverbindlichkeiten verkörpern.

Im Idealfall weisen die amerikanischen Bilanzen sogar sechs Abgrenzungsposten aus; sie werden in solche unterteilt, die lediglich nur zwei aufeinanderfolgende Rechnungsperioden betreffen und in solche, die sich über mehrere Perioden erstrecken. ²⁾

Die Abgrenzungsposten gliedern sich in diesem Falle wie folgt auf: ³⁾

Aktive Rechnungsabgrenzung

Antizipative Posten

1. Accrued Assets

Antizipative Aktiva aus der laufenden Geschäftstätigkeit, z.B. noch zu erhaltende Mieten, Zinsen, Pachten

Transitorische Posten

2. Prepaid Expenses, Prepayments

Transitorische Aktiva, z.B. vorausbezahlte Löhne, Zinsen, Mieten

3. Deferred Charges, Deferred Debits, Deferred Expenses, Deferred Assets

Transitorische Aktiva, die nicht aus der laufenden Geschäftstätigkeit herrühren, und mehr als zwei Rechnungsperioden betreffen, z.B. Anleihedisagio, Organisationskosten, Hypothekendammum

1) Farr, Gerhard: "Eigenheiten der amerikanischen Bilanzierung und Rechnungslegung", ZfB 1955, Nr. 11, Seite 642

2) Farr, Gerhard: a.a.O., Seite 642

3) Farr, Gerhard: a.a.O., Seite 643

Passive Rechnungsabgrenzung

Antizipative Posten

1. Accrued Liabilities
Accrued Expenses

Antizipative Passiva (Aufwendungen) aus der laufenden Geschäftstätigkeit

z.B. noch zu zahlende Löhne, Zinsen, Mieten

Transitorische Posten

2. Unearned Income
Deferred Income

Transitorische Passiva (Erträge) aus der laufenden Geschäftstätigkeit

z.B. im voraus erhaltene Mieten, Zinsen, Pacht

3. Deferred Credit
Deferred Liabilities

Transitorische Passiva, die nicht aus der laufenden Geschäftstätigkeit herrühren und mehr als zwei Rechnungsperioden betreffen
z.B. Anleihedisagio

Der Ausweis der antizipativen Posten erfolgt im allgemeinen unter den kurzfristigen Forderungen bzw. Verbindlichkeiten, während die langfristigen transitorischen Posten gesondert am Ende der Bilanz erscheinen und sich für die kurzfristigen transitorischen Posten keine einheitlichen Grundsätze finden lassen. Erschwerend für eine externe Bilanzanalyse ist lediglich der Umstand, daß diese Rechnungsabgrenzungsposten unter den verschiedensten Bezeichnungen erscheinen.

Für die Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Schulden ist wie auf der Aktivseite der operating cycle mit der Untergrenze eines Jahres maßgebend. Es werden somit hierunter alle passiven Bilanzposten erfaßt, die innerhalb eines Jahres zu Zahlungsbeanspruchungen führen. Ein einheitliches Gliederungsschema, das dem der Aktivseite vergleichbar ist, hat sich auf der Passivseite nicht herausgebildet. Dies hängt wohl damit zusammen, daß infolge der grundsätzlichen Unterscheidung der Bilanzposten nach der Fristigkeit eine weitere Unterteilung nicht notwendig ist. ¹⁾

Zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten zählen neben den Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen solche aus

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 85

der Ausstellung eigener Wechsel, Kundenanzahlungen, Verbindlichkeiten gegenüber Banken sowie die Dividende, auf die die Aktionäre durch den Gewinnverteilungsabschluß des board of directors einen Anspruch erlangt haben.

Ferner finden wir in dieser Position antizipative Kosten der Rechnungsabgrenzung.

Wechselverbindlichkeiten werden in der Bilanz bzw. in den Erläuterungen kenntlich gemacht, wenn auch nicht immer ein besonderer Ausweis dieser Beträge erfolgt. Für die Beurteilung der finanziellen Lage der Unternehmung erscheint die Offenlegung der Wechselverbindlichkeiten von Wichtigkeit, da in Höhe dieser Verbindlichkeiten infolge der strengen wechselrechtlichen Bestimmungen eine besondere Liquiditätsfürsorge getroffen werden muß.

Für die langfristigen Verbindlichkeiten (Anleihen, Darlehen) hat sich in Bilanz und Erläuterungsbericht eine ziemlich einheitliche Rechnungslegung herausgebildet, die sich eng an die JAG Vorschriften anlehnt. Unter pari ausgegebene Anleihen können wahlweise mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen werden -es erscheint dann in Höhe der Differenz zwischen Ausgabewert und Rückzahlungswert auf der Aktivseite ein während der Laufzeit abschreibendes Disagio- oder der auf der Passivseite eingestellte Ausgabebetrag wird allmählich auf den höheren Rückzahlungsbetrag aufgefüllt.¹⁾ Liegt der Ausgabekurs über dem Rückzahlungskurs, dann wird das Agio der passiven Rechnungsabgrenzung zugewiesen und während der Laufzeit anteilmäßig zugunsten der Jahresergebnisse vereinnahmt. Im allgemeinen besteht der Grundsatz der Einzelaufführung aller wesentlichen Schuldbeträge.

Der Ausweis richtet sich meist danach, ob die Schulden in Urkundenform (Obligationen, Briefhypotheken usw.) verbrieft sind. Im Interesse einer klaren Rechnungslegung erscheint diese Lösung nicht immer sehr zweckmäßig, da langfristige Bankverbindlichkeiten in Wechselform nicht klar erkennbar sind.²⁾ Verbind-

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 89

2) Maus, Günter: a.a.O., Seite 90

lichkeiten gegenüber dem Board of Directors werden hingegen immer in voller Höhe ausgewiesen. ¹⁾ Durch die Angabe der Fälligkeitstermine und die Angabe der grundpfandrechtlichen Sicherungen gewinnt der an der Rechnungslegung Interessierte einen guten Überblick über die gegenwärtige und zukünftige finanzielle Belastung des Unternehmens und die zur Sicherung der Kreditgeber belasteten Vermögensteile. ²⁾ Viele Gesellschaften geben darüber hinaus auch die Zahlungstermine in den einzelnen Jahren an. Im Erläuterungsbericht finden sich ausführliche Erklärungen des Tilgungsplanes und der Bedingungen für eine vorzeitige Kündigung der Anleihe.

Zur Ergänzung der dinglichen Sicherheiten finden sich sehr häufig auch Dividendenbeschränkungen, die in einer Bindung der Dividende an einen bestimmten Prozentsatz des Reinvermögens oder des erzielten Gewinns bestehen. Um die Liquidität der Gesellschaft sicher zu gewährleisten, kann auch der Erwerb eigener Aktien beschränkt werden. Angaben über Neuverschuldungen während des Berichtszeitraums, Verzichtserklärungen auf weitere gleichrangige Emissionen und sonstige Schuldaufnahmen beschließen den Kreis der Angaben, die über die Sicherheit der Verbindlichkeiten gemacht werden. ³⁾

Die Rückstellungen für ungewisse Schulden können nach amerikanischer Auffassung ohne weiteres unter den Verbindlichkeiten eingereiht werden, sofern die Inanspruchnahme einigermaßen zutreffend beurteilt werden kann. Unter bilanzanalytischen Gesichtspunkten hat dies den Vorteil, daß die Rückstellungsbeiträge ziemlich klein sind. Da sowohl die Wertberichtigungen als auch die Rückstellungen mit "reserves" bezeichnet werden, wird der spezielle Zweck der Rückstellung regelmäßig durch kennzeichnende Zusätze zum Ausdruck gebracht.

Auf den Ausweis der aus Vorsichtsgründen gebildeten Rückstel-

1) Regulation S - X, 5-02, Ziff. 30 (b), Accounting Series Release Nr. 41

2) Diese müssen unter Angabe des Umfangs der Belastung und der Verbindlichkeiten, zu deren Gunsten die Belastung besteht, in der Bilanz erwähnt werden. Bull. 43 Seite 21

3) Maus, Günter: a.a.O., Seite 92

lungen unter den Sonderrücklagen haben wir bereits an einer anderen Stelle hingewiesen. ¹⁾

Eine besondere Eigenart der amerikanischen Bilanzierung ist das surplus statement. Es besitzt die Aufgabe, die Zu- und Abgänge der Rücklagen darzustellen. Zu diesem Zwecke erstellt man den earned surplus statement für die freien Rücklagen und den capital surplus statement für die gesetzlichen Rücklagen.

Der "surplus" ist ein Posten, der nur in der amerikanischen Bilanz vorkommt. Es sind die Rücklagen im deutschen Sinne, die in dieser Position zusammengefaßt sind. Der "surplus" steht immer im Zusammenhang mit den Kapitalkonten. Nach amerikanischer Auffassung wird alles, was Kapitalzuwachs ist oder außerhalb der Kapitalkonten den Charakter von Kapital gewinnt, als "surplus" bezeichnet. (Mit anderen Worten ist dies der Unternehmergewinn)

Das Eigenkapital bezeichnet man als "net worth". Wie in Deutschland, so weist auch das Kapitalkonto bei den Kapitalgesellschaften in den USA das Kapital in Höhe des Nennwertes aus. Streng zu unterscheiden ist zwischen "earned surplus" -das ist der aus echten betrieblichen Gewinnen stammende Überschuß, der direkt von der Gewinn- und Verlustrechnung in das Surplus Statement (Nr.35,2) übertragen wird- und dem Capital Surplus, der aus außerbetrieblichen Quellen stammt. Hierunter fallen die Emissions- und Agiogewinne (paid- in surplus), die Gewinne aus Anlagenaufwertung, aus der Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen, sowie aus einer Kapitalneubewertung (surplus arising from revaluation) und die sonstigen außergewöhnlichen Gewinne (other surplus). ²⁾ Nach deutscher Auffassung handelt es sich in beiden Fällen um echte Rücklagen. Im Gegensatz zu Deutschland unterscheidet man bilanzmäßig in den USA nach den Herkunftsquellen, wobei die Forderung mitspricht, die Gewinnausschüttungen aus dem "earned surplus" vorzunehmen und nicht aus den aus anderen Quellen gespeisten Rücklagen.

1) Bull. 43, Seite 43

2) Trumpler, H.: "Die Aktiengesellschaft...",
a.a.O., Seite 216 ff.

Vor allem wollte man aber mit der Unterscheidung eine Trennung der echten von den buchmäßigen Gewinnen erzielen und für die Gewinnausschüttungen klare Verhältnisse schaffen.

Bei den "reserves" empfiehlt die amerikanische Literatur den sondernten Ausweis der alten Rückstellungen, damit man ihren Charakter als Zwischenposten zwischen surplus und Verbindlichkeiten klar erkennen kann, wie es bei dem deutschen Begriff Rückstellungen möglich ist; eine gesetzliche Vorschrift hierüber besteht aber in den USA nicht.

Abschließend bringen wir noch einige kurze Bemerkungen zu der amerikanischen Berichterstattung. Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, finden sich viele Hinweise über die wirtschaftliche Lage nicht nur in der Bilanz, sondern auch im Erläuterungsbericht. Man kann ohne weiteres behaupten, daß die Form der amerikanischen Berichterstattung sehr publikumswirksam ist. Der amerikanische Unternehmer will durch die Publizierung seiner Zahlen die Leistungsfähigkeit seines Betriebes unter Beweis stellen. Die amerikanischen Berichte enthalten halb eine Fülle von Produktions- und Umsatzangaben.¹⁾ Sie zeichnen sich ferner durch klar und einfach geschriebene, allgemein verständliche Texte aus, die durch Fotos, Tabellen und graphische Darstellungen ergänzt werden. Allerdings besteht hierbei die Gefahr, daß eine zu starke Vereinfachung die Berichte für eine Bilanzanalyse wertlos macht.

Neben der Aufgabe, die Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu unterrichten, erfüllt der Bericht jedoch noch eine zweite Funktion: er stellt mit seinen Umsatz- und Leistungsangaben ein wertvolles Werbemittel dar. Die Werbewirkung erstreckt sich weniger auf ein einzelnes Produkt. "Ihre Bedeutung liegt vielmehr in der Werbewirkung für das gesamte Unternehmen, in der Gewinnung des öffentlichen Vertrauens und des Verständnisses."²⁾

Der Pflege der public relations zwischen Unternehmung und Öffentlichkeit.

1) Farr, a.a.O., Seite 645 -

2) Farr, a.a.O., Seite 649

entlichkeit kommt heute eine immer größer werdende Bedeutung zu; eine gute Rechnungslegung kann hierzu wesentlich beitragen.

Freudlicherweise sind auch englische und deutsche Unternehmen in den letzten Jahren dazu übergegangen, aufschlußreiche Geschäftsberichte zu veröffentlichen, die den an der Rechnungslegung interessierten Kreisen wertvolle Aufschlüsse vermitteln.

UdSSR: Die Rechnungslegung in der UdSSR richtet sich nach gewissen Leitsätzen für die Bilanzierung. Da die stark zentralisierte Wirtschaftslenkung ein gut ausgebautes Rechnungswesen verlangt, wurde in einer Verordnung vom 4. November 1954 der Kontenrahmen in einunddreißig Abschnitte gegliedert, da die Einteilung in zehn Kontenklassen nicht mehr den Anforderungen an das Rechnungswesen der UdSSR genügt. ¹⁾

Aus dem Kontenrahmen von 1954 ergibt sich folgender grundsätzlicher Bilanzaufbau:

Aktivseite

I. Grundmittel

mit Betriebsgebäuden, Betriebseinrichtungen, Transportanlagen, Maschinen, Ausrüstungen, Werkzeugen und sonstigen Anlagegegenständen

II. Umlaufmittel

mit Rohstoffen, Halb- und Fertigerzeugnissen

III. Geldmittel

IV. Verrechnungskonten mit Abnehmern und Posten der Jahres-Rechnungsabgrenzung

V. Finanzergebnis (Verlust)

Passivseite

I. Fonds laut Statut

(Hierunter versteht man das Betriebskapital, das dem Unternehmen vom sowjetischen Staat oder Volk treuhänderisch überlassen wird)

II. Amortisationsfonds

(Dieser nimmt die Abschreibungsbeträge auf, die nach Maßgabe des Investitionsplanes zu Ersatzinvestitionen oder für Großreparaturen verwendet werden)

) Gellrich, W.: "Der Kontenplan für die Industriebetriebe der Sowjetunion" in "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1956, 10. Jg., Heft 6, Seite 256 ff., Heft 7, Seite 305 ff., Heft 8, Seite 354 ff., Heft 10, Seite 457 ff., Heft 13, Seite 623 ff.

III. Direktorfonds

(Er wird aus dem im Betrieb verbleibenden Reinertrag gespeist und dient als Sonderrücklage zur Ausschüttung von Prämien an die Belegschaft und zur Verbesserung der sozialen Betriebseinrichtungen)

IV. Sonderfonds für sonstige Zwecke

V. Verrechnungskosten mit Lieferanten, langfristige Kreditposten, Rückstellungen und Posten der Jahres-Rechnungsbegrenzung

VI. Finanzergebnis (Gewinn)

Sofort erkennbar ist die Übereinstimmung in Gliederung und Bezeichnung der Bilanzpositionen in der UdSSR und der Sowjetzone. Dies wird aber auch im Laufe unserer weiteren Ausführungen noch zu erkennen sein. Diese Ausrichtung der Rechnungslegung an das sowjetische Vorbild ist nur eine zwangsläufige Folge des umfassenden Planwirtschaftssystems, in das alle Ostblockstaaten einbezogen sind.

Die große Ähnlichkeit beim Aufbau der Bilanzen in der UdSSR und der Sowjetzone lassen es zweckmäßig erscheinen, eine gemeinsame Analyse der Gliederungsbestimmungen vorzunehmen.

Hierbei zu Tage tretende Unterschiede bedürfen selbstverständlich einer näheren Erläuterung. Dieses Vorgehen läßt sich umso mehr rechtfertigen, weil damit ein Überblick gewonnen wird, der für die gesamten Bilanzierungsvorschriften charakteristisch erscheint.

Sowjetzone: Im Rahmen des Aufbaues einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wurden zahlreiche Industriebetriebe enteignet und in "Volkseigene Betriebe" (VEB) umgewandelt. Eine grundlegende Veränderung auf dem Gebiete der Bilanzierung wurde erstmals durch die "Verordnung über das Rechnungswesen der zentralgeleiteten volkseigenen Betriebe der Industrie vom 30. Oktober 1952" erreicht.¹⁾

Sie brachte praktisch die Einführung sowjetrussischer Abrechnungsmethoden mit sich.

1) Gesetzblatt der DDR 1952, Teil I, Nr. 154 vom 5.11.1952, Seite 1117

Durch eine weitere Verordnung über die "Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe vom 29. September 1955" ¹⁾ wurden der Einheitskontenrahmen der Industrie und die strengeren Grundsätze des Rechnungswesens ab 1. Januar 1956 auch auf die örtlichen, kleineren volkseigenen Industriebetriebe ausgedehnt. ²⁾

Die sowjetzonalen Industriewirtschaften müssen nach den vorliegenden Formblättern folgendes Bilanzierungsschema benutzen: (entnommen aus VEB, Rechnungsgrundsätze 1952)

AKTIVA

A. Grundmittel

I. Grundmittel des Betriebes

1. Grundmittel der Industrie

Gebäude und Gebäudeeinrichtungen,
Kraftmaschinen und Kraftanlagen,
Fernleitungseinrichtungen,
Arbeits- und Werkzeugmaschinen,
Großwerkzeuge, Modelle und Verrichtungen,
Transportanlagen, Transportgeräte und Fahrzeuge,
Betriebs- und Büroausstattung,
Grundstückseinrichtungen,
abz. Verschleiß der Grundmittel

2. Grundmittel anderer Wirtschaftszweige und besonderer Zweckbestimmungen

Grundmittel des Handels, Verkehrs, Wohnungswesens,
der Landwirtschaft, von sozialen und kulturellen
Einrichtungen sowie vermietete und verpachtete
Grundmittel, abz. Verschleiß der Grundmittel

3. Sonstige Grundmittel

Grundstücke, Patente, Lizenzen

II. Aus der Produktion abgezweigte Mittel

1. Gezahlte Steuern

2. Sonstige Gewinnverwendung

III. Verlust

1) Gesetzblatt der DDR 1955, Teil I, Nr. 93 vom 31.10.1955,
Seite 713

2) Opitz, G. und Oefler, E.: "Die Buchführung der örtlichen volkseigenen Industriebetriebe wird umgestellt" in "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1956, 10.Jg., Seite 12

B. Umlaufmittel

- I. Material
- II. Unvollendete Erzeugnisse
- III. Fertigerzeugnisse
- IV. Flüssige Mittel

C. In Verrechnung befindliche Umlaufmittel

- I. Sonderbankkonten
 - 1. Sonderbankkonto Direktorfonds
 - 2. Sonderbankkonto Investitionen
Generalreparaturen und Kleininvestitionen
 - 3. Akkreditive Sonderbankkonto
 - 4. Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung
 - 5. Sonstige Sonderbankkonten
- II. Zweckgebundene Mittel
- III. Forderungen
 - 1. Forderungen auf Grund von Warenlieferungen
und Leistungen
 - 2. Forderungen an den Staatshaushalt
 - 3. Sonstige Forderungen
 - 4. Ausgaben für zukünftige Abrechnungszeiträume

D. Noch nicht fertiggestellte Investitionen und Generalreparaturen

PASSIVA

A. Eigene und diesen gleichgestellte Fonds

- I. Grundmittelfonds
- II. Deckung der aus Umlaufmitteln finanzierten Grundmittel
- III. Umlaufmittelfonds
- IV. Gewinn
- V. Preisstützungen und Verlustausgleich

B. Kreditfonds

- I. Kredit laut Richtsatzplan
- II. Saisonkredite
- III. Sonderkredite
- IV. Zessionskredite
- V. Überfällige Kredite
- VI. Kredite für Überplanbestände

. Fremde Fonds und Sonderfonds

I. Fremde Fonds

1. Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt
3. Lohnverrechnung
4. Verbindlichkeiten in unbestimmter Höhe
5. Einnahmen für zukünftige Abrechnungszeiträume
6. Sonstige Verbindlichkeiten

II. Sonderfonds

1. Amortisationsfonds
2. Fonds für Werterhaltung
3. Fonds für Ankauf, Forschung und Entwicklung
4. Fonds für Kaderausbildung
5. Fonds für kulturelle und soziale Zwecke
6. Fonds für Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung
7. Direktorfonds

. Fonds für Investitionen und Generalreparaturen

I. Fonds für Investitionen

II. Fonds für Generalreparaturen

III. Fonds für Kleininvestitionen

s erscheint uns zunächst erforderlich, einige allgemeine Bemerkungen über die Bilanzen in den sozialistischen Ländern zu machen.

Die Bilanz dient der Erfassung der wirtschaftlichen Wertebewegung im Kreislauf der sozialistischen Produktion. Die Bewegung der Mittel im Verlaufe der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes drückt sich hierbei in zwei Prozessen aus:

1. Einfließen der Mittel in den Betrieb
(Finanzierung und Kreditgewährung)
2. Umwandlung der Mittel während ihrer Bewegung in den Phasen des Kreislaufes.

Die erste Kreislaufphase stellt die Verwandlung der Geldmittel in Produktionsmittel (Zirkulationssphäre) dar, die zweite Kreislaufphase ist die Verwandlung der Produktionsmittel in das Fertigerzeugnis und die Schaffung neuer Werte (Produktionssphäre) und die dritte Phase ist die Verwandlung der Fertigerzeugnisse

in Geld (Zirkulationssphäre). 1)

In der Bilanz erscheinen die Bestände an wirtschaftlichen Werten am Ende eines Abrechnungszeitraumes. Die Passivseite weist die Finanzierungsquellen unter Angabe ihrer Herkunft und Zweckbestimmung aus; die Gliederung der Aktivposten gibt die tatsächliche Zusammensetzung und damit die Verwendung der betrieblichen Mittel wieder. Darüber hinaus kennzeichnet der Jahresabschluß die Ergebnisse der Reproduktion der vergangenen Planperiode; im Gewinn oder Verlust zeigt sich das finanzielle Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit. 2)

Die Gliederung der Bilanz in der UdSSR und der Sowjetzone ist durch die Aufgabe der Bilanz als Planerfüllungskontrollinstrument bestimmt. Auf der Passivseite kontrolliert sie die Herkunft und Zweckbestimmung der finanziellen Mittel und auf der Aktivseite den Bestand der wirtschaftlichen Mittel am Ende eines Abrechnungszeitraumes. 3)

Da der Betrieb seine finanziellen Mittel direkt vom Staatshaushalt bekommt, hat die Bilanz durch ihre Einordnung in den Staatshaushalt finanzwirtschaftlichen Charakter. Die staatliche Gesamtplanung erstreckt sich bis zu den Bilanzzahlen der einzelnen Betriebe, wobei die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben in den Finanzplänen ihren Niederschlag finden. Es kommt deshalb auf den genauen Ausweis der volkswirtschaftlichen Vorgänge an.

"Die Bilanz wird nach Deckungsregeln aufgestellt und soll zeigen, ob der geplante Verlauf des Einnahmen-Ausgabenstromes und damit Art und Umfang der geplanten Vermögensveränderungen vom Betrieb realisiert werden." 4)

Nach diesen einleitenden Ausführungen beginnen wir mit der Bilanzgliederung der Aktivseite.

Die Grundmittel stellen den ersten großen Posten der Aktiv-

1) Afanassjew, A.A.: "Die Grundzüge des Aufbaus einer buchhalterischen Bilanz", a.a.O., Seite 16 ff.

2) Wilmut, Adolf: "Analyse der betriebswirtschaftlichen Struktur der volkseigenen Betriebe", Berlin 1958, Seite 76

3) Gellrich, W.: "Die operative Buchführung", Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen, Heft 10, Berlin 1953, S. 104, 110

4) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 77

ite dar. Eine Aufzählung der einzelnen hierzu gehörenden Gegenstände (Anlagen und Gebäude, Kraft- und Arbeitsmaschinen, Großwerkzeuge, Transportmittel usw.) läßt erkennen, daß es sich bei den Grundmitteln um jene Objekte handelt, die in den Bilanzen der westlichen Vergleichsländer als langlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens aktiviert werden. Die Bewertung der Grundmittel erfolgt am Bilanzstichtag zu Anschaffungspreisen oder gesetzlich vorgeschriebenen Zeitwerten. Die Abschreibungen erscheinen in den Selbstkosten der Produktion und werden bei Verkauf der Erzeugnisse ersetzt. ¹⁾

Ringwertige Güter des Anlagevermögens werden nicht unter den Grundmitteln ausgewiesen. Aus abrechnungstechnischen und finanzpolitischen Erwägungen erfaßt man diese unter den Umlaufmitteln, was zu einer gewissen Beeinträchtigung der Bilanzklarheit führt. Nach sowjetischer Auffassung hat der Gliederungsanteilung in große Gruppen das "ökonomische Prinzip" zu Grunde zu liegen; hierunter ist die Verbindung mit dem Produktionsprozeß und die Rolle der einzelnen Vermögensteile für die Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionssphäre zu verstehen. ²⁾

erner erscheinen unter den Grundmitteln: Grundstücke, Patente, Lizenzen und der überhöhte, d.h. überplanmäßige Aufwand für Aktivierungspflichtige Generalreparaturen. Die Betriebsgrundstücke zählen in der Sowjetunion nicht zu den Grundmitteln, da der Boden als Staatseigentum nicht käuflich zu erwerben ist; in der Sowjetzone sind hingegen die Grundstücke in der Bilanz nach wertmäßig verankert.

In der Bilanz erscheinen der Bruttowert, Verschleiß und der Nettowert. Der Bruttowert dient als Grundlage für die Berechnung der laufenden Abschreibungen. In der Höhe des Verschleißes ergibt sich der Grad der Erneuerungsbedürftigkeit und die bereits vorgenommenen Abschreibungen.

Gleich, J.J.: "Einführung in die Grundzüge der Buchhaltungsrechnung", Berlin 1953, Seite 27
Übersetzung aus dem Russischen

Shebrak, M.C.: "Lehrbuch für das industrielle Rechnungswesen", Berlin 1953, Seite 46 ff.

Die Summe der Nettowerte ergibt den Zeitwert der vorhandenen Grundmittel, der seinen ihm entsprechenden Gegenposten auf der Passivseite der Bilanz unter "Grundmittelfonds" hat. Eine Abweichung erweckt sofort die Aufmerksamkeit der Kontrollorgane, da hierbei die Möglichkeit der Finanzierung von Investitionen aus Umlaufmitteln besteht, die streng untersagt sind.¹⁾ Auffällig ist das Fehlen von wesentlichen Positionen des Finanzanlagevermögens, z.B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens, Firmenwert. Der Wegfall dieser Positionen ist für den gesamten Bilanzaufbau des Ostblocks symptomatisch; sie haben in der kommunistischen Wirtschaft keine Daseinsberechtigung mehr. Als zweiter großer Bilanzposten erscheint auf der Aktivseite die Position "Aus der Produktion abgezweigte Mittel". Zu diesen gehören:

1. gezahlte Steuern,
2. andere Gewinnverwendungen.

Diese Position bedarf einer kurzen Erläuterung. Die Gesamtbetriebsrechnung bedarf der Genehmigung des Kontrollausschusses; bis diese Bestätigung eintrifft, muß in der Bilanz der Bruttowert angesetzt werden. Zwangsläufig erscheinen die während des Planjahres zu Lasten des Bruttogewinns verwandten Beträge in der Bilanz.

Dem westlichen Bilanzleser fällt sofort die Aktivierung gezahlter Steuern in der Bilanz auf. Er kennt Steuern nur als Kostenbestandteil; eine Aktivierung dieser Beträge in den Bilanzen der westlichen Vergleichsländer ist somit ausgeschlossen.

Da aber die russischen und sowjetzonalen Industriebetriebe als Staatsunternehmungen dem Volke gehören, können die Steuern keine Kosten sein; sie sind ihrem Wesen nach eine Art Gewinnentnahme.²⁾

Staat und Wirtschaft bilden im Sozialismus östlicher Prägung

1) Fischer, Klaus: "Der Kontrollbericht", Staatssekretariat für Berufsausbildung der DDR, Reihe 16, Allgemeine Schriften zur Berufsausbildung

2) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 81

eine Einheit. Die zur Debatte stehenden Steuern stellen eine Vorleistung auf die Abgabeverpflichtungen des Betriebes dar. 1)

Die richtsatzgebundenen Mittel gehören zu den Umlaufmitteln des Betriebes. Unter Umlaufmitteln ist nach sowjetischer Definition "der Teil der dem Betrieb zur Verfügung gestellten staatlichen Mittel zu verstehen, der ständig einen Kreislauf aus der Produktion in die Zirkulation und zurück vollzieht und dabei ununterbrochen seine Naturalform verändert, indem er sich nacheinander aus der Geldform in die Produktionsform, in die Warenform und wieder in die Geldform verwandelt". 2)

Die Planbestände der richtsatzgebundenen Mittel leiten sich aus dem sogenannten Richtsatzplan ab, indem die erforderliche Bestandshaltung und ihre finanzielle Deckung angegeben ist. Dem Richtsatzplan liegt der Warenbewegungsplan zugrunde.

Die Ermittlung der Vorratshaltung wollen wir rein schematisch darstellen. Die Division des Planumsatzes durch 360 ergibt den planmäßigen Tagesumsatz. Für die Vorratshaltung schätzt man nun die Zeit, für die der Betrieb zur Durchführung seiner Produktion Vorräte besitzen muß. Diese Zeitangabe erfolgt in Richttagen. Die Multiplikation des geplanten Tagesumsatzes mit den Richttagen ergibt die geplante Vorratshaltung.

Zu den richtsatzgebundenen Mitteln gehören:

- a) Material
- b) Halbfabrikate
- c) Fertigerzeugnisse
- d) flüssige Mittel.

Für die Eingruppierung der Fertigerzeugnisse ist maßgebend, daß die planwirtschaftliche Theorie das Vorhandensein eines Absatzrisikos bei Liquiditätsüberlegungen verneint. Der Ausweis der Position "Flüssige Mittel" ist zwar in der Bilanz vorgesehen, jedoch fehlt die Angabe der flüssigen Mittel fast vollständig, da diese im Kassenplan festgelegt sind, der neben den Material-

1) Boettcher, Erich: "Wirtschaftsplanung in Ost und West" in "Osteuropa" herausgegeben von der deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1952, Seite 354 ff.

2) Fedossejew, K.D.: "Die Umlaufmittel der Industriebetriebe", Berlin 1952, Seite 29

plänen ebenfalls Bestandteil des Richtsatzplanes ist.

Zu den Sonderbankkonten gehören der Direktorenfonds und die Generalreparaturen sowie Kleininvestitionen. Bei der Abführung der Amortisation muß scharf zwischen Anlagen- und Umlaufsphäre getrennt werden. Dies ist deshalb notwendig, weil die Amortisationen in zwei Bestandteile zerfallen, die unterschiedlich zu behandeln sind. Die für Investitionen bestimmten Teile gehen an die Investitionsbank, die eine Neuverteilung dieser Mittel vornimmt. Der für Generalreparaturen vorgesehene Teil fließt auf ein zweckgebundenes Konto der Notenbank. Diese finanziellen Mittel verbleiben dem abführenden Betrieb, der damit die Finanzierung von Reparaturen durchführt. Wilmut spricht in diesem Zusammenhang von zentral gesteuerter betrieblicher Selbstfinanzierung.¹⁾

Unter C III werden die kurzfristigen Forderungen und die Ausgaben für zukünftige Abrechnungszeiträume (Aktivposten der Rechnungsabgrenzung) eingruppiert. Die Position Konzernforderungen ist infolge des Wegfalls von konzernrechtlichen Beziehungen nicht mehr aktuell. Auch der Posten Anzahlungen ist nicht mehr erforderlich, da vom Staat die Anzahlungen für die Investitionen geleistet werden und über die Sonderbankkonten zu verbuchen sind. Ebenso entfallen die für die aktienrechtlichen Bilanzen typischen Bilanzpositionen, wie Forderungen an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, eigene Aktien und Wertpapiere. Abschließend ist festzustellen, daß die Aktivseite der sowjetzonalen Industriebilanz hinsichtlich der Gliederungspositionen allein auf die Bedürfnisse der Planung ausgerichtet sind. Eine Analyse der Bilanz nach der Gliederungsform (liquiditätsmäßige- oder funktionale Gliederung) ist deshalb von keinem praktischen Interesse mehr.

Beim Vergleich der Bilanzen der westlichen Vergleichsländer mit der sowjetrussischen Bilanz fällt auf, daß der im Westen übliche Ausweis des Kapitals fehlt. Stattdessen taucht der Begriff "Fonds" auf, den man als zweckgebundenes Kapital bezeichnen kann. Diese finanziellen Mittel sind für bestimmte Zwecke vor-

1) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 86

gesehen und werden in diesem Sinne vom Kreditgeber überwacht. Diese Kontrolle erstreckt sich auf alle Fremd- und Eigenmittel des Betriebes. Eine Unterscheidung zwischen Fremd- und Eigenmittel ist deshalb nicht mehr zweckmäßig, da auch bei den eigenen Mitteln dem Betrieb der Verwendungszweck vorgeschrieben ist. Nach sowjetischer Auffassung besitzt der Betrieb an den ihm anvertrauten Fonds kein Eigentumsrecht. Die finanziellen Mittel bleiben im Eigentum des Volkes und sollen dem Betrieb unter Beachtung des Rationalprinzips die Durchführung der Planproduktion ermöglichen. Zu diesem Zwecke besitzt der volkseigene Betrieb an den Fonds ein wirtschaftliches Nutzungsrecht.¹⁾ Keinesfalls besitzt der Betrieb außerhalb der im Wirtschaftsplan festgelegten Aufgabenstellung ein Verfügungsrecht. Die Bewegungsfreiheit des Betriebes ist außerordentlich stark eingeschränkt; die Eigeninitiative erstreckt sich nur auf die Wahl des technischen Produktionsverfahrens.

Die Entscheidung über den Einsatz der Finanzierungsmittel bleibt ausschließlich den Planungsbehörden vorbehalten. Diese berücksichtigen bei ihren Zuteilungen das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. So schreibt Shebrak:²⁾ "Das Verfahren der Zuteilung von Grund- und Umlaufmitteln an die Betriebe wird durch die wirtschaftliche Rechnungsführung als Planmethode der Leitung der Wirtschaft bedingt." Afanassjew folgert daraus: "Der ökonomische Inhalt der sowjetischen buchhalterischen Bilanz, ihre Struktur und ihre Erkenntnis vermittelnden Eigenschaften können ohne Verbindung mit der wirtschaftlichen Rechnungsführung... nicht geklärt werden."³⁾

Infolge der knappen Ausstattung mit finanziellen Mitteln besitzen die Unternehmungen in den sozialistischen Ländern kaum die Möglichkeit, in größerem Umfange stille Reserven zu bilden.⁴⁾

-
- 1) Bögelsack, U.: "Die Bedeutung des Rechtes für die Wirtschaftswissenschaft" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 6.Jg., Nr.2, Seite 63
 - 2) Shebrak, M.C.: "Lehrbuch für das industrielle Rechnungswesen", Berlin 1953, Seite 501
 - 3) Afanassjew, A.A.: a.a.O., Seite 7
 - 4) Förster, Wolfgang: "Betriebspolitische Finanzwirtschaft (Methoden und Wege der sowjetzonalen Finanzkontrolle)", Berichte des Osteuropainstitutes an der FU Berlin, Berlin 1952, Heft 3, Seite 487

Unter dem Gesichtspunkt einer periodengerechten Gewinnermittlung ist diese Handhabung im Vergleich mit den westlichen Vergleichsländern als sehr positiv zu bezeichnen. Diesem Vorteil steht jedoch der große Nachteil gegenüber, daß dem Betriebsführer kaum noch Möglichkeiten für die Unternehmungsentscheidungen im eigentlichen Sinne verbleiben, da durch den Betriebsplan alle Entschlüsse über Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Produktion und Vertrieb vorgezeichnet sind. Die Ausnutzung von unaufgedeckten innerbetrieblichen Reserven während der Planperiode wird bei der Ausstattung mit finanziellen Mitteln im voraus berücksichtigt.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Substitution des Begriffes Kapital durch den Ausdruck Fonds nur "die logische Konsequenz aus der andersgearteten Funktion, die der Mittelausstattung der Betriebe in der planwirtschaftlichen Ordnung zukommt." ¹⁾

Die Passivseite der Bilanz zeigt den Ausweis der Quellen und gibt die Art der finanziellen Mittel an. Die Fondsrechnung setzt sich die Rechnungslegung und Kontrolle der einzelnen Positionen zum Ziel. Über den Finanz- und Kreditplan überwacht man die gesamtwirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes. ²⁾

Innerhalb der Fonds müssen wir zwischen den feststehenden und den beweglichen Fonds unterscheiden. Zur ersten Gruppe gehören die Grund- und Umlaufmittel. Alle übrigen Mittel einschließlich der Gewinnabführung an den Staat gehören der zweiten Kategorie an.

Die Verwendung der veränderlichen Fonds, die dem Betrieb nur zeitweilig zur Verfügung stehen, ist mit der gleichzeitigen Verausgabung und Inanspruchnahme der aus diesen Fonds zur Verfügung gestellten wirtschaftlichen Mittel verbunden. Die Kontrolle über die Inanspruchnahme dieser veränderlichen Finanzquellen erstreckt sich auf die laufenden Veränderungen der Höhe der in Frage kommenden Fonds in den Einzelrechnungen. Eine Ver-

1) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 90

2) Gellrich, W.: "Die operative Buchführung" (neue Formen und Methoden der Buchhaltungsrechnung in unseren VEB), Diskussionsbeiträge zu wirtschaftlichen Fragen, Heft 10, Berlin 1953, Seite 144

Änderung der Grund- und Umlaufmittelfonds muß hingegen erst durch die Kontrollbehörde genehmigt werden. Erst nach Ablauf der Gesamtrechnungslegung für ein Planjahr kann eine Berichtigung der Grundmittelfonds in der Weise erfolgen, die den auf der Aktivseite der Bilanz eingetretenen Veränderungen in der Zusammensetzung und dem Umfang der Grundmittel entsprechen. Als Finanzierungsquellen für die Umlauf- und Grundmittel kommen in Betracht:

1. Mittel aus dem Staatshaushalt
2. Kreditmittel der Staatsbank
3. Verbindlichkeiten
4. Sondermittel des Staates
5. Mittel der Belegschaft. 1)

Die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdmitteln kann man sehr gut mit Hilfe eines Schemas verdeutlichen. Es läßt erkennen, daß die Finanzierung in der Zirkulationssphäre fast ausschließlich durch fremde Mittel erfolgt.

Bilanz 2)

Grundmittel	Grundfonds	Grundmittelfonds	
	Umlauffonds	Umlaufmittelfonds	eigene Mittel
Umlaufmittel		Kredite	fremde Mittel
	Zirkulationsmittel	Verbindlichkeiten	

Der Grundmittelfonds zeigt die im Betrieb vorhandenen Grundmittel in folgender Entwicklung: Vortrag zu Beginn des Planjahres + Zugänge (Zuführungen aus dem Staatshaushalt für Investitionen, sonstige Bezüge, Bewertungsänderungen bei Grundmitteln) ./.. Abgänge (Ausscheiden, Abbruch oder Verschrottung von Grund-

1) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 91

2) Beiträge zu den Grundsätzen für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe - Industrie - Herausgegeben vom Ministerium für Finanzen unter Leitung von G. Opitz "Handbuch des Hauptbuchhalters", Sonderlieferung, Berlin 1952, Seite 29 (um Grundmittel ergänzt)

mitteln, Bewertungsänderungen) ./ . Abschreibungen.

Über die Verwendung dieser Fonds entscheidet allein die Planungsbehörde, die die Abschreibungen entweder an den Staat abführt oder dem Betrieb zur Reinvestition überläßt. Mit diesem Verfügungsrecht hat die Planungsbehörde eine Möglichkeit, die Entwicklung der Betriebe nach dem Grade der zur Planerfüllung bestehenden Notwendigkeit zu steuern, indem sie ihnen die Investitionsmittel erhöht oder kürzt.

Der Umlaufmittelfonds dient zum Ausweis der finanziellen Mittel, die der Plandurchführung von Produktion und Zirkulation dienen. In einer Vorspalte erscheinen die Richtsatzplanzahlen, die man gut mit den in der Bilanz eingesetzten Istzahlen vergleichen kann. "Wird z.B. die Höhe des Umlaufmittelfonds gegenüber der vorangegangenen Planperiode herabgesetzt, so ergeben sich auf der Aktivseite bei den Umlaufmitteln Überschüsse in dem Umfange, als durch die Planänderungen keine Deckung mehr vorliegt." ¹⁾ Die Festlegung der Umlaufmittel soll die Tatsache ständiger Veränderungen des Produktionsprozesses während der Planperiode berücksichtigen. ²⁾

Durch die Planung des Bewegungsprozesses wird deshalb zugleich Einfluß auf die Mittelverwendung genommen. Zur Vermeidung einer Doppelfinanzierung des betrieblichen Produktions- und Zirkulationsprozesses werden die ständigen Passiva von dem im Richtsatzplan ermittelten Gesamtplanbestand an Umlaufmitteln abgesetzt, seitdem man durch die Nichtinanspruchnahme von Krediten die in den Verbindlichkeiten liegenden Finanzierungsreserven erkannt hatte. ³⁾ Trotzdem ist das Problem der genauen Ermittlung der ständigen Passiva noch nicht befriedigend gelöst, da nach wie vor Überfinanzierungen und Finanzierungslücken auftreten. ⁴⁾

1) Gellrich, Walter: a.a.O., Seite 113

2) Birmann, A.: "Die Finanzplanung der Betriebe" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 7.Jg.,Nr. 14, 1953, Seite 739

3) Fischer, Karl: "Finanzierung von Planbeständen mit freien Umlaufmitteln" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 7.Jg.,Nr. 13, 1953, Seite 695

4) Schwenkenbecher, H.: "Richtige Finanzierung des VEB" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 8.Jg., Nr. 7, Seite 354

Betriebsfremde Mittel erscheinen auf der Passivseite unter der Position "Kreditfonds" und "Fremde Fonds". Bei den im Kreditfonds ausgewiesenen Krediten (Kredit laut Richtsatzplan, Saisonkredite, Sonderkredite, Zessionskredite, Kredite für Planbestände) handelt es sich um mittelfristige Kredite, die als Betriebsmittelkredite zur Verfügung gestellt werden und zur Deckung von Umlaufmitteln dienen.

Unter den "Fremden Fonds" versteht man Verbindlichkeiten, die zur kurzfristigen Deckung von Umlaufmitteln herangezogen werden. Zu ihnen gehören:

Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt, Rückstellungen als Verbindlichkeiten in unbestimmter Höhe, passive Rechnungsabgrenzungsposten als "Einnahmen für zukünftige Abrechnungszeiträume" und sonstige Verbindlichkeiten.

Für Finanzierung von Aufgaben, für die im Richtsatzplan keine Mittel vorgesehen sind, erhält der Betrieb zweckgebundene Mittel in Form von besonderen Fonds. Von besonderer Bedeutung ist der Amortisationsfonds. In der Sowjetzone besteht dieser Fonds aus zwei Konten, auf denen die Abschreibungen getrennt nach den an die Deutsche Investitionsbank abzuführenden Beträgen und den dem Betrieb verbleibenden Anteilen gesammelt werden. Das letztere Konto weist die dem Betrieb zur Durchführung von Investitionen und Generalreparaturen verbleibenden aber noch nicht freigegebenen Amortisationen aus. ¹⁾

In den letzten Jahren bemüht man sich, die Betriebe durch Heranziehung der eigenen Amortisationen zur Finanzierung der im Plan vorgesehenen Generalreparaturen und Investitionen in stärkerem Maße an der Erwirtschaftung dieser Mittel zu interessieren. Die überschüssenden Beträge fließen zum Zwecke der Umverteilung an die jeweilige Hauptverwaltung, die sie den Betrieben ihres Bereiches zuführt, denen eine ausreichende Finanzierung ihrer planmäßigen Investitionsauflagen aus eigenen Quellen nicht möglich ist. Die Banken verlieren keinesfalls ihre Bedeutung als

) Stauch, Siegfried: "Der Kontenrahmen", Beiträge zu den Grundsätzen für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe, in "Handbuch des Hauptbuchhalters", Berlin 1952, Seite 91 ff.

Kontrollorgan, da z.B. auch das Konto der Hauptverwaltung für erhaltene betriebliche Amortisationen bei der Deutschen Investitionsbank geführt wird. Der Staat verzichtet jedoch keinesfalls auf eine zentrale Festlegung der Investitions- und Generalreparaturvorhaben. Der Zweck der oben geschilderten Maßnahme liegt weniger in der Tatsache des Verbleibs anteiliger Abschreibungsbeträge beim Betrieb, sondern in einer Stärkung der Verantwortung der Hauptverwaltungen bei der Verteilung dieser Mittel.

Die bereits erwähnten Sonderfondsmittel dienen zur Finanzierung von im Plan nicht vorgesehenen Ausgaben. Die Sonderfonds weisen demnach die außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen für besonders genehmigte Investitionen auf.

Der "Fonds für Werterhaltung" stellt die Mittel für die Amortisation der sozialen und kulturellen Einrichtungen bereit. Die hierauf entfallenden Abschreibungen sind dem Werterhaltungsfonds gutzuschreiben. Die Zuführung zum "Direktorfonds" wird aus dem erzielten Gewinn bestritten, von dem ein geringer Prozentsatz den volkseigenen Betrieben auf diese Weise zur Verfügung gestellt wird. Die angesammelten Beträge finden für Leistungsprämien, soziale Zwecke und für nicht im Plan vorgesehene Investitionen Verwendung.

Nur in wenigen Posten ist die Passivseite der sowjetzonalen Industriebilanz -und damit auch die der übrigen Ostblockländer- noch mit einer aktienrechtlichen Bilanz vergleichbar. Fortgefallen sind die Begriffe: Grundkapital, Rücklagen, Wertberichtigungen und Konzernschulden. Die Bilanzen haben einen kameralistischen Charakter, da sie sich vorwiegend mit der Darstellung der Finanzeinnahmen und der Finanzausgaben beschäftigen.

Die Finanzausstattung erfolgt nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Diese sieht eine sparsame Mittelverteilung in einem Umfang vor, der gerade noch die Erfüllung der Produktionsaufgaben ermöglicht. Mit dieser Handhabung will man das Entstehen unausgenutzter finanzieller Reserven verhindern. Die Wirtschaftlichkeit bei der Leistungserstellung soll durch knappe Dotierung erreicht und mit Hilfe einer Wirtschaftlichkeitskontrolle das Wirtschaftlichkeitsstreben angeregt werden. Generell besteht jedoch in den sozialistischen Ländern die Tendenz zu einer zu knappen Mittelausstattung.

Die Annäherung an eine optimale Finanzausstattung schreitet nur sehr langsam voran. Die Errechnung der Umlaufmittel bedarf z.B. noch einer eingehenden Untersuchung.¹⁾

Offene Fragen betreffen die Gleichartigkeit der Bewertungsprinzipien in Plan und Bilanz; die Zusammenhänge zwischen den Beständen an unvollendeten Erzeugnissen und Fertigerzeugnissen mit der Ermittlung des Kostenvolumens für die Warenproduktion, die Berücksichtigung der Steigerung der Warenproduktion und die Einbeziehung von Veränderungen im Fertigungsgrad.²⁾

Bundesrepublik Deutschland: In Deutschland sind die grundlegenden Gesetzesvorschriften über die Gliederung der Jahresabschlüsse im § 131 AktG enthalten. Nachstehend sei das Gliederungsschema des § 131 AktG aufgeführt:

A. Auf der Aktivseite

I. Ausstehende Einlagen auf das Grundkapital

II. Anlagevermögen

1. Bebaute Grundstücke mit

a) Geschäfts- oder Wohngebäuden

b) Fabrikgebäuden oder anderen Baulichkeiten

2. Unbebaute Grundstücke

3. Maschinen und maschinelle Anlagen

4. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung

5. Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken und ähnliche Rechte

6. Beteiligungen, gleichviel, ob sie in Wertpapieren verkörpert sind oder nicht. Aktien oder Anteile einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den vierten Teil des Grundkapitals dieser Gesellschaft erreichen, sowie Kuxe einer bergrechtlichen Gewerkschaft, deren Zahl insgesamt den vierten Teil der Kuxe dieser Gewerkschaft erreicht, gelten im Zweifel als Beteiligung.

7. Andere Wertpapiere des Anlagevermögens.

III. Umlaufvermögen

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

2. Halbfertige Erzeugnisse

1) Meßbauer, Rolf und Oefler, Ernst: "Die Finanzplanung 1954 der zentralverwalteten volkseigenen Industrie", Schriftenreihe "Deutsche Finanzwirtschaft", Heft 29, Seite 26

2) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 101

3. Fertige Erzeugnisse, Waren
 4. Wertpapiere, soweit sie nicht unter II Nr.6 oder 7, III Nr.5, 12 oder 13 aufzuführen sind
 5. Eigene Aktien und Aktien einer herrschenden Gesellschaft unter Angabe ihres Nennbetrages
 6. Hypotheken; Grund- und Rentenschulden
 7. Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen
 8. Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
 9. Forderungen an Konzernunternehmen
 10. Forderungen aus Krediten, die nach § 80 nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Aufsichtsrates gewährt werden dürfen
 11. Forderungen an Aufsichtsratsmitglieder, soweit sie nicht aus Geschäften entstanden sind, die der Betrieb der Gesellschaft gewöhnlich mit sich bringt
 12. Wechsel
 13. Schecks
 14. Kassenbestand einschließlich von Bundesbank- und Postscheckguthaben
 15. Andere Bankguthaben
 16. Sonstige Forderungen.
- IV. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen.

B. Auf der Passivseite

I. Grundkapital

Die Gesamtbeträge sind gesondert anzugeben; sind Mehrstimmrechtsaktien ausgegeben, so ist ihre Gesamtstimmzahl und die der übrigen Aktien zu vermerken; bedingtes ist mit dem Nennbetrag zu vermerken.

II. Rücklagen

1. Gesetzliche Rücklagen
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen).

III. Rückstellungen für ungewisse Schulden

IV. Wertberichtigungen zu Posten des Anlagevermögens

V. Verbindlichkeiten

1. Anleihen unter Angabe ihrer dinglichen Sicherung
2. Hypotheken, Grund- und Rentenschulden
3. Von Arbeitern und Angestellten gegebene Pfandgelder
4. Verbindlichkeiten und Werksspareinlagen
5. Anzahlungen von Kunden
6. Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen

7. Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen
8. Verbindlichkeiten aus der Annahme von gezogenen Wechseln und der Ausstellung eigener Wechsel
9. Verbindlichkeiten gegenüber Banken
10. Sonstige Verbindlichkeiten.

I. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen.

Vir wollen uns in unserer Analyse darauf beschränken, die wesentlichen Erkenntnisse zu analysieren, die für unsere Untersuchung von Bedeutung sind.

Die Mindestgliederung in Anlage- und Umlaufvermögen hat sich für die Darstellung des Vermögensaufbaues grundsätzlich bewährt. Lediglich eine klarere Herausarbeitung von Einzelheiten und eine stärkere Trennung zwischen einzelnen Positionen des Anlage- und Umlaufvermögens wäre wünschenswert. So sieht die deutsche Bilanzpraxis den Ausweis der im Bau befindlichen Anlagen und die Angabe der für Neuanlagen investierten Geldmittel vor. Dadurch wird die Bilanzklarheit erhöht. Sehr zweckmäßig erscheint auch die Einfügung einer Position "Besondere Anlagen". ¹⁾ Mit seiner Hilfe kann man die Bilanzgliederung in stärkerem Maße dem Geschäftszweig des bilanzierenden Unternehmens anpassen. In der Bundesrepublik Deutschland sehen die gesetzlichen Vorschriften und auch die Vorschläge zur Aktienrechtsreform eine entsprechende Position nicht vor; doch haben die Unternehmungen ihre Bilanz durch den Ausweis branchentypischer Posten zusätzlich erweitert. Unter die Position "Besondere Anlagen" fallen alle die Vermögenswerte, die wegen ihrer Eigenart nicht unter dem üblichen Begriff "Maschinen und maschinelle Anlagen" erscheinen können, wie z.B. Schacht- und Grubenbau der Bergwerke, Hoch- und Schmelzöfen u.a.

Unter dem Finanzanlagevermögen sollen die "Beteiligungen" und andere Wertpapiere zu einer neuen Vermögensgruppe zusammengefaßt werden, die auch die bisher im Umlaufvermögen ausgewiesenen "langfristigen Ausleihungen" (z.B. Forderungen aus Hy-

) Der Einheitskontenrahmen der Industrie in der Sowjetzone sieht die Aufnahme dieser Position in der Bilanz vor

potheken-, Grund- und Rentenschulden) umfaßt. Durch diese Offenlegung werden Unklarheiten über den Ausweis gewisser Positionen im Anlage- oder Umlaufvermögen beseitigt und die Bilanzklarheit erhöht. Der externe Bilanzbetrachter gewinnt damit verbesserte Möglichkeiten zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens.

In der Gruppe der Wertpapiere und Forderungen ist keine Veränderung vorgesehen.

Es ist ferner möglich, durch die in der deutschen Rechnungslegung vorgesehene Angabepflicht der Zugänge, der Abgänge und Abschreibungen einen Einblick in die Veränderungen des Sach- und Finanzanlagevermögens zu gewinnen.

"Der Vermögenskritiker kann hierdurch erkennen, ob durch die Veränderungen in diesen Vermögensgruppen weitere Mittel beansprucht oder ob durch ein Abschreibungs-Mehr gegenüber den Zugängen bei den Sachanlagen früher investierte Mittel freigesetzt werden." ¹⁾ Durch die Angabe des Bestandes an eigenen Aktien zeigt sich das Verhältnis des Eigenbestandes zum gesamten Nettvermögen.

In den Grundlagen erlaubt die aktienrechtliche Mindestgliederung der externen Bilanzkritik eine ausreichende Beurteilung der Vermögensausstattung und des Vermögensaufbaues. Mit Hilfe der Vorschläge zur Aktienrechtsreform soll der Einblick in den Vermögensaufbau verbessert werden. Von Nachteil für die Bilanzbeurteilung ist der Ausweis der Position "Sonstige Forderungen", da hier zahlenmäßig ins Gewicht fallende Vermögenswerte zusammengefaßt sind. Der Grundsatz der Bilanzklarheit verlangt die besondere Ausweisung dieser Beträge.

Die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten will man durch die Grenzziehung von drei Gruppen beseitigen.

Hinsichtlich der un versteuerten Rücklagen, der Lastenausgleichs-Vermögensabgabe und der meist zu niedrig angesetzten Steuer- und Währungsschulden ergeben sich gewisse Zuordnungsschwierigkeiten. Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952 ver-

1) Kofahl, Günther; a.a.O., Seite 625

langt lediglich die Passivierung der Kredit- und der Hypothekengewinnabgabe. Die LA-Vermögensabgabe braucht hingegen nicht bilanziert zu werden, sofern ihr Gegenwartswert und die zu entrichtende Vierteljahresrate als Fußnote zur Bilanz vermerkt wird. Machen die Unternehmungen von dieser Bilanzierungserleichterung keinen Gebrauch, dann sind sie verpflichtet, die volle Vermögensabgabeschuld als besondere Rücklage unter dem Eigenkapital auszuweisen.

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und unter bilanzkritischen Gesichtspunkten wird man jedoch diese Position -unabhängig davon, ob als Fußnote vermerkt oder in der Bilanz ausgewiesen- stets als Fremdkapital betrachten. ¹⁾ Dies gilt in gleichem Maße auch für die un versteuerten Rücklagen, ²⁾ die nach allgemeiner Ansicht überwiegend den Charakter von Deckungsvorsorgen für gestundete Steuerschulden besitzen. ³⁾ Bei der Beurteilung des Deckungsgrades rechnet man deshalb diese Beträge dem Fremdkapital zu und berücksichtigt bei den Steuer- und Währungsschulden gegebenenfalls einen Zuschlag.

Für die Beurteilung der Liquiditätsverhältnisse gibt die deutsche Aktienbilanz nur in sehr beschränktem Ausmaß Einblicksmöglichkeiten. Die wirkliche Liquidität läßt sich nur mit Hilfe einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung ermitteln. ⁴⁾ Die aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften lassen die Zahlungsbereitschaft eines Unternehmens nur unvollkommen erkennen, da die Aufteilung der Forderungen, Schulden und Rückstellungen nach Fristigkeiten nicht vorgeschrieben ist. Bei einigen Posten (z.B. Grund-, Hypotheken-, Rentenschulden) ist die Langfristigkeit schon an der Postenbezeichnung ersichtlich; Waren- und Wechselforderungen sowie Waren- und Wechselverbindlichkeiten sind in der Regel kurzfristig. Die Bestimmung der Position "Sonstige Forderungen" und "Sonstige Verbindlichkeiten" ist jedoch unter liquiditätsmäßigen Gesichtspunkten nicht möglich.

-
- 1) Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., Seite 284
Geßler: "Die Bilanzierung der Lastenausgleichsabgaben",
Bonn 1952
- 2) z.B. Rücklage für Preissteigerungen, Rücklage bei öffentlichen Zuschüssen
- 3) Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., Seite 286
- 4) vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 190

Die Reformvorschläge sehen deshalb eine Ausgliederung der fristigen Warenforderungen und bei den Rückstellungen und bindlichkeiten für alle langfristigen Posten besondere Positionen vor. Damit soll die Liquidität aus den Jahresbilanzen besser erkenntlich sein. Man sollte aber auch festlegen, welcher Zeitraum als langfristig anzusehen ist. ¹⁾ Bei der Aufteilung sollte man von der Restlaufzeit der Forderungen und Schulden am jeweiligen Bilanzstichtag ausgehen. Der ausgewiesene Reingewinn wird -sofern seine Ausschüttung vorgesehen ist- ebenfalls in die Liquiditätsbetrachtung einbezogen. Er stellt eine kurzfristig fällige Verbindlichkeit dar.

§ 131 Abs. 2 AG sieht die Vornahme von Abschreibungen, Wertberichtigungen und die Dotierung von offenen und stillen Reserven bereits im Jahresabschluß vor. Die veröffentlichten Bilanzen weisen infolgedessen nicht mehr das im abgelaufenen Geschäftsjahr tatsächlich erwirtschaftete, sondern ein durch Bildung oder Auflösung der genannten Rücklagen verändertes Ergebnis auf. Da sich auch Bewertungsfehler bei der Aufstellung einer Bilanz auf die Höhe des Eigenkapitals auswirken, kann die Bilanz allein mit keinen zutreffenden Einblick in die Rentabilität des Eigenkapitals geben.

Für die Beurteilung der Rentabilität des Unternehmens geben in der GuV-Rechnung ausgewiesenen Zins- und Steueraufwendungen gewisse Anhaltspunkte.

Ferner müssen die westdeutschen Aktiengesellschaften die Forderungen an Aufsichtsratsmitglieder und noch zu leistende Beiträge auf das Grundkapital besonders ausweisen.

Diese Forderungen sind für alle Bilanzleser interessant, es deshalb auf keinen Fall statthaft, vorgenommene Abwertungen mittelbar gegen die Nennwerte aufzurechnen. Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung ist es im Interesse der Bilanzklarheit deshalb erforderlich, vorgenommene Wertberichtigungen auf der Passivseite der Bilanz gesondert auszuweisen. Wichtig zur Beurteilung der finanziellen Inanspruchnahme ist auch der Ausweis der Eventualverbindlichkeiten.

1) Man könnte die amerikanische Definition des "operating capital" zugrundelegen, die alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, deren Realisation sich über ein Jahr erstreckt, als langfristig ansieht.

III. Die Rechnungslegung im Blickpunkt materieller Gesichtspunkte

Das Ziel dieses Abschnittes soll es sein, die Bilanzen in England, USA, UdSSR und Deutschland auf ihren materiellen Gehalt zu untersuchen. In den angelsächsischen Ländern sind im Gegensatz zu Deutschland und der UdSSR die bilanziellen Bewertungsfragen in starkem Maße Gegenstand von Erörterungen der Wirtschaftsprüfungsorganisationen. In Form von Empfehlungen und "bulletins" veröffentlichen sie ihre Auffassungen zu Bilanzfragen, die von der Praxis in weitgehendem Maße als ein Sinnbild ordnungsmäßiger Bilanzierung angesehen werden.

Die hierbei zutage tretenden Unterschiede rechtfertigen eine Trennung der materiellen von den formellen Problemen und andererseits wegen der Wesensverwandtheit eine gemeinsame Behandlung der in den angelsächsischen Vergleichsländern anfallenden Probleme. In erster Linie ist das Bewertungsproblem zu nennen. Obwohl es hierüber verschiedene Ansichten gibt, ist ein Streit um bilanztheoretische Probleme nicht entstanden. In diesem Abschnitt wollen wir verschiedene Ansichten in ihrer Beziehung zu den materiellen Bewertungsproblemen festhalten und ihre Auswirkung auf die formale Rechnungslegung aufzeigen.

1. Allgemeine Analyse der Bewertungsvorschriften

Im § 135 AG sind die Bewertungsvorschriften für die Rechnungslegung der deutschen Aktiengesellschaften niedergelegt. Das Anlagevermögen darf höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden, während für das Umlaufvermögen entweder die Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder der niedrigere Börsen- oder Marktpreis zur Anwendung kommen muß.

Das Grundkapital muß mit seinem Nennbetrag und die Verbindlichkeiten der Gesellschaft müssen mit ihrem Rückzahlungsbetrag bilanziert werden.

In den Vorschriften des 8. Anhangs zum Companies Act ist die Gewinnermittlung und die Art und Weise der Bilanzierung nicht eindeutig fixiert. Der Gesetzgeber hat sich vorwiegend auf for-

male Bestimmungen beschränkt.

Nach der Devise "forewarned is forearmed" ¹⁾ hat er eine weitgehende Bewertungsfreiheit gelassen. Mit Hilfe der offenzuliegenden Berechnungsweise der Abschlußpositionen des Anlagevermögens und der Information über nicht in Höhe des Bilanzanspruches zu realisierende Umlaufgüter will man die Aktionäre schützen. Diese können sich also gegebenenfalls gegen eine Überbewertung zur Wehr setzen, wobei die Offenlegungspflicht allseits schon eine abschreckende Wirkung hat.

Außerdem müssen Buchführung und Abschlüsse von den auditor company geprüft werden, die ein "window dressing", wie man schönfärberische Bewertungsmanipulationen in England zu bezeichnen pflegt, zu verhindern wissen.

Nun hat aber das englische Gesetz nur selten Bedingungen an Wahl dieser oder jener Bewertungsmethode geknüpft und niemals Gründe dafür angegeben, weshalb die unterschiedlichen Möglichkeiten bestehen. Die Antworten für diese Fragen müssen wir bei anderen nicht kodifizierten Richtlinien herausfinden.

In der Regulation S - X der Securities Exchange Commission sind keine Bewertungsregeln enthalten. Vorgeschrieben wird lediglich die Angabe der Bewertungsgrundlage oder der Abschreibungsmethode. Ähnlich wie in England müssen auch hier nicht kodifizierte Richtlinien uns bei der Untersuchung der materiellen Bewertungsprobleme unterstützen.

Bei der Bewertung des Anlagevermögens (speziell bei den Beteiligungen) weist die amerikanische Bilanzierungspraxis einige Eigentümlichkeiten auf. Liegt der Anteil am Reinvermögen der Beteiligungsgesellschaft über dem Anschaffungswert, dann kann dieser Wert zum Ansatz kommen.

Die Amerikaner sind hierbei der Auffassung, der Substanzwert des Vermögensgegenstandes am Abschlußtage bringe dessen effektiven Wert besser zum Ausdruck als der historische Anschaffungswert.

Die SEC-Behörde hat sich dieser Bilanzierungsweise sogar angeschlossen, ²⁾ wie aus den beiden unten angeführten Fällen ersichtlich ist.

1) Gower, L.C.P.: "The Principles of Modern Company Law", London 1954, Seite 431

2) Associated Gas and Electric Co., 11 SEC 975 (1942); Suburban Electric Securities Co., 11 SEC Ann.Rep. 87 (1942)

richtlich ist.

Bis heute baut allerdings das Steuerrecht in den USA auf dem Anschaffungswertprinzip auf. Wenn die amerikanischen Unternehmungen in ihren handelsrechtlichen Abschlüssen auf die Bewertungsgrundsätze für das Anlagevermögen eingehen, dann kann man dies mit Deutschland vergleichen, wo die Handelsbilanzen ausnahmslos nach dem Anschaffungsprinzip abschreiben müssen.

Materielle Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung finden sich vor allem in den Veröffentlichungen des American Institute of Certified Public Accountants, das im Laufe der Zeit die Rechnungsgrundsätze vertiefte und immer mehr ausbaute. Dadurch erhielt die amerikanische Buchführungspraxis einen Kodex von Bilanzierungsregeln, der die bilanzrechtlichen Normen der europäischen Kodifikationen weitgehend ersetzt.

In der UdSSR und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist hingegen die Bilanzierung durch gesetzliche Bestimmungen der dafür zuständigen Gremien eindeutig fixiert. Für die Grundmittel am Bilanzstichtag kommt der Anschaffungspreis oder der gesetzlich vorgeschriebene Zeitwert zur Anwendung. Rein äußerlich unterscheiden sich auf diesem Gebiete die Bilanzen der UdSSR und der westlichen Vergleichsländer nicht allzusehr. Dennoch liegt der grundlegende Unterschied in der Zwecksetzung der Bilanz.

Während sie in den westlichen Ländern der Unterrichtung der Aktionäre, des Vorstandes und der Öffentlichkeit dient, ist in den sozialistischen Ländern nur die Planerfüllung entscheidend, der alles untergeordnet wird. Deswegen kann es in der Sowjetunion kaum Diskussionen über die Zweckmäßigkeit der Bewertungsvorschriften geben, da der Staat mit seiner Autorität die unbedingte Einhaltung der Bestimmungen erzwingt.

Bereits an früherer Stelle wurde erwähnt, daß in den beiden angelsächsischen Ländern die Ansichten maßgebender Auditors und Accountants in Form von Empfehlungen zur Erläuterung der Bewertungsvorschriften herangezogen werden. Es sind vor allem die Empfehlungen der englischen und amerikanischen Wirtschaftsprüfer-Organisationen.

Leider fließt diese Quelle nicht in einem einzigen Strom. Die Bewertungskonventionen haben sich in England nur teilweise zu

allgemein akzeptierten Grundsätzen herauskristallisiert. Die Vertreter der historischen Schule (in USA das Steuerrecht in England das Institute of Chartered Accountants) wollen die Aktiven zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewerten. Nur wenn eine company vermeiden möchte, ein gutes Geschäftsergebnis mit Verlusten aus früheren Jahren zu belasten, kann eine Zuschreibung erfolgen.¹⁾

Jedoch sollen die Zuschreibungen nicht über die ursprünglichen Anschaffungskosten hinausgehen.²⁾ Sonst aber will man die Bilanzrestwerte nur bei Fehlschätzungen der Restlebensdauer korrigieren. Auch die Bewertung des Umlaufvermögens in England und den USA ähnelt sehr den deutschen Praktiken, wenn auch das Niederstwertprinzip nicht auf die niedrigeren Preise des Beschaffungsmarktes ausgedehnt werden soll. Das Prinzip strenger Vorsicht wird mehr dem Gesichtspunkt einer vergleichbaren Erfolgsrechnung untergeordnet.

Diese Auffassungen und Tendenzen werden vor allem vom Institute of Chartered Accountants in England und vom American Institute of Certified Public Accountants vertreten. Besonders in England sind diese Meinungen einer scharfen Kritik der Association of Certified and Corporate Accountants und der Society of Incorporated Accountants and Auditors ausgesetzt, da sie angeblich verhindern, daß die Aufwendungen in der GuV-Rechnung das laufende Preisniveau widerspiegeln.³⁾ Dies führte zur Herausgabe von einander abweichender Bewertungsempfehlungen, wobei sich die beiden letzten Vereinigungen auf eine Abwendung von den Anschaffungswerten stützen, während das Institute kompromißlos an den historischen Anschaffungskosten festhält.⁴⁾ Da aber die Grundsätze und Empfehlungen der Wirtschaftsprüfungsorganisationen zu einem großen Teil nicht im Companies

1) Insbesondere im Ammonia Soda Case, siehe Law Reports, Chancery Division 1918, Vol.I, Seite 275

2) Frank, Vivian H.: a.a.O., Seite 104

3) Wiemann, H.H.: "Ordnungsmäßige Rechnungslegung englischer Aktiengesellschaften aus deutscher Sicht", Köln 1958, S. 1

4) Wiemann, H.H.: a.a.O., Seite 189

nd im Securities Exchange Act verankert sind, können wir diese Grundsätze auch nicht in die Analyse der gesetzlichen Vorschriften einbeziehen. Im dritten Hauptteil, der die Einflüsse des Wirtschaftsprüfungswesens bzw. der Wirtschaftsprüfungsorganisationen auf die Ausgestaltung des betrieblichen Rechnungswesens childern soll, werden wir uns noch weiter mit diesen Empfehlungen befassen.

2. Die Bewertungsgrundsätze für das Anlagevermögen

owohl in England als auch in den USA wird das Anlagevermögen nach der historischen "cost method" bewertet, die dem fortgeführten Anschaffungswert entspricht. Einige gesetzliche Anhaltspunkte findet man bei der Darstellung der Ausweismethode. Aber die Wertansätze geben beide Gesetze keine Auskunft. Da aber das Anlagevermögen auch in England zur Ertragsbildung im Betrieb dient, müssen sich die gleichen Bewertungsprinzipien in der Praxis durchsetzen. Trotz der oben genannten Gegenströmungen wird in England und auch in den USA an den traditionellen Bewertungsprinzipien festgehalten und ausdrücklich vom Realisationsprinzip Abstand genommen. ¹⁾

Die Bilanzansätze ergeben sich aus der Differenz zwischen Kosten oder einer in den Büchern stehenden Bewertungsziffer abzüglich der bisher akkumulierten Abschreibungen. Der Companies Act und der Securities Exchange Act sagen nichts darüber, wie der Wertansatz zu errechnen ist, wenn dieser anstatt eines Kostenansatzes als Ausgangswert gewählt wurde. Außerdem ist es möglich, in der Bilanz Standardwerte stehen zu lassen und die jeweils anfallenden Ersatzbeschaffungsausgaben unmittelbar in den Aufwand zu nehmen oder aber eine Rückstellung für Ersatzbeschaffung anzusammeln. Für die Positionen Goodwill, Patente, Warenzeichen wird keine Abschreibungspflicht eingeführt. Für die Anlagepapiere ist kein bestimmter Bilanzansatz vorge-

) de Paula: "The principles of auditing", London 1951, S. 78:
"Fixed assets are not valued upon their saleable value, but upon their ability to earn profits."

sehen. Die möglichen Alternativen zeigen aber deutlich, daß Bilanzansatz sowohl nach oben als auch nach unten gehen darf. Bei der Verwendung des Marktwertes als Bilanzwert muß dies drücklich in der Bilanz vermerkt werden.

Zusammenfassend kommt man zu dem Ergebnis, daß die den Bilanzansätzen zugrunde liegenden Ausgangswerte sehr unterschiedlich sind. Es gibt keine Höchstwertvorschriften in England und in den USA, die es einer company grundsätzlich verbieten, ihre Bilanzansätze höher als zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen, wie es das Aktiengesetz besagt.

In der UdSSR und der sowjetischen Besatzungszone erfolgt die Bewertung der Grundmittel mit den Anschaffungswerten bzw. den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitwerten. Ein Abweichen von diesen Vorschriften ist nicht möglich.

Die vorgenommenen Abschreibungen müssen einer zentralen Stelle zugeführt werden, die nach den Erfordernissen des Volkswirtschaftsplanes den Unternehmungen wieder Investitionsmittel zur Verfügung stellt.

3. Die Bewertungsgrundsätze für das Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen umfaßt in England und in den Vereinigten Staaten nahezu die gleichen Positionen wie in Deutschland. Befolgung des Realisations- und des Niederstwertprinzips in dem in Deutschland üblichen Sinne ist in den angelsächsischen Ländern nicht vorgeschrieben. Vielmehr gestattet der Gesetzgeber den Unternehmungen eine individuelle Bewertungsfreiheit. So können beispielsweise die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bei Vorliegen triftiger Gründe (Zuschreibungen infolge Werterhöhungen) überschritten werden; auch der Ausweis zu Tagesbeschaffungspreisen wird nicht gesetzlich verlangt. Allerdings ist -zumindest in England- eine Unterbewertung aus Gründen der stillen Reservebildung nicht erlaubt; in Fragen der Überbewertung beschränkt sich das englische Gesetz auf eine Hinweispflicht des Board of Directors, falls dieser der Meinung ist, daß bestimmte Güter des Umlaufvermögens nicht zu ausgewiesenen Werten realisiert werden können.

Synonym ist die Handhabung in den Vereinigten Staaten. Auch

ler soll die genannte Anmerkungspflicht gegen eine über die Realisationswerte hinausgehende Bewertung vorbeugen, da ein höherer Grundsatz nur schwerlich zu begründen ist.

Bei den Bewertungsproblemen richtet sich das Hauptaugenmerk auf das Vorratsvermögen, dessen Bestand zum Zeitpunkt der Bilanzierung kostenmäßig erfaßt und entsprechend bewertet werden muß. Im Bericht des "Joint Exploratory Committee" ¹⁾ wird auf die Bilanzierungsmethode in der Accounting Praxis hingewiesen, die innerhalb der GuV-Rechnung den Bewertungsvorgang demonstriert. Entgegen den veröffentlichten Rechnungsabschlüssen wird hier eine Bruttogewinn- und Verlustrechnung vorausgesetzt, die in der Erfassung der Bestandsveränderungen und der Bewertungsdifferenzen zwei Phasen unterscheidet:

In der ersten Phase geschieht dies in Form des "inventory adjustment", des Postens, der die Bestandsveränderungen des Vorratsvermögens auf der Basis der Anschaffungskosten anzeigt. Das "inventory adjustment" wird durch die Gegenüberstellung des Jahresendbestandes mit dem Jahresanfangsbestand ermittelt.) In der zweiten Phase geschieht dies durch einen zusätzlichen Aufwandsposten, in dem die als Wertberichtigung verkörpert anzuziehenden Verluste erscheinen. Mit Hilfe dieser Methode sollen reine Bestandsveränderungen sowie Wertberichtigungen des Vorratsvermögens vom Produktionsaufwand eliminiert werden, wodurch der Gewinn- und Verlustrechnung zweifellos eine größere Ausdruckskraft verliehen wird.

Da die Wertberichtigungen aber nur die unrealisierten Verluste aufdecken, kann dieser Methode kein zu großer Wert beigemessen werden, obwohl sie in den USA vorherrschend ist. Sie sind erst dann von Bedeutung, wenn unter Außerachtlassung der Niederstwertregel auch die unrealisierten Gewinne in Form einer Wertberichtigung in der Gewinn- und Verlustrechnung in Erscheinung treten, um damit ihre Eliminierung vom echten Gewinn zu erreichen. Doch dies setzt eine Abkehr von den traditionellen Bewertungsgrundsätzen voraus. Es wird zunächst unsere Aufgabe sein, die als Grundlage für das Niederstwertprinzip verwendeten

Anschaffungskosten bzw. Marktpreise sowie die Methoden zu der Ermittlung einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Während beim Anlagevermögen die Ermittlung der Anschaffungskosten für die einzelne Anlage im Zeitraum ihrer Lebensdauer einmalige Berechnung erfordert und diese für mehrere Bilanzierungsperioden ihre Gültigkeit erhält, ist beim Umlaufvermögen die Errechnung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bereits mit größeren Schwierigkeiten verbunden. Diese beruhen darauf, daß das Umlaufvermögen im Verlaufe einer Bilanzierungsperiode sich mehrmals umschlagen kann, wodurch die Identität von Menge und Art der Güter am Anfang und Ende des Bilanzierungszeitraumes nicht mehr gewahrt ist.

Für die genaue Ermittlung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten nennt das Institute of Chartered Accountants folgende Kostenelemente:

- a) den Kaufpreis der Waren und Vorräte bzw. der Wert des Materialaufwandes bei Halb- und Fertigfabrikaten,
- b) die für die derzeitige Beschaffenheit der Waren und Vorräte aufgewendeten direkten Ausgaben, sowie
- c) die anteiligen Gemeinkosten.

Diese Rechenmethode ermöglicht die Ermittlung der Anschaffungskosten für jedes Gut innerhalb des Umlaufvermögens und wird halb in England und den USA als unit oder individual Methode bezeichnet. Der Begriff der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erfährt eine Erweiterung, da in England zusätzliche Ermittlungsmethoden angewendet werden:

- 1) Die Durchschnittskostenmethode (average cost). Hier werden die Anfangsbestände und die Zu- und Abgänge an Waren zu einheitlichen Durchschnittskosten bewertet.
- 2) Die standard cost Methode, der Kalkulationswerte zugrunde liegen.
- 3) Die fifo Methode,
- 4) die lifo Methode.

Es ergibt sich nun die Frage, welche Methoden in der Praxis angewendet und von den Steuerbehörden anerkannt werden. Das Institute of Chartered Accountants sagt hierzu in Recommendation X folgendes:

"Cost should be calculated on such a basis as will show, a f

view of the trend of results of the particular type of business concerned."

Mit dieser Aussage überläßt es das Institute dem Bilanzierenden, die Auswahl der Bewertungsmethode unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse vorzunehmen. Am bekanntesten sind auch in England die "average cost" und die "fifo" Methode, die auch offiziell anerkannt werden (besonders durch die Finanzbehörden). Die lifo Methode wird nur in begrenztem Maße angewendet, was darauf zurückzuführen ist, daß sie steuerlich nicht anerkannt wird. In den Fachkreisen der Accountants bringt man dieser Methode eine besonders große Sympathie entgegen. ¹⁾

In der englischen Textilindustrie wird in begrenztem Maße auch nach der "base stock Methode" bewertet, jedoch nur für Baumwolle.

Der Marktwert kann für das Umlaufvermögen auf zweierlei Art ermittelt werden:

- 1) Nach dem geschätzten Preis, zu dem das Vorratsvermögen veräußert werden kann,
- 2) nach den Wiederbeschaffungskosten zum Zeitpunkt der Bilanzierung. Für das Vorratsvermögen dürfte der Marktpreis bzw. der Realisationswert gleich dem Wiederbeschaffungspreis sein, sodaß hier keine größeren Bewertungsschwierigkeiten entstehen.

Gegenüber bedürfen Halb- und Fertigfabrikate einer genaueren kalkulatorischen Berechnung ihres möglichen Verkaufswertes, da für sie in gewissen Stadien ihrer Produktionsreife kein Marktpreis besteht.

Die angedeuteten Schwierigkeiten weisen darauf hin, daß zum Teil nur mit Schätzwerten gearbeitet werden kann, um dem "net realizable value" am nächsten zu kommen. Für die Ermittlung des Marktwertes muß einer individuellen Bewertungsmethode immer der Vorrang gegeben werden, solange die Art, der Ausreifungsgrad und die Menge der zu bewertenden Güter einem ständigen Wandel unterliegen.

) Lacey, K.: "Profit Measurement and Price Changes", London 1952

IV. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen anhand der Jahresabschlüsse

Nach der Analyse der Gliederungs- und Bewertungsvorschriften müssen wir uns nun die Frage stellen, ob die Jahresabschlüsse auch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens ermöglichen. Die Bedeutung einer solchen Information für Außenstehende kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ist es z.B. für Aktionäre die einzige Möglichkeit, den Wert ihrer Aktien zu bestimmen.¹⁾ Es fragt sich aber, ob ein externer Betrachter die Tatbestände, die er zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Unternehmens benötigt, überhaupt aus den Abschlüssen erkennen kann. Zu diesen gehören

- a) die erzielten Periodenerfolge sowie eine Analyse der in Gewinn- und Verlustrechnung erfaßten Aufwands- und Ertragsarten,
- b) Anhaltspunkte über die zukünftigen Gewinnerwartungen,
- c) Angaben über die finanziellen Reserven und die Liquiditätsaussichten,
- d) die Verschuldungsverhältnisse.²⁾

Zweck der folgenden Ausführungen wird es sein, die Abschlüsse der Vergleichsländer auf den Erkenntniswert der oben genannten Tatbestände zu untersuchen. Dabei wollen wir zunächst ganz allgemeine Ausführungen über die Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Lage machen und uns dann den konkreten Regelungen in den einzelnen Vergleichsländern zuwenden.

1. Die Ermittlung des richtigen Periodengewinns

Unter den oben genannten Größen stellt die Ermittlung des Periodenerfolges zweifellos das wichtigste Kriterium zur Beur-

1) Vgl. Moxter, Adolf: "Bilanzierung und unsichere Erwartungen" in Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Dezember 1962, Heft 12, Seite 609

2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 3

eilung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens dar. ¹⁾
un ergeben sich aber gerade bei der Lösung dieses Problems
Schwierigkeiten, die in Meinungsverschiedenheiten über den rich-
tigen Gewinnausweis begründet sind. Die Vertreter der statischen
Bilanzauffassung sind der Meinung, daß der richtige Vermögensaus-
weis den Hauptzweck der Bilanzierung darstelle, während der Er-
folgsermittlung nur eine sekundäre Bedeutung zukomme. ²⁾
Gegen sie sieht die dynamische Bilanzauffassung als entscheidende
Aufgabe des Jahresabschlusses die Errechnung des "richtigen"
Erfolges an. Die Einnahmen und Ausgaben einer Periode sollen so
ausgewiesen werden, daß sie die Entwicklung des Unternehmens
möglichst zuverlässig wiedergeben. ³⁾ Dies ist dann der Fall,
wenn der Gewinn mit früheren Perioden vergleichbar ist; die Ver-
gleichbarkeit liegt dann vor, wenn Aufwendungen und Erträge den
Bilanzierungsperioden nach ihrer wirtschaftlichen Verursachung
zugerechnet werden. ⁴⁾

Identifiziert man die Frage nach dem Bilanzierungszweck mit dem
Standpunkt der statischen Bilanztheorie, dann würde dies bedeuten,
daß man in dem Jahresabschluß keine Aussage über den wich-
tigsten Bestimmungsgrund der wirtschaftlichen Lage finden würde.
Dieser Gedanke bedarf aber keiner weiteren Untersuchung, da die
Statiker den Gewinn nach der Auffassung der Praxis ermitteln,
und es ist zwischen der dynamischen Bilanzauffassung und der
Handhabung der Praxis in den letzten Jahren eine solche Annäherung
eingetreten, daß überhaupt nicht mehr zwischen einem unter-
schiedlichen statischen und dynamischen Gewinnbegriff unter-
schieden werden kann. Selbst von le Coutre, der sich selbst
inmal als Begründer der statischen Bilanztheorie bezeichnet
hat, wird neuerdings eine Gemeinsamkeit zwischen statischer

) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften...",
a.a.O., Seite 169

) Zu den Vertretern der statischen Bilanzauffassung gehören
z.B.: le Coutre, Sewering, Osbahr, Passow Schär

) Schmalenbach: "Dynamische Bilanz", 12. Auflage, Seite 34

) Zu den Vertretern der dynamischen Bilanzauffassung gehören
neben Schmalenbach noch Walb, Münstermann, Helpenstein

und dynamischer Bilanzauffassung betont. ¹⁾ Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Vergleichsländern sieht man dem richtigen Gewinnausweis die Hauptaufgabe der Bilanz. ²⁾ Hierbei ergeben sich jedoch grundsätzliche Schwierigkeiten. Bereits oben erwähnt, wird es häufig nicht möglich sein, Aufwendungen und Erträge einer Periode eindeutig zuzurechnen. So besitzt man oft nur unzureichende Kenntnis der die Unternehmung bedrohenden Risiken. Dies führt zu Ungewißheiten bei dem Ansatz der Bilanzwerte, namentlich die Höhe der Abschreibungen und Wertberichtigungen ist davon betroffen. Ihre genaue Bestimmung ist oft erst nach Jahren durchführbar, dies bedeutet letzten Endes, daß es dem Bilanzierenden nicht möglich ist, den richtigen Periodenerfolg zu ermitteln. Moxter ³⁾ weist darauf hin, daß infolge des zunehmenden technischen Fortschrittes der Anteil der Abschreibungen an den Aufwendungen weiter steigen wird, was im gleichen Maße zu einer weiteren Verringerung der Genauigkeit des Periodenerfolges führt. Man kann sich deshalb mit Schätzungen hinsichtlich der Verursachung der Aufwendungen nicht mehr begnügen; man muß nach

-
- 1) Le Coutre, Walter: "Handwörterbuch der Betriebswirtschaft", 3. Aufl. 1956, Spalte 1162
"Neben der Kapitalbestände Bilanz wird eine Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt, die der Erfolgsrechnung dient; für sie gelten die gleichen Zielsetzungen und Wertansätze wie bei der dynamischen Bilanzlehre."
- 2) In der Generalnorm des Companies Act verlangen die §§ 148 und 149 eine den ordnungsmäßigen Abschluß ermöglichende Buchführung. Dabei soll der Abschluß selbst ein wahres und klares Bild der Geschäftslage und des Periodenerfolges geben.
Die Bewertungsempfehlungen des American Institute of Certified Public Accountants, die den Charakter von Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung annehmen, bestimmen die Ausdehnung der im Einzelfall anzuwendenden Bewertungsmethode in der Weise, daß das erzielte Periodenergebnis so klar wie möglich herausgestellt wird. Die amerikanische Bilanzierungspraxis folgt also den Grundsätzen der dynamischen Bilanztheorie. Nach § 129 AG ist der Abschluß nach den GoB so aufzustellen, daß er einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft gewährt. Voraussetzung dafür ist, daß die Gliederungs-, Bewertungs- und Erläuterungsvorschriften des AG (§§ 128 ff.) eingehalten werden.
- 3) Moxter, Adolf: "Bilanzierung und unsichere Erwartungen", a.a.O., Seite 608

innvollen Rechnungsweise suchen, die es ermöglicht, diese ungenutzten Aufwendungen besser zu erfassen. Aber nicht nur die Aufwendungen, sondern auch die aperiodischen Erträge führen zu einer Verfälschung des Periodenerfolges. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn von dritter Seite Zuwendungen erfolgen, die keinesfalls mit der betrieblichen Tätigkeit des Unternehmens in Beziehung stehen. Die Schwierigkeiten, die sich bei dem Ansatz ungewisser Aufwendungen ergeben, bleiben der Darstellung im nächsten Kapitel vorbehalten.

Hier wollen wir noch einmal auf Moxter zurückkommen, der zu beweisen versuchte, daß in der Abschlußrechnung zwischen dynamischer (auf die richtige Gewinnermittlung) und statischer (die Ermittlung des richtigen Vermögens) Betrachtungsweise zu entscheiden ist. Unter dem Aspekt der Rechnungslegung zeigen vielmehr beide Bilanztheorien entweder nicht den richtigen Gewinn oder nicht den Ausweis des richtigen Vermögens.

Moxter weist dies für die sogenannten dynamischen Bilanzpositionen nach, die ja nach Auffassung Schmalenbachs in erster Linie den materiellen Unterschied zwischen statischer und dynamischer Bilanztheorie begründen. Als Beispiel greift Moxter die Rückstellung für unterlassene Reparaturen heraus.¹⁾ Die von Gutenberg und Ascher²⁾ vertretene Auffassung, es handele sich hierbei um aperiodische Aufwendungen, verkennt insofern die Tatsachen, als sie die Vermögensminderung in der Rechnungsperiode nicht berücksichtigt. Dieser Vermögensverzehr tritt nicht erst mit der erfolgten Reparatur, sondern schon mit der Erfolgsbelastung auf. Der Einwand, daß ein bereits abgeschriebener, aber noch betrieblich genutzter Gegenstand zwar keine Berichtigung im Hinblick auf die Vermögensdarstellung erfordere, jedoch zur richtigen Erfolgsermittlung eine Rückstellung vorgenommen werden müsse und somit doch ein Unterschied zwischen statischer

) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 174

) Gutenberg, Erich: "Einführung in die Betriebswirtschaftslehre" in "Die Wirtschaftswissenschaften", 1. Lfg., Wiesbaden 1958, Seite 29

Ascher, Theodor: "Die Steuerbilanz", ihre Entstehung und Gestalt, Essen 1958, Seite 239

und dynamischer Betrachtungsweise bestehe, trifft nicht zu. Bei dieser Handlungsweise wird das Vermögen durch die Unterwertung und der Gewinn durch die Unterlassung von Abschreibungen falsch dargestellt. Zur richtigen Vermögensdarstellung und für Zwecke der Erfolgsermittlung muß eine Zuschreibung erfolgen. Erst durch eine solche Zuschreibung ist überhaupt der Ausweis von Abschreibungen möglich, was ja eine Voraussetzung für die Ermittlung des richtigen Periodenerfolges darstellt.¹⁾ Nun wendet sich aber Schmalenbach in seiner dynamischen Bilanztheorie gegen eine Zuschreibung. Er begründet dies mit einem Stoß gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung. Bei einer Betrachtung unserer Vergleichsländer zeigt sich, daß auch in England und den USA im Interesse echter Aufwendungen und Erträge Zuschreibungen auf Anlagegüter nicht erwünscht sind: "It is not desirable to write up the items, even though their actual value may have increased."²⁾ Die Bilanzierung und Erfolgsermittlung soll aber den Grundsatz der Bewertungskontinuität beachten. Man kann jedoch die Zuschreibung nicht vertreten, wenn, wie in oben genanntem Falle, überhaupt erst dadurch der ordentliche Jahreserfolg ausgewiesen werden kann. Die Zuschreibung zeigt ihre Auswirkung nur auf den außerordentlichen Erfolg der Periode, was aber keinerlei Einschränkungen bezüglich des Erkenntniswertes der wirtschaftlichen Lage mit sich führt, da ja der außerordentliche Erfolg für die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht berücksichtigt wird. Moxter geht auch auf die von Schmalenbach vorgeschlagene Bewertung der gebundenen Vorräte ein, die zur Ausschaltung von Wertschwankungen mit einem niedrigen Festwert ausgewiesen werden. Unter statischen Gesichtspunkten erfolgt mit dieser Bewertung nicht der volle Ausweis des Vermögens. Es würde somit doch ein Unterschied zwischen statischer und dynamischer Bilanztheorie bestehen. Moxter weist aber nach, daß die von Schmalenbach vorgeschlagene Maßnahme nicht mit dem Postulat des richtigen Gewinnausweises identisch ist, da die aperiodischen Auf-

1) Ein entsprechendes Beispiel findet sich bei Moxter: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 175

2) Spicer & Figler: "Practical Auditing", 10. Aufl., London 1938, Seite 168 - 169.

undungen und Erträge nicht erfaßt werden. Es werden stille Reserven in Höhe der Differenz zwischen dem tatsächlichen Anschaffungswert der Vorräte und dem gewählten Bilanzansatz gebildet.¹⁾

Moxter ist es unseres Erachtens damit gelungen im Gegensatz zur herrschenden Bilanzliteratur nachzuweisen, daß die Unterschiede zwischen einer an der richtigen Gewinnermittlung und einer an der richtigen Vermögensdarstellung orientierten Rechnungslegung nicht gegeben sind.²⁾

2. Die Wahl des richtigen Gewinnbegriffes

Bei der Ermittlung des richtigen Periodenerfolges stellt sich die Frage, ob dieser Gewinn geldkapitalmäßig oder substantiell zu verstehen ist. Hierauf läßt sich nicht ohne weiteres eine Antwort geben. Es hängt ganz von der Zwecksetzung ab, die mit der Gewinndefinition erreicht werden soll. In volkswirtschaftlicher Sicht gibt man der substantiellen Gewinnermittlung den Vorzug. Unter dem Aspekt der Rechnungslegung aber muß man sich ganz eindeutig für den nominellen Gewinn entscheiden.³⁾ Er allein kann ein zuverlässiger Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage sein.

Was über den Geldbetrag des ursprünglichen Kapitals hinausgeht, ist Gewinn. Der Geldkapitalbegriff ist hier völlig einheitlich.... Anders ist es bei der zweiten Verrechnungsart. Was als Kapital zu erhalten ist, und demgemäß was Erfolg wird, hängt ab von den Kosten einzelner Güter, liegt also zum mindesten branchenmäßig verschieden.... Es ergibt sich, daß der gütermäßig bestimmte Erfolg in der geldkapitalistischen Wirtschaft als allgemeiner Erfolg nicht brauchbar ist und den geldmäßig bestimmten nicht zu ersetzen vermag. Ob und wie weit er

1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 176

2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 176-177

3) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 179

ihn ergänzen kann, ist eine andere Frage. ¹⁾

Für Deutschland ist jedenfalls mit dem Anschaffungswertprinzip der geldkapitalmäßige Gewinnbegriff realisiert. Wir müssen nun die Frage stellen, wie der Gewinnbegriff in den übrigen gleichsländern zu verstehen ist.

Bei der Bewertung des Vorratsvermögens in England kommen verschiedene Bewertungsverfahren zur Anwendung, die einer Erforderlichkeitsermittlung nach den Grundsätzen der substantiellen Kapitalhaltung nahekomen. Es handelt sich hierbei um die LIFO, FILO und Base Stock-Bewertungsmethoden. Die gebräuchlichste Methode ist die "first-in, first-out"-Methode, nach der diejenigen Güter als verkauft oder verarbeitet gelten, die am längsten im Unternehmen vorhanden waren, so daß die Bestände mit den zuletzt bezahlten Kostenpreisen bewertet werden. In Zeiten dauernder Preissteigerung führt dies zu einem Bilanzansatz des Vorratsvermögens, der in die Nähe der Wiederbeschaffungskosten herankommt, während der Aufwand niedriger angesetzt und der Periodengewinn damit relativ hoch ausgewiesen wird. Vom Standpunkt der nominellen Gewinnermittlung ist dieser substantielle Gewinn aber nicht vertretbar, da er stille Reserven enthält, die zu einer Verzerrung des Periodengewinns und damit zu einer Fälschung der wirtschaftlichen Lage führt. Auch die "Base Stock" und die "Last-in, first-out"-Methode dienen der Substanzerhaltung, da man mit ihrer Hilfe inflationäre Scheingewinne vermeiden will.

Die "Base Stock"-Methode ist der eisernen Bestandsrechnung, die Schmalenbach gleichzusetzten. Sie wird von manchen englischen Autoren in Übereinstimmung mit Schmalenbach nach ihrer Funktion (gebundener Vorrat) als Teil des Anlagevermögens gesehen. ²⁾ Nur die Höhe des möglichen Ansatzes ist in Deutschland und England verschieden, was aber mit der unterschiedlichen Auslegung des Niederstwertprinzips bei der Bewertung des Umlaufvermögens zusammenhängt. Es wird in einem späteren Kapitel noch ausführlicher erörtert.

1) Walb, Ernst: "Finanzwirtschaftliche Bilanz", 2. Aufl., Duisburg 1947, Seite 347

2) Vgl. Zeitschrift: "The Accountant", 16.1.1954, Seite 75

Die "Last-in, first-out" -Abrechnung ist die Umkehrung des "fifo" -Verfahrens. Bei steigenden Preisen wird der Aufwand relativ hoch und der Endbestand verhältnismäßig niedrig angesetzt. Die genannten Abrechnungsmethoden haben in Zeiten von Preisschwankungen tendenziell gleiche Auswirkungen auf Bilanzwerte und Aufwandsbeträge, die einem substanzmäßig orientierten Gewinnbegriff nahekommen und aus oben erwähnten Gründen für die Zwecke der Rechnungslegung nicht zu befürworten sind.

Bei der Bewertung des Vorratsvermögens in den USA läßt sich ebenfalls die Anwendung der Lifo und Fife-Bewertungsverfahren feststellen, wobei der Trend zur Anwendung der Lifo-Methode unverkennbar ist.¹⁾ Es gilt also auch hier analog das oben Gesagte. Wir möchten aber noch einmal zusammenfassend sagen, warum wir den substantiellen Gewinnbegriff für Zwecke des Rechnungswesens nicht befürworten können. Nur eine geldwertmäßig ermittelte Rendite ist für einen Vergleich mit Konkurrenzunternehmen und anderen Kapitalanlagen sinnvoll, während der substantiell ermittelte Gewinn wegen seiner strukturellen Verschiedenheit in den einzelnen Betrieben für den Außenstehenden keine Aussagekraft besitzt. Außerdem spricht gegen eine Erfolgsermittlung nach den Grundsätzen der substantiellen Kapitalerhaltung, daß den Unternehmungen hierbei ein großer Ermessensspielraum verbleibt, der zur Bildung von stillen Reserven führt, die vom Standpunkt der richtigen Gewinnermittlung aus unerwünscht sind.

Während in Deutschland die Einbeziehung von Geldwertschwankungen in die Bilanzierung schon zu Beginn der 20er Jahre diskutiert wurde und zu verschiedenen Auffassungen über die Notwendigkeit einer realen oder nominellen Vermögensrechnung geführt hat, rückte diese Frage in England und in den Vereinigten Staaten erst nach dem zweiten Weltkrieg in den Blickpunkt des Interesses. Besonders die konjunkturelle Preisentwicklung gab Veranlassung dazu, auch von offizieller Seite aus hierzu Stellung zu nehmen. Die Diskussion ergab die bereits bekannten Argumente,

Barth, Kuno: "Die Bewertung mit eisernen Beständen", Stuttgart 1951, siehe auch "Bewertungsempfehlungen des American Institute of Certified Public Accountants."

daß bei steigenden Preisen die Anwendung der traditionellen wertungsgrundsätze zu einer Unterkapitalisierung des Vermögens führen muß, und daß der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Gewinn nur dann eine Aussagekraft innehat, wenn die Aufwendungen zu aktuellen Preisen den Erträgen gegenübergestellt werden.¹⁾

Damit kommen wir zu dem bereits oben erwähnten Problem der nominellen oder substantiellen Gewinnermittlung, über die die weiteren Ausführungen an dieser Stelle erübrigen.

Im dritten Hauptteil (C) werden die unterschiedlichen Lösungsversuche zu dieser Frage, die von den WF-Organisationen vorgeschlagen wurden, einer näheren Prüfung unterzogen.

3. Die Bedeutung des Vorsichtsprinzips bei der Ermittlung des Periodengewinns

Herrscht über die genaue Höhe der Aufwendungen und Erträge keine Gewißheit, dann muß bei der Bilanzierung ein vorsichtiger mittlerer Erfolg zu Grunde gelegt werden. Die Beachtung des Vorsichtsprinzips bei der Gewinnermittlung ist allgemein anerkannt und gilt heute als ein Grundsatz ordnungsmäßiger Bilanzierung.²⁾

Dieses Vorsichtsprinzip wird in einem engeren und weiteren Sinne angewendet. Bei der Wahl des engeren Vorsichtsprinzips beruht der Unternehmer seinen Bilanzansätzen den wahrscheinlichsten Wert zugrunde, über dessen Errechnung wir an einer anderen Stelle berichten. Er soll uns vorerst nicht weiter interessieren. Im Mittelpunkt unserer Betrachtung steht das erweiterte Vorsichtsprinzip, das in allen Vergleichsländern als Bilanzierungs-

1) Sanders, T.H.: "Plant Depreciation and 1949 Price Levels" in "Accounting Research", Jahrgang 1949, Prest, A.R.: "Replacement Cost Depreciation" in "Accounting Research", Jahrgang 1950, Seite 385

2) Moxter, Adolf: "Bilanzierung und unsichere Erwartungen", a.a.O., Seite 630

gel anzutreffen ist.

empfehlen für alle Wirtschaftsgüter der Aktivseite die Ansetzung eines möglichst niedrigen Wertes, während für die Passivseite bei der Bilanzierung der Rückstellungen und Verbindlichkeiten ein möglichst hoher Wert zu berücksichtigen ist. Zu den Befürwortern dieser Bilanzierungsweise gehört auch Rieger.¹⁾ Nach seiner Auffassung kann eine Totalabrechnung erst am Lebensende einer Unternehmung erfolgen. Es ist praktisch unmöglich, das gewisse Endergebnis in den Periodenrechnungen zu berücksichtigen, da sich kaum eine der für die Totalabrechnung infrage kommenden Größen, wie Warenumsatz, Warenpreise, Nutzungsdauer der Anlagen, Debitorenverluste usw. vorausschätzen läßt.²⁾ Die theoretische Richtigkeit der Behauptungen Riegers steht außer Zweifel; jedoch können sie nicht befriedigen, da sie der tatsächlichen Rechnungslegung nicht entsprechen. Es ist für Zweck der Unternehmensführung und auch zur Information Außenstehender (Aktionäre, Gläubiger, Lieferanten usw.) durchaus erforderlich, einen möglichst zutreffenden Periodenerfolg zu ermitteln. Dieser wird aber bei der Zugrundelegung des erweiterten Vorsichtsprinzips nicht erreicht. Zwar wird nie ein höherer als der tatsächliche Vermögenswert ausgewiesen; jedoch interessiert die Höhe des Bilanzvermögens nur wenig, da der Außenstehende hieraus noch nicht einmal Rückschlüsse über die Verschuldungsverhältnisse gewinnt.³⁾

Der Jahresbilanz interessiert den Außenstehenden primär nur die Veränderung des Bilanzvermögens, d.h. er will einen Einblick in die Gewinnentwicklung nehmen. Der Einwand, ein Ausweis eines niedrigen Periodenerfolges veranlasse den Unternehmer und außenstehende Gläubiger zu vorsichtigen Dispositionen, trifft nicht grundsätzlich zu. Die Anwendung dieses Verfahrens mindert den Gewinn nur in der jeweiligen Periode, während in den folgenden Perioden der Gewinn zu hoch ausgewiesen wird,

Rieger, Wilhelm: "Einführung in die Privatwirtschaftslehre", Erlangen 1959, 2. Aufl., Seite 207 ff.

Rieger, Wilhelm: a.a.O., Seite 207

Moxter, Adolf: "Bilanzierung und unsichere Erwartungen", a.a.O., Seite 625

da die entsprechenden Abschreibungsbeträge in der Gewinn- und Verlustrechnung infolge der "Einmaligkeit der Abschreibung" fehlen.

Unbeachtlich ist diese Tatsache nur dann, wenn durch fortgesetzte Investitionstätigkeit sich erneut Möglichkeiten für Abschreibungen bieten. Bei einem Rückgang der Investitionen, doch wird, infolge des durch die Auflösung stiller Reserven bedingten hohen Gewinnausweises, dem Bilanzleser eine günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vorgegaukelt, obwohl viel eher eine Warnung vor übereilten Dispositionen ausgesprochen werden müßte. Bei der Anwendung des erweiterten Vorsichtsprinzips verzichtet man also bewußt auf die Ermittlung eines wahrscheinlichen Periodengewinns und damit den Ausweis des wichtigsten Faktors zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. ¹⁾

Da dies für die externe Rechnungslegung sehr ungünstig ist, diese fast vollständig entwertet, muß man nach Möglichkeiten suchen, die die Ermittlung eines möglichst zutreffenden Periodengewinns gestatten.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang der Lösungsversuch von Moxter. Er versucht, mit Hilfe von Wahrscheinlichkeiten den zutreffenden Periodenerfolg zu ermitteln. ²⁾ Jedoch haftet der Bilanzierung mit Glaubwürdigkeiten ein genereller Mangel an. Diese Zahlen entziehen sich der Nachprüfung, aus diesem Grunde erscheint ihre Veröffentlichung in einem Jahresabschluß wenig sinnvoll.

Unter den verschiedenen Fällen ungewisser Aufwendungen stellen die Abschreibungen auf materielle Anlagegüter einen der bedeutendsten Posten.

Gemäß den aktienrechtlichen Vorschriften ist es zulässig, durch den Ansatz hoher Abschreibungen, das Sachanlagevermögen unterzubewerten und damit stille Reserven zu bilden. Durch den Ausweis der Zu- und Abgänge beim Anlagevermögen sowie des ge-

1) Moxter, Adolf: "Bilanzierung und unsichere Erwartungen", a.a.O., Seite 627

2) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 611

trennten Ausweises der Abschreibungen und Wertberichtigungen in der Bilanz oder im Geschäftsbericht lassen sich gewisse Rückschlüsse auf die Höhe der stillen Reserven ziehen; jedoch bleibt ohne Zweifel ein großer Unsicherheitsspielraum.

In den USA ist die Wahl der Abschreibungsart für das Sachanlagevermögen freigestellt; die Abschreibung soll jedoch unter dem betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt der planmäßigen Aufwandsverteilung auf die Jahre der Nutzung erfolgen.

Die degressive Abschreibung ist dann anwendbar, wenn die Ertragskraft einer Anlage in den ersten Jahren der Nutzung höher ist als in den späteren und der Unterhaltungsaufwand zunimmt. Die Wahl der Abschreibungsart und der Abschreibungssätze darf nicht von dem Motiv der stillen Reservebildung beherrscht sein. Mit dieser Auffassung vertritt das American Institute of Certified Public Accountants die von uns bereits gestellte Forderung nach der Ermittlung eines zutreffenden Periodengewinnes.¹⁾ Jedoch sieht die amerikanische Bilanzierungspraxis ganz anders aus. Obwohl die Bekanntgabe der angewandten Abschreibungsart einer gewissenhaften Rechnungslegung entspräche, werden die entsprechenden Empfehlungen des AIA kaum befolgt. Nur 20 % der Gesellschaften veröffentlichen die angewandte Bewertungsart. Hierbei ist festzustellen, daß über 70 % dieser Gesellschaften die degressive Abschreibung benutzt. Häufig ist für die Wahl dieser Abschreibungsart die Tatsache entscheidend, daß in den ersten Jahren der Nutzung eine höhere Abschreibung und damit eine Verfälschung des Periodenerfolges erzielt wird. Keinesfalls entspricht die degressive Abschreibungsart immer dem Prinzip der planmäßigen Aufwandsverteilung der Abschreibungen.

Interessant ist auch das Abschreibungsproblem in Großbritannien. Die Generalnorm des § 149 Companies Act verlangt den Ausweis eines wahren Jahresgewinnes. Es soll jedoch untersucht werden, inwieweit die Realisierung dieses Vorhabens gelungen ist. Für

1) Accounting Trends and Techniques, 11. Ausg., 1957, Seite 148

2) Im Kommentar des Institute of Chartered Accountants and Auditors "The Companies Act 1948", Seite 38, versteht man unter cost offensichtlich auch die Anschaffungskosten.

die Gegenstände des Anlagevermögens soll grundsätzlich eine Bewertung zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich entsprechenden Abschreibungen vorgenommen werden. Jedoch erlaubt der Companies Act hierzu grundsätzlich keine Aussage.

Daneben kann aber eine company den Anlagenverzehr an Stelle Abschreibungen gemäß § 5 (2) Companies Act in Form einer "provisions for renewals" erfassen. Dies führt zur Verbuchung der Ersatzbeschaffungsausgaben über Aufwand bzw. zur Bildung einer Rückstellung. In der Bilanz führt dies zum Ansatz gleichbleibender Standardwerte.²⁾ Jedoch äußern sich weder der Gesetzgeber noch die entsprechenden Wirtschaftsprüfungsorganisationen zur Frage der periodischen Verteilung dieses Aufwandes. Dem bleibt es dem Gutdünken des einzelnen Unternehmers überlassen, wie er die Auflösung der Rückstellung vornehmen will. Da hier bei wohl in starkem Maße bilanzpolitische Gesichtspunkte Berücksichtigung finden, ist eine Verfälschung des Jahresgewinns unausbleiblich.

Außerdem bietet das englische Dividendenrecht noch eine weitere Möglichkeit, von der üblichen Bilanzierung des Anlagevermögens abzuweichen. Es ist keinesfalls erforderlich, von den Bilanzausgangswerten irgendwelche Abschreibungen vorzunehmen.³⁾ Es muß lediglich in einer Anmerkung der Hinweis erfolgen, daß eine Abschreibung nicht vorgenommen wurde. Zweifellos verfolgt man damit den Zweck, zu hohe in der Vergangenheit gebildete Reserven nach und nach aufzulösen. Damit verfälscht man jedoch die Gewinnlage des Unternehmens, was im Gegensatz zur Generalnorm des Companies Act steht.

Im Interesse der Erfassung echter Aufwendungen und Erträge werden den Zuschreibungen nicht als wünschenswert angesehen.⁴⁾ Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften empfehlen die Beachtung der

1) Im Kommentar des Institute of Chartered Accountants and Auditors "The Companies Act 1948", Seite 38, versteht man unter cost offensichtlich auch die Anschaffungskosten.

2) Diese Bilanzierung ist mit der deutschen Festwertrechnung vergleichbar, die ebenfalls bei der Bewertung des Anlagevermögens vorzufinden ist.

3) Vgl. § 14 (2) der 8. Schedule des Companies Act

4) Spicer & Pegler: "Practical Auditing", 10. Ausg., London 1948, Seite 168-169

Grundsatzes der Bewertungskontinuität bei Bilanzierung und Erfolgsermittlung. ¹⁾ Diese Bewertungskontinuität wird jedoch in der englischen Bilanzierungspraxis nicht immer beachtet. Es kommen nicht nur Zuschreibungen vor, die einen Ausgleich für zu hoch angesetzte Abschreibungen darstellen. Vielfach ist es auch üblich, bei Kapitalerhöhungen, Konzernbildungen und Änderungen der Eigentumsverhältnisse Zuschreibungen auf der Grundlage von Neubewertungen vorzunehmen. Man begründete diese Auffassung mit der Vorstellung, die company würde "reorganized" und sie sei "starting afresh".

Mit Hilfe der Zuschreibung versucht man die Idee eines "wahren Wertes" zu realisieren. Diesen Wert kann man jedoch nicht ermitteln, da infolge vielfältiger Maßstäbe und Schätzungen sich immer unterschiedliche Bewertungsergebnisse herausbilden. Durch die Durchbrechung der Bewertungskontinuität im Falle der Zuschreibungen wird unseres Erachtens die Unsicherheit bei der Ermittlung des Periodenerfolges nur noch vergrößert.

Auch die zahlreichen Sonderabschreibungen tragen zur Verzerrung des Periodenerfolges bei. So ist es bei der Anfangsabschreibung (initial allowance) beispielsweise möglich, im ersten Jahr der Nutzung einen Abschreibungssatz von 40 % anzuwenden. Insgesamt können diese Abschreibungen sogar 120 % des Anschaffungswertes erreichen. ²⁾

Dadurch erfolgt aber nicht nur eine Verfälschung der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern auch der Bilanz, da die Anlagegüter unterbewertet sind. Durch die Sonderabschreibung wird der Aufwand späterer Perioden in die gegenwärtige Periode vorverlegt, so daß von einer der Wirklichkeit nahekommenden Aufwandsverteilung auf die entsprechenden Bilanzierungsperioden keine Rede mehr sein kann. Diese Zielsetzung stellt aber gerade den betriebswirtschaftlichen Zweck der Abschreibung dar.

1) Recommendation on Accounting Principles, a.a.O. Rec. VIII, par. 85

2) Merziger, Albrecht: "Verrechnungstechnische Betrachtung und Kritik der Abschreibung nach britischem Einkommenssteuerrecht", Saarbrücken 1958, Seite 86

Wir müssen uns nun mit dem Problem befassen, ob sich nicht durch eine geeignetere Bestimmung der Abschreibungsbeträge die Ermittlung eines zutreffenden Periodengewinnes ermöglichen läßt. Moxter schlägt den Ansatz von mittleren Werten vor, da sich in Fällen objektiver Unsicherheit sonst keine andere Möglichkeit für die Bestimmung des glaubwürdigsten Bilanzansatzes ergibt. ¹⁾ Gegen den Ansatz mittlerer Werte beim Anlagevermögen erheben sich jedoch Bedenken. Man besitzt häufig keine Handhabe für die Ermittlung der Restlebensdauer und schwebt deshalb bei der Feststellung der Abschreibungsdauer völlig im Dunkeln. Für die Feststellung der mittleren Lebensdauer ist jedoch die Kenntnis der minimalen und maximalen Lebensdauer entscheidend. Diese dürfte jedoch kaum zu erlangen sein. Durch die unterschiedliche Entwicklung des technischen und des wirtschaftlichen Fortschrittes sind die Anlagen-Ersatzzeitpunkte in den einzelnen Betrieben einer Branche sehr verschieden. ²⁾ Die technische Nutzungsdauer von Anlagen und Gebäuden kann durch Reparaturen und Ersatzverwendungsmöglichkeiten sehr lange hinausgezögert werden, während die wirtschaftliche Lebensdauer von der finanziellen Lage und den Gewinnerwartungen des Unternehmens abhängt. ³⁾

Als Ausweg aus dieser Schwierigkeit bietet sich die Verwendung von Abschreibungstabellen an. Selbstverständlich müßten diese Tabellen auf die individuellen Verhältnisse der einzelnen Branchen zugeschnitten sein. In Großbritannien unterstützt das Institute of Certified Public Accountants and Auditors diese Bestrebungen.

Es empfiehlt eine Berichtigung dieser Tabellen von Zeit zu Zeit, "was eine Verlängerung der Nutzungsdauer infolge außergewöhnlicher Instandhaltungsausgaben, eine Kürzung infolge übermäßiger Nutzung oder infolge der ursprünglichen Berechnung ... nicht

-
- 1) Moxter, Adolf: "Bilanzierung und unsichere Erwartungen", a.a.O., Seite 619
- 2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 188
- 3) Schneider, Dieter: "Die wirtschaftliche Nutzungsdauer von Anlagegütern als Bestimmungsgrund von Abschreibungen", Köln-Opladen 1961, Seite 82

berücksichtigter Veralterung einschließt. ¹⁾

Auch das amerikanische Institute of Certified Public Accountants empfiehlt die Anwendung von Abschreibungstabellen. Schwierigkeiten können dadurch auftreten, daß hinsichtlich der Abschreibungsursachen "technische Abnutzung" und "natürlicher Verschleiß" eine zu starke Generalisierung erfolgt.

Moxter ²⁾ schlägt vor, in einer Grundtabelle nur die normalen Umstände zu berücksichtigen. Für die unterschiedliche Art des Einsatzes und die verschiedene Wertungsintensität will Moxter bestimmte Zu- oder Abschläge festlegen. Der durch solche Abschreibungstabellen ermittelte Abschreibungsbetrag unterscheidet sich nicht allzusehr von dem richtigen Abschreibungsbetrag. ³⁾

Die Verwendung von Abschreibungstabellen findet nicht ungeteilte Zustimmung. ⁴⁾ Die Kritik richtet sich meist gegen den Umstand, daß durch die Normierung die betriebsindividuellen Unterschiede verwischt würden und die Unternehmer, die eine bessere Kenntnis der für die Bestimmung des richtigen Abschreibungsbetrages entscheidenden Faktoren besitzen, zu einem falschen Gewinnausweis gezwungen würden.

Für die Zwecke der Rechnungslegung erscheint uns dieser Einwand jedoch nicht besonders stichhaltig. Die Unternehmer, die eine bessere Kenntnis ihres Abschreibungsaufwandes besitzen, legen ihren innerbetrieblichen Dispositionen ja den richtigen Erfolg zugrunde. Es bedeutet für sie also keinen Nachteil, wenn sie einen falschen Abschreibungsbetrag ausweisen. Dies gilt auch für die außenstehenden Bilanzbetrachter, die ohnehin das tatsächliche Ergebnis nicht erfahren. Bei der großen Mehrzahl der Unternehmungen erscheint jedoch die Anwendung von Abschreibungstabellen als sinnvoll, da sie keine Vorstellungen über den genauen Ansatz der Abschreibungen besitzen.

1) "Recommendation on Accounting Principles", The Institute, London 1953

2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 188

3) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 188

4) Riebel, Paul: "Die Problematik der Normung von Abschreibungen" in Zeitschrift "Der Betrieb", 13. Jg. 1960, Seite 729-734

van der Velde, Kurt: "Amtliche Tabellen für betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer" in Zeitschrift "Der Betrieb", 10. Jg. 1957, Seite 537-539

"Für die Außenstehenden ist der Unsicherheitsspielraum bei der Ermittlung des Erfolges nicht so groß, wenn die Abschreibungen normiert werden." ¹⁾

Aber nicht nur bei dem Sachanlagevermögen, sondern auch beim immateriellen Anlagevermögen ergeben sich Unsicherheiten bei der Bestimmung des Abschreibungsaufwandes. Nach der Auffassung des American Institute of Certified Public Accountants hängt die Abschreibung auf diese Werte von der betriebsindividuell zu bestimmenden Wertbeständigkeit ab. ²⁾ Auch hier soll das Prinzip exakter periodischer Ergebnisrechnung besonders beachtet werden.

Eine Sonderabschreibung auf den Erinnerungswert im Anschaffungsjahr bedeutet daher regelmäßig einen Verstoß gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, wenn die Maßnahmen nicht durch einen eingetretenen Wertverfall gerechtfertigt sind. ³⁾ Liegen Anzeichen für eine längere Nutzung des immateriellen Anlagegutes vor, ohne daß man die Nutzungsdauer exakt bestimmen kann, dann kann die Abschreibung auf einen längeren Zeitraum vorgenommen werden.

Die Untersuchungen des AIA für 1956 zeigen jedoch, daß etwa die Hälfte aller amerikanischen Gesellschaften eine sofortige Abschreibung auf den Erinnerungswert von einem Dollar vornimmt. ⁴⁾ Dieses Verhalten steht aber mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Widerspruch; dem erweiterten Vorsichtsprinzip wird hier zu stark Rechnung getragen.

In England ist es nicht einmal erforderlich, für den Posten Goodwill, Patente, Warenzeichen die Bewertungsmethode anzugeben. Auch die Vornahme von Abschreibungen ist nicht erforderlich. Selbst nach Auffassung des Institute of Chartered Accountants and Auditors ist eine Wertminderung bei den Gütern des immate-

1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 189

2) Accounting Research Bulletins Nr. 43, Seite 37 ff.

3) Bulletin Nr. 43, Seite 37

4) Accounting Trends and Techniques, 11. Ausg., Seite 80

riellen Anlagevermögens kein normaler Aufwand, weil er nicht auf dem technischen und wirtschaftlichen Abnutzungsverzehr beruht. Der Ausweis sollte, falls überhaupt, getrennt von den übrigen Abschreibungsbeträgen erfolgen. Das Vorsichtsprinzip betrifft aber auch generell die Aktivierung von Ausgaben. In Deutschland sind zum Beispiel Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen aktivierungsfähig aber nicht aktivierungspflichtig.

Dies führt in allen Vergleichsländern dazu, daß man diese Aufwendungen sofort abschreibt mit der Begründung, daß die Entstehung eines etwaigen Nutzens völlig ungewiß sei. Diese Auffassung macht sich auch der Aktienrechtsentwurf in der Frage der Forschungsaufwendungen zu eigen. ¹⁾ Für die richtige Gewinnermittlung ist dieser Standpunkt aber falsch; keinesfalls ist es berechtigt, diese Aufwendungen generell mit dem Wert 0 anzusetzen.

So lassen sich z.B. in der chemischen Industrie, in der diese Aufwendungen einen beachtlichen Betrag erreichen, durchaus am Ende einer Bilanzierungsperiode Rückschlüsse auf den zukünftigen Nutzen dieser Aufwendungen ziehen. In der Praxis jedoch erfolgt kaum eine Aktivierung, damit wird der Periodenerfolg verfälscht.²⁾

Daneben zeigen sich aber auch die Nachteile des Vorsichtsprinzips bei der Bilanzierung des Umlaufvermögens. So ergeben sich beim Ansatz der Bilanzwerte für Forderungen oft Unsicherheiten, die durch den ungewissen Eingang dieser Beträge bedingt sind. Unsere Kritik richtet sich gegen die Anwendung von Durchschnittssätzen bei der Bemessung der Wertberichtigungsbeträge. Zumindest sollte sich der Bilanzierende über den Wahrscheinlichkeitsgrad der einzelnen Forderungseingänge Gedanken machen und nicht aus Bequemlichkeit "traditionelle Erfahrungssätze" anwenden, die seiner Interessenlage, den Gewinn vorsichtig zu ermitteln, zwar entgegenkommen, die aber im Interesse einer periodengerechten Gewinnermittlung nicht tragbar sind.

1) Regierungsentwurf des Aktiengesetzes, a.a.O., Seite 178

2) Vgl. hierzu die Geschäftsberichte der Farbwerke Hoechst, BASF und Bayer, Leverkusen

Diese Forderung steht auch in Übereinstimmung mit den entsprechenden Verlautbarungen der Wirtschaftsprüfungsorganisationen in allen Vergleichsländern. ¹⁾ Uneinbringliche Forderungen sind in voller Höhe abzuschreiben, zweifelhafte nach Maßgabe der erwarteten Ausfälle.

Für den Abzug der Wertberichtigungen ergeben sich zwei Möglichkeiten:

- a) Abzug der Wertberichtigungsbeträge in Form versteckter Saldierung direkt von den Forderungen
- b) offene Absetzung.

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung erfordern in beiden angelsächsischen Ländern einen Hinweis auf die Höhe der vorgenommenen Wertberichtigung. In der Bilanzierungspraxis wird dieses Gebot nur von einem Teil der Gesellschaften befolgt, während der größere Teil der Aktiengesellschaften jegliche Stellungnahme zu dieser Bewertungsfrage vermissen läßt. Aber selbst aus den veröffentlichten Zahlen lassen sich noch keinerlei konkrete Schlüsse auf die Berechtigung des ausgewiesenen Betrages für Wertberichtigungen ziehen. Für diesen Zweck wäre noch eine Erläuterung der Ursachen erforderlich, die aber in keinem Vergleichsland erfolgt. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß in vielen Gesellschaften die Wertberichtigungen aus Vorsichtsgründen erhöht sind und dadurch eine Verzerrung des Periodenerfolges eintritt.

Bei der Bewertung des Vorratsvermögens in Deutschland entstehen bei Beachtung des Niederstwertprinzips, das nach allgemeiner Auffassung die Beachtung von "Wiederbeschaffungs- und Reproduktionskosten" umfaßt, stille Reserven. ²⁾ In den beiden angelsächsischen Ländern spielt ebenfalls das Niederstwertprinzip für die Bewertung dieser Position eine entscheidende Rolle. Im Gegensatz zu Deutschland empfehlen die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung in beiden angelsächsischen Ländern die Abstellung des Niederstwertprinzips auf die Verkaufs- und nicht auf die Einkaufspreise. Hier wird der Wunsch deutlich, übertriebene Vorsicht bei der Bewertung zu vermeiden. Rechnerisch

1) Vgl. Veröffentlichungen der United Securities Exchange Commission und der New York Stock Exchange Accounting Series Release Nr. 41

2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Erläuterung zu § 133, Tz. 74 Seite 411

kann dies erhebliche Auswirkungen auf den Periodengewinn haben, wenn man auch beachten muß, daß am Realisationstage eine Auflösung der stillen Reserven erfolgt, und ihre Bildung und Auflösung sich rechnerisch weitgehend kompensieren, wenn keine großen Bestandsveränderungen eingetreten sind.

Die Entwicklung der Preise des Beschaffungsmarktes kann sich aber erheblich von der Preisentwicklung auf dem Absatzmarkt unterscheiden. Dies wird besonders dann der Fall sein, wenn sich die eingekauften Rohstoffe und Halbfabrikate stark von dem Endprodukt unterscheiden.

So ist es beispielsweise gut möglich, ein mit absatzwirksamen Neuerungen versehenes Auto zu einem Preis zu verkaufen, der weit über den zusätzlich anfallenden Kosten liegt, wobei die Preise der in ihm verarbeiteten Rohstoffe sogar niedriger sein können.

Ein Ansatz zu Wiederbeschaffungskosten aus Vorsichtsgründen ist überhaupt nicht notwendig und findet nur deshalb seine Berechtigung, weil in Deutschland stille Reserven gestattet sind. Die in den angelsächsischen Ländern vertretene Art des Niederstwertprinzips ist der deutschen Regelung vorzuziehen, da hierbei ein für die Zwecke der Rechnungslegung aussagefähiger Bilanzausweis erfolgt. Auch bei dem Wertansatz der Rückstellungen wird durch eine reichliche Dotierung dem Vorsichtsprinzip Rechnung getragen. Hierdurch wird wieder die Ermittlung des richtigen Periodengewinnes beeinträchtigt. Es sollen jedoch keine weiteren Ausführungen zu diesem Problem erfolgen, da sich gegenüber dem bisher Gesagten keine neuen Gesichtspunkte ergeben.

Unseres Erachtens ist es recht deutlich geworden, wie schwierig eine richtige Gewinnermittlung bei der Beachtung des Vorsichtsprinzips ist. Man schlug deshalb schon öfters ein Verbot der Bilanzierung nach dem erweiterten Vorsichtsprinzip vor. Hiergegen wird der Einwand erhoben, daß die Möglichkeit eines zu hohen Erfolgsausweises besteht und damit die Gefahr einer Verletzung des Prinzips der Kapitalerhaltung gegeben ist. Dieses Argument ist zweifellos richtig. Für die Ermittlung des auszuschüttenden Gewinns erscheint eine vorsichtige Bewertung durchaus angebracht, da sonst unter Umständen die Gefahr der Ausschüttung von Grundkapitalteilen besteht. Diese Gefahr läßt sich jedoch durch die

Bildung von offenen Rücklagen beheben, die lediglich dazu dienen, das Grundkapital vor überhöhten Risiken zu schützen. In Deutschland ist dieser Gedanke durch den § 130 AG verwirklicht. Die vorgesehene gesetzliche Rücklage darf nur zum Ausgleich von Wertminderungen und zur Deckung von sonstigen Verlusten benutzt werden. ¹⁾ Diese gesetzliche Rücklage übt also eine Art Garantiefunktion des Eigenkapitals aus.

Auch in den USA ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Ihre Verwendung zum Ausgleich von Verlusten ist aber nur im Rahmen einer quasi-reorganization ²⁾ nach der vorherigen Auflösung der freien Rücklagen zulässig. Um den mit dieser Maßnahme verbundenen formalen Erfordernissen auszuweichen, bietet sich die Möglichkeit, den Verlust, der auf keinen Fall aktiviert werden darf, offen von der gesetzlichen Rücklage abzusetzen. ³⁾

Schwieriger ist die Frage schon in Großbritannien zu beantworten. Article 116 des Companies Act sieht eine Dividendenzahlung nur aus Gewinnen vor. Dieser Bestimmung liegt ein Grundsatz des case law zugrunde, der einer company verbietet, in ihre articles die Vorschrift aufzunehmen, Dividenden aus dem Grundkapital zu zahlen. Aus diesem Grundsatz des case law kann man jedoch keineswegs eine Kapitalerhaltung ableiten. Vielmehr findet diese Bestimmung nach englischer Rechtsprechung keine Anwendung auf bereits eingetretene Kapitalverluste.

Eine company begeht keinen gesetzlichen Verstoß, wenn ein Ersatz der eingetretenen Kapitalverluste unterbleibt. ⁴⁾ Auch der Companies Act nimmt zu der Frage, ob die Gewinnverwendungsrech-

1) Adler-Düring-Schmaltz, § 130, a.a.O., Seite 199

2) Die im Rahmen einer quasi-reorganization erfolgende Neubewertung von Vermögensgegenständen darf im Einklang mit dem allgemeinen Bilanzzweck nicht darauf ausgehen, die laufende oder eine spätere Wirtschaftsperiode von periodenzugehörigen Aufwendungen zu befreien. Stellt sich aber nachträglich heraus, daß bei der Berichtigung der Wertensätze die Teilwerte unterschritten wurden, so sind die falschen Wertansätze durch Zuschreibung zu berichtigen und der sich daraus ergebende Wertzuwachs der gesetzlichen Rücklage wieder zuzuführen.

3) Accounting Research Bulletin Nr. 39, verfaßt von Paton, 1941, Seite 39-40

4) z.B. Verner v. General and Commercial Investment Trust, Ch. D 1894, Vol. 2, Seite 264-265

nung eine Abdeckung der Vorjahresverluste vorzunehmen hat, keinerlei Stellung. Es fehlen die in Deutschland so stark propagierten aktienrechtlichen Gläubigerschutzbestimmungen. Dennoch wird aber dem Gedanken der Kapitalerhaltung Rechnung getragen. Auf Grund der Satzung ist es durchaus üblich, capital reserves zum Schutze des Grundkapitals zu bilden. Das Argument, durch den Ausweis eines zu hohen Gewinns würde das Prinzip der Kapitalerhaltung verletzt, besitzt also für England durchaus einige Berechtigung, während es für die USA und Deutschland keine Bedeutung besitzt. Die Hauptschwierigkeit, die sich einem Verbot der Bilanzierung nach dem erweiterten Vorsichtsprinzip entgegenstellt, ist die Abgrenzung zwischen der manipulierten und der vertretbaren Aufwandsbemessung. ¹⁾ Section 149 des Companies Act sieht ein solches Verbot vor. Die Bilanzierung von Vermögensgegenständen, Rückstellungen und Schulden obliegt hier dem Ermessen der Direktoren. Der Wirtschaftsprüfer hat in seinem Prüfungsbericht bei abweichender Ansicht auf diese Tatsache hinzuweisen. ²⁾

Zweifellos hat diese Maßnahme zu einer Einschränkung der Bilanzierung nach dem erweiterten Vorsichtsprinzip geführt. Auch ein generelles Verbot der Unterbewertung wäre zu überlegen. Man könnte hierbei einen gesonderten Ausweis der die "Tabellenabschreibungen" überschreitenden Beträge verlangen. ³⁾ Mit Sicherheit würde eine solche Bilanzierungsweise aber auf den Widerstand der davon betroffenen Kreise stoßen. ⁴⁾

Ferner würde eine nähere Erläuterung der einzelnen Bilanzpositionen dem außenstehenden Bilanzbetrachter eine bessere Handhabe zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens geben.

Die SEC Behörde in USA verlangt z.B., daß für die bei ihr ein-

1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 186

2) Jones: "Company Balance Sheets", Cambridge 1951, Seite 153, zitiert bei Moxter, Seite 187

3) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 190

4) z.B. Industrie, Banken, Versicherungen

gereichten Bilanzen die im Einzelfalle angewandte Bilanzierungsmethode ausgewiesen und besonders auf ihren Wechsel aufmerksam gemacht wird. ¹⁾ Für den SEC Abschluß ist sogar auch die hinsichtlich der Unterhaltung, Reparaturen, Erneuerungen und Verbesserungen der Sachanlagen angewandte Aktivierungspolitik näher zu bezeichnen. Zweifellos führt diese Methode zu einer Abschwächung der Anwendung des erweiterten Vorsichtsprinzips, da der Unternehmer auf Grund der Erläuterungen von einer unangebrachten Aufwandsbemessung Abstand nehmen wird.

Als Fazit dieses Abschnittes bleibt aber die Tatsache, daß die Anwendung des erweiterten Vorsichtsprinzips bei der Bilanzierung für die richtige Gewinnermittlung einen störenden Einfluß besitzt, die durch die oben angedeuteten Bilanzierungsmöglichkeiten nur unvollkommen abgemildert werden.

Wegen der großen Bedeutung des Verbotes der stillen Reserven in Großbritannien soll dieser Fragenkomplex im nächsten Kapitel Gegenstand unserer Ausführungen sein.

a. Die Problematik der stillen Reserven

Die Diskussion der Bewertungsgrundsätze ist eng mit dem Problem der stillen Reserven verbunden. Der Streit um das Für und Wider der stillen Reserven ergriff alle Vergleichsländer. Aber lediglich in England führte diese Diskussion zu einem gesetzlichen Verbot der stillen Reserven im Companies Act. ²⁾ Die Gründe des Gesetzgebers für das Verbot der stillen Reserven sind im Rahmen unserer Analyse aus Vergleichsgründen recht interessant. Der Cohen Report zeigt die Gründe auf, um deretwillen die stillen Reserven verboten wurden. Durch die Unterbewertung der Aktiven und die Überbewertung der Passiven kann die Bilanz kein wahres Bild der Geschäftslage der company vermitteln. So kann beispielsweise der Saldo des für Dividenden verfügbaren offengelegten

1) Regulation S - X, Form and Content of Financial Statements, Seite 5-02

2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 184, Anmerkung 453

Gewinnes vermindert werden, was dementsprechend auch zu einem verringerten Marktwert führt. Außerdem ist die Schaffung und Verwendung der Reserven nur den Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft bekannt, die aber ein unerwünschtes Vorbild für den Kauf und den Verkauf der Aktien abgeben würden, da sie das intime Wissen um die Rentabilitätslage in Verbindung mit den stillen Reserven zu Kursmanipulationen ausnützen konnten. Wenn solche Mißbräuche auch selten sind und auch die "directors" die Reserven im Interesse der Unternehmung schaffen, so müsse man doch zugeben, daß diese Praxis "zu dem unglücklichen Resultat führt, daß Aktionäre und andere Geldgeber sowie deren Ratgeber nicht die Information erhalten, die notwendig ist, um den tatsächlichen Wert der Aktien einschätzen zu können." ¹⁾ Wir glauben nicht, daß Aktionäre, wenn sie voll informiert werden, auf übertriebene Dividenden drücken würden, und wir begrüßen eine so große Offenlegung wie es überhaupt nur möglich ist. Es ist unseres Erachtens auch wichtig, sicherzustellen, daß eine angemessene Offenlegung der Erfolge von companies geschieht, um Vertrauen in die finanzielle Leitung der Industrie zu schaffen und jeglichen Argwohn zu zerstreuen, daß verborgene Reserven ... zum Nachteil der Konsumenten und der Arbeitnehmer angesammelt würden." ²⁾

Das Hauptinteresse richtet sich darauf, die Einstellung des Gesetzgebers und der einflußreichen Organe in England zu diesem Problem zu erfahren und zu prüfen, inwieweit es ihnen gelungen ist, durch entsprechende Maßnahmen ihrer jeweiligen Einstellung Ausdruck zu verleihen.

aa) Die offizielle Einstellung in England

Im Companies Act ist die Regelung materieller Bilanzierungsfragen direkt nicht erfolgt. Dies bezieht sich sowohl auf das Be-

1) Cohen Report / Report of the Committee on Company Law Amendment, Stationary Office, London 1953, par. 101

2) Cohen Report (Report of the Committee on Company Law Amendment), a.a.O., par. 101

wertungsproblem als auch die damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Erst die nähere Einsichtnahme in das Gesetz läßt uns zu der Überzeugung gelangen, daß der Gesetzgeber indirekt durch bestimmte Formulierungen eine Lösung auch dieser Fragen anstrebt; dabei kommt er zu gewissen Ergebnissen. Hiermit ist das vom Gesetzgeber zwar nicht ausdrücklich erlassene, jedoch indirekt aus dem Gesetz abzuleitende Verbot einer Legung von stillen Reserven gemeint. Anlaß zu dieser Einstellung hat der "Royal Mail Steam Packet Company Case" ¹⁾ gegeben, der 1931 in England die Diskussion über stille Reserven beeinflußt hat. In diesem Prozeß wurden Abschlußprüfer dieser Schifffahrtsgesellschaft zur Verantwortung gezogen, da die Unternehmung durch die Auflösung von stillen Reserven hohe Gewinne ausgewiesen hat, obwohl die derzeitige Geschäftslage normalerweise zu einem Verlust führen mußte. Der verantwortliche Auditor wurde freigesprochen, doch rief das Vorgehen der Gerichte einen solchen Schock hervor, daß noch heute in den Lehrbüchern dieser Fall als eine Mahnung für eine ordnungsmäßige Bilanzierung angeführt wird.

Eine eindeutige Stellungnahme gegen die Bildung von stillen Reserven finden wir im Cohen Report. ²⁾

Hier wird darauf hingewiesen, durch welche Maßnahmen stille Reserven entstehen, z.B. durch zu hohe Abschreibungen von Aktiven usw. Im Cohen Report werden sämtliche Auswirkungen einer solchen Bewertungspolitik, so auch die Möglichkeit des Dividendenausgleichs in Zeiten schwankender Gewinne negativ beurteilt.

Für Banken, Diskont- und Versicherungsgesellschaften wird diese offizielle Einstellung allerdings nicht geltend gemacht. Bei ihnen ist die Bildung von stillen Reserven erlaubt. ³⁾ Es müßte auf die besonderen Vorschriften über die Rechnungslegung dieser Gesellschaften eingehend hingewiesen werden, um diese Fragen genügend würdigen zu können.

1) de Paula: "The Principles of Auditing", London 1951, Seite 233 - 241

2) Bray, S.: "The Measurement of Profit", a.a.O., Seite 27

3) Forster, Kurt: a.a.O., Seite 89

bb Der Einfluß der stillen Reserven auf die Rechnungs-
legung in materieller Hinsicht

Die provisions umfassen Beträge, die einmal in Form von Abschreibungen oder Wertberichtigungen als Grundlage für die Bewertung der Aktiva herangezogen werden, zum anderen als Rückstellungen zukünftige Verbindlichkeiten antizipieren wollen.

Diese provisions verkörpern den Versuch, ein möglichst genaues oder wahres Bild von der Vermögenslage und dem erwirtschafteten Gewinn oder Verlust zu erhalten. Von der genauen Erfassung dieser Größen wird das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von stillen Reserven in der Bilanz in erheblichem Maße abhängig gemacht.

Während nach dem deutschen Aktienrecht eine Unterbewertung der Aktiva durchaus möglich ist, wird in England der Versuch unternommen, die Bewertungsgrenzen auch nach unten hin abzustecken. Durch eine entsprechende Bestimmung hat der Gesetzgeber Vorsorge getroffen, nach der alle die normalen Abschreibungen oder Rückstellungen übersteigenden Beträge nicht als "provision", sondern als Reserve angesehen werden müssen. Die Entscheidung über die Abschreibungen liegt einzig und allein in den Händen der verantwortlichen Direktoren. Neben den buchhalterischen Schwierigkeiten einer eindeutigen Fixierung der Abschreibungsquoten wird es sich deshalb nicht vermeiden lassen, daß zusätzlich durch die individuelle Abschätzung Bewertungsdifferenzen und somit auch stille Reserven entstehen können. Das Institute of Chartered Accountants veröffentlicht laufend Bewertungsrichtlinien, die den Direktoren als Anhaltspunkt für eine ordnungsmäßige Bilanzierungsmethode dienen sollen. ¹⁾

Größere Schwierigkeiten bestehen bei der Bewertung der Passiven, besonders bei der Fixierung der Rückstellungen. Hier kann auf Schätzwerte oder auf Erfahrungen vergangener Jahre zurückgegriffen werden, um die Annäherung an die faktischen Werte zu erreichen. Besonders fragwürdig ist die Bilanzierung der Eventual-

1) Recommendation on Accounting Principles, besonders Rec. VIII (SS 84, 85) und Rec. IX

verbindlichkeiten als echte Passiva, wie dies in England häufig geschieht. Nach den GoB dürften die Eventualverbindlichkeiten nur in Form einer Anmerkung ausgewiesen werden. Die Wirtschaftsprüfungsorganisationen in England und USA sehen nur wenige der in der Praxis angewandten Abschreibungsmethoden als vorteilhaft an, da diese meist die Bildung stiller Reserven begünstigen. Empfohlen wird die lineare und die Restbuchwert-Abschreibung. Durch den technischen Fortschritt wird die Einhaltung von konstanten Abschreibungsquoten nicht immer möglich sein, vielmehr will auch der englische Unternehmer möglichst schnell abschreiben, um die Maschine vor dem Ablauf ihrer eigentlichen Lebensdauer durch eine neue zu ersetzen. Als Beweis für die Abschreibungspolitik kann die Anerkennung der erhöhten Eröffnungsabschreibungen (initial allowance) durch die Finanzbehörden angesehen werden.

Die Bildung von stillen Reserven im Anlagevermögen ist nicht vollständig zu verhindern, wenn auch die in Deutschland statthafte frühzeitige Abschreibung der Anlagen auf den Erinnerungswert von 1 DM nicht zulässig ist. Durch die Einhaltung des Niederstwertprinzips ist grundsätzlich die Möglichkeit der Legung von stillen Reserven sehr gering. Sie ist beim Umlaufvermögen prinzipiell noch geringer als beim Anlagevermögen, da der Wertansatz in Anlehnung an das Realisationsprinzip nur eine Antizipierung der Verluste gestattet, wobei im Konjunkturaufschwung der Anschaffungswert, im Konjunkturabschwung der Tageswert als Bewertungsobergrenze anzusehen ist. Durch Anwendung der fifo Methode wird im Aufschwung eine Annäherung des Anschaffungswertes an den Marktwert möglich gemacht und dadurch die Unterbewertung des Umlaufvermögens in großem Umfange eingeschränkt. Diese Überlegung führte in der Praxis zu der Bevorzugung der fifo Methode. Bei einem Konjunkturabschwung steht eine solche Methode nicht zur Diskussion, da der Marktwert als der niedrigere von beiden zugleich der Wiederbeschaffungswert ist. Die Problematik der stillen Reserven kann in erster Linie in der Bewertung des Anlagevermögens gesehen werden, da hier nur eine Bewertungshöchstgrenze festgelegt ist. Theoretisch wird durch die oben angeführten gesetzlichen Bestimmungen eine Unterbewertung des Anlagevermögens unterbunden. Inwieweit dieser Grund-

satz in der Praxis befolgt wird, läßt sich aus den veröffentlichten Rechnungsabschlüssen nicht ersehen.

Zum Abschluß dieses Abschnittes sollen noch einige Bemerkungen zu der Vermeidung bzw. Feststellung von stillen Reserven erfolgen. Bei der Gegenüberstellung mit der deutschen Situation zeigt sich, daß in England die Bildung stiller Reserven infolge des Fehlens von Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung trotz des im Companies Act ausgesprochenen Verbotes nicht ganz zu verhindern ist, während die deutschen Bewertungsvorschriften die Bildung stiller Reserven zulassen. Der deutsche Gesetzgeber hat nicht nur die durch Schätzungsfehler entstandenen stillen Reserven akzeptiert, sondern er hat sich auch mit den willkürlichen Unterbewertungen abgefunden. Die in der Begründung zum Aktiengesetz gegebene Erklärung, "daß die Ansammlung eines bestimmten Kapitalüberschusses für manchen Betrieb ein geradezu unabweisbares Bedürfnis sein kann und oft nicht anders als durch die Bildung stiller Reserven durchführbar ist", ¹⁾ erscheint kaum für alle Unternehmungen stichhaltig, zumal der Vorstand ja auch die Möglichkeit besitzt, durch zurückbehaltene Gewinnbeträge die offenen Reserven zu stärken. Die Feststellung der stillen Reserven in Deutschland ist wegen der Festlegung gesetzlicher Höchstwertvorschriften und der Herauskristallisierung der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung möglich, die eine zuverlässige Ermittlung der unter dem Höchstwert liegenden Bilanzrestwerte gestattet. Da Zuschreibungen nur ausnahmsweise zulässig sind und die Bewertung des Umlaufvermögens durch das Niederstwertprinzip geregelt ist, können sich prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bei der Bestimmung eines Bilanzansatzes ohne stille Reserven kaum noch ergeben.

Der Companies Act hat es vermieden, eindeutige Maßstäbe zur Beurteilung von stillen Reserven zu schaffen. Eine Unterbewertung kann man aber erst bei Vorliegen einheitlicher Bewertungsmaßstäbe bestimmen. Es genügt nicht, wenn die 8th Schedule die Einbuchung zukünftiger Abnutzungen untersagt, weil unabdingbare

1) Begründung zum Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30.1.1937; Deutscher Reichsanzeiger vom 4.2.1937, Nr. 28, 1. Beilage, Seite 3

Ausgangswerte nicht kodifiziert wurden und man sich keiner bestimmten Erfolgsermittlungstheorie verschreiben wollte. Deshalb lassen sich auch in England die stillen Reserven nicht so eindeutig bestimmen und definieren. Wenn eine company zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten und eine andere zu Tageswerten bilanziert, ergeben sich wiederum unterschiedliche Beträge.

4. Die Aussagefähigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung
unter dem Gesichtspunkt einer periodengerechten Gewinnermittlung

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Unternehmen ist die ausschließliche Zugrundelegung der Bilanzzahlen nicht ausreichend; vielmehr ermöglicht erst die Einbeziehung der Erfolgsrechnung die Beurteilung einer periodengerechten Gewinnermittlung. Die veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnungen der Vergleichsländer sollen daraufhin untersucht werden, ob sie diese Forderung erfüllen.

Die Haltung des Gesetzgebers und der Rechnungsfachleute gegenüber der GuV-Rechnung hat sich erst in den letzten Jahren in bemerkenswertem Maße gewandelt. In den Vergleichsländern stand die Erfolgsrechnung im Schatten der Bilanz. Schmalenbach stellte erstmals in seiner "Dynamischen Bilanztheorie" die Bedeutung der GuV-Rechnung für die Gewinnermittlung heraus. In England verlangte beispielsweise der Companies Act von 1929 lediglich die Aufstellung einer Erfolgsrechnung; es wurden weder Vorschriften über die Ausgestaltung der GuV-Rechnung erlassen, noch gab es eine Pflichtprüfung durch den auditor. ¹⁾ Erst der Companies Act von 1948 stellte die Erfolgsrechnung der Bilanz gleichberechtigt zur Seite. ²⁾ Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die übrigen Vergleichsländer. ³⁾

1) Cohen Report, § 96

2) Cohen Report, § 96

3) Außer der "Dynamischen Bilanztheorie" gewann die GuV-Rechnung durch die Einführung der aktienrechtlichen Pflichtprüfung (1931) an Bedeutung; in den USA gab der Erlaß des Security Exchange Act der Erfolgsrechnung eine größere Aktualität.

Die Ausgestaltung der GuV-Rechnungen in den einzelnen Ländern ist jedoch derart unterschiedlich, daß wir zunächst die grundsätzlichen Erfordernisse für eine periodengerechte Gewinnermittlung herausarbeiten und den in den Vergleichsländern praktizierten Regelungen gegenüberstellen wollen.

Die in den Erfolgsrechnungen veröffentlichten Zahlen sollen zur Beurteilung der Rentabilität des in den Unternehmen eingesetzten Kapitals dienen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse lassen sich aber nicht zuverlässig analysieren, wenn man nur den Gesamtgewinn kennt, der in einer Periode entstanden ist; in ihm schlüsseln sich eine Vielzahl von Komponenten nieder, die für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens von ganz verschiedenem Erkenntniswert sind. ¹⁾

Der Betrachter möchte deshalb den Erfolg nach Erzeugnisgruppen aufteilen. Hierbei entsteht jedoch das Zurechnungsproblem der Gemeinkosten. Deshalb ist dieser Vorschlag nur mit Vorsicht zu betrachten, da sich auch bei der Zurechnung der unechten Gemeinkosten dem Unternehmer ein großer Willkürspielraum verbleibt. ²⁾

Für den externen Bilanzbetrachter ist es wichtig, daß die Angabe der Bruttoumsätze erfolgt, die möglichst noch nach den einzelnen Gütergruppen aufgestellt sein sollen. Dies ist jedoch in keinem Vergleichsland der Fall. Der an der Spitze stehende Gesamtumsatz zeigt zumindest die volle dem Unternehmungszweck entsprechende Leistung in der Berichtsperiode für den Absatzmarkt.

Nicht nur die Angabe der Umsätze, sondern die Durchführung der Umsatzrechnung sehen wir als zweckmäßigste Form der Erfolgsrechnung an. Vom Umsatz ausgehend, kann sich auch ein betriebswirtschaftlicher Laie durch die stufenweise Entwicklung ein klares Bild über das Zustandekommen des Gesamterfolges machen. Durch Hinzufügung von Prozentzahlen läßt sich die Aussagefähigkeit noch erhöhen. Ferner ist es erforderlich, die Vorjahresumsätze anzugeben. Sie erlauben dem externen Betrachter doch

Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 190

Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 190

eine recht gute Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens; dies gilt vor allen Dingen dann, wenn über die Entwicklung der wichtigsten Erlösgruppen Angaben erfolgen. So ist es beispielsweise in der chemischen Industrie üblich, eine Erfolgsrechnung der Sparten durchzuführen. Hierbei zeigt es sich sehr deutlich, daß aus der Veröffentlichung des Gesamterlöses noch nicht auf eine eindeutige Umsatzabnahme bzw. Umsatzzunahme geschlossen werden kann, da die Entwicklung der einzelnen Sparten ganz unterschiedlich verläuft. ¹⁾

Moxter weist darauf hin, daß sich wichtige Kennziffern zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage erst bei Berücksichtigung der Umsätze ermitteln lassen. ²⁾ Es handelt sich hierbei vor allem um die bereits erwähnten Rentabilitätskennzahlen. Die Bedeutung des Umsatzausweises liegt nicht zuletzt darin, daß hier grundsätzlich keine Erfolgsmanipulation möglich erscheint. ³⁾

Daneben ist bei den Aufwandsarten die Angabe der Vorjahrszahlen bedeutsam; man kann hierbei aus den Veränderungen dieser Positionen Rückschlüsse auf den künftigen Umfang (und damit auch auf die zukünftigen Gewinnerwartungen) ziehen. ⁴⁾

Durch die Offenlegung verschiedener Aufwandspositionen und durch das Saldierungsverbot erreicht man einen ordnungsgemäßen Erfolgsnachweis; die Möglichkeit verdeckter Gewinnausschüttungen wird erschwert. ⁵⁾

Zur Beurteilung der Ertragslage müssen noch andere Aufwandsarten ausgewiesen werden. Moxter hält den Ausweis der freiwilligen Sozialleistungen und den Ausweis der nicht exakt zu bemessenden Aufwendungen, wie Abschreibungen, Kosten der Betriebseinrichtungen, Werbeaufwendungen und der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage für dringend erforderlich. ⁶⁾

1) Siehe z.B. Geschäftsbericht der Farbwerke Hoechst 1961, Seite 17 und 23 ff.

2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 192

3) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 193

4) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 194

5) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 194

6) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 195

e freiwilligen Sozialleistungen sind stark von der Gewinnlage
s Unternehmens abhängig, während man aus den Forschungsauf-
wendungen Rückschlüsse auf den technischen Fortschritt ziehen
kann. Aber selbst eine GuV-Rechnung, die in der erwähnten Wei-
se aufgegliedert ist, kann einen außenstehenden Bilanzbetrachter
nicht vollständig über die Gewinnerwartungen eines Unternehmens
orientieren. Die Erreichung dieses Zieles hängt davon ab, ob
der betriebliche Gewinn von den betriebsfremden und aperiodi-
schen Erfolgseinflüssen getrennt wird.
Die Ermittlung der Rentabilität des für Betriebszwecke einge-
setzten Kapitals bedarf es außerdem einer Ausschaltung der pe-
riodenfremden und der aperiodischen Aufwendungen.¹⁾
Diese Forderung gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß die außer-
ordentlichen Positionen von Jahr zu Jahr eine steigende Tendenz
aufweisen.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wollen wir untersuchen, in-
wieweit die Erfolgsrechnungen der Vergleichsländer einen aus-
sagefähigen Einblick in die Gewinnerwartung geben.

Deutschland befaßten sich vor allem Gutenberg und Hornef mit
der Frage einer aussagefähigen Gewinnermittlung. Besonders dem
Problem der Erfolgsspaltung widmete Gutenberg seine Aufmerk-
samkeit.

Er schlug folgendes Schema für eine neuzugestaltende GuV-Rech-
nung vor.²⁾

Bei periodenfremden Aufwendungen handelt es sich um Beträge,
die nicht in der verflossenen Wirtschaftsperiode verursacht
wurden; während die aperiodischen Aufwendungen durch ihren
Zufallsanfall und der fehlenden Kausalbeziehung zum Ergebnis
der letzten Wirtschaftsperiode gekennzeichnet sind.

Gutenberg, Erich: "Zur Frage der Neugestaltung des aktien-
rechtlichen Erfolgsausweises", in Schriftenreihe "Gegen-
wartsprobleme der Betriebswirtschaft", Baden-Baden und Frank-
furt a.M. 1957, Seite 95 und 96

I.	Betriebsaufwand	VII.	Betriebliche Erträge
A.	Periodenzugehöriger Betriebsaufwand (Dieser Aufwand fällt in den Betriebs- und Umsatzprozeß einer bestimmten Periode)	A.	Periodenzugehörige Erträge aus Haupt- und Nebentätigkeit ./.. Erlösschmälerungen + Bestandsmehr- oder ./.. Bestandsminderwert
B.	Periodenfremder Aufwand	B.	Periodenfremde betriebliche Erträge
II.	Betriebsfremder Aufwand	VIII.	Betriebsfremde Erträge
A.	Periodenzugehörig	A.	Periodenzugehörig
B.	Periodenfremd	B.	Periodenfremd
III.	Finanzaufwand	IX.	Finanzerträge
IV.	Steuern, soweit keine Kostensteuern	X.	Erträge aus der Auflösung von Rücklagen
V.	Dotierungen von Rücklagen		
VI.	Gewinn	XI.	Verlust

In diesem Schema ist der Ausweis der Position betriebsfremde Aufwendungen und Erträge unseres Erachtens nicht zu befürworten. Es dürfte große Schwierigkeiten bereiten, die betriebsfremden von den betrieblichen Erfolgskomponenten in jedem Falle eindeutig abzugrenzen. Solche Probleme könnten beispielsweise bei der Behandlung von freiwilligen Aufwendungen, Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen auftreten. Der Unternehmer hätte für die Zuordnung der Aufwendungen und Erträge einen weiten Ermessensspielraum, der zu Manipulationen ausgenutzt werden könnte. In der neuen aktienrechtlichen Fassung wurde deshalb folgerichtig die von Gutenberg vorgeschlagene Position nicht berücksichtigt.

Anstelle des Ausweises der betriebsfremden Aufwendungen und Erträge in einer Position wies man die Aufwands- und Ertragsarten zum Teil in gesonderten Positionen aus. Dies gilt z.B. für die Positionen I/4 und 5 soziale Abgaben und Sozialaufwand, I/7 und II/4 und 5 Aufwendungen bzw. Erträge für Wertpapiere und Beteiligungen. Die Aufwendungen und Erträge aus Kapitaltransaktionen erscheinen unter I/17 bzw. II/14 unter den Rücklagen.

Die neue deutsche Erfolgsrechnung weist hingegen keinen Posten für die Zuwendungen von dritter Seite (Schenkungen, Spenden und

ähnliches) aus. Diese Beträge erscheinen in der Sammelposition "Sonstige Erträge". Damit wird der Erkenntniswert der deutschen GuV-Rechnung bezüglich des Ausweises der betriebsfremden Aufwendungen und Erträge etwas eingeschränkt; man mag jedoch bedenken, daß diese Position im Gegensatz zu der früheren Regelung nicht mehr so umfangreich ist und deshalb nur eine unwesentliche Beeinträchtigung des Gewinnausweises eintritt.

Durch die Veröffentlichung des Bruttoumsatzes und der gesonderten Offenlegung der aktivierten Eigenleistungen und Bestandsveränderungen verhindert die GuV-Rechnung weitgehend eine Bewertungsmanipulation bei den auszuweisenden Erlösen.

Neben dem gesonderten Ausweis der betriebsfremden Aufwands- und Ertragsarten wurde in der deutschen Erfolgsrechnung auch eine Trennung der aperiodischen von den periodischen Aufwendungen und Erträgen durchgeführt. Der externe Bilanzbetrachter benötigt diese Trennung, um die außergewöhnlichen Einflüsse, die für die Beurteilung der zukünftigen Gewinnerwartungen relativ unmaßgeblich sind, auszuschneiden. Die neue deutsche Erfolgsrechnung löste dieses Problem durch einen gesonderten Ausweis der wichtigsten außerordentlichen Aufwands- und Ertragspositionen sehr gut. Zwar gibt es auch hier Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen aperiodischen und periodischen Einflüssen; jedoch läßt sich zumindest bei entsprechenden Erläuterungen der Anteil der aperiodischen Erfolgskomponenten schätzen. Es handelt sich hier um Abschreibungen und Wertberichtigungen auf das Anlage- und Umlaufvermögen (nur die außergewöhnlichen Positionen sind zu erläutern), Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens, Aufwendungen aus Verlustübernahmeverträgen.

Der Ausweis der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen erfolgt nicht gesondert; diese Aufwendungen werden unter der Position "Sonstiges" eingereiht. Die Aufwendungen für Kapitaltransaktionen erscheinen unter der Position "gesetzliche Rücklagen", wobei die Erläuterungen zum Jahresabschluß im Geschäftsbericht zu beachten sind.¹⁾ Ähnliches gilt für die Ertragsseite. Hier

1) Vgl. Geschäftsbericht der Farbwerke Hoechst AG 1961, Seite 40

dient besonders die gesonderte Aufführung der Erlöse aus der Auflösung von Wertberichtigungen der Kenntlichmachung der auerordentlichen Erträge; besonderes Augenmerk schenkt der Gesetzgeber der vollständigen Erfassung der stillen Reserven. Durch den Ausweis der Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren erfüllt der Gesetzgeber die von Gutenberg vorgeschlagene Nennung der Finanzerträge.

Neben dem Ausweis der Bruttoumsätze ist als wichtigste Neuregelung der gesonderte Ausweis der den Rücklagen zugeführten Beträge in der Erfolgsrechnung anzusehen. In der alten Fassung des 132 AG war es nicht erforderlich, die Gewinnverwendungen in Form stiller Reserven und der Dotation von Rücklagen in der Rechnung auszuweisen. Die Erfolgsrechnung wies nicht den gesamten Periodenerfolg sondern nur den Resterfolg aus, der nach Ansicht des Vorstandes zur Ausschüttung bestimmt war. Der gesonderte Ausweis der für die Einstellung in die Rücklage bestimmten Beträge ist schon deshalb erforderlich, da es sich hier nicht um echte Aufwendungen handelt und der Gewinn verschleiert werden kann, wenn nicht ein getrennter Ausweis dieser Beträge erfolgt. Betriebswirtschaftlich stellt die Einstellung von Beträgen in Rücklagen nicht Gewinnermittlung, sondern bereits Gewinnverwendung dar.

Kritisch ist gegen die neue Erfolgsrechnung zu sagen, daß sie immer noch den Posten "Sonstige Aufwendungen und Erträge" enthält und damit die Möglichkeit von Gewinnverschleierungen besteht. Diese Bedenken verlieren jedoch an Bedeutung, da ja ein Ausweis der wichtigsten hier früher zusammengefaßten Positionen in gesonderter Form erfolgt. Daneben ist es auch nicht möglich, die Auflösung stiller Reserven beim Vorratsvermögen zu erfassen, da sie sich unerkennbar über den Posten "Umsatzerlöse" vollzieht.

Zusammenfassend läßt sich aber die neue Erfolgsrechnung unter dem Aspekt der Rechnungslegung sehr positiv beurteilen. Durch die Trennung zwischen betrieblichen und betriebsfremden, periodischen und aperiodischen Aufwendungen und Erträgen, den Ausweis des Bruttoumsatzes, die Ausweispflicht der Zuführungen zu den Rücklagen bietet die Erfolgsrechnung gute Möglichkeiten zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Unternehmungen.

In England ist die Generalnorm über den Erfolgsausweis in section 149 des Companies Act enthalten. Jede GuV-Rechnung soll ein wahres und faires Bild von dem Gewinn oder Verlust einer company geben. Es wird hierbei nicht vom ausschüttbaren Reinerfolg, sondern vom Dividendenerfolg gesprochen; ferner kann man aus dieser Bestimmung in Verbindung mit Seite 14(6) der 8th Schedule schließen, daß außergewöhnliche Erfolge zumindest durch eine Erläuterung zur Erfolgsziffer kenntlich zu machen sind.

Entsprechend der neuen deutschen Regelung fordert der englische Gesetzgeber eine Offenlegung des Periodenerfolges und das Institute of Chartered Accountants and Auditors den Ausweis der Dotation der Rücklagen und der Erfolgs-Vorträge.

Die vom Institute vorgeschlagene GuV-Rechnung zerfällt demzufolge in eine Erfolgsermittlungs- und eine Erfolgsverwendungsrechnung. Die letztere umfaßt den übernommenen Saldo der vorangegangenen Periode, die den Rücklagen zugeführten und von ihnen abgebuchten Beträge, den zur Dividendenausschüttung bestimmten Betrag, sowie den Saldo, der in die neue Periode vorgetragen werden soll. ¹⁾

Unseres Erachtens ist diese Regelung zu begrüßen. Eine der englischen Generalnorm entsprechende Regelung behandelt jede Aktiengesellschaft gleich und ermöglicht damit eine bessere Information. Zudem lassen sich die komplexen Ursachen, die zu einem bestimmten Erfolgstrend führen, aus dem Saldo der GuV-Rechnung nicht erkennen. Dem an der Rechnungslegung interessierten Betrachter geht es ja auch letzten Endes nicht um die Erforschung der den Erfolg bestimmenden Ursachen ²⁾, sondern sie wollen die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit erkennen und daraus Schlüsse auf ihre zukünftigen Kapitaldispositionen ziehen. Paragraph 14(6) der 8th Schedule verlangt den Ausweis von Geschäften, die auf Grund außergewöhnlicher Umstände zustande kamen bzw. die auf Grund einer Änderung in der Berechnungsbasis beeinflußt worden sind, in besonderen Positionen. Zwar verlangt

1) Vgl. Recommendation V

2) Recommendations on Accounting Principles,
The Institute, London 1953, Rec. VIII

der oben genannte Paragraph die Mitteilung wesentlicher Umstände (material respects), nicht dagegen eine Angabe der zahlenmäßigen Auswirkung der genannten Einflüsse auf die Zahlen der Erfolgsrechnung.

So läßt sich aus dem Gesetzestext nicht die Ausweispflicht außerordentlicher Erfolgsposten ableiten, weil es nach dem Wortlaut genügt, die Umstände als Anmerkung aufzuführen (... shall be stated by way of note, if not otherwise shown). Es ist hierdurch keinesfalls eine klare Herausstellung des normalen Periodenerfolges und der übrigen Erfolgskomponenten in aussagefähiger Unterteilung gewährleistet. Das Institute of Chartered Accountants vertritt in seiner Empfehlung Nr. 8 ¹⁾ die Auffassung, "daß die Offenlegung der Periodenerfolge eine wesentliche Gleichförmigkeit der Rechnungsgrundsätze, die zwischen aufeinanderfolgenden Perioden angewendet wurden, impliziert." Auch sollte die Rechnung fremde oder nicht sich laufend wiederholende oder außergewöhnliche Posten ausweisen und sich auf das Fortlassen oder den Einschluß von Posten beziehen, die nicht zu den Erfolgen der Periode gehören. ²⁾

Über die Art und Weise, in der aperiodische und nicht mit Finanzanlagen oder Finanzschulden zusammenhängende Sondererfolge zu gliedern sind, besteht keine Einmütigkeit. Ein Teil der englischen Rechnungsfachleute ist der Meinung, man müsse dem Bilanzierenden in dieser Frage freie Hand lassen, da es keine "hard and fast rule" gebe, um außerordentliche Posten zu gliedern. ³⁾ Andere accountants wollen diese Beträge im Geschäftsbericht ausweisen. ⁴⁾

Jedenfalls haben diese Diskussionen dazu geführt, daß wesentliche betriebsfremde, aperiodische oder nicht laufend wiederkehrende Erfolgsposten einzeln und nicht in einem Sammelposten ausgewiesen werden. So können die englischen Erfolgsrechnungen

1) siehe a.a.O., Rec. V

2) siehe a.a.O., Rec. VIII, § 85

3) Frank: a.a.O., Seite 30; Kettle: a.a.O., Seite 131 - 132

4) Kettle: a.a.O., Seite 132 - 133

folgende Positionen enthalten:

Verkaufserträge aus abgeschriebenem Vorräten,
Kursgewinne und Kursverluste,
Zuführungen zum Pensionsfonds,
Ersatzbeschaffungen,
Gewinne infolge außergewöhnlicher Schwankungen der Rohstoff-
Preise. ¹⁾

Bezüglich der Unterteilung der Erfolgsverwendungsrechnung findet man weder im Gesetz noch bei den Wirtschaftsprüfungsorganisationen einen Hinweis auf die Gliederung der Aufwendungen und Erträge. Dieser Auffassung schließt sich auch Frank an, der glaubt, daß die zu wählende Darstellungsweise "wisely" ins Belieben der Direktoren gestellt sei. ²⁾ Abgesehen von der vorherrschenden Ansicht, außergewöhnliche und aperiodische Erfolgsposten getrennt auszuweisen, ist man sich nur darüber einig, Finanzerfolge zu trennen. Damit erreicht jedoch die englische Regelung keineswegs den vorbildlichen Stand der deutschen Erfolgsrechnung. ³⁾

Ein Ausweis der Löhne und Soziale Abgaben erfolgt nicht. Dies bedeutet einen Mangel, da die Materialaufwendungen wie in der alten deutschen Regelung nicht getrennt ausgewiesen werden und somit die Erfassung der ordentlichen Aufwendungen doch außerordentlich begrenzt ist. Eine Gegenüberstellung der Löhne mit den Abschreibungen, die einige Anhaltspunkte für eine gewisse Betriebsstruktur geben, ist nicht durchführbar, da erstere mit dem Ertrag saldiert werden. Damit ist aber unseres Erachtens der GuV-Rechnung das im Cohen Report so sehr propagierte "individuelle Gesicht" genommen; eine Beurteilung der periodengerechten Gewinnermittlung wird durch die übliche Saldierung von Aufwendungen und Erträgen unmöglich gemacht. Als positiv gilt die

-
- 1) Nicholson: "Some problems of general practice", in Veröffentlichung des Summer Course 1949, Seite 125 - 126
 - 2) Frank: a.a.O., Seite 39, "...and thus cannot become an obstacle to experiment and individual views"
 - 3) Lohmann, M.: "Reformen im Bilanz- und Prüfungswesen der britischen Kapitalgesellschaft", a.a.O., Seite 231

Aufführung von Zinsaufwendungen und -erträgen in voller Höhe. Neben den Ertragssteuern, bei denen die Ermittlungsbasis angegeben werden muß, verdienen außer den übrigen Positionen, die Direktorengelöhler und die Bezüge der Prüfer besondere Beachtung. Unter den Direktorengelöhler befinden sich noch Tantiemen, die man nicht als ordentliche Aufwendungen bezeichnen kann. macht sich die Grenze zwischen den Aufwendungen und der Gewinnverwendung bemerkbar, die in der englischen Rechnungslegung nicht scharf gezogen wird.

Den Ausweis der Direktorenvergütungen begrüßt man in England allgemein, da durch Offenlegung dieser Aufwendungen sich die Aktionäre ein Bild über das Verhältnis zwischen den Direktorengelöhler und den ausgeschütteten Dividenden machen können. ¹⁾ Man kann überhaupt sagen, daß die Entwicklung in der Praxis der Gesetzgebung vorausgeeilt ist. Die Abneigung gegen eine Schattierung der Rechnungslegung veranlaßte das Cohen Komitee den Bruttoausweis abzulehnen. ²⁾ Auch in der Literatur beschränkt sich die Kritik nur auf formale und untergeordnete Abgrenzungsfragen. ³⁾

Eine besonders seltsame Einstellung wird in England gegenüber dem "trading profit" vertreten. Dieser Posten, der mit der Position II/1 der alten GuV-Rechnung zu vergleichen ist, wäre in Deutschland Gegenstand heftigster Kritik. In England vermeidet man jedoch jegliche Diskussion über Inhalt und Aussagefähigkeit des "trading profit" und weist nur auf die Unzulänglichkeit eines Versuches, diesen Gewinn zu erfassen, hin. Es wird sogar die Meinung vertreten, daß die GuV-Rechnung nach dem Companies Act geeignet ist, einen echten Gewinn (true profit) auszuweisen. Dieser Auffassung müssen wir jedoch widersprechen. Durch die äußerst unterschiedliche Ausgestaltung der Erfolgsrechnung, die keine einheitlichen Mindestbestimmungen existieren, ist

1) Verfasser unbekannt: "The New Companies Accounting", in "Accounting Research", Jg. 1953, Seite 467 ff.

2) Cohen Report, a.a.O.; Seite 97

3) Bray, S.: "The Formal Principles...", a.a.O., Seite 369 ff.

4) z.B. Aufsatz in Economist: "The New Companies Act II, A Modern Profit and Loss Account", 1948, Seite 464

einem externen Bilanzbetrachter die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage sehr erschwert. Mit dem Ausweis der Nettoumsatzzahlen und der Saldierungsmöglichkeit gleichartiger Aufwands- und Ertragspositionen verliert die GuV-Rechnung viel von ihrer Aussagefähigkeit, da die Unternehmungen einen großen Ermessensspielraum besitzen:

Der Gedanke, mit der GuV-Rechnung eine Kombination zwischen Gewinnermittlungs- und einer Gewinnverwendungsrechnung anzustreben, ist zwar durchaus begrüßenswert, jedoch erscheint das Fehlen einer hinreichend einheitlichen Handhabung bei der Aufstellung einer GuV-Rechnung als ein schwerwiegender Mangel, der bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation eines Unternehmens große Unsicherheit zurückläßt.

Auch die amerikanische Erfolgsrechnung stellt das Prinzip der Erfolgsspaltung in den Vordergrund. Die Frage, ob das außerordentliche Ergebnis in das Jahresergebnis einzubeziehen ist oder nicht, ist unter dem Gesichtspunkt der Ergebnisspaltung theoretisch von untergeordneter Bedeutung, sofern nur das außerordentliche Ergebnis eindeutig aus dem Jahresabschluß hervorgeht. Dennoch kommen diese beiden alternativen Möglichkeiten in der bilanzrechtlichen Diskussion der USA in der all-inclusive Auffassung und der current operating performance Auffassung zum Ausdruck. ¹⁾ Die Vertreter der ersten Auffassung sind der Meinung, daß durch Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen ordentlicher und außerordentlicher Positionen den Gesellschaften ein zu großer Ermessensspielraum verbleibt, der zu Verfälschungen des Gewinnausweises führt. Die Anhänger der current operating performance Auffassung hingegen sind der Auffassung, es sei im Hinblick auf die Beurteilung der Gewinnlage in erster Linie Aufgabe des Jahresergebnisses, das ordentliche Geschäftsergebnis darzulegen, da andernfalls durch die sich aus den außerordentlichen Erfolgseinflüssen ergebenden Zufälligkeiten die periodische Vergleichbarkeit in Frage gestellt würde. Das American Institute of Certified Public Accountants ²⁾ will die außerordentlichen

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 112

2) Bulletin 43, Seite 61 ff.

Aufwendungen und Erträge nur dann aus dem Jahresergebnis ausschließen, wenn dessen Aussagefähigkeit beeinträchtigt wird.

Zu diesen Beträgen gehören z.B. aus der Auflösung von Wertberichtigungen gewonnene Beträge, Steuernachzahlungen, Gewinn und Verluste aus Anlageverkäufen. Aus dem hierbei den Gesellschaften eingeräumten Ermessensspielraum hinsichtlich der Abgrenzung der ordentlichen von den außerordentlichen Aufwendungen und Erträge ist ohne weiteres ersichtlich, mit welcher Strengheit die Bewertungsvorschriften des amerikanischen Bilanzrechtes zulegen sind. ¹⁾

Die aus der GuV-Rechnung ausgeschlossenen Beträge sollen entweder

- 1) unmittelbar dem earned surplus statement zugeführt, oder
- 2) in der Erfolgarechnung unterhalb des Jahresergebnisses aufgeführt und ausgewiesen werden, um anschließend eine zweite Erfolgsgröße mit der Bezeichnung "Jahresergebnis plus außerordentliches Ergebnis" zu bilden.

In dem bereits erwähnten Fachgutachten spricht sich das American Institute of Certified Public Accountants für einen Ausweis der oben genannten Beträge im earned surplus statement aus. Diese Empfehlung wird auch überwiegend befolgt. ²⁾ Sie steht im Widerspruch zu den Vorschriften der SEC, die nur die oben unter 1) genannte Ausweismethode als zulässig anerkennt. ³⁾

Die Bilanzierungspraxis der amerikanischen Unternehmungen ist nach unserem Erachten vom Standpunkt der Rechnungslegung abzulehnen. Die Entscheidung, wann ein Erfolgsposten in das surplus statement zu übernehmen ist, kann man nicht ohne weiteres treffen. Verrechnet man aber gewisse Beträge direkt mit dem surplus statement, dann erfolgt z.T. offensichtlich ein falscher Ausweis des Reinerfolges in der GuV-Rechnung.

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 113

2) Accounting Trends and Techniques, 11. Ausg. 1957, Seite 11

3) Regulation S - X, Form and Content of Financial Statements as amended to and including, 1955, 5-03, Ziffer 16 - 18

So weist beispielsweise die Davison Chemical Company ¹⁾ in ihrer GuV-Rechnung einen Reinverlust von 1,5 Millionen Dollar aus, das surplus statement hingegen nur einen Verlust von 827 000 Dollar. Johnson ²⁾ führte eine interessierte Studie über den Jahreserfolg von 18 Gesellschaften an; als Ergebnis stellte sich heraus, daß in jeder Gesellschaft der ausgewiesene Gewinn in oben erläuteter Weise revidiert wurde, wobei über die Behandlung der außerordentlichen Ertrags- bzw. Aufwandsposten die unterschiedlichsten Gesichtspunkte berücksichtigt wurden. Angesichts solcher Diskrepanzen ergibt sich die Frage, welche Funktion dem Reingewinn in der GuV-Rechnung überhaupt noch zukommt. Deshalb fordern die Vertreter dieser Auffassung mit Recht, daß alle Aufwendungen und Erträge in der GuV-Rechnung ausgewiesen werden. Dann erst geben die Analysen der Zahlen der Erfolgsrechnungen ein wahres Bild über die Ertragslage. Gerade unter dem Aspekt der Rechnungslegung besteht die Möglichkeit, daß bei der Übernahme außerordentlicher Erfolgsposten in die Überschußrechnung (earned surplus statement) derartige Beträge von den Aktionären vollkommen übersehen werden. Viele von ihnen sind sich nicht bewußt, daß das "surplus statement" wichtige Daten enthalten kann. Ein noch stärkeres Argument ist es, daß durch die Billigung des Ausweises von Erfolgskorrekturen in der Überschußrechnung der Vorstand einer Unternehmung ermuntert werden könnte, speziell größere Verluste aus der Erfolgsrechnung auszulassen oder einen Verlust durch falsche Bewertungsansätze zu verschleiern, um ihn dann in einem folgenden "surplus statement" zu berücksichtigen. Damit wird zwar der in der Erfolgsrechnung ausgewiesene Jahresgewinn nicht entstellt, aber der unerfahrene Bilanzleser wird über die wirklichen Ereignisse getäuscht. Obwohl der "clean surplus" Theorie aus bilanztechnischen Gründen und vor allem aus Gründen des langfristigen Betriebsvergleichs unbedingt der Vorzug zu geben ist, so scheint sie sich dennoch nicht durchsetzen zu können. Ein entscheidender Grund hierfür liegt in der ab-

1) Johnson, A.W.: "Form, Function and Interpretation of the Profit and Loss Statement" in: "The Accounting Review", Bd. 18, Nr. 4, Oktober 1943, Seite 343.

2) Johnson, A.W.: a.a.O., Seite 344

lehrenden Haltung des American Institute of Certified Public Accountants. ¹⁾

Maus ²⁾ weist darauf hin, daß es im Falle eines Ausschlusses des außerordentlichen Ergebnisses aus dem Jahresabschluß erforderlich ist, den außerordentlichen Steuereffekt ebenfalls im surplus statement auszuweisen. ³⁾ Im Ergebnis wird mit dieser Maßnahme erreicht, daß sich jeweils nur der um den Betrag der steuerlichen Entlastung bzw. Mehrbelastung verminderte außerordentliche Betrag auf die freien Rücklagen des Jahresergebnisses auswirkt. ⁴⁾

Maus weist auch darauf hin, daß der Aussagewert des einzelnen Periodenergebnisses für die Ertragslage der Unternehmung keinfalls zu überschätzen ist. ⁵⁾ Dies ist auf die von uns bereits an einer anderen Stelle genannten Unsicherheiten bei der periodischen Abgrenzung zwischen Aufwendungen und Erträgen zurückzuführen. Deshalb ist dem combined statement der Vorzug zu geben, der neben der GuV-Rechnung noch das earned statement enthält. Dies kommt auch in den Veröffentlichungen des AIA zum Ausdruck, die betonen, daß erst die Würdigung beider statements einen Überblick über den Gesamterfolg der Unternehmungstätigkeit in der abgelaufenen Periode gibt. Neben der Erfolgsspaltung in das betriebliche und außerordentliche Ergebnis ist auch die Berteilung in das betriebliche und betriebsfremde Ergebnis zu beachten, dies zur Beurteilung der Rentabilität des eingesetzten Kapitals dient. Neben den betriebsfremden Erträgen muß auch ein Ausweis der betriebsfremden Aufwendungen erfolgen. Dies gilt besonders für die Einkommensteuern, da sonst keine klare Trennung des betriebsfremden von den betrieblichen Aufwendungen und Erträgen möglich ist. Maus weist darauf hin, daß die Ergebnisspaltung

1) Committee on Accounting Procedure Income and Earned Surplus in "The Journal of Accountancy", Nr. 85, Seite 23

2) Maus, Günter: a.a.O., Seite 115

3) Bulletin 43, Seite 89

4) Maus, Günter: a.a.O., Seite 115

5) Maus, Günter: a.a.O., Seite 116

6) Accounting Trends and Techniques, 1957, Seite 3

auch auf den Gesamtertrag eines Unternehmens ausgedehnt werden kann. ¹⁾ Zu diesem Zweck ermittelt man die Unternehmer- und die Unternehmungsrentabilität und vergleicht sie miteinander. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die dem Eigen- und dem Fremdkapital zufließenden Beträge steuerlich unterschiedlich belastet sind.

Um eine Vergleichsbasis zu finden, ist es notwendig, die Einkommensteuern dem Ertrag des Eigenkapitals hinzuzurechnen. Unter dem Gesichtspunkt der periodischen Vergleichbarkeit ist diese Methode zu befürworten, da die aus der Veränderung der Steuersätze sich ergebenden Zufälligkeiten unwirksam bleiben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die amerikanische Gewinn- und Verlustrechnung eine ausreichende Trennung zwischen aperiodischen und periodischen Aufwands- und Ertragsarten vornimmt.

Kritisch ist zu bemerken, daß eine exakte Trennung zwischen dem Betriebsergebnis und dem betriebsfremden Ergebnis bei einem großen Teil der Gesellschaften nicht möglich ist. Eine Beurteilung der Gewinnerwartungen von Unternehmungen wird durch die große Vielzahl von einander abweichenden Formen der Erfolgsrechnung erschwert, die besonders einen zwischenbetrieblichen Vergleich erschweren.

Ein Teil der Unternehmungen weist nur die Nettoumsätze aus, was zu der bereits erwähnten Beeinträchtigung der Aussagefähigkeit des Jahresgewinns führt.

Trotzdem bietet die amerikanische Erfolgsrechnung wertvolle Hinweise zur Beurteilung der Gewinnerwartungen von Unternehmungen, obwohl sie den vorzüglichen Stand der deutschen Erfolgsrechnung keinesfalls erreicht.

¹⁾ Maus, Günter: a.a.O., Seite 117

5. Die Beurteilung der Gewinnerwartungen mit Hilfe der Jahresabschlüsse

Die bisherigen Ausführungen zeigten deutlich die Schwierigkeiten die sich bei der Ermittlung des richtigen Periodengewinnes ergaben. Diese Unsicherheiten vergrößern sich naturgemäß bei der Veröffentlichung der Gewinnerwartungen, weil sich dieser Sachverhalt nicht in Ausgaben und Einnahmen niedergeschlagen hat. Das in den einzelnen Vergleichsländern zu dieser Frage veröffentlichte Zahlenmaterial ist recht unterschiedlich. Es ist nach unseren Erfahrungen nicht üblich, einen zusammengefaßten Ausweis der Erfolgserwartungen zu veröffentlichen. Man führt verschiedene Gründe für diese Handlungsweise an. ¹⁾

Danach finden sich in zahlreichen Publikationen Hinweise auf zukünftige Ertragslage der Gesellschaften.

In Deutschland und England dient diesem Zweck das Studium der letztjährigen Geschäftsberichte, von Jahrbüchern und Aktionärsbriefen sowie die Lektüre des Wirtschaftsteils der Tagespresse und die Durchsicht von Bilanzbesprechungen in Finanzzeitschriften. Die USA verfügen neben diesem Informationsmaterial aber noch über ein weiteres wertvolles Auskunftsmittel; die Rechnungslegungsvorschriften der New York Stock Exchange und anderer amerikanischer Wertpapierbörsen verlangen von den zum Börsenhandel zugelassenen Aktiengesellschaften die Einreichung eines Zwischenberichtes, in dem die Öffentlichkeit über das Ergebnis und den Geschäftsverlauf sowie die Vorgänge von besonderer Wichtigkeit unterrichtet wird. ²⁾ Der Mindestinhalt beschränkt sich zwar gemäß den Börsenvorschriften auf die Darstellung des Erfolges, Aufzählung der außerordentlichen Aufwendungen und Erträge, den Ausweis der Einkommensteuern und des versteuerten Jahresergebnisses; ³⁾ es ist jedoch üblich, in diesem Bericht auf Tatsachen

1) Es wird z.B. befürchtet, die Konkurrenz könnte aus dem Einblick in die Ertragsverhältnisse Nutzen ziehen, die Gewerkschaften bei Vorliegen günstiger Umstände einen Anhaltspunkt für ihre Lohnforderungen finden, die Aktionäre auf eine Erhöhung ihrer Dividende drängen usw.

2) Maus, Günter: a.a.O., Seite 11

3) New York Stock Exchange Company Manual, Seite 2

hinzuweisen, die voraussichtlich einen Einfluß auf das nächste Jahresergebnis ausüben. ¹⁾

Bei dieser Berichterstattung hat sich jedoch kein einheitliches Schema herauskristallisiert. Im allgemeinen erfolgen Angaben über die Durchführung von Investitionen, den Bau von Fabrikgebäuden, die Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten, die Sozialpolitik der Unternehmungen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der Aufwendungen, wie Löhne, Gehälter und ein Teil der Abschreibungen fixen Charakter hat und deshalb wohl kaum im Laufe eines Jahres größere Abweichungen zu erwarten sind. Dies gilt auch für einen Teil der Erträge (z.B. Mieten, Pachten, Zinserträge). Für die Planung dieser Aufwands- und Ertragsarten geben durchaus die Zahlen der vorjährigen Erfolgsrechnung konkrete Anhaltspunkte; während für die Planung der übrigen Aufwands- und Ertragspositionen der in den Vergleichsländern übliche Ausweis der Vorjahrsbeträge lediglich ein Indiz für die Entwicklung der zukünftigen Ertragsgestaltung ist. Wesentlich aussagefähiger erscheint uns in dieser Beziehung ein Vergleich der Ziffern der letzten zehn Jahre, wie dies bei einem Teil der amerikanischen Unternehmungen der Fall ist. ²⁾

Der Vorteil dieser Methode beruht darauf, daß man bei der Gewinnplanung besser den Umfang und den Trend der wechselhaften Einflüsse inner- und außerbetrieblicher Natur auf den Betriebserfolg berücksichtigen kann. In Deutschland und England ist es üblich, über die zukünftigen Gewinnerwartungen im Geschäftsbericht eine Berichterstattung vorzunehmen. Diese Methode erscheint uns jedoch unzureichend. Bei den vierteljährlich zu erstellenden Zwischenberichten können Veränderungen, die in der Zwischenzeit eingetreten sind, bzw. mit deren Eintritt sicher gerechnet werden kann, berücksichtigt werden. Kritisch ist zu den amerikanischen Berichten zu sagen, daß ihr Inhalt sehr uneinheitlich ist; in vorbildlichen Fällen erreicht er die Ausführlichkeit des Lageberichtes, während er bei den anderen Unternehmungen lediglich

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 158

2) Maus, Günter: a.a.O., Seite 118

einen groben Überblick über die Ertragsaussichten des laufend Jahres vermittelt.

Trotzdem sind diese Zwischenberichte unter dem Aspekt der Rechnungslegung sehr zu begrüßen, da der externe Bilanzbetrachter aus diesen Veröffentlichungen gute Rückschlüsse auf die Gewinnerwartungen des Unternehmens ziehen kann. Deshalb wäre die Einführung dieser Zwischenberichte auch in England und Deutschland zu befürworten, wobei die Wirtschaftsprüfungsorganisationen und andere an der Rechnungslegung interessierte Stellen einen einheitlichen Entwurf mit einem Mindestinhalt an Erklärungen ausarbeiten könnten.

Auf den Unsicherheitsgrad der Erfolgserwartungen müßte man in Form einer Anmerkung besonders hinweisen. ¹⁾ Die oben genannten Erklärungen müßten folgende Hinweise umfassen:

- 1) Eine Angabe, ob die Plangrößen sich als starr oder relativ beweglich gezeigt haben und an welchen Faktoren die Veränderungen abhängen,
- 2) die Berücksichtigung von drohenden Verlusten bei der Abfassung des Berichtes,
- 3) Angabe des Abschlusses von Versicherungsverträgen als Schutz gegen drohende Risiken,
- 4) die Struktur der Gewinn- und Liquiditätspläne. ²⁾

Die von der Praxis geäußerten Bedenken gegen eine Offenlegung der betrieblichen Gewinnerwartungen finden unsere Zustimmung nicht. Bei der unterschiedlichen Kosten- und Produktionsstruktur, selbst bei Betrieben gleicher Branchenzugehörigkeit, bie sich durch die Veröffentlichung von Gewinnplanungen der Konkurrenz kaum Vorteile; zumal ja alle Betriebe von dem gleichen Publizitätszwang betroffen sind. Echte Vorteile könnten aus dieser erweiterten Publizität lediglich die ausländischen Vergleichsländer ziehen, die durch ihre Rechnungslegung nicht diese Informationen geben. Hier müßte durch die Arbeit der UEEC eine einheitliche Basis der publikationspflichtigen Tatbestände in den Vergleichsländern geschaffen werden. Insgesamt gesehen, wäre also die Veröffentlichung von Erfolgserwartungen in den Jahre

¹⁾ und ²⁾ Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 2

abschlüssen der Vergleichsländer durchaus positiv zu beurteilen. Die Überprüfung des veröffentlichten Zahlenmaterials könnte allerdings gewisse Schwierigkeiten bereiten.

Als neutrales Überwachungsorgan bieten sich die Wirtschaftsprüfer an, die im Rahmen der Jahresabschlußprüfung eine Überwachung der veröffentlichten Erfolgserwartungen durchführen können. Es muß jedoch sehr bezweifelt werden, ob die Wirtschaftsprüfer als Außenstehende überhaupt in der Lage sind, eine Beurteilung der Aufwands- und Ertragserwartungen vorzunehmen. Generell wird dies ohne Auskunft der Vorstandsmitglieder nicht möglich sein, da der Prüfer als Außenstehender nicht genügend mit den betrieblichen Verhältnissen vertraut ist.

Es ist zwar möglich, bei der Prüfung der Aufwands- und Ertragspläne den Ansatz offensichtlich willkürlicher Erwartungen zu erkennen; ¹⁾ jedoch verbleibt den Unternehmern ein so großer Spielraum, daß eine solche Überprüfung nicht zweckmäßig erscheint. ²⁾ Moxter schlägt deshalb vor, generell von den Vorjahreszahlen auszugehen und Berichtigungen nur bei Vorliegen bestimmter Tatbestände zuzulassen; ³⁾ ist dies nicht der Fall, dann sollen die Vorjahresbeträge in unveränderter Form ausgewiesen werden. Nach Moxter verzichtet man dabei bewußt auf einen Ausweis der tatsächlichen Gewinnpläne. ⁴⁾

Es erscheint zwecklos, Zahlen zu veröffentlichen, die sich einer Nachprüfbarkeit entziehen und bei deren Ansatz der Unternehmer einen zu großen Willkürspielraum besitzt. Zweckmäßigkeitsgesichtspunkte verlangen vielmehr nur den Ansatz solcher Gewinnerwartungen, die für den externen Betrachter relativ sicher zu erkennen sind. Durch eine Erläuterung der einzelnen Positionen und eine hinreichende Aufgliederung des Gewinnplanes kann sogar

1) und 2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., S.209

3) Man müßte beispielsweise nachweisen, daß die Faktoren, die eine Veränderung der Aufwendungen und Erträge bewirkt haben, von dauerhafter Natur sind. Sie müssen bereits eingetreten sein, sich aber noch nicht auf das Vorjahresergebnis ausgewirkt haben oder mit ihrem Eintreten muß mit großer Wahrscheinlichkeit gerechnet werden. Der Einfluß jener Faktoren auf den Gewinn müßte zahlenmäßig greifbar sein. Vgl. Moxter, Seite 209

4) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 210

ein sachverständiger externer Betrachter überprüfen, ob die Gründung der Aufwands- und Ertragsarten stichhaltig ist.¹⁾ Es ist einschränkend ist jedoch zu sagen, daß ein mit den Branchenverhältnissen vertrauter Personenkreis, der auch über die Kenntnis der Vorjahreszahlen verfügt, durch die Veröffentlichung des in der kommenden Teils der Gewinnerwartungen keinen Vorteil gewinnt, wenn er diese Tatbestände selbst zu beurteilen vermag. Dennoch ist für die große Masse der an der Rechnungslegung Interessierten ein Vorteil, wenn in der oben geschilderten Weise ein Ausweis der Erfolgserwartungen erfolgt. Dies ist in noch stärkerem Maße der Fall, wenn Prüfungsverbände und andere an der Publizität interessierte Stellen durch Schaffung von Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung den Unternehmungen eine brauchbare Grundlage für die Abfassung dieser Gewinnpläne geben.

6. Der Ausweis von Liquiditätserwartungen als Bestimmungsfaktor der wirtschaftlichen Lage

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ist neben dem Ausweis der Erfolgserwartungen und der Ermittlung eines periodengerechten Gewinns auch eine Offenlegung der Liquiditätsaussichten notwendig. Es ergibt sich hierbei die Frage, inwieweit Jahresabschlüsse der Vergleichsländer zu diesem Fragenkomplex einen ausreichenden Überblick vermitteln können. Ganz allgemein ist festzustellen, daß man aus den Bilanzen zwar die genaue Lage der Mittelstände an flüssigen Mitteln entnehmen kann, jedoch nur wenig Hinweise auf die zu erwartenden Zahlungsmittelaufgänge und Zahlungsmittelabgänge findet.²⁾ Diese liegen am Bilanzstichtag in Form von Forderungen oder Verbindlichkeiten vor. Bei dem Ausweis dieser Positionen bestehen in den einzelnen Vergleichsländern erhebliche Unterschiede, was im besonderen Maße für

-
- 1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 211
2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 212

Offenlegung der Forderungen gilt. Während z.B. das deutsche Aktiengesetz unter dem Umlaufvermögen zehn Positionen nennt, die sich mit dem Ausweis von Forderungen befassen, ¹⁾ befließigt sich die englische Bilanzierungspraxis und auch der Companies Act beim Ausweis der Forderungen größter Zurückhaltung. Man vermißt den Ausweis von Hypotheken, Grund- und Rentenforderungen sowie den Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen. Eine Trennung der Position Wechsel und Schecks wird nicht vorgenommen; es ist jedoch üblich, einen zusammengefaßten Ausweis der Bankguthaben und des Bargeldes zu veröffentlichen. Bezeichnend für die zurückhaltende englische Haltung beim Ausweis der Forderungen ist ein Vorschlag des englischen Institute of Chartered Accountants and Auditors, der eine Zusammenfassung der Vorauszahlungen an Lieferanten, der Besitzwechsel und sämtlicher Forderungen (trade and other debtors) vorsieht. ²⁾ Das Institute hält diese Bilanzierungsweise für vorbildlich. Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen, da hierdurch im Hinblick auf die Liquiditätsdarstellung noch nicht einmal die Aussagefähigkeit der deutschen und amerikanischen Bilanzen erreicht wird. Durch eine weitgehende Unterteilung der Forderungen vermitteln die Bilanzen der beiden Länder doch genauere Anhaltspunkte über den Eingang von Zahlungsmitteln. Im Gegensatz zu den USA ist die Position "Kunden-Anzahlungen" in Deutschland gesetzlich nicht vorgesehen; in der Bilanzpraxis der Unternehmen wird jedoch der Ausweis dieser Position immer mehr üblich. Sie gibt einen guten Überblick auf wesentliche Lieferungsverpflichtungen der Aktiengesellschaften.

Aus der Position Wechsel gewinnt man Rückschlüsse auf die allgemeine Liquiditätslage der Kunden, was sich auch auf die finanzielle Lage des eigenen Unternehmens auswirkt. Die in Deutschland und USA übliche Aufteilung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der sonstigen Forderungen läßt die Möglichkeit offen, letztere bei der Betrachtung der betriebsbedingten

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., Seite 237,
§ 131 Umlaufvermögen, Pos. 6 - 16

2) Recommendations on Accounting Principles;
The Institute, London 1953, Übersetzung aus dem Vorwort

Liquidität auszuschalten.

Positiv ist der Vorschlag des Institute of Chartered Accountants and Auditors zu werten, langfristige Forderungen in wesentlicher Höhe getrennt zu gruppieren und in geeigneter Weise zu kennzeichnen.¹⁾ Auch in den amerikanischen Bilanzen ist eine scharfe Trennung zwischen kurz- und langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten durchgeführt. Mit Hilfe des Begriffs "operating cycle" werden alle Vermögenswerte, die innerhalb eines Jahres zur Realisation kommen, unter dem kurzfristigen Vermögen eingeordnet. Die Differenz des kurzfristigen Vermögens und der kurzfristigen Schulden bildet das sogenannte "net working capital", dem die öffentliche Bilanzkritik besondere Aufmerksamkeit widmet.²⁾

Ist die Verfügbarkeit kurzfristiger Vermögensteile nicht gewährleistet, dann müssen diese Gegenstände aus der Liquiditätsbetrachtung ausgeschlossen werden. Dies gilt in gleichem Maße für die zu Investitionszwecken bereitgestellten Mittel und kurzfristig veräußerliches Sachanlagevermögen, die ebenfalls nicht in die Liquiditätsbetrachtung einzubeziehen sind.

"Das net working capital stellt mithin den durch die kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen sowie anderweitige Verbindungen nicht neutralisierten Teil des kurzfristigen Vermögens dar, der zur Deckung der sich aus der Geschäftstätigkeit ergebenden Baraufwendungen unbeschränkt zur Verfügung steht und darüber hinaus dem Ausgleich der periodischen und unregelmäßigen finanziellen Anspannungen dient, die in erster Linie aus dem marktwirtschaftlichen Verbundenheit des Unternehmens zur übrigen Volkswirtschaft herrühren."³⁾

In Deutschland wird hingegen die Gliederung nach der Fristigkeit zu wenig beachtet, obwohl es unter liquiditätsanalytischen Gesichtspunkten wichtig ist zu wissen, in welchem Umfang und in welchem Raum die Realisierung der Forderungen voraussichtlich möglich sein wird. Dennoch reichen die hier gegebenen Hinweise bezüglich

1) Recommendations, a.a.O. Rec. VIII, § 82

2) Maus, Günter: a.a.O., Seite 38

3) Maus, Günter: a.a.O., Seite 39

der Fälligkeit nicht aus; teilweise sind die Angaben zu allgemein gehalten. Außerdem ist es unmöglich, aus den Bilanzen den genauen Zeitpunkt der Zahlungsmiteileingänge zu bestimmen. Die Gewinn- und Verlustrechnungen enthalten nur solche Zahlungsvorgänge, die in der gleichen Rechnungsperiode erfolgswirksam geworden sind. Hingegen erscheinen in der GuV-Rechnung keine Ausgaben, die noch nicht wieder zu Aufwand und Ertrag wurden. ¹⁾ Es ist zwar möglich, durch einen Vergleich der Anfangs- mit der Schlußbilanz Anhaltspunkte über die Höhe der nicht erfolgswirksamen Aufwendungen und Erträge zu gewinnen, für unseren Untersuchungszweck ist damit aber noch nicht viel gewonnen. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens hängt vielmehr davon ab, ob zu jedem Zeitpunkt die Bestände an Zahlungsmitteln die Ausgaben decken. Diesen Ausweis kann aber die Bilanz in ihrer Funktion als Stichtagsrechnung nicht bringen, im günstigsten Falle zeigt sie die Summe aller Zahlungsmiteileinnahmen und -ausgaben zu einem bestimmten Zeitpunkt. Für die Liquiditätsentwicklung ist dies aber von untergeordneter Bedeutung, da man aus diesen Zahlen kaum Rückschlüsse auf die Zukunft schließen kann. Für eine ausreichende Beurteilung der Liquiditätsaussichten genügen die in den Jahresabschlüssen gegebenen Hinweise nicht; es ist vielmehr erforderlich, die Zahlen des Finanzplans zu berücksichtigen. Da der genaue Termin der Zahlungsmiteileingänge nicht exakt zu bestimmen ist, muß man sich bei der zeitlichen Aufgliederung des Finanzplans mit größeren Zeiträumen begnügen. In sachlicher Hinsicht müßte der aufgegliederte Finanzplan gewisse Aufschlüsse über die Wahrscheinlichkeit der angegebenen Liquiditätserwartungen vermitteln. ²⁾ Besonders unsichere Faktoren (etwa beim Eingang von Auslandsforderungen) sollen nach Auffassung von Moxter besonders gekennzeichnet werden, damit der externe Bilanzbetrachter das Liquiditätsrisiko besser erkennen kann. Mit

1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 213
Es werden beispielsweise genannt: Vorauszahlungen für Versicherungen und Pachten, Darlehen, Zahlungen für der Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren, noch nicht verbrauchtes Material, aktivierte Entwicklungskosten usw.

2) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 213

Hilfe einer Liquiditätsübersicht ist dies sehr gut möglich. Diese enthält auf der Ausgabenseite die Zahlungsmittelausgänge und die Kreditgewährungen an Kunden durch Zielverkäufe; die Einnahmenseite umfaßt alle Zahlungsmiteleingänge, Kreditaufnahmen und die Bestände an liquiden Mitteln am Beginn der Planperiode.

Bei der Prüfung der Liquiditätserwartungen kann man die Vorjahreszahlen nicht ohne weiteres verwenden, da ja Investitionsausgaben in den einzelnen Perioden in ganz unterschiedlicher Höhe anfallen. Lediglich bei den Ausgaben, die in der gleichen Periode als Aufwand erscheinen, können die Zahlen aus dem Gewinnplan übernommen werden. Bei den übrigen Aufwendungen muß der Prüfer untersuchen, ob infolge des Verbrauchs der in früheren Perioden erworbenen Nutzungsvorräte nicht neue Aufwendungen erforderlich sind. ¹⁾ Dies könnte z.B. bei Maschinen der Fall sein, wo infolge einer technischen Neuerung Sonderabschreibungen erforderlich sind.

Bei der Prüfung der Ansätze zahlreicher Ausgaben muß man sich auf den Mindestbetrag beschränken. ²⁾ Im Zeitpunkt der Planaufstellung haben die Unternehmensleitungen oft selbst noch nicht endgültig ihre Dispositionen getroffen, die Höhe der Ausgaben liegt mithin noch nicht fest. So kann man Investitionsausgaben hinausschieben und beim geplanten Kauf von Anlagegegenständen teure Güter durch billigere substituieren. In diesem Umfang besteht naturgemäß eine Manipulationsmöglichkeit beim Ausweis zukünftiger Liquiditätserwartungen.

Gibt der Finanzplan einen zu schlechten Einblick in die Ausgaben und Einnahmen, dann kann der Prüfer in einer Fußnote auf den vorsichtigen Ansatz hinweisen. Ein guter Liquiditätsausweis ist nur dann nachteilig, wenn sich dahinter ein angespanntes Verhältnis der Zahlungsmiteleingänge zu den Ausgängen verbirgt. Das bedeutet aber eine Unterschreitung der Mindestausgaben, die zur Erhaltung der Einnahmen erforderlich sind und setzt damit

1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 215

2) Moxter, Adolf: a.a.O., Seite 215

dem Willkürspielraum der Unternehmungsleitungen ein Ende. ¹⁾ Es besteht jedoch immer die Gefahr, daß ein Betrieb in Zahlungsschwierigkeiten kommt. Den außenstehenden Betrachter interessieren deshalb auch die vorhandenen Eigenkapital- und Kreditreserven. Sie sind im Finanzplan nicht als Einnahmen verzeichnet. Bei den Kreditreserven handelt es sich um solche Beträge, die im Rahmen des Kreditspielraumes noch nicht abgerufen sind. Ihr Ausweis im Finanzplan ist ohne weiteres möglich. Schwieriger ist hingegen die Anführung der "möglichen" Kredite, da für ihre Gewährung neben der Kreditfähigkeit des Unternehmens auch die zukünftigen Liquiditätsaussichten zu berücksichtigen sind. Man kann sich daher bei einer Bekanntgabe dieses Teils der Kreditreserven nur auf die Darstellung der Umstände beschränken, die die Kreditwürdigkeit bestimmen. Dazu zählen neben den im Jahresabschluß dargelegten Sachverhalt die Liquidationswerte der Vermögensgegenstände, die Belastungen der Vermögensteile sowie die Art und Höhe der am Bilanzstichtag vorhandenen Verbindlichkeiten. Man müßte also eine Bilanz aufstellen, in der eine Bewertung mit dem Liquidationswert vorzunehmen ist. Da dies aber aus arbeitstechnischen Gründen nicht möglich ist, muß es dem Außenstehenden überlassen bleiben, die gemeinen Werte zu schätzen.

Moxter befaßt sich ausführlich mit der zweckmäßigen Gliederung einer solchen Bilanz. ²⁾ Er kommt zu dem Schluß, daß infolge der Verschiedenheit der einzelnen Unternehmungen die Reihenfolge der Bilanzposten niemals verbindlich sein kann und dem pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers überlassen werden muß.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß die Darstellung der finanziellen Lage in den Jahresabschlüssen keine Beurteilung der Liquiditätsentwicklung ermöglicht. In besonderem Maße gilt dies für England; dort ist infolge eines weitgehenden Verzichts auf eine Untergliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten die Darstellung der Liquiditätslage besonders erschwert.

1) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O., Seite 215

2) Moxter, Adolf: "Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten", a.a.O.; Seite 219

Aber auch die Jahresabschlüsse in den USA und Deutschland vermitteln nur unzureichende Anhaltspunkte über die finanzielle Entwicklung; eine Offenlegung der Liquiditätsaussichten im Finanzplan ist deshalb für eine Analyse der finanziellen Situation eines Unternehmens notwendig.

V. Die Wesensunterschiede im Rechnungswesen der sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftssysteme

In der Einleitung widerlegten wir bereits die "irrige" Auffassung von der sozialistischen und kapitalistischen Betriebswirtschaft. In aller Kürze sollen nun die Erklärungsversuche des "wissenschaftlichen Sozialismus" für die Gebiete Betriebswirtschaftslehre, Betriebswirtschaft und Rechnungswesen gegeben werden, da hiervon in entscheidender Weise das Verständnis der folgenden Ausführungen abhängt. Winternitz behauptet, "daß die Erkenntnisse, die die Menschen brauchen, die in der planmäßig im Interesse des werktätigen Volkes geleiteten volkseigenen Wirtschaft arbeiten sollen, wesentlich verschieden von dem Erkenntniswert sind, die die Herren Unternehmersyndici, kapitalistischen Direktoren und Verwaltungsbeamten brauchen." ¹⁾

Daraus leitet er die Aufgabe der kritischen Auswertung und Umwertung des Wissensstoffes der Betriebswirtschaftslehre ab. Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß in den sowjetrussischen Betrieben zusätzliche Aufgaben anfallen, die aber keineswegs wirtschaftlicher, sondern lediglich politischer Art sind. Hinter den politischen Zielsetzungen tritt das Prinzip der Bedarfsdeckung zurück. Das eigentliche Problem der "Wirtschaftsbetätigung" ist jedoch unbestreitbar von der Wirtschaftsordnung unabhängig und somit auch die rechnerische Erfassung der betrieblichen Tätigkeit, die dem Rechnungswesen des Betriebes zukommt. Die Einbeziehung der Unternehmungen in die total-zentrale Planung der Volkswirtschaft bleibt ohne Einfluß auf die Betriebswirtschaft

1) Winternitz: "Zur Kritik der betriebswirtschaftlichen Metaphysik" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 3. Jg. Nr. 25, Seite 52 - 53

da sich am Charakter der Arbeit nichts ändert. 1)

Die Unterschiede liegen nicht in der Technik der Produktionsverfahren, sondern in der "Ideologie" der Volkswirtschaft. Bei gleichen Produktionsverfahren kann sich auch an den Methoden der Rechnungslegung nichts ändern. Unseres Erachtens dürfte es unmöglich sein, den Beweis zu führen, daß sich die Probleme des Betriebes in der sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaft unterscheiden. Das Rechnungswesen der UdSSR setzt sich die Verwirklichung folgender Forderungen zum Ziel: 2)

1. Die "subjektive" Bewertung der Anlagen; die Aufnahme kalkulatorischer Zinsen und Wagnisse haben im Rechnungswesen der "sozialistischen" Wirtschaft keinen Platz.
2. Das Rechnungswesen benötigt eine klare und einfache, streng logisch systematische Technik.
3. Durch den Zwang der Systematik des Rechnungswesens müssen sich alle Arten von Planabweichungen, vor allem jede Durchbrechung der "Plandisziplin" von selbst ausweisen.
4. Ein technisch leicht zu handhabendes Rechnungswesen soll die einwandfreie Grundlage zur Organisation von Wettbewerben bilden.

Zu Punkt 1 ist zu bemerken, daß es für die Bewertung sehr genaue Maßstäbe gibt (sie sind in Formblättern festgehalten), die zum größten Teil gesetzlich fixiert sind, sodaß man von einer subjektiven Bewertung keinesfalls sprechen kann. In Deutschland und den angelsächsischen Vergleichsländern haben sich Bewertungsgrundsätze herauskristallisiert, die keinesfalls den Vorwurf der subjektiven Bewertung verdienen.

Die Aufnahme kalkulatorischer Zinsen und Wagnisse entspricht der "objektiven Wirklichkeit", von der im Rechnungswesen der UdSSR so oft die Rede ist. Wenn das Rechnungswesen die kosten- und ertragsmäßige Situation des Unternehmens unverfälscht widerspiegeln soll, würde eine Nichtberücksichtigung dieser als fiktiv bezeichneten Posten gerade zu einer Verfälschung der Ergebnisse führen.

1) Lemnitz: "Probleme der Sozialisierung", Berlin 1949, S. 45

2) Lemnitz: "Die neue Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe", in Zeitschrift "Die Deutsche Finanzwirtschaft", Sonderheft 7, Berlin 1948, Seite 5

Der Punkt 2 enthält eine alte Forderung hinsichtlich der Organisation und Gestaltung des Rechnungswesens. Der Punkt 3 ist einerseits durch Punkt 2 bedingt, andererseits, soweit er die innerbetriebliche Planung betrifft, im Rahmen der Plankostenrechnung auch in den Betrieben der westlichen Vergleichsländer verwirklicht. Durch die Abrechnung des Betriebsplanes ist das Rechnungswesen in der UdSSR mit einer Mehrarbeit belastet. Die Basis für eine Kontrolle des Wirtschaftsplanes ist aber immer das Rechnungswesen, das grundsätzlich seine Aufgaben, die es in der freien Wirtschaft hat, beibehält. Erforderlich ist eine weitergehende Aufgliederung der Konten. Die statistische Plankontrolle benutzt sekundär statistisches Material, das auf den Zahlen der Buchhaltung, Selbstkostenrechnung und Betriebsstatistik aufbaut. Aus der Tatsache, daß das Rechnungswesen zur Kontrolle des Wirtschaftsplanes dient, ändert sich jedoch nichts an der Auffassung, daß es kein sozialistisches und kapitalistisches Rechnungswesen, sondern nur ein gutes oder schlechtes Rechnungswesen gibt.

Das in Punkt 4 angeschnittene Problem interessiert hier nur wenig, da die Verwertung der Erkenntnisse einer ordnungsmäßigen Rechenschaftslegung für deren Wesen und Struktur ohne Bedeutung ist.

Als wichtigstes Charakteristikum kann die Einbeziehung des Rechnungswesens in die Planabrechnung angesehen werden. Ohne die Unterlagen der Rechnungslegung wäre eine Kontrolle der Planerfüllung überhaupt nicht denkbar. Dies erklärt die große Bedeutung des Rechnungswesens in den sozialistischen Staaten. Das Rechnungswesen soll zum Ausgangspunkt jeder Verwaltungs- und Betriebsabrechnung gemacht werden. ¹⁾ Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellung der Buchhaltung nach sowjetischer Auffassung.

Hiernach ist die Buchhaltung als Teil des einheitlichen, volkswirtschaftlichen Rechnungswesens ein planmäßig organisiertes, wissenschaftlich begründetes System zur gesamten Beobachtung

1) Gellrich: "Rechnungswesen und Statistik" in "Statistische Praxis", Heft 7, 1951, Seite 114

und Kontrolle des Planverlaufs in den sozialistischen Betrieben, Organisationen und Institutionen und demzufolge auch der gesamten Volkswirtschaft. Sie wird unter Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle in Natural- und Geldeinheiten durchgeführt, die in einer einheitlichen Maßeinheit vereinigt werden.¹⁾

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit der unterschiedlichen Kosten- und Erlösstruktur in den sozialistischen Betrieben und der kritischen Analyse des Aussagewertes veröffentlichter betriebswirtschaftlicher Untersuchungen.

1. Die Unterschiede in der Kostenstruktur

a) Kostendenken, Kostenaufbau und Kostenerfassung im sowjetischen Wirtschaftssystem

Im Rechnungswesen der Sowjetzone und der UdSSR lassen sich zwar gewisse Ähnlichkeiten mit den in den westlichen Ländern üblichen Abrechnungsverfahren feststellen; jedoch kann man daraus keinesfalls schließen, daß im Begriffsinhalt des sozialistischen Rechnungswesens keine Änderung eingetreten ist. Vielmehr finden die staatlichen Produktionsmittel und der zentrale Wirtschaftsplan als Grundvoraussetzung der sowjetischen Wirtschaftsverfassung ihren Niederschlag im betrieblichen Rechnungswesen.²⁾ So ist z.B. der Kostenbegriff nicht mehr mit dem in den westlichen Ländern angewendeten Begriff vergleichbar, da er nicht mehr die kalkulatorischen Kosten und Steuern umfaßt. Eine weitere Besonderheit stellt die Errechnung der Kostenansätze unter plantypischen Gesichtspunkten dar. Mit Hilfe dieser Sollzahlen berücksichtigt man die Vereinheitlichungsbestrebungen und den Gesichtspunkt der Produktionssteigerung. Diese Vorgabewerte bilden die Grundlage für die Kontrolle der Kostenpläne; sie stellen Höchst-

1) Kresse, W. und Schmidt, J.: "Buchführung und Bilanz an Beispielen für volkseigene Betriebe", 3. Aufl., Berlin 1951, Seite 11

2) Grundsätze für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe, in Schriftenreihe "Deutsche Finanzwirtschaft", Heft 25, Berlin 1953 III, Seite 1

werte dar, die vom Betrieb nicht überschritten werden dürfen.¹⁾ Auch die Forderung nach einer permanenten Kostensenkung ist ein integrierender Bestandteil des sowjetischen Kostendenkens. Unter den Kostenarten sollen an dieser Stelle nur einige Besonderheiten erwähnt werden. Abschreibungskosten entstehen nach östlicher Auffassung nur durch den Produktionsprozeß. Die in den westlichen Vergleichsländern verbreitete Abschreibungsursache "wirtschaftliche Entwertung" wird hier ausdrücklich nicht anerkannt.²⁾

Der Abschreibungsbegriff umfaßt somit nur Normalabschreibungen, da Sonderabschreibungen aus steuerpolitischen Rücksichten nicht erfolgen dürfen.³⁾ Da es nur noch eine einheitliche Handels- und Steuerbilanz gibt, bleibt für unterschiedliche bilanzmäßige, steuerliche und kalkulatorische Abschreibungen kein Platz mehr. Man will auf diese Weise eine Abstimmung zwischen Planung, Kosten- und Ergebnisrechnung sowie zwischen Kalkulation, Preisbildung und Steuern erreichen.

In der "Einheitsliste der Abschreibungssätze für Anlagegegenstände" sind die zulässigen Sätze in Prozentziffern der ursprünglichen Anschaffungswerte angegeben.⁴⁾

Bei der Untersuchung des Kostenaufbaus zeigen sich nicht nur die großen Veränderungen bei den zum Teil mit den gleichen Bezeichnungen aus dem Rechnungswesen der westlichen Länder übernommenen Positionen, sondern es stellt sich auch das Fehlen von Kostenanteilen heraus. Dies gilt z.B. für die Kostensteuern und sämtliche kalkulatorischen Posten.

Die Herausnahme der Steuern erfolgt allerdings aus praktischen Erwägungen. Sie dürfen nicht in den Kosten erscheinen, da sonst die Selbstkosten nicht ihre Funktion als Maßziffer für die Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Leistungserstellung erfüllen können.

-
- 1) Grundsätze für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe, Schriftenreihe "Deutsche Finanzwirtschaft", Heft 25, Berlin 1953 III, Seite 1
 - 2) "Die Buchführung der privaten Wirtschaft", Schriftenreihe "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1953, Heft 32, Seite 89
 - 3) "Abschreibungen und Investitionen im östlichen Wirtschaftssystem", Archiv des Osteuropa Institutes an der FU Berlin, 1954, Seite 4 ff.
 - 4) Gesetzblatt der DDR, Nr.21, Berlin, Seite 148

Eine weitere Besonderheit des Kostenaufbaus ist das Fehlen der kalkulatorischen Abschreibungen, Zinsen und Wagnisse. Für sie verbleibt im Rahmen der Einheitsbewertung kein Raum. Dies gilt auch für den kalkulatorischen Unternehmerlohn, der für die Kostenrechnung verstaatlichter Betriebe nicht in Frage kommt. ¹⁾ Von großer Bedeutung für die Kostenerfassung und -verrechnung ist ein einheitlicher Kostenplan.

In der Sowjetzone wurde 1953 ein Kontenrahmen eingeführt, der in sehr starkem Maße auf der Schrift "Kapital" von Marx fußt. ²⁾ Aus Platzgründen können an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen hierzu erfolgen.

b) Systembedingte Kostenabweichungen gegenüber den
westlichen Vergleichsländern

Mann versucht in einem Aufsatz die unterschiedlichen Kostenstrukturen der sozialistischen Industriebetriebe gegenüber den Unternehmungen in den westlichen Ländern zu ergründen. Er kommt dabei zu folgenden Ergebnissen: ³⁾

Kostenstrukturbestimmende Faktoren:

1. unterschiedliche technische Ausrüstung
2. unterschiedliche natürliche Verhältnisse
3. unterschiedliche Einstandspreise für Material
4. unterschiedliche Lohntarife
5. hohe Abschreibungen durch hohe Investitionskosten und unvollkommene Kapazitätsauslastung
6. betriebliche Arbeitsorganisation
7. Fehlen technisch begründeter Normen für Materialverbrauch
8. Höhe der Verwaltungskosten.

Zu 2: Die Standortverhältnisse üben dann einen negativen Einfluß auf die Kosten aus, wenn Betriebe aus rein politischen

1) Schmidt, Johannes: "Wirtschaftliche Rechnungsführung und Besteuerung", Heft 6, Berlin 1953

2) Gesetzblatt der DDR, Nr. 154, Berlin 5.11.52, Seite 1117

3) Mann, H.: "Die Bedeutung der unterschiedlichen Kostenstruktur der Betriebe bei der Festsetzung von Planpreisen" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 6. Jg., Nr. 7, 1952, Seite 372 ff

Gründen zur Erreichung einer autarken Stellung errichtet werden.

Zu 3: Unterschiedliche Einstandspreise für das Material ergeben sich aus dem Planpreissystem, das Außeneinflüsse ausschaltet und zu Verrechnungspreisen drängt.

Zu 5: Die unvollständige Kapazitätsausnutzung als Folge inner- und überbetrieblicher Disproportionen deutet auf echte Planungsfehler hin.

Zu 8: Die im Vergleich zu den westlichen Vergleichsländern sehr hohen Verwaltungskosten stellen ein strukturelles Merkmal der Kostenzusammensetzung in der Zentralverwaltungswirtschaft dar.

2. Die Unterschiede in der Erlösstruktur

Auch bei der Beurteilung des sowjetischen Planpreissystems muß man sich die Tatsache vor Augen halten, daß das Planpreissystem als "Maßstab für wertmäßige Planung und Kontrolle der Betriebe und Handelsorganisationen sowie der Verteilung und Neuverteilung des Volkseinkommens dient." ¹⁾

Durch Preisdifferenzierungen zwischen und innerhalb der einzelnen Industriezweige schafft die Preispolitik die finanziellen Grundlagen für die sogenannte Primärverteilung und wird damit zum Werkzeug für die Entwicklung und Lenkung der Produktionskräfte.

Das Planpreissystem bezweckt ferner eine Förderung des Wachstums durch eine Verstärkung des ökonomischen Interesses an der Planerfüllung. ²⁾

In der Planwirtschaft sowjetischer Typs werden nicht die rentabelsten Güter hergestellt, sondern solche, die den Planbedarf befriedigen. Dies führt zwangsläufig in vielen Fällen zu einer unbefriedigenden Überschüßerzielung. Durch das Chosrostschothprinzip wurden die Betriebe zur stärksten Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit angehalten.

1) Langer, H.: "Das Planpreissystem der SU", Berlin 1953, Seite 13

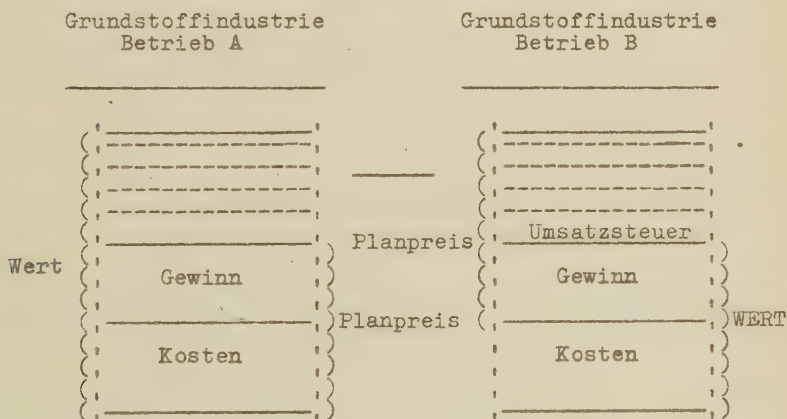
2) Schmidt, J.: a.a.O., Seite 26 ff.

In der sozialistischen Wirtschaft muß sich die Anwendung des ökonomischen Prinzips auf die Erfüllung bzw. Übererfüllung der Produktionsauflagen beschränken, wobei die Staatsbetriebe im Rahmen dieser vorgegebenen Leistungserstellung versuchen müssen, durch Erhöhung des Produktionsgrades ihre betrieblichen Überschüsse zu vergrößern. ¹⁾

a) Die Problematik des echten und des unechten Betriebserfolges

Bei der Rentabilitätsermittlung des volkseigenen Betriebes ergibt sich die Schwierigkeit, daß bei Abweichungen zwischen Wert und Preis ein Teil der bei einem bestimmten Betrieb erscheinenden Produktionsleistung in vorgelagerten Betrieben entstanden sein kann. Umgekehrt kann sich der Gewinn eines Betriebes durch teilweise Weiterwälzung der eigenen Produktionsleistung verringern.

Graphisch läßt sich dies wie folgt veranschaulichen: ²⁾



Der in Staatsbetrieben auftretende Betriebserfolg braucht also kein echter Gewinn zu sein, der sich aus echter Bewertung wirt-

- 1) Weinberger, B.: "Die Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungs-führung und ihre Anwendung" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 6. Jg. Nr. 3, 1951, Seite 121
- 2) Landgraf, Fritz: "Zur Rentabilität der sozialistischen Wirt-schaft" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 1954, Seite 73

schaftlicher Leistung ergibt, sondern kann auch als unechter Betriebserfolg durch die oben geschilderten Praktiken entstehen.

b) Der Ausweis der Rentabilität

Die Rentabilität der volkseigenen Betriebe ist in formeller Hinsicht und dem funktionellen Inhalt nach von der Rentabilität der Unternehmungen in den westlichen Vergleichsländern verschieden. In der freien Marktwirtschaft ermittelt man bekanntlicherweise die Kapitalrentabilität durch folgende Kennziffer:

$$\frac{\text{Kapitalrentabilität}}{100} = \frac{\text{Gewinn}}{\text{Durchschnittskapital}}$$

$$\text{Kapitalrentabilität} = \frac{\text{Gewinn} \times 100}{\text{Durchschnittskapital}}$$

In der sozialistischen Wirtschaft tritt an die Stelle der Kapitalrentabilität die Umsatzrentabilität. Diese Kennziffer hätte folgendes Aussehen:

$$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{Ergebnis aus Umsätzen} \times 100}{\text{Umsatz zu Selbstkosten}}$$

Nach dem Zwei-Kanäle System zerfällt das betriebliche Mehrprodukt in folgende zwei Gewinnformen:

1. die Produktionsabgabe (Umsatzsteuer)
2. den eigentlichen Gewinn.

In dem Umsatzergebnis ist der Haushaltsaufschlag, der in Form einer Produktionsabgabe erhoben wird, enthalten. Vor einer Rentabilitätsanalyse muß deshalb dieser Aufschlag wieder abgezogen werden, weil sich die Rentabilität ausschließlich auf die vom Betrieb durch den Wirtschaftlichkeitsgrad der Leistungserstellung beeinflussbare Gewinngröße beziehen soll. ¹⁾

Die Produktionsabgabe ist ein Bestandteil des Planpreises. Die betriebliche Überschusserzielung erfolgt also in zwei Hauptformen:

1) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 131

als Produktionsabgabe,
als Nettogewinnabführung. 1)

Damit ist eine verhältnismäßig konstante Abführung des gesellschaftlichen Reineinkommens -unabhängig von der betrieblichen Rentabilitätslage- gesichert. Unter dem Produktionsergebnis versteht man das um die Produktionsabgabe verringerte Umsatzergebnis. Die Rentabilitätsformel verändert sich dann wie folgt: 2)

$$\text{Rentabilität} = \frac{\text{Produktionsergebnis} \times 100}{\text{Umsatz zu Selbstkosten}}$$

Neben dem einzelbetrieblichen Rentabilitätsbegriff unterscheidet die sozialistische Wirtschaft auch noch den gesamtwirtschaftlichen Rentabilitätsbegriff. Danach müssen die Verluste einzelner Wirtschaftszweige durch die Überschüsse anderer überkompensiert werden, um die im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Investitionen finanzieren zu können. Daraus läßt sich die Folgerung ziehen, daß die betriebliche Ertragslage von den Entschlüssen der Planungsbehörden abhängig ist. Infolge der vorgegebenen Produktionsauflage kann der Betrieb nicht durch die Fabrikation rentabler Produkte seine Rentabilität verbessern. Auch auf die Höhe des Planpreises kann der Betrieb keinen Einfluß nehmen.

Als absolute Ziffer vermittelt uns die Rentabilität keinen Erkenntniswert. Einen guten Einblick gewinnt man aber durch den Soll-Ist Vergleich zwischen geplantem und dem erzielten Gewinn.

Der Betrieb muß danach trachten, seine Produktionsauflage mit einem höheren als dem geplanten Wirtschaftlichkeitsgrad zu realisieren.

Der Abgabepreis während eines Planjahres darf nicht geändert werden, damit die Kostensenkungen im Soll-Ist Plan sich niederschlagen.

Wie der Gewinn, so läßt sich auch die geplante Umsatzrentabilität als Gradmesser der effektiven Rentabilität verwenden.

1) Klapproth, Edgar: "Die Produktionsabgabe und ihre ökonomischen Funktionen" in "Deutsche Finanzwirtschaft", 1955, S. 185

2) Thamm, J., Lange, H., Krauthe, E.: Der Betriebsplan des volkseigenen Industriebetriebes", Berlin 1952, Seite 229 und 139

3. Kritische Analyse des Aussagewertes östlicher Tatsachen- und Zahlenberichte

a) Die Kenntnis der Verhältnisse als Voraussetzung für eine richtige Beurteilung

Zweck dieser Ausführungen soll es sein, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die sich bei einer Beurteilung sowjetischer und sowjetzonalen Schrifttums ergeben. An Beginn jeder kritischen Würdigung steht die Prüfung der Glaubwürdigkeit der Angaben, die eine genaue Kenntnis der Zusammenhänge voraussetzt. Eine unmittelbare Nachprüfung erscheint deshalb nicht möglich. Man muß deshalb unter Berücksichtigung sicherer Angaben den Wahrheitsgehalt zu ergründen versuchen.

Als zweites Problem ergibt sich die Frage, wie das veröffentlichte Zahlenmaterial richtig auszulegen ist. Zur Beantwortung dieser Frage muß man die Besonderheiten des russischen Wirtschaftssystem berücksichtigen. ¹⁾ Bei der Auswertung der sowjet-russischen und der sowjetzonalen Veröffentlichungen ergab sich die Schwierigkeit, daß diese nicht unverarbeitet übernommen werden konnten. Infolge der notwendigen Transformierung in westliche Terminologie und Denkweise oder ihre gekürzte Wiedergabe ging ein Teil des Spezifischen in der Darstellungsweise verloren. ²⁾

Zur Gewinnung eines zutreffenden Bildes über betriebswirtschaftliche Probleme des Ostblocks sollen die Veröffentlichungen auf ihren generellen Charakter untersucht werden, wobei die Herausstellung typischer Merkmale und ihre Ursachen für die beiden oben erwähnten Fragestellungen erfolgt.

1) Hensel, K.P.: "Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft", Stuttgart 1954, Seite 6 ff.

2) Wilmut, Adolf: a.a.O., Seite 138

b) Die Glaubwürdigkeit sowjetischer Tatsachen und
Zahlenberichte

In der Sowjetunion befinden sich alle Mittel zur Meinungsbildung unter dem Einfluß des Staates. Neben der Verstaatlichung der Druckereien und Verlage wird die Lenkung der Berichterstattung auch durch die zentralistische Zuteilung von Wirtschaftsgütern begünstigt, die zur Herstellung von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen usw. benötigt werden. ¹⁾ Die Berichterstattung dient also völlig den Zielsetzungen des Staates. Sie steht besonders unter dem Zwang des Nachweises von Planerfüllungserfolgen. Eine besondere Bedeutung kommt dem Soll-Ist Vergleich zu. ²⁾ Er besitzt in der Tat eine größere Aussagefähigkeit als die ausschließliche Veröffentlichung der absoluten Zahlen. Die Staatsbetriebe müssen ebenfalls über den Stand der Planrealisation den Zentralbehörden berichten. Infolge der hohen Planforderungen besteht sehr häufig die Tendenz zu einer Manipulation der abgegebenen Berichte. Dies wird ausdrücklich von sowjetzonaler Seite bestätigt. ³⁾

Um einen Einblick in den Umfang des betrieblichen Berichtswertes zu geben, sei hier das Gerüst des sogenannten Kontrollberufes genannt, der den Kern der Mitteilungen über den Planerfüllungsstand darstellt. Die ausgefüllten Kontrollberichte unterliegen strenger Geheimhaltungspflicht, was kaum zu verstehen ist, da gerade die sozialistische Wirtschaftsordnung mit ihren verstaatlichten Betrieben durch eine ausgedehnte Publizität den Erfolg dieser Maßnahme nachweisen müßte.

-
- 1) Eucken, W.: "Grundsätze der Wirtschaftspolitik", herausgegeben von E. Eucken und K.F. Pensel, Bern/Tübingen 1952, Seite 131
 - 2) Opitz, G.: "Die Bedeutung des Rechnungswesens für unsere volkseigene Wirtschaft", Berlin 1953, Seite 7
 - 3) Weinberger, B.: "Die Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung und ihre Anwendung", in "Deutsche Finanzwirtschaft", 6. Jg. Nr. 4, 1952, Seite 178

Aufbau des Kontrollberichtes

- J 0 Nachweis über die Erfüllung des Finanzplans
- J 1 Bilanz
- J 2 Nachweis über die Zusammensetzung der Grundmittel
- J 3 Nachweis über die Entwicklung des Grundmittelfonds
- J 4 Nachweis über die Investitionen, Generalreparaturen, Kleininvestitionen und Amortisationsfonds
- J 5 Nachweis über richtsatzgebundene Bestände und ihre Deckung
- J 6 Nachweis über die Entwicklung des Umlaufmittelfonds
- J 7 Nachweis über die Gewinnverwendung und den Verlustausgleich
- J 8 Nachweis über die Entwicklung des Direktorfonds
- J 9 Ergebnisrechnung
- J 10 Nachweis über die Erfüllung der Produktions- bzw. Leistungsaufträge
- J 11 Nachweis über die Verrechnung der Selbstkosten für die Betriebsleitung
- J 12 Nachweis über die Zusammensetzung der Aufwendungen und ihre Deckung - sonstige Erträge
- J 13 Zusammenstellung der Ergebnisse ¹⁾

Sehr häufig erfolgt die Behandlung wirtschaftlicher Fragen durch Fallstudien. Man kann damit eine gute propagandistische Wirkung erzielen. Durch die Angabe von Extremwerten kann man sehr gut die gewünschten Effekte erzielen.

Ausführungen allgemein theoretischer Art sind verhältnismäßig selten. Die Behandlung wirtschaftspolitischer Tagesfragen nimmt dagegen in Zeitschriften einen breiten Raum ein.

Eine typische Erscheinung der östlichen Berichterstattung ist die Vorliebe für bestimmte Themen. So steht die Planerfüllung im Mittelpunkt der betriebswirtschaftlichen Untersuchungen. Immer neue Verbesserungsmöglichkeiten werden hier diskutiert. ²⁾

Außerhalb jeder Kritik stehen auch allgemeine Grundsätze, die die Planungsorganisation betreffen und nur von den höchsten Organen abgeändert werden können.

1) Fischer, K.: "Der Kontrollbericht", Berlin 1953, Seite 64 ff.

2) Hensel, K.P.: a.a.O., Seite 6 ff.

Zu bestimmten Zeiten treten bestimmte Probleme in den Vordergrund; die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungslegung war z.B. ein Anlaß, betriebswirtschaftliche Verfahrensweisen zur Durchführung dieser Methode anzupreisen. Generell ist zu sagen, daß in der UdSSR und der Sowjetzone die Berichterstattung über die volkseigene Industrie keinen zutreffenden Überblick gibt; es fehlen z.B. in starkem Maße Veröffentlichungen über Bilanzfragen, die gerade für unsere Untersuchung von besonderem Interesse wären.

c) Die Interpretation dieser Berichte

Bei der Untersuchung betriebswirtschaftlicher Tatbestände taucht eine Vielzahl neuer Begriffe auf, die in der westlichen Betriebswirtschaftslehre unbekannt sind.

Es handelt sich hierbei z.B. um die veränderte Gliederung der Bilanzwerte auf der Aktiv- und Passivseite und die neuen Begriffspaare aus dem Bereich der Kostenerfassung und -verteilung sowie den Begriff der Umsatzrentabilität in der beschriebenen Form.

Andere Ausdrücke ergeben sich aus spezifischen Wertansätzen bzw. den typischen Merkmalen der Planungsrechnung. Als Beispiel sei die Unterscheidung von drei Abschreibungsarten in Planabschreibungen, Istabschreibungen und verrechnete Abschreibungen erwähnt.

Charakteristisch für die Betriebsstatistik im Sowjetsystem ist das System der betrieblichen Kennziffern. Danach sind die Plan-kennziffern wie folgt eingeteilt:

1. Quantitative Kennziffern
2. Qualitative Kennziffern
 - a) technisch-wirtschaftliche Kennziffern
 - aa) Kennziffern für den Einsatz und die Ausnutzung der Arbeitsmittel
 - bb) Kennziffern für den Verbrauch an Arbeitsgegenständen
 - b) rein wirtschaftliche Kennziffern. ¹⁾

1) Lange, Herbert: "Technisch-wirtschaftliche Kennziffern", (ihre Bedeutung für die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne) Heft 3, Berlin 1953, Seite 18 ff.

Die quantitativen Kennziffern dienen der Bestimmung des Produktionsvolumens. Zu ihnen gehören: der Bruttoumsatz, die Struktur der Produktion nach Produktionszweigen und das Sortiment der Produktion.

Die technisch wirtschaftlichen Kennzahlen als erste Untergruppe der qualitativen Kennziffern umfassen die zwei Hauptfaktoren des Produktionsprozesses; die Verwendung der Betriebseinrichtungen und des Stoffeverbrauchs, ¹⁾ da die Planung des Produktionsumfanges von den Produktionskapazitäten sowie den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen her vorgenommen wird.

Zur weiteren Charakterisierung der Produktion dienen rein wirtschaftliche Kostenkennziffern, Rentabilität, Umschlagsgeschwindigkeit usw.

VI. Zusammenfassung

Bevor wir die Gewinn- und Verlustrechnungen der Vergleichsländer einer näheren Untersuchung unterziehen, wollen wir uns vergegenwärtigen, welche Ergebnisse bei der Behandlung formeller Fragen aufgedeckt werden konnten.

Den Versuch einer Gegenüberstellung des Companies Act, des Securities and Exchange Act (bzw. der Regulation S - X) und der russischen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften wollen wir mit der Feststellung abschließen, ob eine Parallelität mit dem deutschen Aktienrecht von 1937 festzustellen ist. Weitgehend ist in England und den USA die Rechnungslegung durch gewohnheitsrechtliche Tatbestände untermaniert. Dadurch wird in England den Gesellschaften eine größere Dispositionsfreiheit zugestanden, als dies in sämtlichen übrigen Vergleichsländern der Fall ist.

Während in Deutschland und der UdSSR die Aktiengesellschaften und Unternehmungen den starren gesetzlichen Vorschriften unterworfen sind, besteht in den USA zwar ebenfalls formell eine individuelle Freiheit bei der Aufstellung der Bilanzen, die aber

¹⁾ Kurski, A.: "Die Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR", Moskau 1949, Seite 116 ff.

für nahezu alle großen corporations dadurch aufgehoben wird, daß sie sich den Gliederungsbestimmungen der Regulation S - X unterwerfen müssen. Dadurch erhalten die Bilanzen in allen Vergleichsländern außer England ein einheitliches Gepräge, wobei jedoch die Zielsetzung und Aussagefähigkeit der Bilanzen sehr verschieden sein kann. Die so häufig gepriesene "Individualität" der englischen Bilanzen offenbarte aber auch Gefahren, die mit der elastischen Formulierung des Companies Act verbunden war.

In vielen Fällen gibt es Abgrenzungsschwierigkeiten, die von unzulänglichen terminologischen Umschreibungen seitens des Gesetzgebers herrühren und auch in der englischen Fachliteratur zu teilweise lebhafter Diskussion geführt haben.¹⁾

Dieser Mangel ist aber auch in Deutschland und den USA trotz der Rührigkeit des Gesetzgebers bzw. des Institute of Certified Public Accountants in der Formulierung und Kommentierung vieler Einzelfragen noch nicht überwunden.

Der formale Aufbau der amerikanischen und englischen Bilanzen zeigt hinsichtlich des Ausweises der Eigenkapitalkonten einige Unterschiede gegenüber Deutschland. So ist z.B. der Ausdruck "reserves" nicht mit dem deutschen Begriff der Rücklagen identisch; er ist umfassender und beinhaltet neben den echten Rücklagen auch Wertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen und Rückstellungen für ungewisse Schulden. Eine spezifische Besonderheit des amerikanischen Bilanzrechts ist der "surplus"; in ihm wird der gesamte Kapitalzuwachs zusammengefaßt, der aus betrieblichen und außerbetrieblichen Quellen stammt.

Der "earned surplus"- der echte Betriebsgewinn wird direkt von der GuV-Rechnung in das "Surplus Statement" übertragen; während der "capital surplus" aus außerbetrieblichen Quellen stammt; hierunter fallen die Emissions- und Agiogewinne, die Gewinne aus Anlagenaufwertung, die Beträge aus der Auflösung von Rücklagen und ähnliche Positionen.

Auch in England wird eine Trennung zwischen "capital" und "revenue reserves" vorgenommen. In unserer Untersuchung stellte

1) Frank, Vivian H.: a.a.O. Seite 3

Forster, Kurt: a.a.O., Seite 128

sich heraus, daß diese Regelung zwar in den Grundzügen der deutschen Unterscheidung zwischen gesetzlichen und freien Rücklagen entspricht, daß dennoch aber beachtliche Unterschiede vorliegen. Eine recht bemerkenswerte Lösung stellt die "provision" dar, die einmal in Beziehung zu den Rückstellungen, zum anderen im Vergleich mit den Wertberichtigungsposten gesehen werden muß.

Bei der ersten Variante sind noch gewisse Abgrenzungsschwierigkeiten zu überbrücken, während bei letzterer die eigentliche Bedeutung in der Praxis noch nicht genügend erkannt ist.

Innerhalb der Gruppe der Fremdkapitalkonten herrschen in England und den USA die gleichen Bilanzierungsgrundsätze wie in Deutschland. Auf der Aktivseite wird wie in Deutschland eine Klassifizierung des Anlage- und Umlaufvermögens vorgenommen, wobei sich Abgrenzungsschwierigkeiten nicht immer vermeiden lassen. Durch den zusammengedängerten Ausweis der Aktiva in einigen Hauptpositionen wird das Prinzip der Bilanzklarheit nicht immer voll gewährleistet. Die sowjetrussischen und sowjetzonalen Bilanzen sind aus bereits erwähnten Gründen kaum noch mit den entsprechenden Bilanzpositionen einer aktienrechtlichen Bilanzvergleichbar. So sind beispielsweise die Positionen Grundkapital, Rücklagen, Wertberichtigungen und Konzernschulden auf der Passivseite, Konzernforderungen, Rechnungsabgrenzungsposten sowie das immaterielle und das Finanzanlagevermögen auf der Aktivseite weggefallen. Die Bilanzen erhalten dadurch einen nahezu kameralistischen Charakter, da sich ihre Aufgabe auf die Darstellung der Finanzleistungen, der verschiedenen Fonds (Passivseite) und den Nachweis ihrer Verwendung (Aktivseite) beschränkt. Trotzdem dürften die ausländischen Regelungen in manchen Einzelfragen auch richtungsweisend für die deutsche Bilanzierungspraxis sein, wobei man jedoch nicht der Versuchung unterliegen darf, die nationale Gebundenheit der jeweiligen Gesetze und ihrer Anwendung in praxi zu unterschätzen.

In Fragen der materiellen Bilanzierungspraxis zeigte sich, daß in Deutschland und der UdSSR bindende Bewertungsvorschriften (Anschaffungswert bzw. fortgeführter Anschaffungswert oder der niedrigere Börsen- und Marktpreis) bestehen, während in England und den USA keinerlei gesetzliche Regelungen getroffen sind. In den USA wird im allgemeinen jedoch bei der Bilanzierung auf

Grund der Forderungen des Steuerrechts das Anschaffungswertprinzip zugrundegelegt. Die englische Bilanzierungspraxis hingegen weist eine Vielzahl von Bewertungs- und Aufwandsmittlungs-methoden aus, so daß die durch die Bemühungen des Institute of Chartered Accountants erreichte Vereinheitlichung wieder dahin-schwindet. Deutlich zeigen sich hier die Gefahren des flexiblen englischen Bilanzrechts.

Der Verzicht des Companies Act auf einen Bewertungsrahmen und rechtlich verankerte GoB mit dem Ziel, die freie Entwicklung von Bewertungskonventionen zu fördern, hat unseres Erachtens gegenüber dem Aktiengesetz keinen echten Vorteil gebracht. Mit der Offenlegung der Bilanzbasis des Anlagevermögens und der An-gabe, ob die Gegenstände des Umlaufvermögens zu den angesetzten Beträgen noch realisierbar sind, gelangt man nicht zur Bilanz-klarheit. In erster Linie müßten die Lücken des Companies Act beseitigt werden. Die stillen Reserven lassen sich infolge feh-lender Bewertungsbestimmungen nicht eindeutig festlegen; die Trennung zwischen Rückstellungen einerseits sowie Erträgen und Rücklagen andererseits ist praktisch nicht vorhanden. Die bei Änderungen in der Bewertungsbasis vorgeschriebenen Erläuterungen sind durchweg ungenügend, weil unterschiedlich ermittelte Bi-lanzposten zusammengefaßt werden dürfen und dem Gesetz Genüge getan ist, wenn offengelegt wird, daß diese Summe z.B. auf Grund einer Neubewertung ermittelt wurde. Es bleibt abzuwarten, welche Schlußfolgerungen aus dem gerade erstatteten Bericht der Jenkins Commission ¹⁾ gezogen werden, die eine Anzahl von Reformvor-schlägen zu den oben kritisierten Punkten gemacht hat.

1) Siehe Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22.6.62
"Das englische Aktienrecht wird härter"

B. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Vergleichsländer
in kritischer Betrachtung

I. Die Ausgestaltung der GuV-Rechnung in Ländern mit
überwiegend marktwirtschaftlichem System (England,
USA, Westdeutschland)

Bei den Ländern mit vorwiegend kapitalistischen Wirtschaftssystemen können wir zwei Gruppen unterscheiden:

1. Länder mit weitgehenden Gliederungsvorschriften für die GuV-Rechnung außerhalb des eigenen Aktienrechtes. (zu ihnen gehört die USA)
2. Länder mit modernen aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften (zu ihnen gehören Deutschland und England)

Umfassende Vergleiche der in den einzelnen Ländern geltenden Bestimmungen über die Gewinn- und Verlustrechnung gab es bisher noch kaum. Infolge der immer enger werdenden Verflechtung der großen Wirtschaftsräume der westlichen Welt und der fortschreitenden Integration Europas wird der Wunsch nach einer umfassenden Information immer größer. Erst in letzter Zeit hat die UEC (Union Européenne des Experts Comptables et Financiers) versucht, mit Hilfe von Fragebogenerhebungen einen zusammenhängenden Überblick über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Europa zu gewinnen. Ob das Ziel der UEC, eine Vereinheitlichung des europäischen Rechnungswesens zu erzielen, erreicht werden kann, bleibt vorerst dahingestellt. Jedoch muß konstatiert werden, daß die Fragen der GuV-Rechnung in allen europäischen Ländern eine immer größer werdende Bedeutung erlangen.

USA: Im Rahmen der Reform der deutschen GuV-Rechnung wurde immer wieder auf die vorbildliche Lösung dieser Probleme in den Vereinigten Staaten hingewiesen. Dabei wird meist übersehen, daß sich keine der amerikanischen Unternehmungsformen - auch nicht die als Vorbild für Vergleiche herangezogene corporation - vollständig der deutschen Aktiengesellschaft deckt, und daß es keine einheitlich kodifizierten, dem deutschen Aktienrecht vergleichbaren Bestimmungen des Handelsrechtes gibt.

Beachtenswert ist schon, daß in der corporation weit umfangrei-

chere gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zusammengefaßt sind, als dies in unserem Aktienrecht der Fall ist. Zur Gründung einer corporation ist die Einreichung einer Gründungs-urkunde durch die Gründer bei den zuständigen amtlichen Stellen erforderlich. Auch partnerships können in Form einer "corporation" betrieben werden, wenn die betreffenden partner juristisch eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten sollen.

Am ehesten entspricht die stock corporation der deutschen Aktiengesellschaft. Das Rechtsinstitut der stock corporation ist in fast allen Bundesländern der Vereinigten Staaten geregelt; trotzdem kann man nicht von einem einheitlichen Aktien- und Handelsrecht in den Vereinigten Staaten sprechen. Nach der amerikanischen Verfassung steht die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Aktienrechts den Bundesstaaten zu; so haben zwar alle Staaten ein Aktiengesetz erlassen, jedoch trug dies nicht zur Schaffung eines einheitlichen Rechnungswesens bei. ¹⁾

Bei der Festlegung der Gliederungsvorschriften haben die vom American Institute of Certified Public Accountants entwickelten "accounting principles" einen maßgeblichen Einfluß ausgeübt, was allgemein anerkannt wird. Man kann behaupten, daß die Vorschriften der SEC keineswegs nur theoretischer Art sind, sondern daß sie bis zum Zeitpunkt ihrer Anwendung bereits organisch gewachsen, praktisch erprobt und laufend verbessert wurden. Dies trifft auch für das SEC-Gewinn- und Verlustrechnungs-Schema zu, das für alle Gesellschaften verbindlich ist, die der Aufsichtspflicht der SEC unterliegen. Da das Schema mit den good accounting principles übereinstimmt, kann es Allgemeingültigkeit beanspruchen, d.h. es wird in den meisten Fällen auch von Gesellschaften angewandt, die dem Securities Act und dem Securities Exchange Act nicht unterliegen.

Es sind zwei Wahlmöglichkeiten für die äußere Form der GuV-Rechnung (Profit and loss account or income statement) zugelassen: das Multiple step statement (Staffelform) und das Single step statement (Kontoform).

Im allgemeinen wird die GuV-Rechnung in Staffelform erstellt,

1) Siebel, Ulf: "Fragen zur Vereinheitlichung des Aktienrechtes", Stuttgart 1954, Seite 76

wobei die Gesellschaften nach der Regulation S - X in folgender Art ihre GuV-Rechnung zu gliedern haben: ¹⁾

Profit and Loss or Income Statement

1. A. Gross sales less discounts, returns and allowances
2. A. Cost of goods sold
1. B. Operating revenues
2. B. Operating expences
3. Other operating expences state separately any material amounts not included in caption 2 A or 2 B above
4. Selling, general and administrative expences
5. Provisions for doubtful accounts
6. Other general expences

Other Income

7. Dividends from:
 - a) securities of affiliates
 - b) marketable securities
 - c) other security investments
8. Interest on securities from:
 - a) securities of affiliates
 - b) marketable securities
 - c) other security investments
9. Profits on securities
10. Miscellaneous other income

Income Deductions

11. Interest and debt discount and expense
 - a) interest on bonds, mortgages or similar debt

Gewinn- und Verlustrechnung

1. A. Roherlös aus Verkäufen abzüglich Skonti, Retouren und Rabatte
2. A. Einkaufspreise der gekauften Waren (Anschaffungs- oder Herstellungskosten)
1. B. Betriebliche Erträge
2. B. Betriebliche Aufwendungen
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen, unter gesonderter Angabe aller bedeutenden Beträge, die nicht im Abschnitt 2 A oder 2 B enthalten sind
4. Verkaufs-, allgem. und Verwaltungskosten
5. Wertberichtigungen zu zweifelhaften Forderungen
6. Sonstige allgemeine Kosten

Sonstige Erträge

7. Dividendenerträge auf:
 - a) Konzernanteile
 - b) Börsengängige Wertpapiere
 - c) Sonstige Wertpapieranlagen
8. Zinserträge auf:
 - a) Konzernanteile
 - b) Börsengängige Wertpapiere
 - c) Sonstige Wertpapieranlagen
9. Gewinne aus Wertpapiergeschäften
10. Verschiedene sonstige Erträge

Abzüge von den Erträgen

11. Zinsen und Disagio sowie Kosten für die Ausgabe von Schuldverschreibungen
 - a) Zinsen für Anleihen, Hypotheken oder ähnliche Schulden

1) Rule 5-03 der Regulation S -X, a.a.O., Seite 17 ff.

b) amortisation of debt discount and expense	b) Tilgung des Disagios und der Kosten für die Ausgabe von Schuldverschreibungen
c) other interest	c) Andere Zinsen
12. Losses on securities	12. Verluste aus Wertpapiergeschäften
13. Miscellaneous income deduction	13. Verschiedene Ertragsabzüge
14. Net income or loss before provision for taxes on income	14. Reingewinn oder -verlust vor Bildung einer Rückstellung für Steuern vom Einkommen
15. Provision for income and excess profits taxes	15. Zuführung zu Rückstellungen für die Einkommen- und "excess profits" Steuern
16. Net income or loss	16. Reingewinn oder Reinverlust
17. Special items	17. Sonderposten
18. Net income or loss and special items	18. Reingewinn oder Reinverlust unter Berücksichtigung der Sonderposten

In zusammengefaßter Form läßt sich die Gewinn- und Verlustrechnung auch folgendermaßen darstellen: ¹⁾

<u>Operating Division</u>	<u>Betriebssektor</u>
Gross sales for period	Bruttoumsatz
./. discounts, returns and allowances	./. Skonto, Retouren und Rabatte
-----	-----
= net sales for period	= Nettoumsatz
./. cost of goods sold	./. Anschaffungs- oder Herstellungskosten
-----	-----
= gross income on operations	= Rohgewinn
./. selling, general and administrative expenses	./. Allgemeine Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten
-----	-----
= net profit on operations	= Betriebsgewinn ²⁾

1) Wrede, E.: "Die neuere amerikanische Erfolgsrechnung" in "Der Wirtschaftstreuhänder", Berlin 1939, 8. Jg., Seite 96

2) Der Betriebsgewinn gehört sowohl in den Betriebssektor, da mit ihm die betriebliche Ergebnisrechnung endet, als auch in den Finanzsektor, da sich hier die neutrale Ergebnisrechnung anschließt.

Financial Division

+ financial or non operating
revenues

./. financial or non opera-
ting expenses

= surplus

Finanzsektor

+ Finanzielle oder neutrale
Erträge

./. Finanzielle oder neutrale
Aufwendungen

= Jahresgewinn

Diesem Schema der SEC sind zu jeder Position ausführliche Erläuterungen beigelegt. Besonderer Wert wird hierbei auf den lückenlosen Ausweis aller Aufwendungen und Erträge gelegt, die aus dem Geschäftsverkehr mit beherrschenden und abhängigen Unternehmungen stammen. Lediglich aus dem statement of profit and loss ergibt sich der Unternehmungserfolg; in der Bilanz erscheint der Unternehmenserfolg (Jahresgewinn) als Einzelposten nicht. Gemeinsam mit den nicht verbrauchten Gewinnresten der vorausgegangenen Geschäftsjahre werden sie in einem besonderen Posten -dem earned surplus- ausgewiesen. Da wir die Eigenart dieser Position bereits bei der Darstellung der Bilanz ausführlich gewürdigt haben, können wir uns auf die Skizzierung der mit der Gewinn- und Verlustrechnung zusammenhängenden Fragen beschränken.

Die entsprechenden Buchungen erfolgen unmittelbar auf den surplus Konten, berühren also das profit and loss statement überhaupt nicht. Dennoch kann man diese Buchungen keinesfalls als erfolgsneutral bezeichnen. Vielmehr gibt es drei große Gruppen von Posten, die die Erfolgsrechnung berühren:

1. Betriebsaufwendungen und -erträge
2. Außerordentliche Aufwendungen und Erträge

3. über surplus zu verrechnende Aufwendungen und Erträge

Hieraus zeigt sich ganz eindeutig, daß in der amerikanischen Praxis die Erfolgsermittlung nicht nur in der GuV-Rechnung, sondern auch über surplus erfolgt. ¹⁾ So berühren beispielsweise Agiobeträge und sonstige Einzahlungen der Aktionäre den "paid in surplus", Buchgewinne bzw. Buchverluste aus dem Ver-

1) Studdt, Emil: "Die privatwirtschaftliche Erfolgsrechnung in den Vereinigten Staaten von Amerika", 1935, Seite 95

kauf des Anlagevermögens den "capital surplus", Erträge bzw. Aufwendungen aus der Neubewertung des Anlagevermögens den "surplus arising from revaluation of assets" und schließlich der Jahresgewinn der Unternehmung laut "statement of profit and loss" den "earned surplus". Der gesamte Erfolg der Unternehmung läßt sich im Grunde genommen durch einen Vergleich des Postens surplus in zwei aufeinanderfolgenden Bilanzen ermitteln. Nach deutscher Bilanzierungspraxis sind außerordentliche und aperiodische Aufwendungen und Erträge über die GuV-Rechnung zu leiten.

In den Vereinigten Staaten ist die Handhabung unterschiedlich. Vor allen Dingen gibt es Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen dem "statement of profit and loss" und dem "surplus statement". Die eine Auffassung will die aperiodischen und außerordentlichen Aufwendungen und Erträge unter Umgehung der GuV-Rechnung direkt auf das surplus Konto in der Bilanz buchen. Hierbei besteht allerdings die Gefahr, daß das GuV-Konto verfälscht wird; diese Handhabung ist dann positiv zu beurteilen, wenn es sich um Beträge von erheblicher Größe handelt, deren Verbuchung in der Gewinn- und Verlustrechnung ein falsches Bild von der Ertragskraft des Unternehmens vermitteln würde.

Die andere Theorie vertritt die Auffassung, daß alle Aufwendungen in die GuV-Rechnung aufzunehmen sind. Dieser Meinung hat sich das American Institute of Certified Public Accountants mit seinem Fachgutachten Nr.32 angeschlossen, zu dem lediglich folgende Ausnahmen zugelassen sind:

- a) Auflösung von Rücklagen
- b) Buchgewinne aus Anlageverkäufen
- c) Katastrophenschäden
- d) Abschreibungen von immateriellen Werten
- e) Verluste aus Obligationen bzw. Emissionen.

Dies gilt aber nur, wenn diese Posten so umfangreich sind, daß sie das Betriebsergebnis trüben würden. Die Berichtigungen sollen also nur in wirklich begründeten Fällen vorgenommen werden. Ohne Zweifel erhält die amerikanische GuV-Rechnung damit ein gewisses Unsicherheitsmoment. Man will dies vermeiden, indem man in einer Anlage zur Bilanz bei den Zuführungen zu den Rücklagen und Rückstellungen die Einführung von zwei Spalten verlangt. Eine davon nimmt die Beträge auf, die zu Lasten der laufenden

Ergebnisrechnung gehen, während in der zweiten Spalte die Posten einzurücken sind, die zu Lasten anderer Konten zugeführt wurden, wobei das Gegenkonto anzugeben ist.

Großbritannien: Auch über die GuV-Rechnung sind im Companies Act klare Bestimmungen enthalten. Besonders in den sections 147-149 wird auf die GuV-Rechnung hingewiesen, während die restlichen sections lediglich Sonderbestimmungen enthalten. Im Gesetz selbst sind keine Gliederungsvorschriften für die GuV-Rechnung in Gestalt eines Formblattes enthalten, sondern es werden dort lediglich eine Reihe von obligatorisch auszuweisenden Aufwands- und Ertragsposten aufgezählt. Diese Angaben brauchen aber nicht unbedingt im Rahmen des "profit and loss account" gemacht zu werden; sondern sie erfolgen teilweise in Form von Anmerkungen und Fußnoten. Dies ist eine spezifische Eigenart des englischen Rechnungswesens.

Bei einer kritischen Analyse ist zu bemerken, daß bis zur Einführung des Companies Act 1948 keine Vorschriften für den Ausweis bestimmter Aufwands- und Ertragspositionen bestanden; die GuV-Rechnung besaß nur geringe Aussagekraft; oft bestand sie nur aus einem Saldoposten. Unter diesen Gesichtspunkten muß die jetzige Regelung als ein großer Fortschritt angesehen werden. Die große Bedeutung der GuV-Rechnung zeigt sich auch darin, daß in der Veröffentlichung die Gewinn- und Verlustrechnung vor der Bilanz erscheint. Auch die gesetzliche Vorschrift des Ausweises der Vorjahreszahlen trägt zu einer Erhöhung des Aussagewertes der GuV-Rechnung bei und erleichtert die Vornahme von externen Ergebnisanalysen.

Wenn auch der englische Gesetzgeber kein Schema für die Aufstellung der GuV-Rechnung geschaffen hat, so läßt sich doch aus der Schedule VIII ein solches Schema ableiten. ¹⁾

¹⁾ Vgl. Companies Act § 12a - h, 13, 14 (6)

Aufwendungen :

Provisions for depreciation, or diminution of assets	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
Interest on Debenture and Loans	Zinsen Auf Obligationen und andere Anleihen
Amount of Income Tax and taxation on Profits	Ertragssteuern
Provisions for redemption of Capital and loans	Zuführung zur Rücklage für den Rückkauf von eigenen Aktien und zur Tilgung von Anleihen
Provisions set aside to Reserves	Zuführung zur Rücklage
Provisions set aside to Provisions	Zuführung zu Rückstellungen
Directors emoluments and remuneration of Auditors	Bezüge von Direktoren und Bilanzprüfern
Amounts of Dividends and proposed	Gezahlte und vorgeschlagene Dividenden

Erträge

Profit for the financial year after charging the Expense	Jahresrohertrag nach Abzug der saldierten Aufwendungen
Profits of Income from Investments	Erträge aus Beteiligungen und Wertpapieren
Trade Investments	a) kurzfristige Wertpapiere
Other Investments	b) sonstige Wertpapiere
Profits withdrawn from Reserves	Beträge aus der Auflösung von Rücklagen
Profits withdrawn from Provisions, if material	Beträge aus der Auflösung von wesentlichen Rückstellungen

Die englische GuV-Rechnung ist ähnlich wie die deutsche nach Teilbruttoprinzip aufgebaut. Die oben gegebene Aufgliederung kann aber noch weiter eingeschränkt werden, weil im Companies Act die Bildung von Rücklagen und Rückstellungen auch im Rahmen der Bilanz möglich ist. In einer Anmerkung zu dem Bilanzposten Rücklagen und Rückstellungen muß über die Veränderungen berichtet werden, während in der GuV-Rechnung eine Verrechnung mit Bilanzposten "Rohüberschuß" vorzunehmen ist. Derartige Verrechnungen ändern zwar nichts am Ergebnis, schränken aber in jedem Fall den Erkenntniswert einer isoliert betrachteten Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Die Eliminierung dieser nicht obligatorisch in der GuV-Rech-

nung auszuweisenden Positionen gewinnen wir folgendes Mindestschema:

<u>Aufwendungen</u>	<u>Erträge</u>
1. Abschreibungen auf das Anlagevermögen	1. Rohüberschuß
2. Zinsen für Anleihen, Obligationen und ähnliches	2. Erträge aus Finanzanlage und Beteiligungen
3. Einkommen- und Gewinnsteuern	
4. Rücklagen für Aktienrückkäufe und Anleihtilgungen	
5. Vergütung an den Abschlußprüfer 1)	
6. Gezahlte bzw. vorgeschlagene Dividenden	
7. Gewinn	

Derartige Gewinn- und Verlustrechnungen sind nur von geringem Erkenntniswert. Bemerkenswert ist der Ausweis der Vorstandsbezüge unter den Aufwendungen, wogegen diese in Deutschland lediglich im Geschäftsbericht zu erwähnen sind.

Nicht in Erscheinung treten demgegenüber die Löhne und Gehälter sowie die sozialen Abgaben. Die englische Erfolgsrechnung weist jedoch im gesamten alle für die hinreichend zuverlässige Beurteilung der Geschäftsentwicklung wichtigen Posten auf, ohne den Gesellschaften aber durch zu großen Publizitätszwang einen Nachteil zu erbringen. Die Ausweisvorschriften sind von größerer Elastizität als das deutsche Gliederungsschema nach § 132 AG.

Nach Auffassung mancher Experten kann eine dem englischen System ähnliche Regelung, die die Individualität der einzelnen Rechnung bestehen läßt und nur den Ausweis einzelner Posten vorschreibt, zu einer erheblichen Verbesserung der Publizität führen. Die englische Gewinn- und Verlustrechnung will durch zahlreiche Rahmenvorschriften die individuelle Art der Bilanzierung gewahrt wissen, ohne jedoch Konzessionen an die getreue Rechenschaftslegung und die Mindestabschlußvorschriften zu machen.

1) Schedule VIII, § 13

vom Gesetzgeber geschaffenen Mindestgliederungsvorschriften
den durch die Praxis ordentlicher Kaufleute und die Empfeh-
gen der Chartered Accountants erweitert und auf den jeweils
sten Stand ergänzt werden.

Deutschland: In Deutschland ist 1961 eine Reform der Gewinn-
Verlustrechnung vorgenommen worden. Ziel dieser Reform war
vor allem, den Kapitalmarkt zu fördern, was aber nur durch
e bessere Information der Aktionäre über die Gewinnlage des
ernehmens erreicht werden kann. Die GuV-Rechnung des Aktien-
setzes von 1937 blieb in der Aussagefähigkeit hinter dem frü-
en § 261 c des Handelsgesetzbuches zurück. Durch eine weit-
ende Saldierungsmöglichkeit ist der Jahresertrag nach außen
t erkennbar; die Bildung stiller Reserven ist nicht ausweis-
ichtig, was bei vielen Unternehmungen zu der Schaffung von
en stillen Reserven geführt hat.

halb ist zur Förderung des Kapitalmarktes die Reform der Ge-
n- und Verlustrechnung durchgeführt worden. So muß vor allem
Angabe des Umsatzes erfolgen. Entgegen der früheren Regelung
§ 132 AG, die nur die Kontoform erlaubte, ist es in der neu-
fassung des § 132 AG den Gesellschaften freigestellt, ob sie
Konto- oder die Staffelform benutzen wollen. Die Neufassung
§ 132 AG lautet wie folgt: (Kontoform)

Auf der Seite der Aufwendungen:

1. Verminderung des Bestandes an fertigen und halbfertigen
Erzeugnissen;
2. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, für die-
sen gleichzusetzende Fremdleistungen und für bezogene
Waren;
3. Löhne und Gehälter;
4. soziale Abgaben;
5. soziale Aufwendungen, soweit sie nicht unter anderen Po-
sten auszuweisen sind;
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf die in § 131
Abs. 1 A II Nr.1 bis 5 bezeichneten Gegenstände des An-
lagevermögens;
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf die in § 131
Abs. 1 A II Nr.6 und 7 bezeichneten Gegenstände des An-
lagevermögens;
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf die in § 131
Abs. 1 A III Nr.4 bis 16 bezeichneten Gegenstände des Um-
laufvermögens;

9. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens;
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen;
11. Steuern
 - a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen;
 - b) sonstige Steuern;
12. Lastenausgleichsvermögensabgabe;
13. Aufwendungen aus Verlustübernahmeverträgen;
14. sonstige Aufwendungen;
15. auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne;
16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr;
17. Einstellungen in Rücklagen;
 - a) in die gesetzliche Rücklage;
 - b) in freie Rücklagen;
18. Reingewinn.

II. Auf der Seite der Erträge :

1. Umsatzerlöse;
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und halbfertigen Erzeugnissen;
3. andere aktivierte Eigenleistungen;
4. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen;
5. Erträge aus Beteiligungen;
6. Erträge aus anderen Wertpapieren des Anlagevermögens;
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge;
8. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens;
9. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen, soweit sie nicht unter Nr.8 aufzuführen sind;
10. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen;
11. sonstige Erträge;
12. Erträge aus Verlustübernahmeverträgen;
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr;
14. Entnahmen aus Rücklagen
 - a) aus der gesetzlichen Rücklage;
 - b) aus einer freien Rücklage;
15. Reinverlust.

Auf die Darstellung der Staffelform wollen wir hier -da sie im Vergleich zu den angelsächsischen Regelungen keine nennenswerten Unterschiede bringt-, verzichten. ¹⁾

1) Köhler, Alo: "Kleine Aktienrechtsreform", Textausgabe mit Erläuterungen nach der amtlichen Begründung, Neuwied 1960

II. Die Gewinn- und Verlustrechnung in Ländern mit sozialistischem Wirtschaftssystem

der Sowjetunion setzt sich die gesamte Rechnungslegung aus Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und einer Vielzahl Abrechnungstabellen und Listen zusammen. Im Gegensatz zu westlichen Ländern findet die Rechnungslegung nicht nur jährlich, sondern in wesentlich kürzeren Zeitabschnitten statt. wollen jedoch die jährliche Rechnungslegung untersuchen. Die Grundlage für die jährliche Rechnungslegung sind die Verurteilungen über die buchhalterischen Berichte und Bilanzen. Allen Unternehmensunternehmungen, genossenschaftlichen Betrieben und Bauwerken wird es zur Pflicht gemacht, Jahres- und Monatsbilanzen erstellen und sie den übergeordneten Institutionen einzuweisen. Entsprechende Abschriften der Bilanzen der Finanzorgane, Banken und Dienststellen erhält die Statistische Zentralverwaltung, die diese Unterlagen als Grundlage für ihre Planungsentscheidungen benötigt.

den zuständigen Ministerien und zentralen Organisationen werden nach Genehmigung durch das Finanzministerium der UdSSR Formblätter aufgestellt, die von den Betrieben strikte einzuhalten sind. ¹⁾

Afanasjew teilt die Formblätter in vier Gruppen ein, wobei die Gewinn- und Verlustrechnung betreffenden Formblätter unter Bezeichnung "Die Rechnungslegung über die Realisierung und Finanzergebnis" zusammengefaßt sind. Formblatt 12 (Realisierung der Produktion) und Formblatt 20 (Gewinn- und Verlustrechnung) finden hierbei unser besonderes Interesse. Der Unterschied zwischen den beiden Formblättern besteht darin, daß Formblatt 12 die geplanten Aufwendungen und Erträge zusammenfaßt, Formblatt 20 hingegen neben den nicht geplanten Aufwendungen und Erträgen auch noch den Saldo des Formblattes 12 enthält. Deshalb unterscheidet die sowjetische Buchhaltungspraxis

Vgl. Afenasjew: "Die Grundzüge des Aufbaus einer buchhalterischen Bilanz", Verlag "Die Wirtschaft", Berlin (Ost) 1953

streng zwischen den Aufwendungen und Erträgen des Formblattes 12 und 20.

Die überragende Bedeutung kommt dem Formblatt 12 zu. Die Ergebnisse der darin aufgeführten Positionen werden vor allem für Wirtschaftlichkeits- und Rentabilitätsanalysen benötigt. Zu diesem Zwecke teilt man das Formblatt in zwei Teile (A und B) ein. Der Teil A enthält hierbei die Ergebnisse aus der Herstellung und dem Vertrieb eigener Erzeugnisse, während im Teil B die restlichen nicht der Planung unterliegenden betrieblichen Aufwendungen und Erträge zusammengefaßt sind. Eine gemeinsame Erfassung der beiden Teile findet aber nicht statt, obwohl in das Formblatt Nr.20 die Summe der beiden Teilergebnisse zu übernehmen ist. Wir wollen nun eine schematische Darstellung des Formblattes Nr.12 geben unter Verwendung "moderner" westlicher betriebswirtschaftlicher Begriffe:

Ermittlung des Betriebsergebnisses

1. Erlöse aus dem Absatz der Fertigungserzeugnisse
2. Herstellkosten
3. Differenz gegenüber Plan
4. Verwaltungskosten
5. Vertriebskosten (außer Umsatzsteuer)
6. Selbstkosten (Pos: 2+4+5 ./ 3)
7. Teil - Betriebsergebnis(Produktion 1 ./ 5)
8. Sonstige Betriebserträge
9. Sonstige Betriebsaufwendungen

Bemerkungen:

Zu 1 : In Formblatt 12 Teil A bezeichnet mit
"Erlös aus der Realisierung".

Zu 2 : In Formblatt 12 Teil A bezeichnet mit
"Produktionsselbstkosten".

Die Ermittlung der Beträge geschieht durch Formblätter Nr.5 (Produktionsaufwendungen) und Nr.6 (Selbstkosten der Warenproduktion). Da in diesen Formblättern mit festen Planwerten gerechnet wird, sind die Herstellkosten in Formblatt 12 ebenfalls zu diesen festen Verrechnungswerten einzusetzen.

Zu 3 : Im Formblatt Nr.12, Teil A mit "Differenz zwischen Plan- und Ist-Produktionsselbstkosten" bezeichnet.

Durch diesen Posten erfolgt die Regulierung der zu festen Verrechnungswerten ermittelten Herstellkosten.

- 4 : Im Formblatt Nr.12, Teil A mit "Nicht auf die Produktion entfallende Kosten" bezeichnet.
- Die Ermittlung dieser Beträge erfolgt hinsichtlich der Verwaltungskosten durch Formblatt Nr.7 und hinsichtlich der Vertriebskosten durch eine Sonderzusammenstellung am Schluß des Teiles A vom Formblatt Nr.12.
- 5 : Im obigen Schema in die Selbstkosten einbezogen, da zu den Vertriebskosten gehörend. Nach sowjetischer Auffassung werden sie jedoch innerhalb der Selbstkosten erfaßt.
- 6 : In Formblatt Nr.12, Teil A in der Zeile "insgesamt" ausgewiesen; sie enthält auch die Umsatzsteuer.
- In der Zeile "Volle Selbstkosten" des Formblattes Nr.12 ist dagegen die Umsatzsteuer nicht enthalten.
- 7 : Es handelt sich um das Ergebnis des Teiles A und stellt den Erfolg des der Planung unterworfenen Teiles der betrieblichen Tätigkeit dar.
- 8 : In Formblatt Nr.12, Teil B näher aufgegliedert. Es handelt sich um nicht vom Plan erfaßte Aufwendungen -bzw. wenn saldiert- Gewinne.
- 9 : In Formblatt Nr.12, Teil B näher aufgegliedert. Es handelt sich um nicht vom Plan erfaßte Aufwendungen -bzw. wenn saldiert- Verluste.

Schließend wird das Ergebnis des Teiles A mit den Aufwendungen bzw. Verlusten und den Erträgen bzw. Gewinnen des Teiles B zusammengefaßt. Wie bereits erwähnt, erfolgt diese Zusammenfassung nicht im Formblatt Nr.12 selbst, obwohl dieser Betrag als Gewinn bzw. Verlust aus der Realisierung in Formblatt Nr.20 anzusetzen ist.

Mithilfe des Formblattes Nr.20 (Gewinne und Verluste für das Jahr) wird die Errechnung des Gesamtergebnisses vorgenommen. Bei der Übernahme des Betriebsergebnisses aus dem Formblatt Nr.12 zählt das Formblatt 20 sowohl für die Aufwands- als auch für die Ertragsseite die Posten auf, die hier auszuweisen sind.

Folgenden wollen wir nun das Gesamtergebnis aus dem Formblatt Nr.20 ableiten: ¹⁾

Aufwand

1. Betriebsverlust
(Saldo Formblatt 12)
2. Betriebsfremder
Aufwand
3. Periodenfremder
Aufwand
4. Außergewöhnlicher
Aufwand
5. Gewinn

Ertrag

1. Betriebsgewinn
(Saldo Formblatt 12)
2. Betriebsfremder Ertrag
3. Periodenfremder Ertrag
4. Außergewöhnlicher
Ertrag
5. Verlust

Die meisten der im Formblatt Nr. 20 auszuweisenden Positionen lassen sich in dieses Schema einordnen. So gehören beispielsweise Verluste aus der kommunalen und der Wohnungswirtschaft ebenso wie die Unterhaltung stillgelegter Anlagen zu den betriebsfremden Aufwendungen; "Eingänge aus ausgebuchten, uneinbringlichen Forderungen" und "im Berichtsjahr angefallenen Gewinnen aus früheren Jahren" gehören zu den periodenfremden Erträgen.

Bei den Posten "Verluste aus Naturkatastrophen" und "Verluste aus der Ausbuchung uneinbringlicher Forderungen" handelt es sich um außergewöhnliche Aufwendungen, so daß mühelos sämtliche Positionen des Formblattes Nr. 20 in das vorstehende, nach westlicher Terminologie aufgegliederte Schema eingeordnet werden können.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die eingehende Ausgestaltung der Formblätter die besondere Bedeutung erkennen läßt, die diesem Teil der "buchhalterischen Berichterstattung" zukommt. Im Prinzip handelt es sich um eine funktionsmäßige Aufgliederung des Ergebnisses mit scharfer Trennung des betrieblichen von dem neutralen Erfolg, wobei gleichzeitig ein laufender Vergleich mit den vorgegebenen Planzahlen erfolgt.

Eine Aufteilung nach Kosten- und Ertragsarten findet im Rahmen der eigentlichen Ergebnisrechnung nicht statt, sondern wird verschiedenen vorgeschalteten Formblättern und Sondernachweisen überlassen.

Sowjetische Besatzungszone Deutschland: In der sowjetischen Besatzungszone fand im Laufe der Jahre eine wachsende Angleichung an sowjetische Theorien und Praktiken statt. Es traten sogenannte wirtschaftsrechtliche Bestimmungen an die Stelle der alten

edelsrechtlichen Vorschriften, die die Einbeziehung der gesamten Wirtschaft in den Gesamtplan und damit in den Kontrollapparat des Staates zum Ziel haben. Durch relativ häufige Änderungen des Einheitskontenrahmens, (dieser entsprach nicht mehr den Änderungen) kam man zu einer Neuorganisation von Rechnungswesen und Berichterstattung der VEB, wobei die zwingenden Vorschriften in den "Grundsätzen für das Rechnungswesen der volkseigenen Betriebe" niedergelegt wurden. Diese Grundsätze stellen die Gemeinschaftsarbeit eines Entwicklungskollektivs von Vertretern der Hochschulen, der Industrie und des Finanzministeriums dar, bei der die Erfahrungen der Sowjetunion vereinigt und mit den Erkenntnissen aus der eigenen Wirtschaftspraxis.

Innerhalb dieser Grundsätze ist auch der sogenannte Kontrollbericht geregelt, der eine eingehende Rechnungslegung darstellt und den Bilanzkreis, den Kreis der Ergebnisrechnung und die Beziehungen zwischen Betrieb und Staatshaushalt umfaßt. Der Kontrollbericht wird auf vorgeschriebenen Kontrollblättern J 1-J 14 erstattet, wobei für die Ergebnisrechnung das Kontrollblatt J 9 maßgebend ist. Hierbei handelt es sich um eine statistische Zusammenstellung der in der Buchhaltung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge, die mit dieser äußerlich zwar nicht übereinstimmen, inhaltlich jedoch die gleichen Abschlußbuchungen enthalten. Da die VEB kein Unternehmen, sondern einen Betrieb darstellen, bezeichnet man folglich das Gesamtergebnis als Betriebsergebnis.

Für die Privatbetriebe gilt nach wie vor der EKRI (Einheitskontenrahmen der Industrie). Er bringt auch ein Gliederungsschema für die Ergebnisrechnung. Es handelt sich um eine Bruttorechnung nach dem Umsatzkostenverfahren. Da in ihr "Planselbstkosten" und "Planumsätze" den Istzahlen im Berichtsjahr gegenübergestellt werden, ist diese Ergebnisrechnung nach Gliederung der Posteninhalte nicht mehr mit der aktienrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar. Die Ergebnisrechnung ist in drei Abschnitte unterteilt:

- A = Ergebnis aus Absatz
- B = Übriges Ergebnis
- C = Betriebsergebnis.

A. Ergebnis aus Absatz

<u>Aufwand</u>		<u>Ertrag</u>	
	<u>Soll</u> DM		<u>Soll</u> DM
	<u>Ist</u> DM		<u>Ist</u> DM
I. Planselbstkosten nach Erzeugnisgruppen		I. Erlöse nach Erzeugnisgruppen	
II. Plankosten des Eigenverbrauchs		II. Eigenverbrauch	
III. abzüglich Erlöskorrekturen durch gesetzliche Preisänderungen (Erlösaufbesserungen infolge Preiserhöhungen)		III. abzüglich Erlöskorrekturen durch gesetzliche Preisänderungen (Erlösverminderung infolge Freissenkungen)	
IV. Verrechnete Steuern		IV. Ergebnisanteil Steuern (Gegenposten zu den verrechneten Steuern; in der Ergebnisrechnung wird ein um die bereits zu Lasten des Gewinns abgeführten Steuern bereinigtes Ergebnis ausgewiesen)	
V. Abweichungen von den Planselbstkosten und Materialverrechnungspreisen (Aufwandsposten)		V. Abweichungen von den Planselbstkosten und Materialverrechnungspreisen	
VI. Verlust aus der Änderung der Abgabepreise		VI. Gewinne aus der Änderung der Abgabepreise	
VII. Saldo A (Gewinn)		VII. Saldo A (Verlust)	

B. Übriges Ergebnis

<u>Aufwand</u>		<u>Ertrag</u>	
I. Aufwendungen für sonstige Produktionsabteilungen		I. Deckung der Aufwendungen für sonstige Produktionsabteilungen (aus diversen Fonds oder durch sonstige Erträge)	
II. Aufwendungen für Schadensfälle, Abbruch und Verschrottung		II. Erträge aus Schadensfällen, Abbruch und Verschrottung	
III. Aufwendungen für vermietete Grundmittel		III. Erträge aus vermieteten Grundmitteln	
IV. Andere Aufwendungen		IV. Andere Erträge	
V. Saldo B (Gewinn)		V. Saldo B (Verlust)	

Betriebsergebnis

Saldo A (Verlust)	I. Saldo A (Gewinn)
Saldo B (Verlust)	II. Saldo B (Gewinn)
. Gesamtgewinn	III. Gesamtverlust ¹⁾

Zusammenfassend ist festzustellen, daß in der SBZ Deutschlands Ergebnisrechnung für volkseigene Betriebe und für Privatbetriebe strukturell voneinander verschieden sind. Aber auch für Privatbetriebe wird die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung in einem Ausmaß verlangt, wie es in den westlichen Vergleichsländern nicht üblich ist, doch ist die formale Integration des betrieblichen Rechnungswesens in den betrieblichen überbetrieblichen Plan noch nicht vollzogen. Bei den volkseigenen Betrieben hingegen beherrscht das Ziel der Kontrollmöglichkeit durch den Plan die Gliederung der Ergebnisrechnung vollkommen, selbst auf Kosten einer verringerten Aussagefähigkeit. Dies gilt jedoch nur für eine isolierte Betrachtung der Ergebnisrechnung; durch die Vielzahl der eingereichten Kontrollblätter wird dieses Manko nicht nur ausgeglichen, sondern in der Gesamtheit betrachtet, gehen die Angaben über die Ergebnisrechnung weit über die in den westlichen Vergleichsländern geforderten Ausweise hinaus.

III. Vergleichende Analyse der die Gewinn- und Verlustrechnung bestimmenden äußeren Faktoren

Aufgabe der folgenden Untersuchung ist es, die unter I und II behandelten Regelungen zu analysieren, zu systematisieren und ihren betriebswirtschaftlichen Aussagewert zu ergründen. Dabei sollen zur Findung einer optimalen betriebswirtschaftlichen Lösung auch die bisherige Regelung des § 132 AG, die bis 1937 geltende Gliederungsvorschrift des § 261 c HGB, sowie der Reformvorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer behandelt werden. Es erscheint zweckmäßig, um gewisse Entwicklungstendenzen und Charakteristika der deutschen Regelung hervorzuheben.

VO über die Buchhaltung und die buchhalterische Berichterstattung der Industriebetriebe, Gesetzblatt der DDR, 1955, I, Seite 713

1. Gesetzgebende Institutionen

Auf die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften der GuV-Rechnung können ganz verschiedenartige Institutionen wie der Staat, die Industrie- und Handelskammern, die einzelnen Fachverbände und Interessengruppen Einfluß nehmen. In ganz erheblichem Ausmaße gilt dies auch für die durch Theorie und Praxis entwickelten Buchführungs- und Bilanzierungsgrundsätze. Jedoch übt der staatliche Gesetzgeber in Form von handels-, steuer- und wirtschaftsrechtlichen Erlassen den größten Einfluß aus. Eine handelsrechtliche Regelung der GuV-Rechnung findet sich in den modernen Aktiengesetzen Deutschlands und Großbritanniens; in den Ostblockstaaten (UdSSR und SBZ) erfolgt eine Regelung der GuV-Rechnung mit Hilfe von wirtschafts- und finanzrechtlichen Vorschriften.

Aus den bekannten verfassungsrechtlichen Gründen ist eine einheitliche Aktiengesetzgebung in den USA nicht möglich; jedoch hat der Bund die Möglichkeit gehabt, einheitliche Publizitäts- und Gliederungsvorschriften mit Hilfe des Securities Act und des Securities Exchange Act zu erlassen. Für die Einhaltung dieser Vorschriften ist die Securities and Exchange Commission verantwortlich. Diese Regelung hat sich sehr bewährt; in mancher Beziehung ist sie sogar aktienrechtlichen Regelungen durch eine straffere Handhabung der Bestimmungen überlegen. So werden beispielsweise die aktienrechtlichen Vorschriften in den meisten Ländern durch Kommentare erläutert, die trotz ihrer unzweifelhaften Bedeutung aber nur normativen Charakter haben, während die von der SEC herausgegebenen Erläuterungen Bestandteil der gesetzlichen Vorschrift sind.

Die große Bedeutung der Buchhaltungs- und Bilanzierungsgrundsätze ist im Gewohnheitsrecht verankert. (z.B. die good accounting principles) Um die Entwicklung und Förderung dieser Grundsätze haben sich in erster Linie in den einzelnen Ländern die Fachverbände und Institute der Wirtschaftsprüfer verdient gemacht. Besonders gilt dies für Deutschland, England und die USA. Der Einfluß der Wirtschaftsprüfer auf die gesetzlichen Regelungen ist in diesen Ländern unverkennbar. Neuregelungen ohne Hinzuziehung von Vertretern dieses Personenkreises sind undenkbar. Diese Erscheinung ist durchaus zu begrüßen, müssen doch die Wirt-

haftsprüfer infolge ihrer Doppelfunktion als "Prüfer" und "Be-
ter" einen Mittelweg suchen, um eine Interessenkollision zu
meiden.

Im dritten Hauptteil werden wir uns mit diesem Fragenkomplex
ausführlich zu beschäftigen haben.

Ein Zweifel ist es nicht möglich, infolge des großen Einflusses
der Aktiengesellschaften auf das Wirtschaftsleben des Staates
auf eine gesetzliche Regelung der Rechnungslegungsvorschriften
zu verzichten.

2. Allgemeine Zweckmäßigkeit der Gliederungsvorschriften für die Gewinn- und Verlustrechnung

In den Ziel- und Zwecksetzungen der GuV-Rechnung können wir in
den einzelnen Vergleichsländern folgende Gründe unterscheiden:

- a) Gläubigerschutz
- b) Aktionärschutz
- c) berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit.

Darüber hinaus sind ebenfalls bestimmend:

- d) Schaffung von Prüfungs-, Kontroll- und Vergleichsmöglich-
keiten.
- e) betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte
- f) volkswirtschaftliche Gesichtspunkte

Es ist haben mehrere dieser Gründe auf die Entscheidungen des Ge-
setzgebers eingewirkt, teils mit gleicher, teils mit unter-
schiedlicher Intensität. Dabei ist es oft nicht möglich, ein-
deutig zu bestimmen, welcher Zweck vorherrschend ist. Der ur-
sprüngliche Anlaß für die Veröffentlichung handelsrechtlicher
Vorschriften über die Aufstellung von Jahresabschlüssen war wohl
in allen Vergleichsstaaten der Gläubigerschutz. Mit Ausnahme der
Einkaufsblockstaaten besteht dieses Anliegen auch heute noch. Diese
Aufstellung gilt jedoch hinsichtlich der GuV-Rechnung nur mit
Einschränkungen. In erster Linie ist der Gläubiger an der Li-
quidität der Schuldner interessiert; diese wird jedoch in der
Bilanz ersichtlich gemacht. Die Ergebnisse der Gewinn- und Ver-
lustrechnung dienen lediglich zur Ergänzung der Angaben über die
Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Vordergrund steht hingegen der Schutz des Aktionärs bei allen modernen

Aktiengesellschaften und Reformbestrebungen im Vordergrund. So heißt es z.B. in der Begründung zum Entwurf des Bundesjustizministeriums, daß mit einer Reform des Aktiengesetzes eine Verbesserung der Information der Aktionäre und damit eine Erweiterung des Kapitalmarktes erreicht werden soll. Auch in den Vereinigten Staaten kommt dieses Anliegen sehr deutlich zum Ausdruck, wo die Regelungen der SEC Behörde nur solche "corporations" betreffen, die mit ihren Aktien an der Börse vertreten sind.

In Großbritannien sind ebenfalls die Interessen des Aktionärs für den Erlaß von Gliederungsvorschriften bestimmend; doch wird im Cohen Report auch ausdrücklich auf das Interesse der Öffentlichkeit hingewiesen. Der neue § 132 AG stellt ebenfalls den Gedanken des Gläubigerschutzes in den Vordergrund, da er die Anwendung vollständiger Gliederungsvorschriften von Aktiengesellschaften verlangt. Gleichzeitig verfolgt man aber auch damit das oben erwähnte Ziel der Förderung des Kapitalmarktes.

In der UdSSR und der Sowjetzone dient die Gliederung der Ergebnisrechnung insbesondere der Schaffung von Kontroll-, Prüfungs- und Vergleichsmöglichkeiten. Neben den bereits erwähnten Gesichtspunkten des Gläubiger- und Aktionärschutzes spielen aber auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte eine maßgebende Rolle. ¹⁾ In allen Vergleichsländern hat die Erfahrung gezeigt, daß die gesetzlichen Regelungen einen nachhaltigen Einfluß auf die Ausgestaltung des innerbetrieblichen Rechnungswesens hinterlassen haben. Wir müssen diese Auswirkungen in unserer weiteren Analyse berücksichtigen. Besonders in den Vereinigten Staaten sind diese betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte bei der Aufstellung und Weiterentwicklung der Gliederungsschemata der SEC zur Geltung gekommen. Aber auch der neu gefaßte § 132 AG und der Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer berücksichtigen in ihren Fassungen in starkem Maße die Grundsätze der Betriebswirtschaftslehre.

¹⁾ Minz, W.: "Rechnungslegung und Abschlußprüfung", Düsseldorf 1955, Seite 73 ff.

3. Spezielle Zweckmäßigkeit der Gliederungsvorschriften

Dieser Abschnitt steht unter dem Motto der Untersuchung des Verhältnisses von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung. Dabei ist es müßig, theoretische Erörterungen über den Vorrang der einen der beiden Abschlußrechnungen anzustellen. Wir wollen uns vielmehr der Ansicht von Schmalenbach anschließen, der beiden Rechnungen die gleiche Bedeutung zuerkennt.¹⁾ Allerdings unterscheiden sich beide Rechnungen im Zeitpunkt ihrer Betrachtungsweise. Während die Bilanz als Zeitpunktrechnung die Änderungen der Vermögens- und Kapitaldispositionen durch Zugänge, Abgänge und Neubewertungen mit Hilfe eines Status registriert und als Saldo aus der Gegenüberstellung der auf diese Weise ermittelten Aktiva und Passiva den Erfolg des Zeitraums in einem Betrag ausweist, will die GuV-Rechnung als Zeitraumrechnung den Erfolg nach bestimmten Kriterien ordnen, gliedern und ausweisen. Für die Aufgliederung des Erfolges können folgende spezielle Zwecke bestimmend sein:

- a) Beurteilung der Ertragslage
- b) Kenntlichmachung relevanter Aufwands- und Ertragspositionen
- c) Beurteilung der Gewinnpolitik der Geschäftsleitung
- d) Ermöglichung von Betriebs- und Kennziffervergleichen.

Zu a: Hier spielt das Problem des Umsatzausweises eine große Rolle. Nur bei unsaldiitem Ausweis ist eine Beurteilung der Ertragslage möglich. Diesem Zweck entsprechen im wesentlichen die Gesetze in den Vereinigten Staaten, Sowjetunion, SBZ, Bundesrepublik Deutschland und der Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer. Mit Einschränkungen galt dies auch für die alte Regelung des § 261 c HGB, die mit dem Rohertrag (Umsatz ./ .Materialeinsatz) einen aussagefähigen Posten ausweist. Unbrauchbar für diesen Zweck sind die bisherigen Regelungen des § 132 AG und das Schema der GuV-Rechnung in Großbritannien.

Zu b: Hier sind zwei Gruppen von Gewinn- und Verlustrechnungen zu unterscheiden. Die eine Gruppe, zu der England und die Fassung des § 132 AG von 1937 gehören, weist nur bestimmte, für

1) Schmalenbach: "Dynamische Bilanz", a.a.O., Seite 27

bedeutsam gehaltene Positionen aus, während die andere Gruppe (USA, Sowjetunion, Neufassung § 132 AG und Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer) sich bemüht hat, in größtmöglichem Umfange sämtliche praktisch möglichen Ertrags- und Aufwandspositionen in das Schema aufzunehmen.

Zu c: Die Beurteilung der Gewinnpolitik mit Hilfe der GuV-Rechnung ist sehr gut möglich, sofern Aufwands-Positionen, die zum Zwecke der Gewinnmanipulation beeinflussbar sind (Abschreibungen, Bildung von Wertberichtigungen, Rückstellungen und Rücklagen) klar von anderen Aufwandspositionen in dem Schema abgegrenzt werden können. Für die Staaten des Ostblocks ist diese Problematik gegenstandslos. Mit Ausnahme der Altfassung des § 132 AG verfolgen sämtliche Vergleichsländer mit dem Ausweis der Abschreibungen und der Zuführung zu den Rücklagen diesen Zweck. Offensichtlich wird dies in England, da dort gemäß der 8th schedule, Seite 12-14 sowie § 196 CA sich die Ausweispflicht auf wenige Positionen beschränkt und ein Teil dieser Posten offensichtlich ebenfalls der Beurteilung der Gewinnpolitik dient.

Demgegenüber enthielt die alte Fassung des § 132 AG keine Position für den Ausweis der freien bzw. der gesetzlichen Rücklage zuzuführenden Beträge.

In der Neufassung des § 132 AG ist unter I Pos. 17 mit Recht der getrennte Ausweis der Zuführung zur gesetzlichen und freien Rücklage vorgeschrieben und damit auch eine bessere Beurteilung der Gewinnpolitik des Unternehmens ermöglicht.

Zu d: Die Lieferung von Werten für die Betriebs- und Kennziffernvergleiche ist ein Postulat, das in den Ostblockstaaten von der Gewinn- und Verlustrechnung in jedem Falle zu erfüllen ist. Mit Hilfe festgelegter Systeme erfolgt die Auswertung und Verarbeitung der Beträge, die in den zum Kreis der Ergebnisrechnung gehörenden Form- bzw. Kontrollblättern ausgewiesen werden. Im Gegensatz hierzu sind in den übrigen Vergleichsländern die Schemata nicht unter diesen Gesichtspunkten erstellt worden. Hier waren die anderen Zwecke vorherrschend. Hinsichtlich des Betriebsvergleiches bestimmt also nicht der Zweck die Gliederung, sondern die nach anderen Zwecken aufgebaute Gliederung bestimmt, in welchem Umfange Betriebs- und Kennziffernvergleiche ermöglicht werden können. Zur Erleichterung von externen innerbe-

ieblichen Zeitvergleichen dient in den USA und in Großbritannien die Vorschrift, in der Bilanz und der GuV-Rechnung die Vorschreibszahlen mit einzusetzen. Damit wird jedoch keineswegs eine materielle Bilanzkontinuität vorgeschrieben. In formeller Hinsicht bemüht sich der Gesetzgeber, im Interesse der Öffentlichkeit und der Wirtschaftsprüfungsorganisationen dem Wunsch auf Vergleichbarkeit nachzukommen, was jedoch hinsichtlich der Beurteilung zu keinerlei Konsequenzen führt. Zweifellos wird aber der Aussagewert der Ziffern des Jahresabschlusses hierdurch bedeutend erhöht und auch derjenige Aktionär, der keine oder nur geringe betriebswirtschaftliche Kenntnisse besitzt, erhält wichtige Hinweise. Leider ist auch in der Neufassung des § 132 AG keine solche Regelung nicht verwirklicht. Der Einwand, der gleiche Nützeffekt könne durch Heranziehung der vorjährigen Gewinn- und Verlustrechnung erzielt werden, trifft nicht zu. Abgesehen davon, daß die vorjährige Gewinn- und Verlustrechnung nicht immer zur Verfügung steht, bedeutet die Nebeneinanderstellung von Zahlen verschiedener Abschlüsse nicht unbedingt eine vollständige Vergleichbarkeit. Wie die Praxis zeigt, ist trotz des anerkannten Grundsatzes der materiellen Bilanzkontinuität dies durchaus nicht immer der Fall.

4. Der Elastizitätsgrad der Vorschriften

Die Vorschriften über die Elastizität der Gewinn- und Verlustrechnung sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. So findet man beispielsweise die Anwendung eines starren Schemas, das keine Abweichungen erlaubt oder die Anwendung eines Schemas, das nur wenige Posten enthält. Im letzteren Falle ist eine gewisse Elastizität insofern vorhanden, als in der Regel dadurch Raum für eine weitere eigene Ausgestaltung gegeben ist. Inwieweit davon Gebrauch gemacht wird, bleibt vorerst dahingestellt. Der Elastizitätsgrad der Vorschriften kann weiter erhöht werden, indem in bestimmten Fällen Ausweismöglichkeiten an anderer Stelle, Abänderungen und Eliminierungen vorgesehen sind. In den Ostblockländern ist selbstverständlich die starre Anwendung der Gliederungsvorschriften vorgeschrieben. Abweichungen sind praktisch auch nicht möglich, weil die Ziffern der Erfolgs-

rechnung in vorgedruckten Formblättern (Sowjetunion) bzw. Kontrollblättern (SBZ) eingetragen werden müssen.

Das deutsche Bilanzgesetz verankert im § 432 die Einhaltung der gesetzlichen Gliederungsform. Der Geschäftsleitung bleibt allerdings ein gewisser Spielraum, weil sie eine weitergehendere Gliederung vornehmen kann.

Die gesetzlichen Vorschriften in der Bilanzordnung, die das im Gesetz nicht vorgeschriebene Schema an verschiedenen Stellen des Companies Act, aus denen sich ein solches Schema ergibt, läßt. Dieses Mindestschema muß um zusätzlich erweitert werden, wenn dies für einen wahrheitsgemäßen Abbild der Geschäftslage erforderlich ist. In den Companies Act sind auch bestimmte Ausnahmen nicht ausgenommen. So kann der Board of Trade die Genehmigung erteilen, daß Zuführungen zu Rückstellungen nicht ausgewiesen werden müssen. (Schedule VIII, § 12(2)) Für die meisten Posten wird der Ausweis nur verlangt, wenn es sich um wesentliche Posten handelt. Natürlich können auch Beträge, die den Erfolg beeinflussen, an einer anderen Stelle als in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden, wenn dies der Geschäftsleitung einen sehr hohen Elastizitätsgrad der Vorschriften feststellen kann.

Interessant ist die Lage in den USA. In den Erläuterungen der SEC findet sich fast bei jedem Posten ein Zusatz wie "wenn ausführbar" und "wenn von Bedeutung". ¹⁾ Außerdem ist es möglich, den Jahresabschluß in einer "condensed form" einzureichen. Für die ausweisenden Posten ist allerdings die Bindung an das Schema obligatorisch. Diese Auflockerungen der GuV-Rechnung in den angelsächsischen Ländern vermeiden zweifellos eine gewisse Uniformität und betonen das individuelle Gesicht der Unternehmungen. Der Cohen Report ist sogar davon überzeugt, daß eine Schematisierung einen Fortschritt in der Technik der Rechnungslegung verhindern würde.

Angeregt von der englischen Handhabung schlugen verschiedene

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 23

ise diese Regelung auch für Deutschland vor. Als Beweis für Zweckmäßigkeit dieser Regelung weist man auf Abschlußveröffentlichungen englischer Gesellschaften hin, (z.B. Dunlop oder) die einen wesentlich größeren betriebswirtschaftlichen Aussagewert als die meisten deutschen Abschlüsse gemäß § 132 AG darstellen.

steht jedoch nicht fest, wieviel Gesellschaften freiwillig diesem Sinne handeln. Selbst bei der Unterstellung, die Mehrheit der Gesellschaften verfare dementsprechend, läßt sich hierfür für deutsche Verhältnisse noch keine Schlußfolgerung ziehen. In dieser Feststellung liegt keine Diskriminierung der deutschen Aktiengesellschaft, sondern es soll lediglich auf die in Deutschland und England unterschiedlichen Entwicklungen und Verhältnisse hingewiesen werden. Schon seit 1931 ist in Deutschland Jahresabschluß (Bilanz und GuV-Rechnung) hinsichtlich der Berichterstellungs- und Bewertungsvorschriften streng geregelt. Mit dieser Einhaltung der gesetzlichen Mindestvorschriften war aber für die meisten deutschen Unternehmungen die Höchstgrenze der Publizität erreicht. Es ist daher zu befürchten, daß bei der freiwilligen Auflockerung die Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses beeinträchtigt würde. Deshalb versucht man in Deutschland den umgekehrten Weg zu gehen und durch die Aufnahme neuer Bestimmungen in Bilanz und GuV-Rechnung die Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses zu erhöhen. Der Vorteil der deutschen Handlung liegt in der klaren Terminologie, ¹⁾ und es erscheint fraglich, ob die englische Regelung wirklich von Vorteil sein würde.

Lehnert, Paul: " Die Veröffentlichung betrieblicher Ergebnisse " in "Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung", Band 1 der Schriftenreihe des Institutes der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1950, Seite 100

IV. Analyse des unterschiedlichen Aufbaus der Gewinn- und Verlustrechnung in den einzelnen Vergleichsländern

1. Der sachliche Aufbau der GuV-Rechnung

Die Aufgliederung von Aufwands- und Ertragsposten erfolgt in sachlicher Hinsicht in den einzelnen Vergleichsländern in unterschiedlicher Weise. Dabei kann man folgende Möglichkeiten unterscheiden:

artenmäßige Gliederung

bereichsmäßige Gliederung.

Bei der artenmäßigen Gliederung werden die Aufwendungen und Erträge in ihrer ursprünglichen Form (z.B. Material, Löhne) ausgewiesen, während bei der bereichsmäßigen Gliederung die Aufwendungen und Erträge nach den Bereichen aufgegliedert sind, die sie verursachen bzw. denen sie zuzurechnen sind.

Diese Bereiche können sein:

funktioneller Natur (Herstellungs-, Verwaltungs- und Vertriebsbereich)

lokaler Natur (Werke, Betriebe, Abteilungen des Unternehmens).

In Deutschland, Großbritannien und im Schema für Privatbetriebe in der SBZ wird die artenmäßige Aufgliederung bevorzugt; dagegen erfolgt in den USA, der Sowjetunion und im VEB Schema der SBZ die Aufgliederung nach funktionellen Gesichtspunkten. Dabei ist sehr beachtenswert, daß auch gewisse artenmäßige Ausweise zusätzlich erbracht werden müssen. So muß beispielsweise in den USA zum Kosten Betriebsausgaben über die darin enthaltenen Beträge an Abschreibungen, Instandhaltung, Reparaturen, Steuern, Löhnen, Miete und Pacht ein Bericht erfolgen. Die große Bedeutung der Ergebnisrechnung in den Ostblockstaaten als Kontrollfunktion zeigt sich auch darin, daß in der Sowjetunion und der SBZ (VEB Schema) differenzierte Angaben über die artenmäßige Verteilung der Kosten in zusätzlichen Formblättern bzw. Kontrollblättern außerhalb der Ergebnisrechnung verlangt wird.

Bei einer Beurteilung der verschiedenen sachlichen Gliederungs-

glichkeiten wird man in erster Linie auf den Zweck der Aufstellung und Veröffentlichung von GuV-Rechnungen abstellen müssen. Dieser liegt in der Unterrichtung des Vorstandes, der Aktionäre, der Gläubiger und der Interessentengruppen.

Bei der artenmäßigen Aufgliederung sind die Aufschlüsse von Aufwendungen und Erträgen für alle Interessentenkreise aussagekräftiger und wissenschaftlicher als bei der funktionellen und lokalen Gliederung. Außerdem würde eine bereichsmäßige Aufgliederung die Aufstellung von speziellen Schemata für die einzelnen Geschäftszweige erforderlich machen. Deshalb gibt die Praxis im allgemeinen der artenmäßigen Aufgliederung den Vorzug. In der Fassung des § 132 AG hat man ebenfalls dieses Prinzip befolgt; man geht sogar noch über die bisherige Regelung hinaus und hat in konsequenter Durchführung des Prinzips der artenmäßigen Gliederung dafür gesorgt, daß der Ausweis der ihrer Natur nach funktionellen neutralen Aufwendungen und Erträge in kompakter Form nicht mehr verlangt wird.

Insbesondere bestimmte, besonders wichtige Arten von neutralen Aufwendungen und Erträgen sind in das neue Gliederungsschema aufgenommen.

2. Der innere Aufbau der GuV-Rechnung

Insichtlich des inneren Aufbaus der GuV-Rechnungen kann man folgende Arten unterscheiden:

- die Bruttorechnung,
- die Nettorechnung,
- die gemischte Rechnung.

Die Bruttorechnung liegt vor, wenn zwischen Aufwendungen und Erträgen in der GuV-Rechnung keine saldierten Posten zum Ausweis gelangen, sodaß die tatsächliche Aufwandsbelastung und Ertragserzielung ersichtlich ist. Speziell gilt dies für die Position Umsatz, bei der keine Aufwendungen abgezogen und in dem Ertrag anderen Erträge enthalten sein sollen. Eine Bruttorechnung in diesem Schema wird von den USA, der UdSSR und der SBZ durchgeführt.

Bei der Nettorechnung werden in der GuV-Rechnung teilweise Net-

topositionen -hierbei sind Aufwendungen und Erträge gegeneinander aufgerechnet- ausgewiesen. In Deutschland bestand eine Saldierungsmöglichkeit innerhalb der Aufwands- und Ertragszinsen sowie beim Posten II 1 (ausweispflichtiger Rohüberschuß).

Die reine Nettorechnung wird heute wegen ihres minimalen Aussagewertes allgemein abgelehnt. Bei einer Untersuchung der GuV-Rechnungen der Vergleichsländer zeigt sich jedoch, daß mit Ausnahme des § 132 Altfassung AG nirgends eine Saldierung der Aufwands- und Ertragszinsen zugelassen ist. In der Neufassung des § 132 AG ist jedoch diese Saldierungsmöglichkeit ausgeschlossen; im Gegensatz zu der bisherigen Regelung ist der getrennte Ausweis der Aufwands- und Ertragszinsen vorgesehen.

Schwieriger ist die Beurteilung der Nettorechnung, die die Aufwendungen vom Umsatz bzw. einer Gesamtertragsgröße abziehen will. Mit einer solchen Methode werden einerseits Aufwandpositionen dem Blick des Bilanzlesers entzogen, während andererseits der Umsatz nicht "rein" zum Ausdruck kommt. Im Extremfalle können dabei sämtliche Aufwendungen vom Gesamtertrag abgezogen werden, sodaß auf der Aufwandseite nur der Gewinn und auf der Ertragsseite nur der Saldoposten erscheint. In den Staaten mit einer gesetzlichen Regelung der GuV-Rechnung ist eine so weitgehende Nettorechnung natürlich nicht zugelassen. Der Ausweis bestimmter Aufwendungen und Erträge ist gesetzlich vorgeschrieben, wenn nicht sogar eine vollständige Bruttorechnung verlangt wird. Die übrigen Posten können entweder freiwillig ausgewiesen oder mit dem Umsatz saldiert werden.

Eine derartige Form des inneren Aufbaus der Gewinn- und Verlustrechnung liegt den Regelungen in Großbritannien und Deutschland zugrunde. Man bezeichnet diese als gemischte Nettorechnung, wobei auf der Ertragsseite nicht der tatsächliche Umsatz, sondern eine saldierte Größe erscheint. (Vgl. § 132 AG Altfassung Pos. II 1 ausweispflichtiger Rohüberschuß)

Der Aussagewert dieser Position ist von so geringer Bedeutung, daß sich hierfür nicht einmal eine treffende Bezeichnung finden läßt. Die Frage einer Bruttorechnung stand in Deutschland schon immer im Mittelpunkt der Diskussion. Bei der Aktienrechtsnovelle von 1931 hat man für den § 261 c HGB insofern einen Kompromiß geschlossen -Teilbruttorechnung genannt- als zwar nicht der rei-

Ausweis des Umsatzes verlangt wurde, die Saldierungen aber weiterhin auf die Materialaufwendungen beschränkte; alle übrigen Aufwendungen, die nicht gesondert auszuweisen waren, sammelten sich damals in der Position I 7.

Diese Regelung stieß auf den heftigen Widerstand der davon betroffenen Aktiengesellschaften. Bei der Aktienrechtsreform 1937 berücksichtigte man im größten Maße die Argumente der Praxis, die auf eine Verdeckung des Umsatzes abzielten und ließ neben der Saldierung des Materialaufwandes auch noch die Aufrechnung der bisher unter § 261 c HGB auszuweisenden Aufwendungen mit dem Umsatz zu. Bei der Neufassung des § 132 AG entbrannte erneut eine Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Bruttorechnung.

Die großen Aktiengesellschaften und ihre Interessenverbände (Deutscher Industrie- und Handelstag, Bundesverband der Deutschen Industrie) als Gegner des Bruttoprinzips weisen neben dem bekannten Argument des Einblicks der Konkurrenz noch auf weitere Nachteile hin. So wird befürchtet, daß bei einem Konjunkturrückschlag der Ausweis rückläufiger Umsatzzahlen zu einer ungünstigen psychologischen Beeinflussung der gesamten Wirtschaftslage führen könne. Ferner führt man das Argument an, daß der gesetzliche Zwang zur Veröffentlichung des Bruttoumsatzes zu einer Umkehr in andere Unternehmungsformen führen werde. Schließlich stellt man grundsätzlich die Frage, ob überhaupt ein berechtigtes Interesse an der Veröffentlichung der Umsatzzahlen besteht. Diese Argumente kann man jedoch nicht kritiklos hinnehmen; es ist nur auf das Beispiel Amerikas verwiesen, wo der seit 1933 verkürzt auszuweisende Umsatz zu keinen größeren Schädigungen der Gesellschaften geführt hat. Die bereits erwähnten Gesetze¹⁾ sind auf Grund der Weltwirtschaftskrise zur rechtzeitigen Feststellung und Vermeidung von gesamtwirtschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Fehldispositionen erlassen worden.

Grundsätzlich übernimmt man aber mit der Beibehaltung der vom Umsatz ausgehenden Bruttorechnung auch gewisse Nachteile. Die Abschreibungen, Zinserträge und -aufwendungen, die aktivierten

Eigenleistungen und die ursächlichen Aufwendungen und Erträge sind nicht erkennbar, was betriebswirtschaftlich und auch im Hinblick auf die Kapitalgeber sehr bedauerlich ist. Auch die englische Regelung der GuV-Rechnung ist keineswegs vorbildlich, da dieses Land auf dem Gebiete der gesetzlichen Statuierung der Rechnungslegung hinter Deutschland zurückgeblieben ist.

Heute haben sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber der Zeit vor zwanzig Jahren entscheidend verändert; mithin sind auch eine ganze Reihe von Gründen gegen die Veröffentlichung der Umsatzzahlen weggefallen. Diesen Standpunkt vertreten auch die Unternehmungsleitungen der großen Aktiengesellschaften, die in den letzten Jahren in ständig wachsender Zahl bereits freiwillig zur Veröffentlichung der Umsatzzahlen übergegangen sind.

Der verlorene Krieg brachte ohnehin 1945 die zwangsweise Offenlegung vieler Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse mit sich. So unterlagen die Unternehmungen der Grundstoff- und Stahlindustrie der alliierten Vermögenskontrolle, andere Unternehmungen wie z.B. der I.G. Farben Konzern wurden dekartellisiert bzw. liquidiert. Bezeichnenderweise führt man bei der Verwaltung dieser der Vermögenskontrolle unterliegenden Formblätter für die GuV-Rechnung mit einem Bruttoausweis des Umsatzes ein. Auf Grund des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer hat heute ein wesentlich größerer Personenkreis als früher Einblick in interne Rechenvorgänge. Es ist mehr als billig, dieses Informationsrecht den nicht im Aufsichtsrat vertretenen Aktionärskreisen bzw. dem anlagensuchendem Publikum zu verschaffen. Außerdem konnte aus dem Posten II 1 der Ertragsseite höchstens die Konkurrenz sichere Schlüsse über die wirtschaftliche Situation ihrer Mitbewerber ziehen, da sie im Gegensatz zu der Mehrzahl der Aktionäre und Gläubiger gewisse Vergleichsmöglichkeiten besitzt. Im übrigen erscheint es durchaus zweifelhaft, ob gerade der wertmäßige Umsatz so bedeutsame Erkenntnisse vermitteln kann. Viel bessere Schlüsse lassen sich unseres Erachtens aus der Kenntnis des mengenmäßigen Umsatzes ableiten, der auf die einzelnen Erzeugnisgruppen aufgeteilt wird.¹⁾ Nur bei Unterneh-

1) Vgl. Unsere Ausführungen auf Seite 170 ff.

ungen mit Monopolproduktion lassen sich klare Rückschlüsse vom
rtmäßigen auf den mengenmäßigen Umsatz ziehen. Auch die Tat-
che, daß die Konkurrenz mehr an den auf die Zukunft ausgerich-
ten Dispositionen als an den Vergangenheitszahlen interessiert
t, verdient Beachtung. Außerdem gewähren zwar die Unternehmungen
n mit dem Ausweis des Bruttoumsatzes einen gewissen Einblick
ihre Betriebsgebarung, jedoch erhalten sie den gleichen Ein-
ick in eine Vielzahl anderer Gesellschaften. Es sprechen also
ne Reihe von Gründen für die Einführung des Bruttoprinzips.
ne Entscheidung darüber wird letztlich von wirtschaftspoliti-
hen Motiven bestimmt sein, die unter Abwägung der unterschied-
chen Interessen von Unternehmensleitung, Aktionär, Gläubiger
d Öffentlichkeit getroffen werden muß. Aus betriebswirtschaft-
cher Sicht muß eindeutig die Bruttorechnung bevorzugt werden.
der Neufassung des § 132 AG hat man sich zur Einführung des
uttoprinzips mit gewissen Einschränkungen entschlossen, da in
iner gleichmäßigen Anwendung auf sämtliche Aktiengesellschaf-
n gewisse Gefahren bestehen. Unternehmungen mit einer Bilanz-
umme von weniger als 3 Millionen DM und Familien-Aktiengesell-
schaften mit einer Bilanzsumme unter 10 Millionen DM brauchen
shalb bei Verwendung der Staffelform die Positionen: akti-
erte Eigenleistungen, Gesamtleistungen und Aufwendungen für
h-, Hilfs- und Betriebsstoffe nicht gesondert auszuweisen. ¹⁾
ch im Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer tauchte
r Gedanke der abgestuften Publizität auf.
t der Einführung des neuen § 132 AG ist erstmalig im Aktien-
cht moderner Industriestaaten der Weg der an bestimmte Krite-
en anknüpfenden unterschiedlichen Anwendung des Bruttoprinzips
schritten worden. Ein Vergleich mit der in England prakti-
erten Aufteilung der "companies limited by shares" in public
panies ist nicht zutreffend, da auch für die den schärferen
blizitäts- und Ausweisvorschriften unterliegenden "public
panies" so umfassende Rechnungslegungsvorschriften nicht vor-
sehen sind. Das in der Neufassung des § 132 AG durchgeführte

Prinzip der "abgestuften Publizität" ist allgemein zu begrüßen; zu kritisieren bleibt lediglich die Heranziehung der Bilanzsumme als Kriterium für die Einteilung in große und kleine Aktiengesellschaften. Hierbei wird die unterschiedliche Kapitalintensität der Gesellschaften und der Einfluß der Abschreibungsmethoden auf die Bilanzsumme nicht berücksichtigt. Positiv zu bewerten ist der ausdrückliche Hinweis in § 132 (4), daß bei der Ermittlung der Umsatzerlöse nur Preisnachlässe und zurückgewährte Entgelte abzusetzen sind und damit der Begriff des Bruttoumsatzes klar umgrenzt wird.

3. Der äußere Aufbau der GuV-Rechnung

Die Frage, ob in den Vergleichsländern die Gewinn- und Verlustrechnung in Form einer Konto- oder Staffelform erstellt wird, ist nicht ohne weiteres zu beantworten. In den USA ist es z.B. allgemeiner Brauch, die GuV-Rechnung als Staffelform zu erstellen. Dies gilt in begrenztem Maße auch für die UdSSR, wo im Formblatt Nr. 12 die Staffelform eingeführt ist, während im Formblatt Nr. 20 die Kontoform als obligatorisch gilt.

Die Neufassung des § 132 AG sieht hinsichtlich des äußeren Aufbaus der GuV-Rechnung eine Alternativmöglichkeit vor; den Aktiengesellschaften ist die Wahl zwischen der Konto- oder Staffelform freigestellt. Die Staffelform entwickelt das Jahresergebnis vertikal vom Umsatz her und zeichnet sich ganz allgemein durch ihre Übersichtlichkeit und Allgemeinverständlichkeit aus. In der Literatur findet sich immer wieder die Herausstellung folgender Vorteile der Staffelform: ¹⁾

- a) stufenförmige und leichtverständliche Entwicklung des Ergebnisses,
- b) Möglichkeit des Ausweises von aussagefähigen Zwischenergebnissen,
- c) Ausweitung der Rechnung zu einem "comparative statement" mit Hilfe von Vergleichszahlen aus dem Vorjahr,

1) Maus, Günter: a.a.O., Seite 135

Systematische Analyse der GuV-Rechnung durch eine prozentuale Aufgliederung der Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse Gebrauch der Staffelform als Mittel der Verbundung.

Hinblick auf die angestrebte Förderung des Kapitalmarktes ist die GuV-Rechnung als geeignetes Mittel zur engeren Bindung auch wirtschaftlich wenig interessierten Aktionäre an das Unternehmen anzusehen. Wichtig ist der innere Aufbau einer GuV-Rechnung für die Zweckmäßigkeit der Rechnungslegung in Staffelform. Sinnvoll wird die Aufstellung der GuV-Rechnung erst dann, wenn der Ausweis vom Umsatz her entwickelt wird, d.H. wenn Brutto-Produkt und Staffelform miteinander korrespondieren.

Der Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer wies auch auf die Möglichkeit von internationalen Vergleichen der GuV-Rechnung mit Hilfe der weit verbreiteten Staffelmethode hin. Zweifellos ist die Staffelmethode den Vorteil größerer Übersichtlichkeit und besserer Information. Bei einer Gegenüberstellung der beiden Methoden weist demzufolge die Rechnung in der Staffelform 3 Zwischenergebnisse aus, die im Schema der Kontoform zwangsläufig nicht enthalten sind.

Problematisch ist jedoch die Anwendung der Staffelmethode bei Gesellschaften mit "abgestufter Publizität". Hier würde die Staffelform erst mit Position 6 beginnen, bei der es sich bereits um einen saldierten Betrag handelt. Dem nicht versierten Bilanzleser könnte eine Klarheit vorgetäuscht werden, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Doch verliert dieses Problem dadurch an Bedeutung, daß es sich nur um solche Gesellschaften handelt, deren Publizität infolge ihres familien-bezogenen Charakters und ihrer relativ geringen Größe ohnehin eingeschränkt

4. Der rechentechnische Aufbau der GuV-Rechnung

In rechentechnischer Hinsicht ist die GuV-Rechnung in drei verschiedenen Grundformen aufgebaut worden

- a) in Form einer Umsatzrechnung
- b) in Form einer Produktionsrechnung
- c) in Form einer Betriebsleistungsrechnung. ¹⁾

Bei der Umsatzrechnung wird der Jahresaufwand um die Bestandszunahme verringert bzw. um die Bestandsabnahme vermehrt (Anfangsbestand plus Jahresaufwand abz. Endbestand). Dem Umsatz stellt man den Umsatzaufwand gegenüber.

Bei der Produktionsrechnung vermehrt sich der Umsatz um die Bestandszunahme bzw. verringert sich um die Bestandsabnahme (Umsatz plus Endbestand abz. Anfangsbestand). Dem Jahresaufwand wird der Jahresertrag gegenübergestellt.

Die Umsatzrechnung wird in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik Deutschland (Neufassung § 132 AG), sowie in der Sowjetunion und im Formblatt für volkseigene Betriebe der SBZ angewandt. In sämtlichen Ostblockstaaten steht das "Realisationsprinzip" entscheidend im Vordergrund, Verrechnungen dürfen nicht auf der Umsatzseite, sondern nur auf der Kostenseite erfolgen. Allein schon aus diesem Grunde ist für die Erstellung der GuV-Rechnung in den Ostblockstaaten die Umsatzrechnung die gegebene rechentechnische Form. In Deutschland (vgl. hierzu die bereits erwähnte Alternativmöglichkeit) und Großbritannien ist die GuV-Rechnung als Produktionsrechnung aufgezo-gen, während im Schema für Privatbetriebe der SBZ die Betriebsleistungsrechnung praktiziert wird. Im allgemeinen korrespondiert die Umsatzrechnung mit der bereichsmäßigen Gliederung und im abgeschwächten Maße auch mit der Bruttorechnung.² Als Begründung läßt sich anführen, daß die Bestandsverrechnungen bei den Herstellkosten vorgenommen werden und diese nur bei bereichsmäßiger Gliederung anfallen, während die zum Realisationsprinzip gemachten Ausführungen in etwa für die Produktionsrechnung gelten.

¹⁾ Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O., Seite 330 ff.

gegenüber wird die GuV-Rechnung im Falle des Zusammentreffens von artenmäßiger Gliederung mit der Netto- bzw. gemischten Rechnung meist in der Form der Produktionsrechnung aufgestellt.

Anwendung der Betriebsleistungsrechnung bei Privatunternehmen in der SBZ erklärt sich daraus, daß infolge der in die Schema stattfindenden Zusammentreffen von artenmäßiger Aufgliederung und Bruttorechnung sich der Ausweis der Bestandsdifferenzen als Aufwands- oder Ertragsposten am zweckmäßigsten leist. Diese theoretischen Zusammenhänge wollen wir mit folgendem Schaubild verdeutlichen:

innerer	!	!	!
ach- Aufbau	!	Brutto-	! Netto- bzw.
licher	!	rechnung	! gemischte
aufbau	!		! Rechnung
artenmäßiger	!	Betriebslei-	! Produktions-
aufbau	!	stungsrechnung	! rechnung
bereichsmäßiger	!	Umsatz-	!
aufbau	!	rechnung	!

V. Analyse der ausgewiesenen Positionen der GuV-Rechnung in den Vergleichsländern

Folgendem soll der Versuch einer Systematisierung der Auspositionen im einzelnen -wie sie sich in den Schemata der versuchten Länder darstellen- gemacht werden. Hierbei beziehen wir zum Zwecke des Vergleichs die frühere und gegenwärtige deutsche Regelung ein.

der Untersuchung der Aufwendungen und Erträge unterscheiden fünf Konstruktionstypen:

Bruttorechnung mit dem Ausweis sämtlicher Aufwandsarten auf der Aufwandsseite,

- b) Bruttorechnung mit dem Ausweis bestimmter Aufwandsarten auf der Aufwandsseite, wobei der Rest in dem Sammelposten aufgefangen wird,
- c) Gemischte Rechnung mit dem Abzug genau festgelegter Aufwandsarten vom Umsatz bzw. Betriebsertrag. Sämtliche übrigen Aufwandsarten sind auf der Aufwandsseite getrennt auszuweisen.
- d) Die gemischte Rechnung mit dem Abzug genau festgelegter Aufwandsarten vom Umsatz bzw. Betriebsertrag. Bestimmte Aufwandsarten sind auf der Aufwandsseite auszuweisen, der Rest wird in einem Sammelposten aufgefangen.
- e) Gemischte Rechnung mit dem Ausweis bestimmter Aufwandsarten; der Rest kann mit dem Umsatz bzw. Betriebsertrag saldiert werden.

Es zeigt sich also, daß auf dem Umfang der artenmäßigen Aufgliederung der innere Aufbau der GuV-Rechnung einen entscheidenden Einfluß besitzt. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus ist die vorstehende Konstruktionstypenart die aussagefähigste, während bei den übrigen Möglichkeiten eine graduelle Verringerung dieser Aussagefähigkeit festzustellen ist. Sehr schwierig erscheint eine exakte Trennung zwischen den Typen a + b sowie c + d, die sich lediglich in ihren Zielsetzungen unterscheiden. Bei den Typen a + c - bei c mit Ausnahme der zu saldierenden Posten - ist das Bestreben erkennbar, sämtliche Aufwandsarten zu erfassen. Bei den Möglichkeiten b + d tritt ein Teil der Aufwendungen nicht gesondert in Erscheinung, sondern wird in einem Teil der Sammelposten zusammengefaßt. Bei den Typen a + c ist allerdings ein solcher Sammelposten nicht zu vermeiden, da es naturgemäß unmöglich ist, alle theoretisch denkbaren Aufwandsarten in einem Gliederungsschema zu vereinen. Wenn auch eine theoretische Trennung der Gruppe a von b, c und d nicht möglich ist und auch in der Praxis in Streitfällen eine Beurteilung der Zugehörigkeit schwierig sein dürfte, so erscheint doch bei den untersuchten Schemata die Einteilung klar. Im Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer, in der Neufassung des § 132 AG und im Schema für die Privatbetriebe der SBZ ist das Bemühen ersichtlich, sämtliche Aufwendungen auszuweisen. In der Altfassung des § 132 wollte man absichtlich einen Teil der Aufwendungen nicht getrennt, sondern in einem Sammelposten zum Ausweis bringen. Die

den einzelnen Vergleichsländern unterschiedlichen Absichten der Gesetzgeber, wie sie sich an Hand der oben behandelten fünf Konstruktionstypen herauskristallisiert haben, sind nicht nur betriebswirtschaftlichen, sondern auch in starkem Maße von wirtschaftspolitischen Überlegungen bestimmt. Der Konstruktions- typ a zeigt hierbei den stärksten betriebswirtschaftlichen Ein- fluss, die bei den anderen Schemata in der Reihenfolge ihrer Aufzählung zugunsten der wirtschaftspolitischen Einflüsse zu- rückgedrängt sind. Auch in der Behandlung des Ausweises der be- zugsnehmenden Aufwands- und Ertragspositionen lassen sich die ver- schiedenen Konstruktionsschemata erkennen. Beispielsweise weist Schema im Konstruktionsschema a (Neufassung § 132 AG, Vorschlag WP, Schema SBZ-Privatbetriebe) den Materialaufwand (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Fremdleistungen) zusammengefaßt in einer Position aus. Bei den übrigen Schemata erfolgt eine Saldierung dieser Aufwendungen mit dem Umsatz bzw. dem Betriebsertrag. Löhne und Gehälter sind und waren in allen bisherigen deutschen Konstruktionsschemata ausweispflichtig. Eine auf diese Weise zusammenge- setzte Veröffentlichung erfolgt sonst in keinem anderen Vergleichs- land. Die Bekanntgabe der Vorstandsbezüge und Tantiemen ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Gliederungssche- mata anderer Staaten üblich. Nach Ansicht der Gesetzgeber beider Länder sollen die Aktionäre dadurch in die Lage versetzt werden, die Angemessenheit der Bezüge im Vergleich zur Geschäftslage zu schätzen. ¹⁾

Nach dem Companies Act in der Information weiter, da er speziell die Bezüge der Direktoren in laufende Arbeitsentgelte, Provisionen und Abfindungen unterteilen läßt, weil es häufiger vorkam, daß der board of directors, der über Einsatz und Abbe- rufung seiner Mitglieder als Geschäftsführer und Betriebsleiter und über die dafür zu zahlenden Gelder selbst bestimmen kann, die Gewährung von Ruhegehältern und Abfindungen für das Aus- scheiden von Managern Mißbrauch trieb. ²⁾

Amtliche Begründung, a.a.O., Seite 4 sowie Cohen Report, a.a.O., § 89 f.

Cohen Report, a.a.O., § 91 - 92

In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Angabe dieser Bezüge allerdings nicht in der GuV-Rechnung, sondern im Geschäftsbericht und es ist kein Grund ersichtlich, der zu einer Änderung dieser Bestimmungen zu Gunsten eines Ausweises in der GuV-Rechnung führen könnte. Die Veröffentlichung der Vorstandsbezüge erscheint vielmehr als ein auf außerbetriebliche Einflüsse zurückzuführender Fremdkörper in der Ergebnisrechnung. Erfreulicherweise ist deshalb auch in der Neufassung des § 132 AG keine Änderung gegenüber der bisherigen Handhabung erfolgt. Auch die Position "soziale Abgaben" ist eine spezifisch deutsche Angelegenheit, die in allen bisherigen und gegenwärtigen deutschen Regelungen ausgewiesen war. (§ 261 c AGB, § 132 Altfassung, § 132 Neufassung AG). Darunter sind grundsätzlich die gesetzlichen Pflichtabgaben zu verstehen. Es liegt aber auch nahe, die freiwilligen Sozialleistungen zu veröffentlichen, da diese in Deutschland infolge der damit verbundenen steuerlichen Vorteile eine immer größere Bedeutung gewinnen.

Im Rahmen einer artenmäßig gegliederten GuV-Rechnung stößt ein solcher Ausweis auf Schwierigkeiten. Freiwillige Sozialleistungen sind zu einem Teil nicht primäre Aufwendungen und deshalb nicht artenmäßig erfaßbar, da diese bereits in anderen Aufwandsarten enthalten sind. Daher werden in der heutigen Praxis Angaben über die freiwillige Sozialleistung meist im Geschäftsbericht gemacht. Es sprechen aber auch zweifellos wichtige Gründe für eine Kenntlichmachung dieser Aufwendungen in der GuV-Rechnung. Der Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer beschäftigt sich mit dieser Frage.

Bei der Zusammenfassung von Löhnen, Gehältern und sämtlichen sozialen Abgaben in einer Position wird der Gesamtausweis trotz der erforderlichen Aufspaltung in primäre und verrechnete Aufwendungen ermöglicht. Mit Hilfe des Vorspaltenausweises kann dieses in folgender Weise geschehen: ¹⁾

1) Vgl. Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer, Begründung Seite 57

Position 14 : Löhne, Gehälter und soziale Abgaben

Löhne	120
Gehälter	50

soziale Abgaben

Gesamt-Abgaben	20
Freiwillige Leistungen	15

von in anderen Aufwands-

Positionen enthalten: $10 + 5 = 15$

Es wird hierbei aber der gesamte freiwillige Sozialaufwand ausgewiesen, obwohl er nur zu einem Teil die Position "Löhne, Gehälter und soziale Abgaben" belastet.

Gegefallen ist in der Neufassung des § 132 AG die Position "Beiträge an Berufsvertretungen", die infolge ihres geringen Gewichtes einen gesonderten Ausweis als überflüssig erscheinen muß. Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, diesen Posten durch Einbeziehung sämtlicher Beiträge an Industrie-, Wirtschafts-, Berufs- und Arbeitgeberverbände auszuweiten; man könnte hierdurch Aufschluß über Umfang und Bedeutung der von den einzelnen Unternehmungen auf diese Verbände verlagerten Tätigkeiten (Beratung, Interessenvertretung) gewinnen. Die Veröffentlichung der Aufwendungen für Steuern -darin sind sowohl bereits bezahlte Steuern, als auch Rückstellungen für noch zu bezahlende, auf das laufende Rechnungsjahr entfallende Steuern enthalten- wird in den Gliederungsvorschriften sämtlicher Vergleichsländer verlangt. In allen Schemata -mit Ausnahme des SBZ Schemas für Privatbetriebe- handelt es sich hierbei aber lediglich um Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen, während die Verkehrs- und Verbrauchsteuern in anderen Posten enthalten sind bzw. mit dem Umsatz über Erlösschmälerungen saldiert werden.

Eine Ausnahme bildet hierbei Deutschland mit seiner Neufassung des § 132 AG, der bei völliger auch definitionsmäßiger Übereinstimmung mit den Regelungen der anderen Vergleichsländer einen Schritt weiter geht. Zur Kenntlichmachung der Steuerbelastung des gesamten Unternehmens hat der Gesetzgeber wie bisher die Steuern in Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen einerseits und in sonstige Steuern eingeteilt. Diese Lösung ist sehr zu begrüßen, da sie sich bei artenmäßiger Aufgliederung ohne Schwierigkeiten durchführen läßt und für die externe Bilanzanalyse

gute Ansatzpunkte bietet. Auch Angaben über die Abschreibungen sind in sämtlichen Ländern zu machen, wobei sich der Umfang dieser Abschreibungen teilweise nur auf den Ausweis der Anlageabschreibungen beschränkt. Dies ist beispielsweise in England und den USA der Fall. ¹⁾ Grundsätzlich übernimmt man in den USA mit der vom Umsatz ausgehenden Bruttorechnung auch gewisse Nachteile, weil die betriebswirtschaftlich wichtigen Abschreibungen überhaupt nicht in Erscheinung traten. Dies ist sehr bedauerlich, da auch in der Bilanz nur das Bruttoanlagevermögen ausgewiesen wird und man die Abschreibungen nur bei Kenntnis der Vorjahreszahlen ermitteln kann.

Die deutsche Regelung kann hierzu gerade als vorbildlich gelten. Die Abschreibungen auf die einzelnen Anlageposten erscheinen bereits in der Bilanz oder im Geschäftsbericht. Der zusätzliche Ausweis der Abschreibungen für das Umlaufvermögen erhöht die Informationsmöglichkeit für den Aktionär, Gläubiger und die interessierten Kreise der Öffentlichkeit beträchtlich. Man ist damit, wenn auch anders aufgegliedert, wieder zur Regelung des § 261 c HGB zurückgekehrt. Der Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer sah lediglich einen getrennten Ausweis der Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen und das Sachanlagevermögen vor.

Als Begründung für den Nichtausweis der Abschreibungen auf das Umlaufvermögen führt der Vorschlag an, daß der Ausweis der Abschreibungen auf das Umlaufvermögen infolge der großen Schwierigkeit einer klaren Umgrenzung nicht zu empfehlen sei. Deshalb wollte das Institut auch die Abschreibungen auf das Umlaufvermögen in der GuV-Rechnung als Sonderposten zur Darstellung bringen und diesen Betrag nicht in einem Sammelposten aufgehen lassen.

Zusammen betrachten wir am zweckmäßigsten die Positionen Zinsen und Finanzerträge. Die beiden Positionen werden am besten in ihrer Aufwands- und Ertragsentwicklung gegenübergestellt. Bei der Aufnahme bzw. Hergabe von Kapital zahlt bzw. erhält man für

1) Vgl. Schedule VIII § 12 (1) a Companies Act

kurzfristig angelegte Kapitalien -z.B. Sichteinlagen bei Banken, kurzfristigen Krediten u.ä.- Zinsen. Bei langfristig angelegtem Kapital fallen Finanzerträge bei Obligationen, Darlehen, Beteiligungen an. Außer in Deutschland kommen diese beiden Positionen in keinem anderen Vergleichslande vor. In der SBZ erscheinen die Finanzerträge als Sonderposten nicht in der GuV-Rechnung. Ihre Erfassung geschieht in der neutralen Ergebnisrechnung innerhalb der betriebsfremden Erträge. Innerhalb der Zinsen im weiteren Sinne erfolgt eine Trennung in Zinsaufwendungen bzw. Zinserträge einerseits und Skonto- und Diskontaufwendungen andererseits. In Großbritannien werden die Zinsen addiert und nur Finanzerträge bzw. Finanzaufwendungen ausgewiesen. In der neuen Fassung des § 132 AG sind die Aufwendungen und Erträge aus Verlustübernahme- und Gewinnabführungsverträgen besonders kenntlich zu machen. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus ist diese Regelung geradezu vorbildlich und wird von keinem anderen Vergleichsland auch nur annähernd erreicht. Da die Dividenden aus dem Gewinn bestritten werden, gehören die Angaben hierüber nicht in die GuV-Rechnung. Nur in Großbritannien erfolgt der Ausweis der Dividendenbeträge innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung.

1. Aufwendungen und Erträge bei bereichsmäßiger Gliederung

Die bereichsmäßige Aufgliederung der GuV-Rechnung wird in den Vereinigten Staaten, der UdSSR und SBZ vorgenommen. Überall sind aber auch Bestrebungen erkennbar, nach Möglichkeit auch artenmäßig aufzugliedern. Eine bereichsmäßige Aufgliederung nach funktionellen Erkenntnissen findet nur im russischen Formblatt Nr.12 Teil B statt. Teilweise sind auch lokale Gliederungsprinzipien erkennbar (Gewinne bzw. Verluste aus landwirtschaftlichen Nebenbetrieben).

Bei einer abstrahierenden Analyse der Aufgliederung in den einzelnen Positionen zeigen sich bei den untersuchten Vergleichsändern gewisse Analogien.

In der Sowjetunion und der SBZ (Schema VEB) wird die GuV-Rechnung in Herstelleraufwand, neutralen Aufwand, Erlöse, sonstige

Betriebserträge und neutrale Erträge unterteilt. Im amerikanischen Schema der SEC gliedert sich der Aufwand in Herstell-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Finanz- und sonstigen Aufwand auf, ¹⁾ während sich der Ertrag in Erlöse, sonstige Betriebserträge, Finanz- und sonstige Erträge aufteilt.

In der Neuordnung des § 132 AG wurde auf eine bereichsmäßige Gliederung verzichtet.

2. Neutrale Aufwendungen und Erträge

Zur richtigen Beurteilung der Ertragslage eines Unternehmens ist die Kenntnis der neutralen Aufwendungen und Erträge notwendig, da sich vielfach aus dem Gesamtergebnis keine zutreffenden Schlüsse ziehen lassen. Die Möglichkeit der Trennung und Kenntlichmachung neutraler Aufwendungen und Erträge ist abhängig vom sachlichen Grundaufbau des GuV-Schemas. Trotz der sich ergebenden Schwierigkeiten ist aber in sämtlichen Ländern der Versuch einer solchen Trennung unternommen worden. Dabei finden folgende Methoden Verwendung:

- a) Sonderausweis neutraler Beträge innerhalb des Gliederungsschemas der GuV-Rechnung (Altfassung § 132 AG).
- b) Zusammenfassung sämtlicher neutraler Beträge in einer von der Betriebsergebnisrechnung streng getrennten neutralen Ergebnisrechnung mit anschließender Zusammenfassung der beiden Ergebnisrechnungen zu einer Gesamtergebnisrechnung (SBZ: VEB Schema und Schema für Privatbetriebe).
- c) Anmerkungen zu denjenigen Gliederungspositionen, die neutraler Art sind bzw. neutrale Beträge enthalten (Großbritannien).
- d) Aussonderung der neutralen Beträge aus der GuV-Rechnung und direkte Verbuchung auf Gewinnverwendungs- (surplus Konto USA) bzw. Gesamterfolgsrechnung (Formblatt 20, UdSSR).

Die Fälle b und c enthalten keine besondere Problematik. Die Vorschriften in der SBZ stellen klar, daß im Betriebsergebnis be-

1) Hierunter sind neutrale Beträge zu erfassen, soweit sie nicht über surplus Konto gebucht werden.

triebliche Aufwendungen und Ergebnisse außergewöhnlicher und periodenfremder Natur nicht enthalten sind, sondern sie vielmehr zusammen mit den betriebsfremden Beträgen das neutrale Ergebnis bilden.

Die Bilanzierung nach den Gliederungsprinzipien des Companies Act in Großbritannien verfolgt letzten Endes das gleiche Ziel, wenn auch die äußere Gestaltung völlig verschieden ist: die Enttlichmachung und Trennung des neutralen vom betrieblichen Ergebnis. Dennoch ist die Aussagefähigkeit der beiden GuV-Rechnungen verschieden. Während in England die einzelnen Aufwandsarten in Gesamthöhe ausweisbar sind und nur Anmerkungen auf diesen Teil hinweisen, ermöglichen die Gliederungsvorschriften in der SBZ nur den Ausweis der betriebsbedingten Aufwendungen. Die englische Darstellung ist bei einem Vergleich der sowjetischen Lösung vorzuziehen, obwohl auch bei ihr die Gefahr der Übersichtlichkeit besteht. Die unter d aufgeführte amerikanische und sowjetische Regelung beinhaltet nicht dasselbe. Die Erträge, die in den USA direkt über surplus Konto gebucht werden, sind für die GuV-Rechnung erfolgsunwirksam. Sie stellen lediglich eine Bilanzverkürzung oder eine Bilanzverlängerung dar. Auf die Schwierigkeit der Abgrenzung zwischen erfolgsneutral über surplus Konto- und erfolgswirksam über GuV-Konto- zu verrechnenden Beträge ist bereits hingewiesen worden. Die hierin liegenden Möglichkeiten einer Verfälschung des Jahresergebnisses sind zu beträchtlich, um diese Methode bei der Neuordnung des § 132 AG zu berücksichtigen. Man hielt deshalb an dem Grundsatz, daß alle Aufwendungen und Erträge -auch die neutralen- erfolgswirksam sein müssen, fest. Im Gegensatz zu den USA erfolgt in der UdSSR die Verrechnung neutraler Beträge nicht außerhalb, sondern innerhalb der GuV-Rechnung. Mit Ausnahme der nicht geänderten Ermittlung eines neutralen Ergebnisses ist eine gewisse Ähnlichkeit mit der sowjetischen Regelung unverkennbar. Die Tatsache jedoch, daß diese Beträge nicht in den Plan einbezogen werden, spricht dafür, Formblatt Nr. 20 nicht als eigentliche GuV-Rechnung anzusehen. Die darauf angefallenen Aufwendungen und Erträge -mit Ausnahme des Saldos vom Formblatt Nr. 12- sind analog der amerikanischen Regelung als außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung stehend, zu betrachten. Sehr bemerkens-

wert erscheint uns ein in Formblatt Nr.20 vorgenommene Aufgliederung der neutralen Aufwendungen und Erträge nach verschiedenen Gesichtspunkten, wobei in einigen Fällen korrespondierende Aufwendungen und Erträge saldiert auf der Soll- oder Habenseite auszuweisen sind.

Bei artenmäßigem Grundaufbau im Falle a stellt die Vereinbarkeit der Erfolgsspaltung mit dem sachlichen Gliederungsprinzip ein großes Problem dar. Eine befriedigende Lösung dieses Fragenkomplexes läßt sich auch dann nicht finden, wenn bei artenmäßigem Grundaufbau betriebliche von den neutralen Beträgen getrennt werden sollen. Als Ausweg bei der artenmäßigen Gliederung erweist sich eine Zweiteilung der GuV-Rechnung in eine Betriebsergebnisrechnung und eine neutrale Ergebnisrechnung (SBZ); doch ist auf die Unbrauchbarkeit einer solchen Regelung im Hinblick auf die Zwecksetzung der aktienrechtlichen GuV-Rechnung bereits hingewiesen worden. Im betriebswirtschaftlichen Schrifttum diskutiert man vor der Neuregelung des § 132 AG diese Unzulänglichkeiten des Aktiengesetzes eingehend. ¹⁾ Grundsätzlich wollen ein großer Kreis von Experten an dem artenmäßigen Grundaufbau bei optimalem Ausweis der Erfolgsspaltung festhalten; man schlägt zwar Verbesserungen verschiedener Art vor, ohne jedoch das inkonsequente Nebeneinander von zwei theoretischen Gliederungsprinzipien beseitigen zu wollen.

Der neue Gesetzentwurf des § 132 AG und auch der Entwurf des Institutes der Wirtschaftsprüfer haben in klarer Erkenntnis der diskutierten Tatsachen für ihre Gliederungsschemata die richtigen Schlußfolgerungen gezogen.

Verlangen außerbetriebliche Zwecke den artenmäßigen Grundaufbau und den vollständigen Ausweis der einzelnen Aufwandsarten, dann ist ein gleichzeitiger Ausweis sämtlicher neutraler Beträge nicht möglich. Deshalb muß eines der beiden Gliederungsprinzipien zurückstehen und dies kann nur das funktionale Prinzip der Erfolgsspaltung sein. Konsequenterweise erklärt man deshalb nur bestimmte Arten neutraler Aufwendungen und Erträge für ausweispflichtig. Der Rest ist entweder in anderen Aufwands- bzw. Er-

1) Vgl. Gutenberg, Erich: "Zur Frage....", a.a.O., Seite 593-598 und die dort zitierte Literatur

Ertragsposten enthalten oder erscheint in der Position "sonstige Erträge" bzw. "sonstige Aufwendungen" zusammen mit nicht geson-
dert ausweispflichtigen Beträgen betrieblicher Art. Es mag für
manchen das Verschwinden der bisherigen Position "Außerordent-
liche Aufwendungen und Erträge" sehr bedauerlich sein, jedoch
ist eine andere Lösung infolge des von der Zweckbestimmtheit
abhängigen artenmäßigen Grundaufbaus der GuV-Rechnung nicht mög-
lich. Der Ausweis dieser Position in der Altfassung des § 132 AG
war weitgehend nur optisch und damit auch irreführend, da nicht
die gesamten neutralen Beträge in diesem Posten kenntlich ge-
macht werden.

3. Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Bildung und Auflösung von Rücklagen

Die Behandlung der aus der Bildung bzw. Auflösung von Rücklagen
stammenden Aufwendungen und Erträge in den einzelnen Ländern
läßt sich wie folgt systematisieren:

- Ausweis im Rahmen der GuV-Rechnung; jedoch nicht in Form
eines besonderen Kontos, sondern Aufnahme in anderen Posi-
tionen,
-) Ausweis im Rahmen der GuV-Rechnung, aber besonderer Ausweis
nur bei Auflösung von Rücklagen (Beispiele § 132 AG, jedoch
nur bei Auflösung von Rücklagen),
-) Besonderer Ausweis im Rahmen der GuV-Rechnung bei Bildung
und Auflösung von Rücklagen (Beispiele: Großbritannien, Neu-
fassung § 132 AG, Vorschlag Institut der Wirtschaftsprüfer),
-) Ausweis außerhalb der GuV-Rechnung. Hier sind Veränderungen
nur aus der Bilanz ersichtlich bzw. aus dem Geschäftsbericht
(Beispiel: SBZ),
-) Ausweis außerhalb der GuV-Rechnung. Dies ist ein erfolgsun-
wirksamer Vorgang; jedoch erfolgen Angaben in Ergänzungen zur
Bilanz und GuV-Rechnung.

In den Möglichkeiten a - c berührt nicht nur die Auflösung, son-
dern auch die Bildung von Rücklagen die GuV-Rechnung. Zwar stel-
len Rücklagen im betriebswirtschaftlichen Sinne Teile des Ge-
winns dar und ihre Bildung als Teil der Gewinnverwendung ist
demnach erfolgswirksam, doch werden trotzdem in den Fällen

a - c die hieraus sich ergebenden Beträge so behandelt, als ob sie Aufwendungen seien. Dadurch ist es der bilanzierenden Stelle möglich, durch Bildung von Rücklagen Gewinne zu schmälern bzw. zu beseitigen und durch Auflösung Verluste zu verringern. Dabei erhebt sich die selbstverständliche Forderung, daß auch die Bildung über GuV-Rechnung erfolgt, wenn die Auflösung der Rücklagen über Gewinn- und Verlustkonto stattfindet und umgekehrt. Diese Forderung ist in den Schemata sämtlicher Vergleichsländer realisiert. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang sowohl der getrennte Ausweis der aus der Bildung als auch der aus der Auflösung von Rücklagen stammende Betrag. Diese Handhabung ist jedoch nur in Großbritannien verwirklicht.¹⁾ Nach der Altfassung § 132 AG waren nur die aus der Auflösung der gesetzlichen Rücklage gewonnenen Beträge in Pos. II 5 auszuweisen; die aus der Auflösung von freien Rücklagen stammenden Beträge wurden vom Posten II 4 aufgenommen.

Die Zuweisungen sowohl zur freien als auch zur gesetzlichen Rücklage waren überhaupt nicht ausweispflichtig und konnten mit dem Posten II 1 saldiert werden. Ein solches Verfahren ließ sich aber keinesfalls mit der Klarheit und Übersichtlichkeit der deutschen Bilanzierungspraxis vereinbaren. Deshalb sieht die Neuregelung des § 132 AG vor, daß Zuweisungen und Auflösungen von Rücklagen aus der Aufwands- bzw. Ertragsseite der GuV-Rechnung als Ausweisposten erscheinen und zwar jeweils zusätzlich unterteilt in gesetzliche und freie Rücklagen. Dies ist sowohl in der Konto- als auch in der Staffelform vorgesehen. Diese Regelung stellt durchaus einen Fortschritt dar, sie ermöglicht in gewissem Umfang eine externe Beurteilung der Bilanz- und Gewinnpolitik.

Die in den Fällen d und e aus der Rücklagenauflösung gewonnenen bzw. zur Rücklagenauffüllung verwendeten Beträge berühren die Erfolgsermittlung nicht.

Sie erscheinen demnach auch nicht in der GuV-Rechnung, werden vielmehr erst aus dem ermittelten Gewinn gebildet bzw. direkt zu Lasten des Bilanzpostens Rücklagen aufgelöst. Betriebswirt-

1) Vgl. Schedule VIII, § 12 (1) e Companies Act

chaftlich ist ein solches Verfahren unbedingt zu begrüßen. Eine ähnliche aktienrechtliche Regelung wäre ohne weiteres auch in Deutschland denkbar, wenn sich die in der Aktienrechtsreform erörterten Reformbestrebungen zur Gewinnfeststellung durch die Hauptversammlung durchsetzen sollten. Man kann dann Zuführung und Auflösung von Rücklagen in einer besonderen Gewinnverwendungsrechnung durchführen, in der die Hauptversammlungsbeschlüsse hinsichtlich der Gewinnverteilung ihren Niederschlag finden.

In einigen Vergleichsländern ist aus der Position "Gesetzliche Rücklagen" nicht ersichtlich, welcher Teil aus Zuführungen stammt, die außerhalb der GuV-Rechnung anfallen, und welcher Teil aus nicht verteilten Gewinnen.

In USA und Großbritannien wird diesbezüglich eine Trennung in Capital- und Gewinnrücklagen vorgesehen.¹⁾ Zuführungen und Auflösungen berühren dann in keinem Falle die GuV-Rechnung, unabhängig davon, ob Gewinnrücklagenzuführungen bzw. -auflösungen innerhalb oder außerhalb der GuV-Rechnung vorgenommen werden. Diese weitgehenden Reformen sind jedoch in Deutschland nicht beabsichtigt; daher ist der Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer und die Neuregelung des § 132 AG durchaus als ein großer Meilenstein auf dem Wege zur angestrebten Bilanzklarheit zu werten.

4. Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Bildung und Auflösung von Rückstellungen

Wie bei der Bildung und Auflösung von Rückstellungen anfallenden Aufwendungen und Erträge können bei den untersuchten Schemata der Vergleichsländer in vier Gruppen eingeteilt werden:

1) Bildung zu Lasten entsprechender Aufwandsposten; Auflösung der nicht benötigten Beträge über außerordentliche Ertragsposten (Beispiele: § 261 c HGB, SBZ Schema für Privatbetriebe, § 132 AG Altfassung).

) Weiß, Alfred: "Wirtschaftsprüfung in den USA" in "Wirtschaftsprüfung", 1948, Seite 39 ff.

- b) Bildung zu Lasten entsprechender Aufwandsposten; Auflösung der nicht benötigten Beträge über besonders gekennzeichneten Ertragsposten (Beispiele: Vorschlag Institut der Wirtschaftsprüfer, Neufassung § 132 AG).
- c) Besonderer Ausweis nicht nur bei Auflösung der nicht benötigten Rückstellungsbeträge, sondern auch bei Bildung der Rückstellungen (Beispiel: Großbritannien).
- d) Keine Unterscheidung zwischen Rückstellungen und Rücklagen; daher teils Behandlung als Rücklagen, teils Ausweis einzelner Zuführungsbeträge (Beispiel: USA).

Die amerikanische Handhabung ist in dieser Hinsicht nicht sehr glücklich; sie ist wenig übersichtlich und systematisch. Die deutsche Rechnungslegungspraxis ist der amerikanischen weit überlegen, wie überhaupt die europäische Entwicklung bezüglich der Abgrenzung von Rücklagen und Rückstellungen infolge ihrer klareren Terminologie zweifellos weiter fortgeschritten ist.¹⁾ Die englische GuV-Rechnung enthält hingegen weitgehende Ausweisvorschriften, wodurch nicht nur Auflösungs-, sondern auch Zuführungsbeträge in Erscheinung treten. Eine Übertragung auf deutsche Verhältnisse ist aber problematisch, wenn nicht gar unmöglich, weil nach deutschen Bilanzierungs- und Buchführungsgrundsätzen durch Zuführungsbeträge zu den Rückstellungen die betreffenden Aufwandsposten belastet werden, sodaß die Aufwandsarten insofern vollständig in ihrer Gesamthöhe ausgewiesen werden. Eine zusätzliche Zusammenfassung der Rückstellungszuführungen in einem besonderen Posten ist daneben technisch nicht möglich. Indessen wird dies mit den englischen Bestimmungen über den Ausweis von Rückstellungszuführungen auch nicht verlangt. Da sich die englischen Rechnungslegungsvorschriften durch eine besondere Elastizität auszeichnen, genügt auch hier lediglich die Kenntlichmachung der in den einzelnen Aufwands- bzw. Ertragspositionen enthaltenen Rückstellungsbeträge durch Fußnoten, Anmerkungen usw. Durch ein solches Verfahren wird erreicht, daß sowohl die einzelnen Aufwandsarten in ihrer vollen

1) Vgl. Schedule VIII § 27 (1) Companies Act

Höhe als auch die darin enthaltenen auf Rückstellungsbildung entfallenden Beträge aus der GuV-Rechnung ersichtlich sind. Obwohl zweifellos die Kenntnis der in den einzelnen Aufwandspositionen steckenden Zuführungen zu den Rückstellungen von gewissem Interesse ist, dürfte sich doch eine Übernahme des englischen Verfahrens nicht empfehlen.

Einmal entsprechen die Anmerkungen zu den einzelnen Posten nicht dem deutschen System einer straffen und übersichtlichen Gliederung, zum anderen ist tatsächlich von Bedeutung nur der Ausweis der aus den aufgelösten Rückstellungen stammenden Beträge.

Während es sich bei der Bildung bzw. Zuführung von Rückstellungen in der Regel um betriebliche Aufwendungen handelt, deren Ausweis innerhalb der einzelnen Aufwandsarten somit richtig und ausreichend ist, umfassen die aus den aufgelösten Rückstellungen stammenden Beträge nur den Teil der Rückstellungen, der nicht mehr benötigt wird. Es handelt sich also um die Auflösung stiller Reserven; in diesem Fall ist der Wert eines besonderen Ausweises unbestritten. Diese Überlegungen -Kenntlichmachung des Ertrages aus der Auflösung stiller Reserven- haben auch den Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer und die Neufassung des § 132 AG bei ihrer Regelung bezüglich des Ausweises von Rückstellungsaufösungen geleitet. In der Neufassung des § 132 AG werden in getrennten Positionen die Beträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und aus der Auflösung von Rückstellungen ausgewiesen. Da unmittelbar davor die das Anlagevermögen betreffenden Buchgewinne und Zuschreibungen in einer Position zusammenzufassen sind, erfolgt mit dieser 3. Position ein Ausweis wesentlicher Auflösungsbeträge aus stillen Reserven.

Im Vorschlag der Wirtschaftsprüfer kommt das Bestreben, in erster Linie die aus stillen Reserven gewonnenen Beträge zu kennzeichnen, noch klarer zum Ausdruck, da hier die Erträge aus Zuschreibungen und aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen in einem Posten auszuweisen sind. Die neuen Vorschriften des § 132 AG sind im Vergleich mit den alten Bestimmungen und denen der anderen Vergleichsländer ein erheblicher Fortschritt. Während in den letzten Fällen die aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen -identisch mit

der Auflösung stiller Reserven- stammenden Beträge in neutralen Sammelposten verschwinden, kommen in der neuen Regelung des § 132 AG diese Beträge klar getrennt und damit eindeutig ersichtlich zum Ausdruck.

5. Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit Konzernverbindungen, Gewinngemeinschaften, sowie Gewinn- und Verlustübernahmeverträge

Die Beziehungen innerhalb eines Konzerns erkennt man am zweckmäßigsten durch die Aufstellung von Konzernbilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen. ¹⁾

Die weitgehende Regelung der Ausweispflicht im englischen Companies Act (schedule VIII § 15 - 22) und auch bei den SEC Vorschriften verlangt derartige Zusammenfassungen. Auch in Deutschland gibt es seit 1931 eine Ermächtigung für den Gesetzgeber, von der bis jetzt aber kein Gebrauch gemacht wurde. Von brennendem Interesse ist allerdings die Frage, ob die einzelnen Konzernmitglieder in ihren Abschlüssen Angaben machen, die zur Charakterisierung der Konzernverbindungen ausreichen. Die Notwendigkeit solcher Angaben besteht besonders dort, wo die Aufstellung konsolidierter Abschlüsse nicht Usus ist.

Für die Vergleichsländer mit sozialistischem Wirtschaftssystem ist dieses Problem nicht akut. Soweit noch Privatunternehmen bestehen, handelt es sich um kleinere und unbedeutende Betriebe, die sich keinesfalls zu Konzernen von wirtschaftlicher Bedeutung zusammenschließen können. Durch die Eingliederung der Finanzwirtschaft der Staatsbetriebe in den Staatshaushalt findet jedoch eine Konsolidierung in extremster Form statt. Irgendwelche Angaben über Konzernverflechtungen in der GuV-Rechnung und in

1) Friedländer, Heinrich: "Konzernrecht unter Berücksichtigung der amerikanischen Praxis", 2. Auflage, Berlin 1954

Bares, Wilhelm: "Die GuV-Rechnung bei Aufstellung von Konzernbilanzen", in Zeitschrift "Der Wirtschaftstreuhänder", 1935, Seite 495 ff.

Möller, A.: "Probleme der konsolidierten Bilanz", in Zeitschrift "Wirtschaftsprüfung", 1954, Seite 229 ff.

der Bilanz sind daher überflüssig und nicht üblich. Aber auch in anderen Ländern fehlen derartige Vorschriften. Für Großbritannien ist diese Tatsache erklärlich, da neben den Abschlüssen der Konzernmitglieder auch die sogenannten group accounts vorzulegen sind, welche einen genauen Aufschluß über die Ertrags- und Gewinnsituation des gesamten Konzerns vermitteln. Obwohl auch in den USA konsolidierte Bilanzen zu erstellen sind, müssen hier dennoch in den GuV-Rechnungen der einzelnen Konzernmitglieder bestimmte mit den Konzernverbindungen zusammenhängende Aufwendungen und Erträge ausgewiesen werden.¹⁾ Diese Angaben müssen sowohl bei den Muttergesellschaften als auch bei den Tochtergesellschaften erfolgen. Innerhalb der Positionen 1 A, 1 B und 2 B des SEC Schemas werden die Beträge von bzw. an Mutter- und Tochtergesellschaften getrennt. Bei der Position 7 und 8 sind Dividenden und Wertpapierzinsen, die von anderen Konzernmitgliedern ausgehen, gesondert anzugeben. Schließlich werden in den Erläuterungen zu den Positionen 9 und 11 die Gewinne bzw. Verluste aus Transaktionen in Wertpapieren der Konzerngesellschaften denen aus Transaktionen in eigenen Wertpapieren gleichgestellt und dürfen ebenso wie diese nicht in den vorgenannten beiden Positionen enthalten sein.

In der deutschen Regelung des § 132 AG (Altfassung) finden sich im Gegensatz zur Bilanzgliederung keine besonderen Angaben. Es erscheint nur schwer verständlich, warum man darauf verzichten soll. Denn die Kenntlichmachung der Beteiligungs- bzw. Zinserträge ist für eine Beurteilung der tatsächlichen Ertragslage nicht minder wichtig, als der gesonderte Ausweis der Konzernverbindlichkeiten und -forderungen für die Beurteilung der Liquidität.

Bei der heutigen Regelung ist es ohne weiteres möglich, durch Finanzmanipulationen zwischen Tochter- und Muttergesellschaften eine Gewinnsituation vorzutäuschen, die in Wirklichkeit nicht besteht. So konnten die in Posten 11 2 der Altfassung des § 132 AG (Beteiligungserträge) enthaltenen Zahlungen von anderen Kon-

1) Vgl. section 150 Companies Act

zernmitgliedern den Gewinn der bilanzierenden Gesellschaft günstig beeinflussen. Die Manipulation der Gewinne des Konzerns bei den einzelnen Konzernmitgliedern ist bis zu einem gewissen Grade für den Konzern von Vorteil und zum Nachteil anderer Beteiligten. Der nicht die Zusammenhänge überschauende Betrachter wird dann durch die isolierten und meist zu verschiedenen Zeitpunkten stattfindenden Abschlußveröffentlichungen der einzelnen Konzerngesellschaften getäuscht.

In diesen Fällen zeichnet sich die wahre Gewinnsituation des Konzerns nur bei Erstellung konsolidierter Gewinn- und Verlustrechnungen ab.

In der Neufassung des § 132 AG wird der gesonderte Ausweis von solchen Aufwendungen und Erträgen, die aus Gewinn- bzw. Verlustübernahmeverträgen stammen, verlangt. Zweifellos bestehen im Falle solcher Verträge zwischen den Vertragspartnern Konzernverbindungen, und es ist insofern zu begrüßen, daß die zu zahlenden Beträge als "unechte Aufwendungen" besonders kenntlich gemacht werden. Man kann den Aktionären der eigenen Gesellschaft drohende Gefahren aus Verlustübernahmeverträgen aufzeigen und andererseits auch bei Verlustübernahme durch eine andere Gesellschaft den tatsächlichen Verlust aufdecken.

Allerdings werden außer den oben gekennzeichneten Verträgen keine sonstigen Konzernverbindungen ausgewiesen.

Der Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer sieht auch den gesonderten Ausweis des Ergebnisses aus Arbeits- bzw. Gewinngemeinschaften vor. Der gesamte Fragenkomplex ist aber rechtlich und betriebswirtschaftlich noch zu wenig geklärt, um ihn zum Gegenstand gesetzlicher Fixierungen zu machen. ¹⁾

1) Vgl. Vorschlag zur Aktienrechtsreform vom Institut der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1956, Pos. 8

6. Die Betrachtung des Gewinn- und Verlustsaldos in den Vergleichsländern

In den einzelnen Vergleichsländern kommt den untersuchten Schemata ein unterschiedlicher Begriffsinhalt zu :

- a) Jahresunternehmungsgewinn;
darin sind nicht berücksichtigt: Rücklagenzuführungen, Abführungen an die Kapitalgeber, Gewinn- bzw. Dividendenvortrag aus dem Vorjahr (Beispiel: USA, UdSSR, SBZ, Vorschlag WP)
 - b) Jahresüberschuß;
darin sind nicht berücksichtigt: Rücklagenzuführungen, Abführungen an die Kapitalgeber;
darin sind jedoch enthalten: Gewinn- bzw. Verlustvortrag aus dem Vorjahr.
 - c) Verteilungsfähiger Gewinn:
Der Gewinn- bzw. Verlustvortrag des Vorjahres ist im Gewinn bzw. Verlust enthalten. Dabei ergeben sich folgende Differenzierungen:
 - c1) Besonderer Ausweis des Gewinn- bzw. Verlustvortrages auf der Ertrags- bzw. Aufwandsseite.
 - c2) Besonderer Ausweis des Gewinn- bzw. Verlustvortrages in der Vorspalte.
 - d) Verfügbarer Saldo für das nächste Geschäftsjahr;
Rücklagenzuführungen und Dividendenzahlungen werden innerhalb der GuV-Rechnung vorgenommen. Der Gewinn- und Verlustvortrag ist im Saldo enthalten. Dabei müssen wir folgende Differenzierungen unterscheiden:
 - d1) Besonderer Ausweis des Gewinn- bzw. Verlustvortrages auf der Ertrags- bzw. Aufwandsseite.
 - d2) Kein besonderer Ausweis des Gewinn- bzw. Verlustvortrages.
- Bei der Möglichkeit d kann man von einem eigentlichen Gewinn nicht mehr sprechen. Da nicht nur die Rücklagenbildung sondern auch die Dividendenzahlungen innerhalb der GuV-Rechnung vorgenommen werden und damit den Gewinn schmälern, ergibt sich als Saldo lediglich der Vortrag für das neue Geschäftsjahr. Folgerichtig benutzt man in Großbritannien für den Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung die Bezeichnung Gewinn nicht.

Die Regelungen nach c liegen in der Mitte; hier werden die Rücklagenzuführungen und Dividendenzahlungen außerhalb der GuV-Rechnung vorgenommen. In der Frage des Gewinn- und Verlustvortrages aus dem Vorjahre ergeben sich buchungstechnisch zwischen den Formen c1 bis c2 keine Unterschiede. In allen Fällen wird am Beginn des Geschäftsjahres der Gewinnvortrag in die Ertragsseite bzw. der Verlustvortrag in die Aufwandsseite eingestellt. Unterschiede gibt es nur in ausweismäßiger Hinsicht. So umfaßt -auf die deutschen Regelungen und Vorschläge bezogen- der Begriff des Reingewinns bei c2 den Gewinnvortrag, bei c1 hingegen nicht. Im Endergebnis wird jedoch der verteilungsfähige Gewinn ausgewiesen.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist zweifellos der unter a ausgewiesene Gewinn begrifflich der exakteste. Es handelt sich bei ihm tatsächlich um den Überschuß der Erträge über die Aufwendungen. Die Zuweisungen zu den Rücklagen werden nicht als Aufwand behandelt. Sie stellen vielmehr eine Gewinnverwendung dar.

Bei der unter d praktizierten Regelung sind infolge der Ausweispflicht aus der GuV-Rechnung sowohl Dividendenzahlungen als auch Rücklagenzuführungen und -auflösungen ersichtlich, sodaß die Ermittlung des tatsächlichen Erfolges keine Schwierigkeit bereitet. Die im Vorschlag der Wirtschaftsprüfer (Pos. 20) anfallenden Zwischenergebnisse sind sehr zu begrüßen, da sie in klarer Form den tatsächlichen Unternehmungsgewinn kenntlich machen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß mit dem Vorschlag des Institutes der Wirtschaftsprüfer und der Neufassung des § 132 AG in günstiger Weise die Vorschrift des § 131 AG (Vornahme von Rücklagen bereits bei der Bilanzaufstellung) mit der betriebswirtschaftlichen Forderung nach Kenntlichmachung des tatsächlichen Erfolges verbunden wird.

VI. Die Schlußfolgerungen aus der Analyse der GuV-Rechnungen der Vergleichsländer

Bei unserer Analyse der GuV-Rechnungen haben wir eine Vielzahl von auf die Gliederung der GuV-Rechnung einwirkenden zweckbestimmten Faktoren sowie die Gliederungs- und Konstruktionstypen aufgezeigt. Diese erweisen sich einer Systematisierung nur schwer zugänglich. Da zudem die äußeren Bedingungen und die Zielsetzungen, die mit der Aufstellung und dem Ausweis genormter Erfolgsrechnungen in den einzelnen Ländern verfolgt werden, erheblich voneinander abweichen, ist die Erarbeitung eines optimalen Gliederungsschemas, das sich zwangsläufig aus den genormten Erkenntnissen ergeben würde, nicht möglich. Es kann deshalb nur versucht werden, gewisse Grundtendenzen der Gewinn- und Verlustrechnungen, wie Ziele, Zwecksetzungen und Gliederungsprinzipien in ihren Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zu untersuchen. Dabei sollen unter Anwendung der Methode der generalisierenden Abstraktion die Beziehungszusammenhänge nur theoretisch aufgezeigt werden, ohne nochmals im einzelnen auf die konkreten Situationen in den Vergleichsländern einzugehen.

1. Die Abhängigkeit des Publizitätsgrades der GuV-Rechnung von der die Gliederung bestimmenden Institutionen

Unter Ausschaltung möglicher und tatsächlich auch existenter Zwischenstufen kann man bezüglich der Gliederungsvorschriften folgende Formen unterscheiden:

- a) Gesetze des Staates (handels-, steuer- und wirtschaftsrechtlich)
- b) Vorschriften anderer Institutionen (Verbände)
- c) Eigene Anweisungen des bilanzierenden Unternehmens.

Auch bei der Publizitätsauswirkung lassen sich ebenfalls unter Nichtberücksichtigung möglicher Zwischenlösungen folgende Stufen festlegen:

- a) Veröffentlichung der Gewinn- und Verlustrechnung in einem Publikationsorgan, Einreichung bei einer übergeordneten Behörde bzw. dem Registergericht mit der unbeschränkten Mög-

lichkeit der Einsichtnahme Außenstehender,

- b) Einreichung bei einer übergeordneten Behörde, ohne die Möglichkeit unbeschränkter Einsichtnahme durch Außenstehende,
- c) interner Gebrauch (ohne die Möglichkeit einer Einsichtnahme von außen, weder durch übergeordnete Instanzen noch durch Privatpersonen).

Im folgenden wollen wir untersuchen, wie die gesetzgebende Körperschaft den Publizitätsgrad einer GuV-Rechnung bestimmen kann. Der Staat nimmt als Gesetzgeber auf die Gliederung von Abschlüssen vornehmlich in den Fällen Einfluß, in denen eine Veröffentlichung des Abschlusses vorgesehen ist. Es handelt sich hierbei vorwiegend um handelsrechtliche Vorschriften, (speziell meist für Aktiengesellschaften) bei denen die Interessenkollision zwischen Vorstand und Großaktionär auf der einen Seite abzuwägen ist.

Bei den Gesetzen, die die Einreichung bei übergeordneten Interessen regeln, handelt es sich meist um solche steuer- und wirtschaftsrechtlicher Natur. Zweck derartiger Vorschriften ist allerdings weniger -wenn man von den Ostblockstaaten absieht- die Festlegung bestimmter Gliederungen als die einheitliche Regelung der Bewertungs- und Gewinnermittlungsgrundsätze.

In den Ländern jedoch, in denen auch die Gliederungsprinzipien gesetzlich geregelt sind, strebt man eine uneingeschränkte Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der GuV-Rechnung an. Als Grund hierfür dient das Interesse der übergeordneten Behörde, (z.B. Finanzamt) die einen weitgehenden Einblick wünscht. Diesem Wunsch entgegen stehen schutzwürdige Interessen des Unternehmens, die im allgemeinen aus Konkurrenzgründen eine unbegrenzte Einblicksmöglichkeit außenstehender Kreise nicht wünschen.

Bei GuV-Rechnungen, die nur für den internen Gebrauch bestimmt sind, ist im allgemeinen der Staat an einer gesetzlichen Regelung nicht interessiert.

Vorschriften anderer Institutionen für die Regelung solcher GuV-Rechnungen, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, können nicht festgestellt werden und sind auch nicht zweckmäßig. In einem solchen Falle tritt ausschließlich der Staat als Gesetzgeber auf. Es ist jedoch in diesem Zusammenhang nicht zu übersehen,

daß die verschiedenen Institutionen (Verbände) usw., wenn sie auch nicht direkt Vorschriften erlassen können, sie in vielen Fällen durch Anregungen an deren Erlaß mitzuwirken vermögen, indem sie je nach ihrem interessenbezogenen Standpunkt Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen bzw. zur Mitarbeit bei den gesetzlichen Vorarbeiten herangezogen werden. Soweit die Vorschriften dieser Institutionen die Einreichung bei übergeordneten Instanzen betreffen, sind sie in ihren Offenlegungspflichten nicht so weitgehend wie die gesetzlichen Regelungen, da ein im Recht begründeter Zwang fehlt. Bei der Erfüllung solcher Vorschriften ist für die betroffenen Unternehmungen ein weiter Spielraum gegeben, der von freiwilliger Befolgung bis zum verbandsrechtlichen Zwang reicht. Je nach der entsprechenden Situation sind die Ausweisvorschriften mehr (je stärker bestimmend der Zwang ist) oder weniger (je stärker das Moment der Freiwilligkeit vorherrscht) weitgehend.

Erläutet man die Vorschriften anderer Institutionen ausschließlich für den internen Gebrauch, dann handelt es sich in der Regel nur um Rahmenvorschriften, die lediglich freiwillig von den Unternehmen angewendet werden. Nach eigenen Anweisungen des bilanzierenden Unternehmens kommt die Aufstellung der GuV-Rechnung dann nicht in Frage, wenn die GuV-Rechnung zur Veröffentlichung bestimmt ist. Dies ist faktisch nicht anders möglich, denn wollte man Art und Ausmaß einer auf Gesetz beruhenden Veröffentlichung dem bilanzierenden Unternehmen überlassen, so würde naturgemäß eine ausreichende Aussagefähigkeit in der Regel kaum gegeben sein.

Dient dagegen die aufzustellende GuV-Rechnung der Einreichung bei einer übergeordneten Behörde, so wird vielfach die Wahl der äußeren Form dem bilanzierenden Unternehmen überlassen, besonders dann, wenn nur die Höhe des Erfolges relevant ist.

Andererseits wird die Einhaltung bestimmter Gliederungsvorschriften dann sinnvoll, wenn die Einreichung bei der übergeordneten Behörde der Durchführung von Betriebsvergleichen dient. Bei den dem internen Gebrauch dienenden GuV-Rechnungen sind nur die Anweisungen des bilanzierenden Unternehmens maßgebend, doch sind bei diesen betriebsinternen Regelungen häufig auch die Einflüsse von Rechts- und anderen Vorschriften erkennbar. Für den

internen Gebrauch aufgestellte GuV-Rechnungen besitzen den größten Aussagewert, da unternehmensfremde Kreise keinen Einblick in diese Rechnungen erhalten.

2. Die Wechselwirkungen zwischen den praktischen Zielsetzungen der veröffentlichten GuV-Rechnungen und ihren theoretischen Zwecksetzungen

In der Praxis können veröffentlichte GuV-Rechnungen folgende Ziele verfolgen:

- a) Unterrichtung der Unternehmensleitung
- b) Unterrichtung der Aktionäre
- c) Unterrichtung der Öffentlichkeit
- d) Unterrichtung der übergeordneten Instanzen.

Interne, nicht zur Veröffentlichung bestimmte GuV-Rechnungen haben in erster Linie die Aufgabe, die Geschäftsleitung zu unterrichten. Dies schließt natürlich nicht aus, daß auch die gesetzlich vorgeschriebene GuV-Rechnung als Grundlage für Dispositions- und Führungsentscheidungen der Unternehmensleitung herangezogen wird. Dies ist besonders dann der Fall, wenn daneben sonstige Rechnungen nicht aufgestellt werden. Deshalb muß man unbedingt die publizierten GuV-Rechnungen auch als Informationsmittel der Unternehmensleitung ansehen.

Das gleiche Recht auf erweiterte Informationsmöglichkeiten besitzen natürlich auch die Aktionäre und die breite Öffentlichkeit, die auf Grund ihrer finanziellen, sozialpolitischen und sonstigen Verflechtungen stark mit den Unternehmen verbunden sind. In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die bevorstehende Aktienrechtsreform mit ihren Bestrebungen zur Förderung des Kapitalmarktes hingewiesen, die eine weitgehende Orientierung der Öffentlichkeit über die Rechnungslegung der sich mit Finanzierungswünschen an den Kapitalmarkt wendenden Gesellschaften vorsieht.

Demgegenüber lassen sich die theoretischen Hauptzwecke der Bilanz wie folgt definieren:

- a) Ermittlung des Erfolges (in einem Betrag)
- b) Darstellung der Zusammensetzung des Erfolges,

dabei steht im Vordergrund

- b1) Trennung in betrieblichen und neutralen Erfolg,
- b2) Aufschluß über die Zusammensetzung des Aufwandes,
- b3) Aufschluß über die Zusammensetzung des Ertrages
(insbesondere Umsatzausweis),
- b4) Offenlegung gewinnpolitischer Maßnahmen (Abschreibungen,
Bildung und Auflösung von Wertberichtigungen und offenen
bzw. stillen Rücklagen),

) Verwendung des Erfolges (GuV-Rechnung kombiniert mit Gewinnverwendungsrechnung).

er Unterrichtung der Unternehmensleitung vermag eine GuV-Rechnung, die lediglich die Ermittlung des Erfolges bezweckt, nicht zu dienen, zumal auch dieser Zweck bereits mit der Erstellung der Bilanz erfüllt wird. Über die Zusammensetzung des Erfolges können interne GuV-Rechnungen des Unternehmens besseren Aufschluß als extern zu veröffentlichende Rechnungen geben. Generell ist festzustellen, daß die GuV-Rechnungen umso eher ihre Aufgabe als Informationsmittel der Unternehmensleitung erfüllen, je weniger stark der Publizitätsgrad ist, d.h. die oben unter b1 bis b4 dargestellten theoretischen Zwecke der GuV-Rechnungen werden bei externen Aufstellungen im allgemeinen am wenigsten berücksichtigt, während interne Rechnungen den jeweiligen theoretischen Zwecken weitgehend angepaßt werden können. Mit der eigentlichen GuV-Rechnung gekoppelte Gewinnverwendungsrechnungen sind naturgemäß als Mittel zur Unterrichtung der Unternehmensleitung nicht notwendig, sondern dienen ausschließlich der Information außenstehender Kreise.

Für die Unterrichtung der Aktionäre und Gläubiger ist eine GuV-Rechnung, die nur den Zweck der Erfolgsermittlung verfolgt, zwar nicht ohne Wert, sie wird jedoch von interessierten Angehörigen dieses Personenkreises in der Regel als nicht ausreichend angesehen. Solche GuV-Rechnungen entsprechen in weitgehendem Maße den Wünschen der Aktionäre und Gläubiger, die daraus Schlüsse für ihre Dividendenforderungen ableiten.

Besonderes Gewicht legt man auf den Ausweis der Abschreibungen, der Rücklagenzuführungen und -auflösungen. Selbstverständlich interessiert sich der Aktionär auch in ganz besonderem Maße für die Gewinnverwendung. Die Koppelung der GuV-Rechnung mit einer

Gewinnverwendungsrechnung hängt in erster Linie davon ab, ob bei Erstellung des Abschlusses die Gewinnverwendung bereits definitiv beschlossen ist:

Zu beachten bleibt jedoch, daß es sich bei den die GuV-Rechnung tangierenden Zuführungs- und Auflösungsbeträgen an bzw. von Rücklagen im betriebswirtschaftlichen Sinne ebenfalls um eine Gewinnverwendung handelt. Die Öffentlichkeit -hierzu gehören die Wirtschaftspresse, interessierte Wirtschaftskreise sowie der Personenkreis, der potentiell als Aktionär oder sonstiger Kapitalgeber in Frage kommt- ist vor allem am Erfolg als komplexer Größe und daneben noch an der Gewinnverwendung interessiert. Die Zusammensetzung des Erfolges tritt demgegenüber in den Hintergrund. Auch den übergeordneten Instanzen kommt es in erster Linie auf die Ermittlung des Erfolges an, wobei besonderer Wert auf den Ausweis eines nach einheitlichen Bewertungsregeln ermittelten Erfolges gelegt wird. Die Zusammensetzung des Erfolges -und damit gleichzeitig die Gliederung- wird demgegenüber, sofern nicht irgendwelche Kontrollzwecke verfolgt werden, ebenso wie die Gewinnverwendungsrechnung als zweitrangig angesehen.

3. Praktische Zielsetzungen und theoretische Zwecke als Bestimmungsfaktor der Gliederungsprinzipien

Es soll hier ein zusammenfassender Überblick über die verschiedenen Konstruktions- und Gliederungsprinzipien erfolgen. Insbesondere interessiert hierbei die Frage, welche der verschiedenen Konstruktions- und Gliederungsprinzipien je nach der angestrebten Ziel- bzw. Zwecksetzung zur Anwendung gelangen. Bezüglich des sachlichen Aufbaus ist festzustellen, daß im allgemeinen die verschiedenen Zwecke und Ziele sowohl mit arten- als auch mit bereichsmäßiger Gliederung zu erreichen sind.

Wenn die veröffentlichte GuV-Rechnung in erster Linie zur Unterrichtung von Aktionären, Gläubigern und der breiten Öffentlichkeit dient, dann kann man dieses Ziel besser durch eine artenmäßige als durch eine bereichsmäßige Gliederung erreichen. Dem theoretischen Zweck der Erfolgsspaltung (Trennung der betrieblichen von den neutralen Aufwendungen und Erträgen) wird bezüg-

lich des sachlichen Aufbaus nur die bereichsmäßige (funktionale) Gliederung gerecht. Was den inneren Aufbau anbelangt, so sind sämtliche praktischen Zielsetzungen, die mit einer GuV-Rechnung verfolgt werden können, vollkommen nur durch eine Bruttorechnung zu erfüllen. Beachtenswert erscheint in diesem Zusammenhang die Interessenkollision, die zwischen Unternehmensleitung und Großaktionär auf der einen Seite, Kleinaktionär, Gläubiger und Öffentlichkeit auf der anderen Seite herrscht. Die gewählte Form des inneren Aufbaus stellt daher bei veröffentlichten GuV-Rechnungen in der Regel einen Kompromiß dar, der seinen Ausdruck in allen Abstufungen von der reinen Bruttorechnung über die abgestufte Bruttorechnung, die gemischte Rechnung bis zur kaum aussagefähigen Nettorechnung finden kann. Dabei ist eine Nettorechnung in den Fällen ausreichend, in denen die theoretischen Zwecke der Erfolgsermittlung und der Erfolgsverwendung dominieren.

Der äußere Aufbau der GuV-Rechnung (Staffel- oder Kontoform) ist von den praktischen Zielsetzungen und den theoretischen Zwecken grundsätzlich unabhängig. In fast allen Fällen können beide Möglichkeiten angewendet werden. In den Fällen, in denen vor allem der wirtschaftliche Laie angesprochen werden soll (Unterrichtung von Aktionären und Öffentlichkeit) ist die Anwendung der Staffelform sehr zu empfehlen. Auch der rechnerische Aufbau (Produktions-, Umsatz- oder Betriebsleistungsrechnung) der GuV-Rechnung ist unabhängig von ihren Zwecken und Zielsetzungen. Die praktische Anwendungsmöglichkeit dieser Rechnungsform ist für den Einzelfall eingeschränkt, da bestimmte Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen mit anderen Konstruktionsprinzipien (des sachlichen und des inneren Aufbaus) bestehen.

VII. Zusammenfassung

Die Analyse und Kritik der GuV-Rechnungen der Vergleichsländer sowie die unter verschiedenen Aspekten vorgenommene vergleichende Analyse haben gezeigt, daß teilweise beträchtliche Unterschiede im Aufbau und der Gestaltung der GuV-Rechnung bestehen. Diese scheinbar nur formellen Differenzierungen zeitigen aber

auch erhebliche materielle Auswirkungen, da sie nicht nur die materielle Gestaltung des Rechnungswesens, sondern mit der in den einzelnen Vergleichsländern verschiedenen Gewichtsverlagerung hinsichtlich der einzelnen Aufwendungen und Erträge auch den Inhalt und damit die reale Aussagefähigkeit der GuV-Rechnung beeinflussen. Als ein Grund hierfür stellten sich die mit der veröffentlichten GuV-Rechnung verbundenen unterschiedlichen Zwecksetzungen heraus. Diese wiederum sind in starkem Maße von wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten bestimmt. Zwischen Ländern mit marktwirtschaftlich orientiertem Wirtschaftssystem einerseits und Ländern mit sozialistischem Wirtschaftssystem andererseits darf man derartige Unterschiede ohne weiteres vorraussetzen; einleitend wurde diese verschiedenartige Ausgangssituation bereits gekennzeichnet. Jedoch ist bemerkenswert, daß auch innerhalb der westlichen Vergleichsländer die unterschiedlichen Strukturierungen der GuV-Rechnungen offensichtlich zum Teil durch voneinander abweichende Zweckbestimmungen bedingt sind. Andererseits sind zahlreiche Parallelen und Gemeinsamkeiten in der theoretischen Grundkonzeption und der äußeren Ausgestaltung nicht zu verkennen.

Die Feststellung gilt -wenn auch eingeschränkt- für den Vergleich zwischen östlichen und westlichen Ländern ebenfalls. Eliminieren wir aus den Schemata der Ostblockstaaten die durch das unterschiedliche Wirtschaftssystem bedingten verschiedenartigen Zielsetzungen und führen eine terminologische Angleichung herbei, dann ergibt sich eine überraschend analoge Behandlung einzelner Probleme. Dennoch werden sich selbst innerhalb der Staaten mit überwiegend marktwirtschaftlich orientiertem Wirtschaftssystem Vereinheitlichungsbestrebungen kaum oder nur auf lange Sicht verwirklichen lassen. Die Regelungen des Aktien- und Bilanzrechts sind in jedem Lande organisch in unterschiedlicher Weise gewachsen. Dies ist in enger Verbindung und wechselseitiger Befruchtung zwischen Rechtsentwicklung kaufmännischer Praxis und betriebswirtschaftlicher Theorie geschehen. Eine solche langfristige und natürliche Entwicklung läßt sich nicht ohne weiteres rückgängig machen.

Mit dem Versuch einer Angleichung kann man die bestehenden strukturellen Unterschiede nicht beseitigen; dafür sind sie teilweise

zu erheblich. Wahrscheinlich dürften auch die Umstellungsschwierigkeiten größer sein als die daraus gewonnenen Vorteile. Daher sollte man als Nahziel zunächst eine Anpassung des materiellen Bilanzrechts -insbesondere der Bewertungsvorschriften- anstreben. Ohne den Vorteil einer einheitlichen Formellen Gliederung für den zwischenstaatlichen Geschäftsverkehr und für vergleichende Zwecke zu verkennen, ist die Vereinheitlichung des Bewertungsrechtes zweifellos wichtiger. Dieses Vorhaben ist auch leichter zu realisieren, da einheitliche Bewertungsvorschriften durchaus nicht an bestimmte, äußerlich gleiche Formen gebunden sind. Der Vergleich hat andererseits gezeigt, daß die alte Regelung des § 132 AG, die sehr reformbedürftig war, durch die Neuregelung erheblich verbessert worden ist.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß in den beiden angelsächsischen Vergleichsstaaten Gliederungsvorschriften für die GuV-Rechnung kaum bestehen. Es läßt sich beispielsweise keine ausländische Regelung finden, deren man in das deutsche Aktienrecht empfehlen könnte, allerdings schließt sich eine solche Übertragung teilweise auch durch die traditionell bedingten abweichenden Rechnungslegungspraktiken aus.

Mängel und Vorzüge der einzelnen Schemata treten erst durch den Vergleich in Erscheinung. Dabei werden theoretische Grundzusammenhänge aufgedeckt, die bei Analyse nur eines Schemas oft verdeckt blieben, denn nur zu oft wird in der betrieblichen Praxis ein bestehender Rechtszustand mit betriebswirtschaftlicher Theorie identifiziert. Nimmt man unter diesem Gesichtspunkt eine Bewertung der Neuregelung des § 132 AG und des Entwurfes des Institutes der Wirtschaftsprüfer vor, dann kann man feststellen, daß diese beiden Vorschläge auch positive Anregungen aus den Vorschriften anderer Länder übernehmen und dies unter Berücksichtigung moderner betriebswirtschaftlicher Methoden im Rahmen der durch außerbetriebliche Zielsetzungen gezogenen Grenzen auf deutsche Verhältnisse übertragen. Im Endergebnis legen daher diese beiden Entwürfe jeweils eine Gliederung vor, die hinsichtlich ihrer Aussagefähigkeit weit über die bisherige Regelung des § 132 AG hinausgeht und keinen Vergleich mit dem Ausland zu scheuen braucht.

Eine andere Frage ist jedoch, wie diese Reform unter dem Blick-

winkel der Konkurrenzlage deutscher Aktiengesellschaften gegenüber den entsprechenden ausländischen Unternehmungen zu bewerten ist.

Allenfalls die amerikanische Regelung der SEC Vorschriften verlangt in gleichem Maße eine Offenlegung der Gewinn- bzw. Ertragslage.

In Europa finden sich gleiche oder annähernd weitgehende Bestimmungen nicht; die Partner der Bundesrepublik im Gemeinsamen Markt kennen überhaupt keine allgemeinverbindlichen Gliederungs- und Ausweisvorschriften für die aktienrechtliche Gewinn- und Verlustrechnung. Die Auswirkungen dieser Sachlage entziehen sich der betriebswirtschaftlichen Beurteilung.

Für die zwischenstaatliche Konkurrenzsituation gilt das Argument nicht, daß man Einblick gewährt und Einblick erhält, denn den Einblick geben vorwiegend die deutschen Aktiengesellschaften.

Auf lange Sicht wird sich das Gewicht betriebswirtschaftlicher Überlegungen verstärken, zumal diese weitgehend mit den Interessen der Öffentlichkeit, des Staates und der Aktionäre parallel laufen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Reformbestrebungen in erster Linie der Kapitalmarktförderung dienen. Durch die verstärkte Publizität der Aktiengesellschaft soll die Aktie für das anlagesuchende Publikum wieder anziehend gemacht werden. Wenn also in der Publizitätsfreudigkeit der Gesellschaften ein Beeinflussungsfaktor des innerstaatlichen Kapitalflusses gesehen wird, so dürfte dies in Zukunft auch für den im zunehmenden Maße liberalisierten zwischenstaatlichen Kapitalverkehr gelten. Es bleibt zu hoffen, daß die Neuregelung des § 132 AG sich als zweckmäßig und vorteilhaft für die Entwicklung der deutschen Aktiengesellschaften erweisen wird.

C. Die Einflußnahme der Wirtschaftsprüfungsorganisationen
auf die theoretische und praktische Ausgestaltung der
Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

I. Die Einflußnahme der Wirtschaftsprüfungsorganisationen
auf den Erlaß von gesetzlichen Vorschriften auf dem
Gebiete der Rechnungslegung

Die Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsorganisationen können auf manche Art und Weise auf die Ausgestaltung der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften Einfluß nehmen. Da auf diesem Gebiete dem Erlaß von gesetzlichen Vorschriften eine besondere Bedeutung zukommt, interessiert uns besonders die Frage, ob auch hierbei die oben genannten Institutionen ein Mitspracherecht besitzen. Diese Frage läßt sich nicht ohne weiteres beantworten, jedoch kann festgestellt werden, daß in allen Vergleichsländern eine rege Aktivität in dieser Hinsicht herrscht. Eine Ausnahme bildet hierbei nur die UdSSR und die SEZ. Dort erlaubt es die Wirtschaftsverfassung des Staates nicht, das Rechnungswesen noch durch außerstaatliche Interessensphären zu beeinflussen. In den westlichen Vergleichsländern sind die Bemühungen wesentlich größer, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Westdeutschland: Die große Bedeutung der Wirtschaftsprüfung für die Rechnungslegung der Aktiengesellschaften geht wohl eindeutig aus den Bestimmungen des Aktiengesetzes (§ 135 AG) hervor. Hiernach muß der Jahresabschluß jeder Gesellschaft durch unabhängige Wirtschaftsprüfer kontrolliert und seine Ordnungsmäßigkeit durch ein Bilanztestat bestätigt werden. Aber nicht nur auf die gegenwärtige Regelung unseres Aktienrechts und der darin verankerten Rechnungslegungsvorschriften sondern auch auf die Neugestaltung der Rechnungslegungsvorschriften bei der zukünftigen Aktienrechtsreform erstreckt sich das Interesse der Wirtschaftsprüfer. An der schon seit Jahren andauernden Diskussion beteiligte sich das Institut der Wirtschaftsprüfer mit einem eigenen Entwurf. Im Prinzip ähnelt dieser Entwurf dem Vorschlag des Bundesjustizministeriums. Er nimmt etwa zu folgen-

den Problemen Stellung:

Organisation der Aktiengesellschaft;
die aktienrechtliche Publizität und der Aktionär;
das Konzernrecht des Aktienrechtsentwurfes;
der Rechtsstatus der Abhängigkeit einer Aktiengesellschaft;
die Konzentration von Aktienbesitz. ¹⁾

Grundidee des Entwurfes ist das Leitbild der Publizitätsaktiengesellschaft. Man will dies mit einer aktiven Mitwirkung des Publikumsaktionärs an den Belangen der Aktiengesellschaft erreichen. Der Entwurf des Institutes der Wirtschaftsprüfer versucht aber in stärkerem Maße die Interessen der Unternehmungen mit den Interessen der Aktionäre und der Öffentlichkeit in Einklang zu bringen, als dies bei dem Vorschlag des Bundesjustizministeriums der Fall ist. Zweifellos wird der Bundestag bei der Beschlußfassung über das neue Aktiengesetz die einzelnen Entwürfe der Interessenverbände und des Institutes der Wirtschaftsprüfer eingehend prüfen und darin positiv enthaltene Anregungen bei der Neuregelung der aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigen. Der Referentenentwurf will grundsätzlich die stillen Reserven verbieten. Es ist aber fraglich, ob die Bilanzierungsvorschriften des Entwurfs zu einer wesentlichen Änderung des Bilanzierungsprinzips hinsichtlich der Wertansätze führen werden. Die sogenannten stillen Rücklagen gehen zum Teil auf in der vorsichtigen Bewertung. Stille Reserven beim Anlagevermögen dürfen nur auf Grund der Satzung gebildet werden. "Auch wenn die Satzung die Bildung stiller Rücklagen vorsieht, dürfen sie nur insoweit gebildet werden, als sie bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind, um die Lebens- und Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft für die nächste Zukunft zu sichern." ²⁾

Es scheint aber keine Frage zu sein, daß die Wirtschaftsprüfer und Unternehmensleitungen in der Bewertung die Sicherung der Existenzfähigkeit des Unternehmens berücksichtigen. Bei dem

1) Flume, Werner: "Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes", in Schriftenreihe Handelsblatt, Verlag Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

2) Flume, Werner: "Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes", a.a.O., Seite 14

Vorratsvermögen will man die Bildung stiller Rücklagen erlauben, soweit es zur Berücksichtigung von Wertschwankungen notwendig ist. Es wäre besser, Bewertungshöchstgrenzen aufzustellen und das Herabgehen unter die Höchstgrenzen auf die vernünftige kaufmännische Beurteilung abzustellen. Durch den Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers dürften mißbräuchliche Unterbewertungen zur Verkürzung der Rechte der Aktionäre im allgemeinen verhindert werden.

England: Auch in England nahmen die Wirtschaftsprüfungsorganisationen einen großen Einfluß auf die gesetzliche Ausgestaltung der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften. Schon bei dem Erlaß des Companies Act von 1929 standen die verschiedenen Fachorganisationen dem Gesetzgeber beratend zur Seite. So wurde damals bereits die Haftung des Verwaltungsrates (Board of Directors) ebenso wie die unabhängige Stellung des Auditors verstärkt. Auch bezüglich der Rechnungslegung brachte der Einfluß der Wirtschaftsprüfer umfassende Vorschriften. Besonders in dem Reformausschuß, der den Companies Act 1929 vorbereitete, waren Wirtschaftsprüfer der verschiedenen Fachorganisationen vertreten. In seinem Bericht befaßte sich das Gremium eingehend mit der Form und dem Inhalt der Bilanzen. ¹⁾

Eindeutig sprach sich der Reformausschuß gegen die Verwendung eines starren gesetzlichen Schemas aus. Es hat jedoch in England bis weit in die Zeit des zweiten Weltkrieges keine Stelle gegeben, die die überall praktizierten Bewertungsgrundsätze theoretisch ausgestaltete, um sie den accountants und auditors als allgemein zu akzeptierende Richtlinien zu empfehlen. In den Urteilsbegründungen der Case Law Prozesse wiesen die Richter auf die unterschiedlichen Meinungen der accountants in Bewertungsfragen hin. ²⁾

Nach Ansicht von de Paula ³⁾ ist die Praxis im Bereich der englischen Rechnungsfachleute sehr individualistisch ausgerichtet.

1) Board of Trade: Report of the Committee on Company Law Amendment (1925-1926) London, His Majesty's Stationary Office 1929, Seite 69

2) Peterson, J.: a.a.O., Seite 266 ff.

3) de Paula: "Developments in Accounting", a.a.O., Seite 34

Die Prüfungen legten die accountants in ihren Fachorganisationen ab und übten dann ihren Beruf nach eigenem Urteil und ohne die Hilfe allgemein empfohlener Bewertungsempfehlungen aus. Nicht wie in Deutschland hat die Betriebswirtschaftslehre eine theoretische Untermauerung des Accountant-Berufes gebracht. Die Lehrstühle für Accountancy an den englischen Universitäten sind sehr spärlich; bilanztheoretische Arbeiten sind kaum bekannt.

Um so beachtenswerter erscheinen die Arbeiten der accountants Norris und Bray, die noch an einer späteren Stelle Gegenstand unserer Ausführungen sein sollen. Außerdem fehlen in England die Gutachten von Industrie- und Handelskammern, da der Gesetzgeber bisher noch keine Sammlung der GoB verlangte, wie dies in Deutschland im § 129 AG gesetzlich geschehen ist. Eine zentrale Sichtung und Beurteilung dieser Grundsätze nahm erst das Institute of Chartered Accountants vor.¹⁾ Es begann seine Bemühungen mit der Gründung eines Taxation and Financial Relations Committee im Jahre 1942, das "Recommendations on Accounting Principles" ausarbeitete, alsdann seine Empfehlungen auf die Bilanzierung des Anlage- und Umlaufvermögens ausdehnte und das weitere Augenmerk auf die Ausgestaltung einer aussagefähigen Erfolgsrechnung richtete. Sehr stark sind diese Vorstellungen von den Ansichten amerikanischer Fachkreise beeinflusst. Dies rührt zweifellos von der Tätigkeit englischer Accountants in den USA her; auch beachtet man die Standardwerke und Empfehlungen des American Institute of Accountants, (Accounting Research Bulletins) die sogar teilweise in der englischen Literatur den Empfehlungen des Institute hinzugefügt werden.²⁾

Rechtlich kann man die Empfehlungen des Institute of Chartered Accountants nicht mit den Gutachten des deutschen Institutes der Wirtschaftsprüfer vergleichen, da das deutsche Institut zum größten Teil Auslegungen von Gesetzesnormen bringt, die den Willen des Gesetzgebers weit mehr erkennen lassen als das bei den obligatorischen Bewertungsvorschriften vermeidenden Normen

1) Die Konventionen sind zu finden in den "Recommendations on Accounting Principles", herausgegeben vom Institute, London 1953

2) Frank, Vivian H.: "Company Accounts", London 1948, Seite 3

des Companies Act möglich ist. So besagt beispielsweise der § 133 AG, daß die Anschaffungs- oder Herstellungskosten auf die Nutzungsdauer vorhandener abnutzbarer Anlagegüter verteilt werden und verweist im übrigen auf die GoB, wonach Abschreibungen zu berechnen und Kosten zu verteilen sind. Der Companies Act dagegen läßt undefinierte Kosten und Wertansätze zu und genehmigt auch die Unterlassung von Abschreibungen.

Das deutsche Institut hat zudem noch den großen Vorteil, autorisierter Sprecher aller Wirtschaftsprüfer zu sein, während hingegen die englischen Accountants sich in mehreren Organisationen zusammengeschlossen haben. Diese geben keine gemeinsamen Empfehlungen heraus, sondern haben in bezug auf die Berücksichtigung der Preisschwankungen in Buchführung und Rechnungslegung einander widersprechende Vorschläge ihrer jeweiligen Mitglieder unterbreitet. Bereits das deutsche Institut stellt fest, daß die Ergebnisse seiner Gutachten nicht ohne weiteres mit den GoB vergleichbar sind. ¹⁾ Das englische Institut beschränkt sich auf den Hinweis, daß die veröffentlichten Recommendations nur die beste Praxis beinhalten. Auch nach der Ansicht von Frank gelten diese Empfehlungen als die besten Bewertungskonventionen, die allerdings von Zeit zu Zeit der Entwicklung angepaßt werden müssen. ²⁾ Zum Abschluß sei auf den erst kürzlich veröffentlichten Jenkins Entwurf hingewiesen. Vor zwei Jahren setzte die englische Regierung diesen Ausschuß ein, der ein Gutachten zur Aktienrechtsreform erstellen sollte. Unter den dreizehn Mitarbeitern des Jenkins Ausschusses befanden sich nach dem bewährten Muster des Cohen Ausschusses auch drei Accountants der drei großen Wirtschaftsprüfungsorganisationen. Ihm war die Aufgabe gesetzt, "die Bestimmungen und das Funktionieren des Companies Act von 1948 zu überprüfen und im Lichte der modernen Verhältnisse und Praktiken Erwägungen darüber anzustellen, was die Verwaltungspflichten und die Aktionärsrechte sein sollen." Das vorliegende Gutachten fordert eine Verstärkung der Aktio-

1) Siehe Einleitung, Abschnitt B, der Fachgutachten des Institutes der Wirtschaftsprüfer (Sonderdruck, Düsseldorf 1954) besonders Seite 10

2) Frank, Vivian H.: "Company Accounts", a.a.O., Seite 3

närsrechte auf dem Gebiete der Kontrolle und der Publizität. Vor allen Dingen wollte man damit das zuungunsten der Aktionäre verschobene Gleichgewicht wieder herstellen. Deshalb ging der Ausschuß in seinen Empfehlungen für die Erweiterung der Verwaltungspflichten nur soweit, wie es notwendig war, um bei den zur Selbstherrlichkeit neigenden Vorständen das Bewußtsein, Verwalter des Kapitals der Aktionäre zu sein, wachzuhalten. Die Kontrollfunktionen der Aktionäre sollen nicht erweitert werden. Die Verwaltung muß freie Hand haben, um die Interessen des Unternehmens entsprechend vertreten zu können. In der Frage der Veräußerung des Gesellschaftseigentums will der Ausschuß dem Vorstand eindeutige Beschränkungen auferlegen. So soll die Hauptversammlung bei der Veräußerung großer Vermögenswerte zustimmen. Dies gilt auch für die Ausgabe von Vorratsaktien. Zu dem Vorschlag einer Befragung der Aktionäre nahm der Jenkins Ausschuß keine Stellung, da die Verwirklichung dieser Maßnahme zu schwierig wäre. Auch in der Frage des Konzernrechts sieht der Jenkins Ausschuß umfassende Neuerungen vor. Der Geschäftsbericht soll eine Aufzählung sämtlicher Tochterfirmen enthalten, wichtige Vorgänge während des Berichtjahres schildern und grundlegende Änderungen ihres Tätigkeitsbereiches bekanntgeben. Jenkins will das Strohmannensystem abschaffen; es soll kein Aktionär mehr seinen Besitz unter dem Namen eines Strohmannes eintragen können. Eine Bewertung zu Tagespreisen wird nicht verlangt; es genügt nach Auffassung des Jenkins Ausschusses, wenn im Geschäftsbericht Unterschiede zwischen Buch- und Tageswerten vermerkt werden. Die Muttergesellschaft soll den Umsatz des gesamten Konzerns veröffentlichen. Der Geschäftsbericht muß Vergleichszahlen der letzten fünf Jahre enthalten, nicht nur für die Umsätze, sondern auch für das Kapital und die Rücklagen, die Reingewinne und die Dividenden.

Es ist sehr aufschlußreich, daß die Reformbestrebungen erst nach der Diskussion der Entwürfe zur deutschen Aktienrechtsreform angeregt wurden. Offenbar haben die deutschen Bemühungen um eine Verbesserung der Rechnungslegungsvorschriften in England ein positives Echo gefunden.

USA: In den Vereinigten Staaten gibt es weder auf bundes- noch auf einzelstaatlicher Ebene ein umfassendes kodifiziertes Ak-

tienrecht. Infolge des Überwiegens des angelsächsischen Einflusses auf dem amerikanischen Kontinent ist die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Rechnungslegung äußerst zurückhaltend. In den Vorschriften der Corporation Laws wird den Aktionären das Recht auf gewissenhafte Rechnungslegung grundsätzlich zuerkannt; jedoch fehlen überall nähere Bestimmungen über Gliederung und Bewertung. Infolge des Fehlens eines bundesstaatlichen Aktiengesetzes mit den entsprechenden Rechnungslegungsvorschriften kann naturgemäß von einer Einflußnahme des American Institute of Certified Public Accountants nicht gesprochen werden. Der Einfluß dieser Berufsorganisation liegt aber auf anderem Gebiet. Die Publizitätsvorschriften der Börsen ¹⁾ verlangen für die Zulassung der Anteile zum Börsenhandel die Einreichung eines Jahresabschlusses, der mit dem Bestätigungsvermerk eines Wirtschaftsprüfers versehen sein muß.

Die Rechnungslegungsvorschriften der Börsen enthalten sich jeglicher Details hinsichtlich der Bewertung sowie des Aufbaus und der Gliederung des Jahresabschlusses zugunsten der allgemein anerkannten Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, die sich gegenüber Einzelfragen zumeist der strengen materiellen Faßlichkeit entziehen, dafür aber um so mehr die getreue Rechenschaftslegung zum obersten Grundsatz erheben. Sie finden ihren Niederschlag in den von Zeit zu Zeit erscheinenden Publikationen des amerikanischen Institutes der Wirtschaftsprüfer. Seit dem Jahre 1939 treibt es systematische wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten der Buchführung und der Rechnungslegung. Das Institut hat zu diesem Zwecke zwei Ausschüsse gebildet, das Committee on Terminology und das Committee on Accounting Procedure, die ihre Forschungsergebnisse in Form von Gutachten in den Terminology Bulletins bzw. Accounting Research Bulletins veröffentlichen. Stimmen die Grundsätze der ordnungsmäßigen Buchführung nicht mit den Lehrmeinungen der Betriebswirtschaft überein, dann pflegen die Minderheitsansichten der Gutachtergremien stets mit ausführlicher Begründung mitveröffentlicht zu

1) Nyse Company Manual, II § 1-6

werden. Von September 1939 bis Ende 1958 erschienen insgesamt 42 solcher Bulletins. Außer den darin ausgesprochenen Ansichten und Empfehlungen gibt das Institut jedes Jahr die sogenannten "Accounting Trends and Techniques" heraus, einen unkommentierten statistischen Überblick über die Jahresabschlußpraxis von 600 an der Börse eingeführten Aktiengesellschaften. Sowohl die Gutachten der genannten Forschungsausschüsse als auch die "Trends" finden in der Wirtschaft stärkste Beachtung und sichtbaren erzieherischen Erfolg. Durch diese Tätigkeit des "American Institute of Certified Public Accountants" wird faktisch die gesamte Bilanzierungspraxis in den USA beeinflusst. Aber noch in einer anderen Hinsicht wird die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaft durch die Tätigkeit der amerikanischen Wirtschaftsprüfungsorganisationen bestimmt. Für Unternehmungen bestimmter Wirtschaftszweige besteht auf Grund von Bundesgesetzen eine bis ins einzelne vorgeschriebene Rechenschaftspflicht. So erließ man beispielsweise zahlreiche Gesetze für Unternehmungen der Nachrichtenübermittlung, der Versorgungs-, Verkehrs- und Energiewirtschaft mit den entsprechenden Rechtsverordnungen auf dem Gebiete der Buchführung und Rechnungslegung. Bei der Abfassung dieser Gesetze stand das American Institute of Certified Public Accountants der Legislative beratend zur Seite; der Einfluß der "Good Accounting Principles" in den Vorschriften über die Rechnungslegung ist unverkennbar. Durch die Berichterstattung dieser Unternehmungen an die Aufsichtsbehörden wurde die Praxis von Jahresabschlüssen und zusätzlichen Berichten an die Aktionäre sehr befruchtet, wodurch wiederum die Rechnungslegung auch der anderen Wirtschaftszweige angehörenden Aktiengesellschaften vorgezeichnet war.

Die auf Grund des Securities Act und des Securities Exchange Act gebildete Exchange Commission ¹⁾ führt die Aufsicht über sämtliche Börsen; ihr obliegt die Entscheidung der Anträge über die Börsenzulassung von Wertpapieremissionen. Sie verlangt einen Registrierungsbericht, der stets einen ausführlich erläuterten

1) US Code, Title 15, § 78

und von einem Wirtschaftsprüfer bestätigten Jahresabschluß zu enthalten hat. Auf diese Weise nimmt der Berufsstand der Wirtschaftsprüfer auch auf die Arbeit der SEC einen großen Einfluß.

Auch der jährlich zu erstellende Jahresbericht muß das Testat eines Wirtschaftsprüfers tragen. Zusammenfassend können wir feststellen, daß das amerikanische Institut der Wirtschaftsprüfer zwar nicht direkt, aber indirekt sehr stark an der Fixierung von Vorschriften über die Rechnungslegung beteiligt ist.

UdSSR: Eine Einflußnahme von Wirtschaftsprüfungsorganisationen auf die gesetzliche Gestaltung von Rechnungslegungsvorschriften kann es in der UdSSR aus zwei Gründen nicht geben:

1. weil es keine selbständigen Organisationen der Wirtschaftsprüfer mehr gibt,
2. weil der Staat aus Gründen der Plankontrolle größten Wert auf einheitliche Bewertungsrichtlinien legen muß.

Freiberuflich Tätige werden in einer Ordnungsform des sozialen Zusammenlebens gebraucht, in der die meisten selbst planen und für sich Verantwortung tragen, so daß sie als freie Menschen sich von anderen Menschen beraten oder helfen lassen können. Sie werden nicht gebraucht in einem System, in dem eine Zentrale dem Staatsbürger seine Tätigkeit zuweist und durch Funktione in den privaten Bereich der Staatsbürger eingreift, ihm also die Verantwortung für private Entscheidungen weitgehend abnimmt. Die Notwendigkeit der freien Berufe hängt also von dem Grade der Verstaatlichung ab, ob die Staatsbürger ihre kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse selbst planen dürfen und ob die Rechtssprechung eine solche Tätigkeit zuläßt.

In der UdSSR finden sich kaum noch Reste marktwirtschaftlicher Elemente. Die Rechtsausübung ist dem politischen Ziel untergeordnet, der kulturelle Bereich einschließlich des Erziehungswesens ist in die politische Zielsetzung einbezogen und die Gesundheit ist Gegenstand der zentralen Lenkung und Fürsorge. Durch diesen Tatbestand wird die Existenz freier Berufe fast völlig ausgeschlossen. Ein staatlicher Industriebetrieb benötigt keinen selbständigen Wirtschaftsprüfer mehr. Der Leiter eines staatlichen Industriebetriebes erhält seine betriebswirtschaftliche Beratung durch Beauftragte der zentralen Planung. Die Beauftragten sind zugleich seine Kontrolleure. Das

Planwirtschaftssystem in der UdSSR führte also zum Aussterben des freiberuflichen Wirtschaftsprüfers; dies ist der grundlegende Unterschied zu den westlichen Vergleichsländern. Deshalb ist der russische Staat auch nicht an einer betriebswirtschaftlichen Ausarbeitung verschiedener Bilanz- und Bewertungsfragen interessiert, denn hierdurch würde höchstens die einheitliche Kontrolle der Einhaltung der Volkswirtschaftspläne gefährdet.

Das Fehlen eines unabhängigen Wirtschaftsprüferstandes bedeutet aber nicht, daß der Revision keine große Bedeutung zukommt. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ergab einen Wandel im Aufgabenbereich des Rechnungs- und Revisionswesens; ihm kommt in der Planwirtschaft eine weitaus größere Bedeutung als in der zaristischen Zeit zu. Die Überwachung der Volkswirtschaftspläne, die Unterstützung und Beratung der Experten bei der Planung und den Wirtschaftlichkeitsanalysen und die theoretische Umgestaltung des Rechnungswesens sind nur einige der wichtigsten Aufgaben des Revisors. An den russischen Universitäten schuf man infolge des starken Bedarfes an Revisoren neue Ausbildungsmöglichkeiten; es wurden neue Lehrstühle für das Rechnungswesen und die Revisionstechnik gegründet; man errichtete neue Fachschulen für die Ausbildung von Bilanzbuchhaltern und Spezialisten des Rechnungswesens und erschloß durch die Herausgabe von Fachzeitschriften und Fachbüchern neue Informationsmöglichkeiten. Zur besseren Koordination des gesamten Prüfungswesens dient das Ministerium für Staatskontrolle, das sich besonders mit der Revision der Wirtschafts- und Finanztätigkeit der staatlichen, genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Betriebe befaßt. Die Schaffung dieses Ministeriums dokumentiert nachdrücklich die Bedeutung, die man dem Revisionswesen in der Sowjetunion heute beimißt. In jedem Staatsbetrieb gibt es einen Revisionsausschuß, dessen Aufgabenbereich mit der Tätigkeit der Innenrevision in einem Unternehmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in etwa vergleichbar ist. Zum Schluß sei jedoch auf eine Eigentümlichkeit des russischen Revisionswesens hingewiesen. Dem Ministerium ist ein Institut der staatlichen Buchhalterexperten angeschlossen, ¹⁾ das nach dem äußeren Vorbild

1) Galagan, A.M.: "Institut 1925 gossudarstwennyx- Buchgalterow - Expertow"

des "Institutes der Wirtschaftsprüfer" und des "American Institute of Certified Public Accountants" aufgebaut ist. Es kann jedoch keinesfalls eigene Bewertungsempfehlungen herausgeben, sondern unterstützt lediglich die gesetzgeberische Arbeit des Ministeriums für Staatskontrolle.

Es dient hauptsächlich dem Zweck, besonders qualifizierte Kostenrechner und Revisoren zusammenzufassen und sie einer besonderen Schulung zu unterziehen. Die Ausbildung am Institut in den verschiedenen Fachgebieten, wie Organisationen, Revisions-technik, Elektronische Datenverarbeitung usw. wird von Hochschuldozenten und ausgesprochenen Spezialisten durchgeführt. Durch diese intensive Ausbildung gewann man einen Stamm von qualifizierten Revisoren, die dem Ministerium für Staatskontrolle für besonders schwierige Untersuchungen zur Verfügung standen.

Nach Rechten und Pflichten ist das Institut ein staatlich autorisierter und überwachter Buchsachverständigenverein. Es handelt sich hierbei um den eigenartigen Versuch einer autoritären Staatswirtschaft diesem Stand die Freiheit einer gewissen Selbstverwaltung zu gewähren und bei den einzelnen die Entfaltung ihres Könnens und Wissens erstrebenswert zu machen, ohne daß der Staat einen freien Beruf zuläßt und das Recht der Berufsauslese und die straffe Aufsicht über die Berufsausübung aus der Hand gibt.

II. Die Empfehlungen der Wirtschaftsprüfungsorganisationen zur Bilanzierung des Anlage- und Umlaufvermögens

In diesem Abschnitt wollen wir aufzeigen, einen wie starken Einfluß die Wirtschaftsprüfungsorganisationen auf die Praxis der Bilanzierung und Bewertung der Vergleichsländer haben. Bei dieser Untersuchung müssen wir die UdSSR aus unserer Betrachtung ausschließen. Aus den bereits bekannten Gründen heraus gibt es ja in der UdSSR kein unabhängiges zentrales Institut der Wirtschaftsprüfer, das Bilanzierungsempfehlungen veröffentlichen könnte. Deshalb müssen wir uns in unserer Untersuchung auf die angelsächsischen Länder und Westdeutschland beschränken, wobei dies bei Deutschland nur in Form von Hinweisen geschehen soll.

1. Die Bilanzierung und Erfolgsermittlung nach den
Auffassungen der englischen Wirtschaftsprüfungs-
organisationen

Das Institute of Chartered Accountants and Auditors betrachtet die Bilanz als Rechenschaftslegung über die von den Geldgebern der Unternehmung zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. In erster Linie ist sie eine nominelle Kapitaldisposition, die durch die Verknüpfung mit der Erfolgsrechnung auch gleichzeitig einen Periodenerfolg ausweisen soll. Durch Zeitvergleiche soll man die zukünftige Gewinn- und Erfolgslage der Unternehmung abschätzen können. Die Aktiven aus Anlagen- und Umlaufgegenständen knüpfen grundsätzlich an die historischen Kosten an. Der in der Bilanz ausgewiesene Betrag aber "does not purport to be their realizable value or their replacement value, but is normally on historical record of their cost less amounts provided in respect of depreciation, amortisation or depletion." ¹⁾

Die hauptsächlich dem Institute angehörenden Gutachter, deren Ansichten im Cohen Report zusammengefaßt sind, drängen daher auf eine Abänderung der Bilanzvorschriften von 1929 und wollen anstelle der Bezeichnung Werte des Anlagevermögens die neutrale Bezeichnung "Beträge" einführen. Das Institute lehnt also laufende Neubewertungen des Anlagevermögens ab und verlangt eine Kostenverteilung der den Abschreibungen unterliegenden Teile des Anlagevermögens auf die Laufzeit der Nutzung. ²⁾

Auch die übrigen englischen Fachorganisationen wollen die Kosten entsprechend der Nutzung aufteilen, obwohl zwischen den Organisationen keine Einigkeit über die Frage besteht, ob man die Kosten im Sinne getätigter Ausgaben oder Gegenwartskosten als Grundlage zur Verrechnung von Bilanzansätzen und -aufwendungen wählen soll. Auch in der Anerkennung des Abschreibeverzehrs als ein den Erträgen zu belastender Aufwand besteht zwischen den Fachorganisationen Einstimmigkeit. Das Institute sagt:

1) Recommendation IX, § 89

2) Recommendation IX, § 89

"Die Berücksichtigung der Abschreibung als integrierender Bestandteil der Kosten ist nicht von dem Betrag des erwirtschafteten Gewinns abhängig." ¹⁾ Das Taxation and Research Committee der Association sagt hierzu, diese Ansicht sei "a fair summing up of the accounting view", da man jetzt allgemein der Ansicht sei, "daß die Erschöpfung eines Anlagegegenstandes, die durch seine Verwendung entsteht, Kosten-Natur hat." ²⁾

Aus dem Cohen Report läßt sich unschwer herauslesen, daß die Gutachter die Auffassung vertreten, daß sich der Vermögenswert eines Anlagegegenstandes nach der nachhaltigen Erfolgslage des Unternehmens bestimmt. Auch Frank ist der Auffassung, daß die Bilanzrechnung kein "statement of worth" sei; er zieht zur Begründung seiner These auch die Verlautbarungen des American Institute of Accountants heran. ³⁾

Im Gegensatz zu früheren Zeiten wird dem Prinzip der Vorsicht weniger Gewicht beigemessen; man berücksichtigt heute mehr die Interessen der Aktionäre.

Aus der Entwicklung der Jahresgewinne lassen sich Rückschlüsse auf die "earning capacity" ⁴⁾ ziehen, auf den vermutlichen Ertragswert der rechnungslegenden Unternehmung. Das Institute will die Wertansätze der Bilanz unter Berücksichtigung einer vergleichbaren Erfolgsrechnung festsetzen, die den "real trend of trading results" durch Zeitvergleich ersehen läßt. Damit geht das Institute weit über die Forderungen des Rechts in Deutschland und England hinaus, denn weder das Aktiengesetz und noch viel weniger der Companies Act verlangen die Beachtung des Grundsatzes der Bewertungskontinuität. Damit haben wir den Überblick über die modernen vom Institute vertretenen Richtlinien ordnungsmäßiger Bilanzierung und Erfolgsermittlung abgeschlossen. Die Empfehlungen des Institute zur Bewertung des Anlage- und Umlaufvermögens in England gliedern sich in drei Hauptgruppen:

1) Recommendation IX, § 90

2) Accounting for Inflation, London 1952, Seite 14 - 15

3) vor allem deren Accounting Research Bulletins

4) May, George O.: "Financial Accounting", New York 1946, Seite 24

- a) Aktivierbarkeit
- b) Abschreibungsmethoden
- c) Bewertung des Vorratsvermögens.

Zu a: Da das Institute hierzu keine Empfehlungen herausgegeben hat, wollen wir die Ansichten von Spicer & Pegler heranziehen.¹⁾ Es sollen alle Ausgaben aktiviert werden, die notwendig sind, damit ein gegründetes Unternehmen ertragreich arbeiten kann. Im Gegensatz zum Aktiengesetz sollen auch Kapitalbeschaffungskosten aktiviert werden. Auch hinsichtlich späterer Anlage-Verbesserungen und Anlage-Erweiterungen glauben die Autoren, Ausgaben seien dann aktivierbar, wenn sie die "Einkommen verdienende Kraft des Unternehmens" erhöhe. Schmalenbach faßt die Fragen der Aktivierbarkeit konkreter. Er verlangt Zugangsbuchungen, "soweit der Nutzen in die Folgejahre hineinragt."²⁾

Zu b: Das Institute empfiehlt hauptsächlich die gleichbleibende und die Restbuchwert-Abschreibung. Die gleichbleibende (lineare) Abschreibung wird offensichtlich vorgezogen. Sie wird besonders für das Sachanlagevermögen vorgeschlagen, während bei kurzlebigen Wirtschaftsgütern möglichst eine Methode der Neubewertung anzuwenden sei.

Die Empfehlungen zeigen deutlich, wie sehr das Institute den Abschreibungsaufwand auf den durch Ge- oder Verbrauch entstandenen Abnutzungs- oder Abbauverzehr sowie auf den Rechtsablauf beschränkt. Nach Frank verlangt man vom Firmenwert keine Abschreibung, da man die Höhe nicht exakt ermitteln kann.³⁾

Auch die auditors kümmern sich nicht um die Höhe des ausgewiesenen Firmenwertes, wenn er aus den Vorjahren unverändert übernommen wird.⁴⁾

Zu c: Neben der Bilanzierung des Anlagevermögens beschäftigte sich das Institute auch mit der Bewertung der Vorräte. Dabei interessiert besonders die Zielsetzung eines vergleichbaren Er-

1) Spicer & Pegler: "Book-Keeping and Accounts", a.a.O., S. 29 ff

2) Schmalenbach, Eugen: "Dynamische Bilanz", 11. Auflage, Köln und Opladen 1953, Seite 87

3) Frank, Vivian H.: a.a.O., Seite 133 - 134

4) spicer & Pegler: "Practical Auditing", a.a.O., Seite 154

folgsausweises und die Frage, welche Verfahren zur Feststellung des Bilanzansatzes und der Ermittlung des Verzehrs an Vorräten gewählt werden. Die Verfahren teilt man in solche zur Kostenfeststellung und solche zur Bestimmung des niedrigsten Marktpreises ein. Das Niederstwertprinzip ist nach der Absatzlage ausgerichtet und vermeidet die Erfassung noch niedrigerer Tagesbeschaffungswerte. Sein Hauptaugenmerk richtet das Institute auf die unterschiedlichen Methoden zur Festsetzung der Kosten der noch vorhandenen Vorräte und die Frage, ob die Einzelwert, Durchschnittswert, First-in first-out Methode zur Ermittlung der Kosten empfohlen werden soll. Es werden keine Ausführungen der verschiedenen Kalkulationsmethoden gemacht, und es wird auch nicht auf die Bedeutung der Unterteilung in Kostenstellen und Kostenträger hingewiesen.

Die einzelnen in England verwendeten Abrechnungsverfahren, mit deren Hilfe die Restkosten der am Bilanzstichtag noch vorhandenen Vorräte bestimmt werden, sind in Deutschland bekannt. (Einzelkostenmethode, First-in, first-out Methode, average cost Methode, Standard cost Methode, Base Stock Methode und Last-in, first-out Methode)

Von diesen Abrechnungsverfahren empfiehlt das Institute die First-in, first-out und die Durchschnittswertberechnung. Die Durchschnittskalkulation wird wegen der Ausgleichung von Preisfluktuationen empfohlen; das "First-in, first-out" Verfahren entspricht der Einzelbewertung und beide Methoden stören bei jeweils beständiger Anwendung den Erfolgsausweis nicht. ¹⁾

Bei der Behandlung der bisherigen englischen Vorschläge gingen wir davon aus, daß die Veräußerungspreise den Kostenansatz der Vorräte überschreiten. Nun müssen wir untersuchen, wie ein die Kosten unterschreitender Wert zu berücksichtigen ist. Wie schon erwähnt, bezieht sich das englische Niederstwertprinzip auf die Verkaufs- und nicht auf die Einkaufspreise.

Unter den Kosten liegende Wiederbeschaffungspreise zum Bilanzstichtag haben keine Bedeutung und werden von dem Niederst-

1) Siehe auch Goult, Stock-in-trade and the auditor, Summer Course 1949, a.a.O., Seite 60-61

wertprinzip, wie es das Institute versteht, nicht erfaßt, während in Deutschland die aktienrechtliche Fassung dieses Prinzips, wonach entweder ein niedriger Börsen- und Marktpreis oder ein (nach den GoB) niedriger "entsprechender" Wert anzusetzen ist (§ 133 AG) nach allgemeiner Auffassung die Beachtung von Wiederbeschaffungs- und Reproduktionskosten mit umfaßt.¹⁾

Auch hier zeigt sich wieder der Wunsch des Institute, übertriebene Vorsicht bei der Bewertung zu vermeiden. Die rechnerischen Auswirkungen auf den Periodengewinn können wesentlich sein, wenn sich auch die stillen Reserven am Realisationstag wieder weitgehend auflösen; die Entwicklung der Preise auf dem Beschaffungs- und Absatzmarkt kann jedoch ganz verschieden sein. Weitere Empfehlungen des Institute unterscheiden sich kaum von den bei uns üblichen. Bei der Behandlung schwebender Geschäfte entspricht die Empfehlung des Institute, die bei der Abwicklung entstehenden Verkaufsverluste zu berücksichtigen, der Auffassung des Institutes der Wirtschaftsprüfer. Zur Frage der Antizipation noch nicht realisierter Gewinne äußert sich das Institute nicht. In der englischen Literatur vertritt man jedoch den Grundsatz der Gewinnrealisation.²⁾

Bewertungsvorschläge der "Association" und "Society"
unter dem Einfluß inflationärer Preissteigerung

Die in England neben dem Institute of Chartered Accountants bestehenden Wirtschaftsprüfungsorganisationen, die Association of Certified and Corporate Accountants sowie die Society of Incorporated Accountants and Auditors veröffentlichten 1954 Bewertungsempfehlungen, die in der Bewertung des Anlage- und Vorratsvermögens von denen des Institute abweichen.³⁾

Die beiden obengenannten Institutionen wollen die Erfolgsermittlung auf die Tatsache andauernder Geldwertänderung abstellen.

1) Adler-Düring-Schmaltz: a.a.O. zu § 133 Tz 74

2) Vgl. Frank, Vivian H.: a.a.O., Seite 123, G.O. May, Financial Accounting, New York 1946, Seite 185
Spicer & Pegler: a.a.O., Seite 511
Paton, W.A.: "Advanced Accounting", New York 1949, Seite 447

3) Veröffentlicht in Zeitschrift "The Accountant", London 1954

Man will deshalb neue Bewertungsgrundsätze theoretisch erarbeiten und ist in den Empfehlungen zu einem Kompromiß zwischen der traditionellen Empfehlung und der Tageswertbilanzierung gelangt. Auch in England steigen seit Jahrzehnten ständig die Preise. Da aber nie eine Währungsreform stattfand und die Ausgaben und Einnahmen nicht im gleichen Zeitpunkt entstanden und entstehen und vor allem diejenigen Ausgaben, die zur Anschaffung des Anlagevermögens gemacht werden z.T. Jahrzehnte zurückliegen, rechnet die traditionelle Buchführung, Bilanzierung und Erfolgsermittlung mit Zahlen, die auf einem sehr unterschiedlichen Preisniveau basieren.

Die Auswirkungen der traditionellen Rechnungsweise unter den genannten Bedingungen sind in Deutschland ausgiebig diskutiert worden. Wir brauchen an dieser Stelle nicht näher darauf einzugehen und können uns auf englische Stimmen beschränken.

Die englische Industrie beklagt sich darüber, daß infolge der historischen Zahlen des Rechnungswesens sowohl zu hohe Gewinne ausgeschüttet als auch Scheingewinne besteuert würden. Der verbuchte Abschreibungsaufwand reicht nicht zur Ersatzbeschaffung aus; es fehlen außerdem Mittel für Betriebserweiterungen. Die Rechnungsfachleute und Wirtschaftsprüfer beklagen sich über den mangelnden betriebswirtschaftlichen Aussagewert von Bilanzen und Erfolgsrechnungen. Die Bilanzen von Unternehmen mit neuem Anlagepark können mit denen von Betrieben, die ihre Grundstücke, Häuser und Maschinen früher erwarben, überhaupt nicht verglichen werden. Auf der anderen Seite enthält der Saldo der Erfolgsrechnungen Scheingewinne und zwar in nicht kontrollierbarer nach den Verhältnissen unterschiedlicher Höhe und es sei unsinnig, Aufwendungen wie Abschreibungen, die auf einem früheren Preisniveau liegen, mit anderen Aufwendungen wie Löhne und Reparaturen zusammenzufassen, die sich auf dem gegenwärtigen Stand befinden. ¹⁾ Die Berücksichtigung all dieser Gründe haben die Association und die Society veranlaßt, ihre Bewertungs-

1) "The Accountant", Jahrg. 1953 - 1954; Accounting for Inflation, a.a.O.

Bray, S.: "The Measurement of Profit", London 1949, (insbesonders im Vorwort)

empfehlungen auf der Basis der Tageswerte zu veröffentlichen. Diese Empfehlungen werden von Anhängern der historischen Rechnung (dem Institute of Chartered Accountants and Auditors) heftig bekämpft. Zu bedauern ist sicherlich, daß beide Organisationen keine gemeinsamen Richtlinien im Interesse einer einheitlichen Praxis herausgeben.

Die Empfehlungen der Association of Certified and Corporate Accountants und der Society of Incorporated Accountants beziehen sich auf zwei Hauptgebiete:

- a) auf den Ansatz der Abschreibungen und der Gegenstände des Anlagevermögens,
- b) auf die Bewertung des Vorratsvermögens.

Zu a) sollen keine weiteren Ausführungen erfolgen, da sie keine wesentlichen neuen Erkenntnisse vermitteln. Bei der Bewertung des Vorratsvermögens wenden sich beide Organisationen gegen die vom Institute empfohlene first-in, first-out und die Durchschnittskostenmethode mit der Begründung, daß diese in Inflationszeiten unzulänglich seien und eine richtige Auslegung des Niederstwertprinzips zeige, daß auch die Anwendung der "last-in, first-out" oder der "Base stock Methode" diesem Prinzip nicht entgegenzustehen brauche.

Das Niederstwertprinzip kann man sowohl von der Ausgaben- als auch von der Einnahmenseite her erklären.

Man kann der Auffassung huldigen, die gesamte Aktivseite der Bilanz enthalte Ausgabenbeträge. Die kaufmännische Rechnung ist dann eine Geldverwendungsrechnung, bei der die Unterteilung in Anlage- und Vorratsvermögen theoretisch kein entscheidendes Gewicht besitzt. Auch die Bilanzansätze des Umlaufvermögens sollen grundsätzlich zu Ausgabenwerten erfolgen. Wenn trotzdem empfohlen wird, zu etwaigen niedrigeren Veräußerungspreisen zu bilanzieren, so gibt man damit zu, daß der Zweck der Veräußerung aus rein praktischen Gründen vorsichtiger Erfolgsermittlung, nicht aber auf Grund theoretischer Überlegungen, eine Abwandlung des Grundsatzes vom Kostenansatz "nach unten" notwendig macht. Diese Konzeption stellt die Auffassung dieses Institutes dar. Die Kritiker dagegen behaupten, daß die Umlaufgegenstände grundsätzlich zu ihren Veräußerungswerten zu bilanzieren seien.

Von dem Ansatz zu Veräußerungswerten ausgehend, meinen sie, das

Institute habe das Niederstwertprinzip falsch ausgelegt. Hier- nach lautet das Niederstwertprinzip also nicht "Ansatz zu Ko- sten", sondern "Ansatz zum Marktwert", bei noch nicht veräußer- ten Vorräten jedoch "Ansatz zu Kosten". Da der Veräußerungs- wert als Normalansatz angesehen wird, kommt nach Ansicht dieser Vertreter den verschiedenen Kostenermittlungsverfahren keine allzu große Bedeutung zu; trotzdem sollte man aber zu ihrer Be- stimmung jedes vernünftige Verfahren zulassen, in inflationären Zeiten also gerade die Lifo oder die Base stock Methode. Die Empfehlungen der beiden Organisationen weichen im einzelnen voneinander ab. Die Association will die Lifo-Methode anwenden; die Society gibt der eisernen Bestandsrechnung den Vorzug. Sie soll zu einem Standardwert für gebundene Vorräte mit Anlage- charakter in der Bilanz führen oder aber mit einem Bilanzansatz zu Tageskosten und einer Preisänderungsreserve arbeiten. Wäh- rend die Lifo-Methode noch durch eine Abbuchung voraussicht- licher Veräußerungsverluste ergänzt werden möge, soll die mit Tageswerten arbeitende Rechnung zwar alle Aufwertungsgewinne in der nicht ausschüttbaren Preisänderungsreserve auffangen, doch äußert sich die Society nicht zu der Frage, was geschehen soll, wenn der Tageswertansatz nicht realisiert werden kann.

2. Die Bewertungsempfehlungen des American Institute of Certified Public Accountants

Neben der Securities Exchange Commission und den Börsenbestim- mungen gewann die Tätigkeit des American Institute of Certified Public Accountants eine große Bedeutung auf dem Gebiete der Rech- nungslegung.

Bereits im Jahre 1916 erlangte das Institute einen entscheiden- den Einfluß auf die Ausgestaltung der Rechnungslegung, als es vom Federal Reserve Board den Auftrag erhielt, einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze auszuarbeiten. Im April 1917 wurden die von dem Institute entwickelten Richtlinien als "Uniform Accounting: A Tentative Proposal Submitted by Federal Reserve Board Washington for the Consideration of Bankers and Banking Associations, of Manufacturers, Auditors, Accountants and

Associations of Accountants" veröffentlicht.

Eine revidierte Fassung erschien 1929 in der Zeitschrift "Journal of Accountancy" unter dem Titel "Verification of Financial Statements". Im Jahre 1936 erfolgte für die Buchprüfer eine weitere Veröffentlichung "Examination of Financial Statements by Independent Public Accountants", die 1939 durch ein Bulletin "Extension of Auditing Procedure" ergänzt und erweitert wurde.

Das Fehlen klar umrissener zwingender gesetzlichen Vorschriften hat die Stellung des American Institute of Certified Public Accountants sogar noch verstärkt. Die Wirtschaftsprüfer müssen ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß die Anpassung in der richtigen Weise erfolgt, und daß die angewandten Grundsätze der ordnungsmäßigen Rechnungslegung und Prüfung den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen.

Im Gegensatz zu Deutschland ist sowohl in den USA als auch in England festzustellen, daß die hauptberufliche Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer keineswegs vorgeschrieben ist. So ist ein großer Teil der dem American Institute of Certified Public Accountants angeschlossenen Wirtschaftsprüfer in leitenden Industriestellungen tätig. Unseres Erachtens wirkt sich diese Tätigkeit in der Praxis sehr günstig auf die Fixierung der Good Accounting Principles aus, da das Institute hierbei die praktischen Erfahrungen seiner Mitglieder verwerten kann. In Deutschland mag eine Förderung dieser Beschäftigungen des Pflichtprüfers als ungewöhnlich, ja unter Zugrundelegung der einschlägigen Bestimmungen als mit dem Beruf unvereinbar gelten. Es sind jedoch in USA keine nachteiligen Folgen bekannt geworden, die einen Verzicht auf die industrielle Tätigkeit der Certified Public Accountants begründen würden.

Für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ist es ferner von entscheidender Bedeutung, daß die SEC Disziplinarvollmachten besitzt. Sie kann sich die Arbeitsunterlagen des testierenden Wirtschaftsprüfers vorlegen lassen und bei Verletzung von allgemein anerkannten Prüfungsnormen und gesetzlichen Bestimmungen muß sie den Bestätigungsvermerk zurückweisen.

Eine solche Mißbilligung, die regelmäßig den zeitlich begrenzten oder auch unbegrenzten Ausschluß des betreffenden Wirtschaftsprüfers von der Vertretung vor der SEC zur Folge hat, wird mit

eingehender Begründung in den von der Commission publizierten Accounting Series Releases bekanntgemacht, die stets sehr beachtet werden. Damit wird indirekt auch der Wirtschaftsprüfer zur genauen Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung angehalten. Das amerikanische Institut der Wirtschaftsprüfer hat in den Rules of Professional Conduct Regeln des Berufsverhaltens geschaffen, bei deren Verstoß sich der Wirtschaftsprüfer vor dem Ehrengericht des Institutes verantworten muß.

So lautet beispielsweise die in Regel fünf der Rules of Professional Conduct ausgesprochene Principle of Full Disclosure wie folgt: "Ein Wirtschaftsprüfer macht sich einer Verletzung der Grundsätze der Berufsausübung schuldig, wenn er es wissentlich unterläßt, auf das Verschweigen einer wesentlichen Tatsache in dem testierten Jahresabschluß aufmerksam zu machen, obgleich die Bekanntmachung dieser Tatsache notwendig sein würde, damit der Jahresabschluß nicht irreführend ist, oder wenn er es unterläßt, auf eine wesentliche Verletzung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung oder auf die Unterlassung einer allgemein anerkannten Prüfungsmaßnahme aufmerksam zu machen, die unter den gegebenen Umständen erforderlich gewesen wäre."

Nach herrschender Auffassung liegt eine Verletzung des Principle of Full Disclosure auch dann vor, wenn die Bezeichnung oder die Zusammenfassung von Positionen im Jahresabschluß geeignet ist, über die Natur und die Bedeutung von Tatsachen einen irreführenden Eindruck zu vermitteln.

Im folgenden wollen wir nun einen Überblick über die Bewertungsempfehlungen des American Institute of Certified Public Accountants geben.

- a) Bilanzierungsgrundsätze des American Institute of Certified Public Accountants für die Bewertung des Umlaufvermögens
-

Für die Bewertung der kapitalmarktfähigen Wertpapiere gilt das Niederstwertprinzip mit der Maßgabe, daß der Anschaffungswert stets anwendbar ist, sofern er nicht erheblich über dem Börsen- oder Marktpreis zum Bilanzstichtag liegt und die Preisabschwä-

chung erwartungsgemäß vorübergehender Natur ist. ¹⁾
Der höhere Anschaffungswert kann aber trotzdem verwendet werden, wenn der Börsen- oder Marktpreis zusätzlich vermerkt wird. Im Jahre 1956 wiesen gemäß den statistischen Veröffentlichungen des AIA 10 % aller Gesellschaften, die kapitalmarktfähige Wertpapiere in der Bilanz aufführten, besonders auf die Tatsache hin, daß der angesetzte Anschaffungswert den Börsen- oder Marktpreis übersteige. Die Empfehlungen des AIA, die angewandte Bewertungsmethode anzuzeigen, werden weitgehend befolgt. 84 % aller Gesellschaften, die kapitalmarktfähige Wertpapiere besaßen, führten in ihren Bilanzpositionen einen Bewertungsvermerk auf. Dieser beschränkt sich auf die Angabe der Bewertungsbasis für die Wertpapiere als Gesamtheit, sodaß der Vermerk nur die vorherrschende Bewertungsbasis kennzeichnen kann. Die Vorräte werden nach den Feststellungen des AIA ²⁾ meist wie folgt aufgegliedert:

- a) Fertige Erzeugnisse, Handelswaren,
- b) halbfertige Erzeugnisse,
- c) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Die von dem AIA formulierten Grundsätze für die Bewertung des Vorratsvermögens bestimmen die im Einzelfall anzuwendende Bewertungsmethode in Übereinstimmung mit dem dynamischen interpretierten Bilanzzweck in der Weise, daß das Bilanzergebnis so klar wie möglich zum Ausdruck kommt. Sie besitzen eher die Natur von Rahmenempfehlungen mit einem entsprechend weiten Ermessensspielraum des Bilanzierenden und haben nicht den Charakter verbindlicher Vorschriften. Vom deutschen Bilanzrecht stark abweichend, hat sich auch hier der Begriff des Niederstwertes entwickelt, nachdem die Gegenstände des Vorratsvermögens im Hinblick auf die erst bei der Veräußerung eintretende Gewinnrealisation höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden dürfen. ³⁾ Überschreiten letztere den sogenannten market value am Bilanzstichtag, dann bildet dieser den

1) Bulletin 43, Seite 23

2) Trends 1957, Seite 52

3) Bulletin 43, Seite 95

höchstzulässigen Wertansatz. Zinsen auf das Anlagevermögen, betriebs- und periodenfremde Aufwendungen können nicht aktiviert werden.

Die von dem AIA angestellten Untersuchungen von 600 Gesellschaftsabschlüssen ergeben folgendes Bild der amerikanischen Bewertungspraxis und deren Bekanntgabe in der Bilanz oder dem Erläuterungsbericht:

99 % aller Gesellschaften machen nähere Angaben zu der angewandten Bewertungsbasis, wovon 97 % ferner die Methode der Anschaffungskostenzumessung auf die bezogenen Fremdleistungen angeben. Man muß dabei berücksichtigen, daß die bezeichnete Methode nur von solchen Gesellschaften angezeigt werden kann, die das Anschaffungswertprinzip befolgen. Die Verbreitung der häufigsten Methoden zur Bewertung des Vorratsvermögens können wir aus einer zusammengefaßten Übersicht über das Untersuchungsergebnis des AIA ersehen:

Bewertungsmethode:	1956	1950
	Anzahl der Gesellschaften	
Last-in, first-out	200	164
gewachsene Durchschnittskosten	145	136
First-in, first-out	141	134
alle übrigen	93	87
ohne Angaben	21	79

Hierbei ist der unverkennbare Trend zur Last-in, first-out Methode bemerkenswert, die in Zeiten starker Preissteigerungen dem Wesen des Niederstwertprinzips am meisten entspricht. Nach amerikanischer Auffassung ist die Bewertung zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten nur dann befriedigend, wenn zum Bilanzstichtag keine Wertminderung eingetreten ist. Sonst muß man wegen dem Prinzip der exakten Periodenabgrenzung auf einen niedrigeren Wert abwerten.

Das amerikanische Bilanzrecht hat den Begriff des "market value" entwickelt, der nach dem von dem AIA gekennzeichneten Begriffsinhalt mit "Nützlichkeit eines Gutes für den Betrieb bei Verwendung im ordentlichen Betriebsprozeß" ¹⁾ zu übersetzen ist.

1) Bulletin 43, Seite 30 ff.

Im Gegensatz zu dem objektiven Begriff des Börsen- oder Marktpreises des deutschen Aktienrechts ¹⁾ handelt es sich bei den "market value" um einen betont subjektiven Wert. Er bestimmt sich dadurch, daß von dem zukünftigen Veräußerungspreis die Verkaufskosten, die Umsatzgewinnspanne und die noch ausstehenden Fertigungskosten bis zur Verkaufsreife abgesetzt werden. ²⁾ Eine gewisse Ähnlichkeit des market value mit der Schmalenbach'schen Definition des Betriebswertes ist unverkennbar. ³⁾ Jedoch ist dies rein äußerlicher Natur, weil bei der Ermittlung des market value Grenzkosten- und Grenznutzenüberlegungen keine Rolle spielen und außerdem die Beschaffungsseite keine Rolle spielt. Jedoch schließt die Unabhängigkeit des market value vom Wiederbeschaffungswert am Bilanzstichtag nicht aus, daß beide Werte durchaus identisch sein können. Das Abweichen nach oben hin überwiegt hierbei, natürlich mit dem Grenzwert der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Ein Wertansatz über die Wiederbeschaffungs- bzw. Wiederherstellungskosten hinaus ist nur bei Vorliegen folgender Voraussetzungen möglich:

beim Vorhandensein eines großen Auftragbestandes zu alten Preisen,

bei unterschiedlicher Entwicklung der Marktwertschwankungen mehrerer bezogener Fremdleistungen, die im Betriebsprozeß in das gleiche Erzeugnis eingehen,

Bei Vorliegen fester Absatzverträge mit fixierten Preisen auf der Grundlage des erhöhten Preisniveaus für eigene Fremdbezüge.

Im Jahre 1956 wurde in den von dem AIA untersuchten Jahresabschlüssen die Bewertungsbasis wie folgt angegeben: ⁴⁾

1) § 133 Ziffer 3 AG.

2) Bulletin 43, Seite 31

3) Schmalenbach, E.: "Selbstkostenrechnung und Preispolitik", 6. Aufl., 1934, Seite 10

4) Trends 1957, Seite 52 ff.

Bewertungsbasis	Anzahl der Jahresab- schlüsse	in %
Niederstwert	404	67
Anschaffungskosten	82	14
unter Anschaffungskosten	<u>110</u>	<u>18</u>
	596	99
ohne Angaben	<u>4</u>	<u>1</u>
untersuchte Jahresab- schlüsse insgesamt	600	100

Wertminderungen werden durch entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigt, meist in Form des offenen Abzuges. Als spezielle Eigenart der amerikanischen Bilanzierungspraxis werden Wertberichtigungen als Sonderrücklage in den Eigenkapitalsektor aufgenommen. Diese Maßnahme geht auf eine Empfehlung des AIA ¹⁾ zurück, Wertberichtigungen, die lediglich dem Vorsichtsprinzip Rechnung tragen, ergebnisneutral zu passivieren und ihrer besonderen Natur entsprechend zu kennzeichnen.

b) Die Bewertungsempfehlungen für das Anlagevermögen

Im Rahmen des Finanzanlagevermögens weist die Bewertung der Beteiligungen in den Vereinigten Staaten gewisse Eigentümlichkeiten auf. Bei der Absicht dauerhafter Kapitalanlage kann man ohne weiteres einen über den Anschaffungskosten liegenden Börsen- oder Marktwert der Beteiligungen zum Ansatz bringen. Dieser Wertvorstellung liegt offenbar der Gedanke zugrunde, der Substanzwert des Vermögensgegenstandes am Bilanzstichtag sei für den Bilanzierenden wichtiger als der historische Anschaffungswert.

Der Gegensatz zu der Bewertung der Wertpapiere des kurzfristigen Vermögens ist unverkennbar. Während bei diesen die Bewertung unter Beachtung des Realisationsprinzips nach oben durch den Anschaffungswert bzw. den niedrigeren Börsen- oder Marktpreis begrenzt wird, berücksichtigt man bei den Beteiligungen den

1) Bulletin 43, Seite 43

Substanzzuwachs. Diese Bewertungsfreiheit gilt natürlich auch im entgegengesetzten Falle. Die Bezeichnung Bewertungsfreiheit deutet schon auf die Tatsache hin, daß es dem Ermessen des Bilanzierenden anheimgestellt ist, den Anschaffungs- oder Substanzwert anzuwenden. Die Wertzuschreibungen aus den Wertsteigerungen des Beteiligungsvermögens werden, wenn sie die von dem Board of Directors vorgeschlagene Dividende übersteigen, unter Umgehung der GuV-Rechnung sofort einer speziellen gesetzlichen Rücklage zurückgeführt.¹⁾

Durch diese Maßnahme, die hinsichtlich der Auswirkung auf die Ergebnisrechnung einen Kompromiß zwischen dem "legal concept" des Anschaffungswertes und dem "economic concept" des Substanzwertes darstellt, verhindert man eine Beeinträchtigung des Jahresergebnisses.

Beim Sachanlagevermögen erfolgt die Bewertung der Anlagen höchstens zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Mit welcher Strenge dieser Grundsatz ausgelegt wird, geht aus dem Accounting Series Release Nr. 8 hervor, wonach der Antrag auf Börsenzulassung mit der Begründung abgelehnt wurde, die Bewertung des Sachanlagevermögens sei zu Wiederbeschaffungspreisen erfolgt.

Die Wahl der Abschreibungsart ist frei. Das starke Überwiegen der degressiven Abschreibung beruht auf ihrer grundsätzlichen steuerlichen Anerkennung, die erstmals im Internal Code von 1954 ausgesprochen wurde.

Mit der Bewertung des immateriellen Vermögens befaßt sich das Restatement and Revision of Accounting Research Bulletins im Kapitel fünf. Unterschieden wird zwischen immateriellen Vermögensgegenständen, die

- a) eine durch Gesetz, Verordnung, Vereinbarung oder ihre Eigenart beschränkte Lebensdauer haben, (Patente, Lizenzen u.a.)
- b) die keine beschränkte Lebensdauer haben und für die im Zeitpunkt der Anschaffung kein Anhaltspunkt für eine derartige Beschränkung zu erkennen ist (hierzu gehören der Goodwill, Markennamen, Fabrikationsgeheimnisse).

¹⁾ Vgl. die Ausführungen über den capital surplus statement

Alle sämtlichen immateriellen Werte gilt ebenso wie für die übrigen Aktiven grundsätzlich die Bewertung zu den Anschaffungskosten. Wenn der Anschaffung keine Geldbewegung zugrunde liegt, ist der "fair value" maßgebend. Die Abschreibungen auf die untererwähnten immateriellen Werte sind nach denselben Grundsätzen vorzunehmen, wie dies bei anderen Vermögensgegenständen geschehen ist, denen eine beschränkte Gebrauchsdauer zukommt. Besteht die Vermutung, daß sich die Wertbeständigkeit eines immateriellen Anlagegutes nicht über die gesamte Lebensdauer des Unternehmens erstrecken wird, ohne daß Anzeichen für eine begrenzte Nutzungsdauer vorhanden sind, so kann eine allmähliche Abschreibung über einen längeren Zeitraum vorgenommen werden.

c) Sonstige Bewertungsempfehlungen

Die erschöpfende Behandlung aller im "Restatement" niedergelegten Bewertungsgrundsätze ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Nachfolgend wollen wir noch kurze Ausführungen zu einigen wichtigen Fragen machen. Grundsätzlich stehen der Höherbewertung von Anlagegegenständen (writing up) in den USA keine gesetzlichen Schranken entgegen. Die "Accounting Principles" sprechen sich gegen die Höherbewertung aus. Verschiedene amerikanische Unternehmungen haben sogar, soweit Zuschreibungen vorgenommen worden sind, die Abschreibungen weiterhin nur nach den Anschaffungskosten bemessen und den Zuschreibungsbetrag außer Acht gelassen. Das Restatement verwirft im Kapitel neun eine solche Praxis und fordert die Heranziehung des zugeschriebenen Wertes als Abschreibungsbasis.

Im Kapitel zwölf des Restatement beschäftigt sich mit der Frage ausländischer Niederlassungen und ausländischer Währung. Die Gewinne ausländischer Tochtergesellschaften sollen nur dann in der inländischen Rechnungslegung berücksichtigt werden, wenn sie in die Vereinigten Staaten transferiert worden sind. Das "Restatement" geht weiterhin auf die Einbeziehung von ausländischen Tochterunternehmungen in die konsolidierten Bilanzen und die damit zusammenhängenden Probleme ein.

Am Ende wollen wir den kurzen Überblick über die Tätigkeit des American Institute of Certified Public Accountants auf dem Gebiet der Rechnungslegungsvorschriften abschließen. Es ist na-

türlich nicht möglich, im Rahmen dieser Untersuchung eine umfassende Analyse der Bewertungsempfehlungen zu geben. Dennoch dürfte es deutlich geworden sein, einen wie starken Einfluß das amerikanische Institut der Wirtschaftsprüfer auf die amerikanische Bilanzierungspraxis genommen hat.

3. Die Bedeutung des deutschen Institutes der Wirtschaftsprüfer für Bewertungs- und Gliederungsfragen

Die Bemühungen des Institutes der Wirtschaftsprüfer auf dem Gebiete der Rechnungslegung und Bilanzierung sind so bekannt, daß eine umfassende Skizzierung ihrer Tätigkeit als überflüssig erscheint. Zu den Bewertungs- und Gliederungsfragen nahm das Institut in vielen Gutachten Stellung. Jedoch sind diese Gutachten keinesfalls etwa mit den Empfehlungen der englischen Wirtschaftsprüfungsorganisationen zu vergleichen, da das deutsche Institut zum großen Teil Auslegungen von Gesetzesnormen bringt, die den Willen des Gesetzgebers weit besser erkennen lassen, als dies bei den Normen des Companies Act der Fall ist, das obligatorische Bewertungsvorschriften vermeidet. Gemeinsam mit dem amerikanischen Institut befindet sich das deutsche Institut in der günstigen Lage, autorisierter Sprecher aller Wirtschaftsprüfer zu sein; im Unterschied hierzu haben sich die englischen Berufskollegen in mehreren Organisationen zusammengeschlossen, die in fachlicher Beziehung in Konkurrenz miteinander stehen, ohne in einem Spitzenverband von höchster Autorität zusammengeschlossen zu sein. Ferner fehlt hier die Unterstützung durch Gutachten von Industrie- und Handelskammern oder ähnlichen Standesorganisationen der Unternehmer; der englische Gesetzgeber verzichtete darauf, eine Sammlung der praktizierten GoB zu verlangen, wie sie in Deutschland durch die Steuergesetzgebung und die Erfordernisse des § 129 AG notwendig wurden. Trotzdem betont das deutsche Institut ausdrücklich, daß die Ergebnisse seiner Gutachten nicht ohne weiteres mit den GoB gleichzusetzen sind, ¹⁾ da erst die Zeit lehrt, was davon zum kaufmännischen

1) Einleitung, Abschnitt B der Fachgutachten des IdW (Sonderdruck, Düsseldorf 1954) bes. Seite 10

lgemeingut wird.

rch die Gutachtertätigkeit des Institutes der Wirtschaftsprü-
r wurde die gesamte Rechnungslegungspraxis in entscheidendem
Be beeinflusst.

III. Die Rechnungslegung der Vergleichsländer unter dem As- pekt bilanztheoretischer Auffassungen

1. Die allgemeinen Verhältnisse in den Vergleichsländern

diesem Abschnitt soll untersucht werden, inwieweit die Wirt-
schaftsprüfer Einfluß auf die bilanztheoretische Ausgestaltung
s Rechnungswesens genommen haben.

der UdSSR sind uns bilanztheoretische Untersuchungen des
Rechnungswesens durch Revisoren nicht bekannt geworden. Das
eiche läßt sich von der SBZ Deutschlands behaupten, denn die
rt bekannten Methoden von H. Wolf, H. Überück¹⁾ und Opitz-
sinski²⁾ stellen keine neuen bilanztheoretischen Untersuchun-
n dar, sondern beinhalten lediglich Vorschläge für eine Neu-
organisation des Rechnungswesens. Auch in den beiden angelsäch-
schen Vergleichsländern stoßen wir auf relativ wenige theore-
sche Untersuchungen.³⁾ De Paula stellt fest, daß die Entwick-
ng des Denkens und Praktizierens im Beruf der englischen
accountants sehr individualistisch ist. Nach abgelegter Fachprü-
ng hätten diese ihren Beruf nach eigenem Ermessen und ohne
ife allgemein empfohlener Richtlinien ausgeübt.⁴⁾
t gehen die accountants auch von eigenen theoretischen Frage-
ellungen aus, die mit den Theorien der allgemeinen Betriebs-
wirtschaftslehre nicht übereinstimmen.

Wolf, Herbert, Überück, Horst: "Deutsche Finanzwirtschaft",
Berlin 1948

Opitz-Losinski: "Die Organisation des Rechnungswesens nach
einem Arbeitsplan", Berlin 1951

Von Baxter zusammengestellt und herausgegeben als "Studies
in Accounting"

de Paula: "Developments in Accounting", London 1948, Seite 34

Die Untersuchungen der amerikanischen Wirtschaftsprüfer basieren auf den Grundsätzen der dynamischen Bilanztheorie. Der oberste Bilanzzweck ist die Erfolgsermittlung. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten gelten grundsätzlich als höchstzulässiger Wertansatz für die Vermögensgegenstände. Stille Reserven entbehren jeglicher Berechtigung, da die mit ihrer Bildung und Auflösung notwendigerweise verbundene Ergebnisverschiebung im Widerspruch zu dem dynamisch interpretierten Bilanzzweck steht.¹⁾ Es wird aber für erforderlich gehalten, die im Einzelfall angewandte Bewertungsmethode stets bei den Vermögensgegenständen anzuzeigen und insbesondere auf ihren Wechsel aufmerksam zu machen. Der im deutschen Steuerrecht geltende Grundsatz der Abhängigkeit der Steuerbilanz von der Handelsbilanz hat in den Vereinigten Staaten keine Parallele. Es besteht kein steuerlich motivierter Anreiz zu einer Unterbewertung von Vermögensgegenständen wie in Deutschland. Aber nicht nur die Erfolgsermittlung, sondern auch die Liquiditätslage des Unternehmens will die amerikanische Bilanz zum Ausdruck bringen. Mit Hilfe des operating cycle findet man ein Kriterium für die Einbeziehung der Vermögenswerte in das kurzfristige Vermögen. Der operating cycle ist die normale betriebliche Durchlaufzeit der Umlaufwerte. Die Art und Weise, wie die amerikanische Bilanzpraxis den Liquiditätsgedanken im Jahresabschluß zur Geltung bringt, ist deshalb bemerkenswert, weil die statische Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden zugunsten der dynamischen Blickrichtung des tätigen Betriebes aufgegeben worden ist. Bilanztheoretische Untersuchungen, wie sie in Deutschland im Sinne der beschränkt-statischen, organischen, pagatorischen und rein-statischen Bilanztheorien vorgenommen wurden, gibt es in den USA kaum. Bei diesen Bilanztheorien geht man von bestimmten Wertvorstellungen aus und unterzieht den Ausgangswert der Bilanz- und der GuV-Rechnung einer verschiedenartigen Betrachtung. Man könnte nun die Frage aufwerfen, ob sich ein bilanztheoretischer Vergleich

1) Nach herrschender Auffassung hat der Wirtschaftsprüfer in seinem Abschlußtestat darauf hinzuweisen, wenn die stillen Reserven über ein erträgliches Maß hinauswachsen.

schen England, Deutschland und den USA durchführen ließe, um man das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein entsprechenden Bilanztheorien in England und den USA zu erforschen sucht. Er nicht nur in den USA, sondern auch in England gibt es wenig bilanztheoretische Untersuchungen, die fast ausnahmslos von Wirtschaftsprüfern stammen. Nur in einzelnen Fällen wurde im anglo-amerikanischen Schrifttum eine theoretische Auffassung vorgelegt, die unter Anwendung bestimmter Bewertungsprinzipien eine abgerundete Gesamtkonzeption im Sinne einer Bilanztheorie darstellt. Gewöhnlich werden neben den traditionellen Darstellungen in "text books" die Bewertungsfragen isoliert behandelt und eine Untersuchung ihrer Einflüsse auf den Aufbau und materielle Inhalt der Bilanz verzichtet. Schon aus diesem Grunde führt ein bilanztheoretischer Vergleich mit den deutschen Verhältnissen nicht zu einem befriedigendem Ergebnis führen. Es ist vielmehr zweckmäßiger, nach einem Ansatzpunkt in der angelsächsischen Literatur zu suchen und gewisse bilanztheoretische Konzeptionen aus der Vielzahl der in rechnungstechnischer Sicht zum Teil sehr wertvollen "text books" herauszukristallisieren. Unter den in England bekannten accountants können wir mit Norris und Bray zwei Wirtschaftsprüfer nennen, die eine besonders typische Bilanztheorie entwickelt haben. Wir wollen deshalb den Versuch unternehmen, die Anschauungen dieser beiden Autoren darzustellen und diese in einer kritischen Besprechung den in Deutschland bekannten Auffassungen gegenüberzustellen. Dieser Versuch soll gleichzeitig ein Beispiel für die bilanztheoretische Arbeit der Wirtschaftsprüfer sein.

2. Die Bilanztheorie von Norris

a) Die Problemstellung

Anlehnung an eine Diskussion über die theoretische und praktische Konzeption des Gewinnes, ¹⁾ in der Norris die verschiedenen Argumentationen zu analysieren und gegenüberzustellen ver-

Norris, H.: "Accounting Theory and Economics" in "Studies in Accounting", London 1948, Seite 321

sucht, glaubt dieser englische Accountant, daß aus der entstandenen Verwirrung nur dann ein Ausweg möglich erscheint, wenn man die güter- und geldwirtschaftlichen Vorgänge in der Unternehmung erfassen will, um zu einem ... "complete philosophical system of thought about income ..." ¹⁾ zu kommen.

Seinem in verschiedenen Veröffentlichungen aufgezeigten System unterstellt Norris eine philosophische Gedankenführung, die dem Accountant über den Rahmen des normalen "text book" hinaus eine theoretische Grundlage vermitteln soll. Da bei seinem System besonders das Verständnis der grundlegenden Ideen entscheidend ist, wollen wir uns auf die Darstellung der wichtigsten Thesen beschränken. ²⁾

1. Gewinne entstehen durch den reinen Umsatzakt und werden durch Gegenüberstellung der Kosten mit den korrespondierenden Erträgen ermittelt. Norris wendet sich scharf gegen die Ansicht von R.S. Edwards, daß der Periodengewinn in einem Zuwachs der diskontierten zukünftigen Kasseneinnahmen abzüglich der Ausgaben besteht. ³⁾
2. Die traditionelle Auffassung über die Gewinnberechnung auf Grund eines Wertzuwachses verwirft Norris ausdrücklich, (seine Abkehr von der traditionellen Gedankenführung richtet sich besonders gegen die Auffassung, daß Gewinne oder Verluste durch die Wertfluktuationen der einzelnen Vermögenspositionen innerhalb der Bilanzierungsperiode mitbestimmt werden) er weist an deren Stelle nachdrücklich auf die Methode der Kostenertragsrechnung hin.
3. Die konventionelle Rechenmethode sieht in den Ausgaben (expenses) einmal eine Gewinnbelastung im Sinne der Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, zum anderen einen antizipierten Gebrauch in Form eines Aktivums in der Bilanz. Um zu entscheiden, wo eine solche Trennung -Aufwand oder Aktivum- erfolgen soll, soll die Frage gestellt werden, welcher der einzelnen Kostenfaktoren erst in den folgenden Er-

1) Norris, H.: "Accounting Theory", London 1946, Seite 10

2) Norris, H.: "Fixed Assets and Current Assets" in Zeitschrift "The Accountant", Jahrg. 1949, Seite 616 - 619

3) Norris, H.: "Accounting Theory", a.a.O., Seite 9

trägen gegenübergestellt werden soll. Ist diese Entscheidung getroffen, dann soll der Periodengewinn durch diesen Posten nicht beeinflusst werden.

4. Die Fixierung der dauerhaften Aktiva (Norris bezeichnet sie als "deferred charges carried forward" im Sinne von Abgrenzungsposten) soll deshalb allein auf der Basis der noch zu verrechnenden Kosten erfolgen. Die Abschreibungen werden infolgedessen nach dem Prinzip der Annuity Basis ermittelt, d.h. dem in den Anlagen investierten Geldbetrag verzinst und amortisiert man jährlich.
5. Die Überalterung (obsolescence) steht mit den normalen Abschreibungen in keinerlei Beziehung. Sie muß getrennt kalkuliert werden, wobei der tatsächlich eingetretene Verlust durch die Überalterung getrennt ausgewiesen wird.
6. Besteht der Periodengewinn im Überschuß der in Geldwerten ausgedrückten, abgegebenen "Leistungen" (services rendered) über die in Geldwerten ausgedrückten entsprechenden, empfangenen Leistungen (services received), dann sollen die Ausgaben ausgeschlossen werden, die noch nicht in abgegebene Leistungen übertragen sind.

So dürfen nach Ansicht von Norris die Rohstoffe und Halbfabrikate nur zu direkten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen werden, ohne daß man die Gemeinkosten hierbei berücksichtigt. (Eine nähere Begriffserläuterung des Gemeinkostenbegriffes gibt Norris nicht).

Er sagt "... die Läger an Rohstoffen, sogar die an Fertigfabrikaten repräsentieren lediglich die Fähigkeit, Leistungen abzugeben, die nachgefragt oder nicht nachgefragt werden.." ¹⁾ Der Zweck einer Bewertung der Vorräte soll deshalb darin bestehen, die Höhe der "in der Bilanz vorzutragenden" direkten Kosten (cost carried forward) zu bestimmen.

7. Dieses Verfahren -insbesondere die Absonderung der Gemeinkosten von den Rohstoffen und Halbfabrikaten- würde gewöhnlich im ersten Geschäftsjahr zu einem Verlust führen. Um ihn zu vermeiden, soll dieser als "Entwicklungskosten", die fort-

1) Norris, H.: "Accounting Theory", a.a.O., Seite 10

laufend zu kapitalisieren sind, angesehen werden. Damit kann die mangelnde Ertragsfähigkeit in den ersten Geschäftsjahren durch die Erfassung der Gemeinkosten in einem "Organisation Expenses Account" so lange hinausgezögert werden, bis die Unternehmung beginnt, einen Gewinn zu erwirtschaften.

8. Als Konsequenz für seine Auffassung über die Bilanzwerte hält Norris eine neue Gliederung der Aktiva für erforderlich. Er lehnt die übliche Einteilung in Anlage- und Umlaufvermögen ab, und befürwortet eine generelle Trennung zwischen Aktiva, die den produktiven Organismus umfassen, und reinen Finanzaktiva, wie Debitoren und Kasse. Als produktiven Organismus bezeichnet Norris alle die Aktiva, die zur Erzielung zukünftiger Erträge investiert worden sind, also alle, "nicht verrechneten Kosten" oder auch "unsicheren Ausgaben" (expenditure in suspense). ¹⁾

Um den verschiedenartigen Charakter dieser Ausgaben gerecht zu werden, schlägt Norris innerhalb der Gruppe des "produktiven Organismus" folgende Einteilung vor: ²⁾

Capital Expenditure:	Grund und Boden, Gebäude, Anlagen, Maschinen, Organisation
Production Expenditure:	Rohstoffe, Halbfabrikate, Fertigfabrikate
Expenditure on Accruing Rights:	Vorauszahlungen
Publicity Expenditure:	noch nicht verrechnete Vertriebsausgaben

In ihrer Struktur ergibt die Gewinn- und Verlustrechnung ein Spiegelbild zur Bilanz, indem die Aufwendungen im Sinne von verrechneten Kosten entsprechend der in der Bilanz vorgenommenen Aufteilung in noch nicht verrechnete Kosten, in differenzierter Form den Erträgen gegenübergestellt werden. Auf eine ausführliche Darstellung des von Norris vorgeschlagenen Schemas kann an dieser Stelle verzichtet werden, da der Erfolgsrechnung die gleichen Prinzipien wie in der Bilanz zugrunde liegen.

1) Norris, H.: "Fixed Assets and Current Assets", a.a.O., Seite 617

2) Norris, H.: "Accounting Theory", a.a.O., Seite 20

b) Kritische Stellungnahme

Die in ihren Grundlagen vorgeführte Bilanztheorie von Norris soll in den Augen des Autors eine theoretische Konzeption des Ertrags und der Basis seiner Ermittlung darstellen. Die konventionelle Rechenmethode der Accountants soll durch ein philosophisches System ersetzt werden, um die Rechnungslegung in der Praxis in ihren Grundlagen sinnvoller zu gestalten. Man kann durchaus die Meinung vertreten, daß auch für die Praxis eine über das Technische hinausgehende Erörterung über die im Rechnungswesen festzuhaltenden Geld- und Güterströme angebracht ist. Sonst wäre es wohl zwecklos, eine Bilanztheorie ernsthaft nach ihrer praktischen Anwendbarkeit zu untersuchen. Im Hinblick auf die von Schmalenbach und Walb aufgestellten Bilanztheorien muß betont werden, daß diese immer bestrebt waren, auch für die Praxis anwendbar zu sein. Norris sagt hingegen ausdrücklich, daß es bei ihm weniger auf technische Einzelheiten als auf grundsätzliches Verstehen seiner theoretischen Gedankenführung ankommt.

Durch die Auswahl einer sehr vereinfachten Bilanz ist es ihm nicht gelungen, strittige Einzelprobleme dem Leser besonders nahe zu bringen. Es wäre deshalb von Norris diplomatischer gewesen, weniger den philosophischen Gehalt seiner Hauptidee herauszustellen, sondern mehr auf praktische Fragen einzugehen und den von ihm vertretenen Anschauungen auch in der Praxis besseren Nachdruck zu verleihen.

Der Vorschlag einer Kosten-Ertragsrechnung ist nicht neu. Bereits Schmalenbach und Walb berücksichtigten in ihren Untersuchungen diese Gedankengänge. Schmalenbach führt bereits zwischen Einnahmen und Ausgaben einerseits und Kosten und Ertrag andererseits eine scharfe Differenzierung durch.

Norris benennt die schwebenden Vorleistungen als cost carried forward. Bei genauer Auslegung kann hinsichtlich der Auffassungen von Schmalenbach und Norris eine gewisse Parallelität festgestellt werden, was allerdings nur für die Anlagenwerte zutrifft, die durch die zeitliche Abnutzung in Kosten bzw. Aufwendungen verwandelt werden. Hierunter fällt fast das gesamte Sachanlagevermögen und ein großer Teil des Finanzanlagevermögens. Da aber

Norris diese Bezeichnung für alle Aktiva, die keine Finanzaktiva sind, benutzt, muß für die nicht abnutzbaren Anlagen eine solche globale Klassifizierung bereits fragwürdig sein. Die Norris'sche Bilanzauffassung, die nach dem Kostenprinzip aufgebaut ist, steht im Gegensatz zur traditionellen Betrachtungsweise. Bei der Ermittlung der Vermögenswerte will er das Bewertungsprinzip vollkommen ausschalten. Die Fixierung der Ausgabenreste oder der noch nicht als Aufwand verrechneten Vermögensgegenstände sieht er als einzige Grundlage für die Ermittlung eines echten Periodengewinnes an. Theoretisch ist dieser Gedankengang auch durchaus vertretbar, zu dem dadurch auch die Bilanz im Dienste der Erfolgsrechnung steht. Man sollte jedoch berücksichtigen, daß eine genaue Ermittlung des Anlagenwertes unmöglich ist und man deshalb nur subjektive Schätzwerte annehmen kann, da die Abschreibungen auf Grund der vielfältigen Abschreibungsursachen nicht vollständig durch mathematische Verfahren zu ermitteln sind oder infolge technischer und sonstiger Einflüsse fortlaufend Korrekturen durchgeführt werden. Für das Umlaufvermögen verlangt Norris eine Bilanzierung auf Grundlage der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Eine anteilmäßige Berechnung der Gemeinkosten auf die Halb- und Fertigfabrikate lehnt er ab. Die Gemeinkosten sind nach der Auffassung von Norris ein Teil der Kapitalausgaben. Norris ist also ein Anhänger des strengen Niederstwertprinzips, da er für die Bewertung des Vorratsvermögens die niedrigeren Marktpreise nicht vollkommen ausschalten kann. Als Vorteil der Trennung der Gemeinkosten von den Herstellungskosten der Halb- und Fertigfabrikate gibt Norris an, daß ein neugegründetes Unternehmen die von ihm als fixe Kosten bezeichneten Gemeinkosten kapitalisiert, um nicht in die Verlustzone zu gelangen. Bei großen Gewinnerzielungen sind diese Kapitalausgaben abzuschreiben. Auf das Problem der Ermittlung dieser Abschreibungsquoten geht Norris nicht ein. Meines Erachtens ist es sehr fragwürdig, die Vorräte nur zu den direkten Kosten zu bilanzieren, weil dadurch die Korrelation zwischen dieser Berechnungsweise und der Kalkulationsbasis nicht mehr vorhanden ist. Damit bedeutet aber auch die von Norris vorgeschlagene Klassifizierung der Aktiva in Kapitalausgaben einerseits und Produktionsausgaben andererseits keine Überwindung

er gerade von ihm kritisierten Einteilung in Anlage- und Umlaufvermögen. Durch seine indirekte Anerkennung des Niederstwertprinzips wird die Bilanz nicht frei von subjektiver Bewertung und raubt ihm damit das Fundament seiner an der üblichen Klassifizierung geübten Kritik, "... daß beim Umlaufvermögen ein Preisfall zu einer Aufwertung führt, beim Anlagevermögen gegen eine solche unterbleibt." ¹⁾ Die weiter oben entdeckte Übereinstimmung der Gedankengänge von Norris mit den von Schmalenbach und Walb entwickelten Ideen beschränkt sich also lediglich auf den einen Punkt, daß auf der Aktivseite der Bilanz nur Auswärtige erfaßt werden.

Bei materiellen Gesichtspunkten unterscheidet sich Norris von Schmalenbach dadurch, als ersterer nicht die Einflüsse von Preisänderungen beim Wertansatz in der Bilanz ausschaltet. Deswegen sind die von Norris vertretenen bilanztheoretischen Auffassungen auch von keiner allzu großen Bedeutung. Das System ist nicht konsequent genug durchdacht und bietet sowohl in formeller als auch materieller Hinsicht keine ausreichende Grundlage für einen bilanztheoretischen Vergleich mit den von Schmalenbach und Walb formulierten Grundsätzen.

3. Die Gedankengänge von Bray

a) Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungsweise

Bray hat als einer der bekanntesten englischen Accountants in zahlreichen Publikationen Stellung zu allgemeinen und speziellen Fragen genommen und damit auch wertvolles Material für die Diskussionen in der Fachwelt geliefert. Wir wollen einen kurzen Überblick über die Gedankengänge von Bray vermitteln und damit einen Einblick in den Stand der theoretischen und praktischen Entwicklung des englischen Rechnungswesens geben.

Bei der Bilanztheorie von Norris mußten wir feststellen, daß seine engen theoretischen Vorstellungen für ein allgemein gültiges und anwendbares System des Rechnungswesens ungenügend

sind. Bei den Ausführungen von Bray ist dies jedoch nicht der Fall. Er versucht eine Verbindung zwischen der makro-ökonomischen Kreislauftheorie und dem Rechnungswesen der Unternehmung zu schaffen. Zu diesem Zwecke unternimmt er den Versuch, die die Unternehmung durchfließenden Güter- und Geldströme in einem abgeschlossenen und abgestimmten Rechnungssystem zu erfassen, um die hier ermittelten mikro-ökonomischen Größen den durch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung entstandenen makro-ökonomischen gegenüberzustellen.

Seiner Betrachtungsweise legt er ein gesamtwirtschaftliches Konzept zugrunde, in dem die Rechnungslegung der einzelnen Unternehmung nur einen bestimmten Sektor einnimmt. ¹⁾

Trotz seiner positiven Kritik am Companies Act 1948 gibt er zu erkennen, daß im Rechnungswesen ein gewisses Minimum an Standardisierung notwendig ist, um die Aussagefähigkeit und Verwendungsmöglichkeit der Jahresabschlüsse zu verbessern. Diese Forderungen versucht Bray bei seinen Vorschlägen zu berücksichtigen. Den materiellen Gehalt seiner Thesen wollen wir im folgenden einer kurzen Betrachtung unterziehen. ²⁾

b) Theoretische Grundlagen seines Systemgedankens

Das von Bray für die Rechnungslegung der industriellen Unternehmung geschaffene System enthält bestimmte, von ihm formulierte Prinzipien, die in ihrer Gesamtheit zunächst kurz charakterisiert werden sollen. ³⁾

Als das Fundament seiner ökonomischen Konzeption bezeichnet Bray die Ermittlung des Periodengewinnes (periodic income) und des Vermögens (wealth). Beide Größen werden entweder auf der Grundlage einer realen Transaktion oder auf dem Wege einer Finanztransaktion ermittelt, wobei die realen Transaktionen in der Er-

1) Bray, S.: "Social Accounts and the Business Enterprise Sector of the National Economy", Cambridge 1949, Seite 1 - 11

2) Bray, S.: "Social Accounts", a.a.O., Seite 2

3) Theoretische Grundlagen in folgenden Veröffentlichungen: "The Accounting Mission" sowie in Aufsatz: "Accounting Principles" in Accounting Research 1951

assung der Güter und Dienstleistungen mit Hilfe der Recheneinheit Geld begründet wird.

Bray führt hierbei die Bezeichnung "provision for depreciation")¹⁾

Der Periodengewinn versteht Bray hierbei den verfügbaren Gewinn. Dieser ist für ihn der Schlüssel zur Anwendung der makroökonomischen Investitionsgleichungen auf die einzelne Unternehmung, die Keynes zur Erläuterung des ex post Gleichgewichtes zwischen Sparen und Investition aufgestellt hat. Bray überträgt bei die von Keynes verwendeten Symbole makro-ökonomischer Art auf eine entsprechende mikro-ökonomische Investitionsgleichung. Es wird der verteilbare Periodengewinn entsprechend dem gesamtwirtschaftlichen Einkommen von Keynes (Y) mit I bezeichnet, die Konsumrate mit C und die Sparrate mit S. Hierbei kommt er zu folgenden Gleichungen:

1) $I = C + AF$ (asset formation, entsprechend der Investitionsrate I bei Keynes)

2) $I = C + S$

3) $S = AF$

Durch dieses Gleichungssystem will man die ex post Gleichheit zwischen dem im Laufe einer Rechnungsperiode verfügbaren Ersparnis und der Nettorealinvestitionen in der Unternehmung ausgleichen. Bray versucht alles, um das in der Gesamtwirtschaft geltende System auf den Bereich der einzelnen Unternehmung zu übertragen. Bray führt aus, daß die Konsumrate in der Unternehmung $C = 0$ ist. Deshalb kann man dieses Gleichungssystem verkürzen, indem man sagt: $I = S = AF$ (diese Gleichung bringt Bray jedoch nicht in dieser Form. Da er aber $C = 0$ setzt, ergibt sie sich ohnehin aus dem obigen Gleichungssystem. Sie trägt zur Vereinfachung seiner sehr umfangreichen Ausführungen bei.)

Der in der Unternehmung verfügbare Gewinn ist gleich der Sparrate sowie der Nettorealinvestition. Die Gleichheit dieser Größen will Bray in einem Rechnungssystem aufzeigen. Da wir uns aber nur mit dem materiellen Gehalt seiner Idee beschäftigen

Vgl. hierzu "Accounting Principles", a.a.O., Seite 354

wollen, genügt die Vorführung dieses Systems in schematischer Form. ¹⁾

Der verfügbare oder auch zurückbehaltene Gewinn (retained income = I) wird in drei verschiedenen Thesen ermittelt, die wir zusammengefaßt als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnen können. (Bray bezeichnete sie auch als "Activity Account")

a) Betriebsergebnisrechnung:

Durch den Ausweis aller Aufwendungen in Betrieb und Geschäft und durch ihre Konfrontierung mit dem gesamten Umsatz wird der Betriebsgewinn (operating profit) ermittelt.

Aufwendungen in Betrieb und Geschäft (Ordentlicher Aufwand)	!	Erträge in Betrieb und Geschäft (Ordentliche Erträge)
Betriebsgewinn (operating profit)	!	

b) Finanzrechnung:

Hier wird der verteilbare Gewinn errechnet; Betriebsgewinn, vermehrt um die außerordentlichen Erträge, vermindert um die außerordentlichen Aufwendungen und den Zinsaufwand für langfristiges Fremdkapital:

Außerordentliche Aufwendungen	!	Betriebsgewinn (operating profit)
Zinsaufwand	!	Außerordentliche Erträge
Verteilbarer Gewinn (income)	!	Beteiligungserträge

c) Gewinnverteilungsrechnung:

Vom verteilbaren Gewinn zieht man die Gewinnsteuern und Dividenden ab, sodaß der für die Unternehmung verfügbare Gewinn übrig bleibt. (Diese Gewinnverteilungsrechnung ist im englischen Sprachgebrauch als Appropriation Account bekannt.) Dieser

1) Ausführliche Abhandlung in "The Accounting Mission", a.a.O., Seite 67 ff. und in "The Formal Structure of Accounts" in "Four Essays in Accounting Theory", Seite 25

griff wird auch von Bray benutzt.

winnsteuern	!	Verteilbarer Gewinn
videnden	!	
rfügbarer oder zurückbe-	!	
ltener Gewinn	!	
etained income)	!	

diesen drei Phasen der Ermittlung des verfügbaren Gewinnes
rd der die Unternehmung durchfließende Güterstrom festgehal-
n. Bei Bray ist die formale Ausgestaltung sowie die Benennung
r einzelnen Rechnungsabschnitte durchaus variabel. Entscheidend
eibt jedoch die Tatsache, daß der zurückgehaltene Gewinn eine
stgröße ist, die das Einkommen der Unternehmung darstellt.

in der industriellen Unternehmung die Konsumrate = 0 ist,
ellt diese Restgröße zugleich die im Zeitraum der Rechnungs-
riode ermittelte Sparquote dar. (In seiner theoretischen Dar-
tellung führt Bray in seinem "outlay account" die Aufteilung
s verfügbaren Gewinnes auf die Konsumtion und Ersparnis an.
er aber $C = 0$ setzt, kann diese Rechnung auch entfallen.)

e Gleichheit von $I = S$ nach Keynes will Bray durch eine Rech-
ng beweisen, die er mit "Rasting Account" oder auch "Capital
conciliation Account" bezeichnet. Diese Rechnung ist ein Über-
ng von der Gewinn- und Verlustrechnung zur Bilanz und nimmt
le Bewegungen auf, die innerhalb der einzelnen Bilanzpositi-
en im Bilanzierungszeitraum stattgefunden haben.

eshalb ist die Bezeichnung "Kapitalbewegungsrechnung" sehr
eckmäßig. In einer schematischen Darstellung enthält sie im
sentlichen folgende Positionen:

ffüllung der Reserven und	!	Verfügbarer oder zurückbehal-
ckstellungen	!	tener Gewinn
ttozuwachs der Realkapi-	!	(retained income)
lkonten	!	Aufgelöste Reserven
nahme der Fremdkapital-	!	Wertberichtigungen
nten	!	Zuwachs der Fremdkapitalkon-
ückzahlung von Schulden	!	ten
nahme der Finanzaktiva	!	Abnahme der Finanzaktiva

Auf der Habenseite werden also die Quellen aufgezeigt, aus denen der Zuwachs an Real- und Finanzkapital (Sollseite) gespeist wird. Diese Rechnung ist also eine reine Bruttorechnung, bei der die Frage des "woher" und "wohin" der einzelnen Mittel innerhalb der Bilanzierungsperiode beantwortet wird. Ihr liegt eine reine ex post Betrachtung zugrunde, wonach sich bei der Auffassung von Bray zwangsläufig ein Gleichgewicht zwischen S + I ergeben muß.

Wie bereits festgestellt wurde, sieht Bray als Grundlage seiner ökonomischen Konzeption die Ermittlung des Periodengewinnes und des Vermögens. Letzteres umfaßt einen Vorrat an Realkapital (store of real assets). Die Aufzeichnung dieses Vermögens sowie der entsprechende Finanzposten sieht Bray als Aufgabe der Bilanz an.

Mit dieser Auffassung dürfte man zunächst kaum eine Abweichung von der traditionellen Bilanzauffassung feststellen können. Und doch läßt er in seinen weiteren Ausführungen klar erkennen, daß die Bilanz sowohl formell als auch materiell von ihm einer besonderen Betrachtung unterzogen wird. So unterscheidet er zwischen realen Aggregaten einerseits und Finanzkonten andererseits. Bray wendet sich in Anlehnung an diese Einteilung von der herkömmlichen Einteilung der Aktiva in Anlage- und Umlaufvermögen ab. Er sagt u.a. "in confess that I have never quite understood what was meant by the qualification fixed as applied to assets, moreover, I have never quite touched bottom on the fundamental distinction between fixed and current assets" (Accounting Principles).¹⁾ Als genereller Einteilungsgrundsatz gilt vielmehr die Trennung zwischen realen und finanziellen Aggregaten. Dabei zerfallen die finanziellen in solche, die auf Ansprüche seitens der Unternehmung begründet sind (asset claims, die auf Ansprüche seitens der Unternehmung begründet sind) und solche, die Ansprüche an die Unternehmung darstellen (liability claims), die man auch als aktive und passive Finanzkonten bezeichnen kann. Aufgrund dieser Betrachtungsweise kommen wir zu folgendem schematischen Bilanzbild: (dieses Schema ist in Ana-

1) Bray, S.: "Accounting Principles", Aufsatz in "Accounting Research", Jahrg. 1951, Seite 358

logie zu den Formulierungen von Bray aufgestellt worden)

<u>Passiva</u>	<u>Aktiva</u>
<u>Eigenkapitalkonten</u>	<u>Realkapitalkonten</u>
Nominalkapital und Reserven	1. Anlagevermögen (materielle und immaterielle Werte)
	2. Abgrenzungsposten
	3. Vorratsvermögen, soweit es nicht spekulativer Art ist, also eiserne Bestände
<u>Passive Finanzkonten</u>	<u>Aktive Finanzkonten</u>
1. Langfristiges Fremdkapital und Rückstellungen	1. Langfristig: Vermögensanlagen und Beteiligungen, Darlehen
2. Kurzfristig: Kurzfristige Kredite, Kreditoren und Steuerschulden	2. Kurzfristig: Spekulative Vorräte, Debitoren und Kasse
3. Abgrenzungsposten	3. Abgrenzungsposten

In Erweiterung der sonst üblichen Bilanzgleichung -Aktiva minus Passiva gleich Kapital- kommt Bray dann zu folgender Gleichung:¹⁾
 "Real Assets plus Assets Claims minus Liability Claims equals Capital."

Die in dieser Gleichung verankerten Prinzipien einer getrennten Erfassung aller realen Vermögenswerte von den aktiven und den passiven Konten aus dem Bereich der Finanzsphäre der Unternehmung sieht Bray als eine grundlegende Konzeption für die Struktur aller Bilanzen an. Unter Vermeidung des Prinzips der Realisierbarkeit der Vermögensgüter erfolgt bei ihm die Klassifizierung nach dem Grundsatz, daß alle die Unternehmung durchfließenden Geld- und Güterströme in der Bilanz ihren Niederschlag finden und dadurch die Struktur der Bilanz determinieren. Als Konsequenz wird bei ihm das Vorratsvermögen, soweit es als eiserne Bestand anzusehen ist, von den spekulativen Vorräten getrennt und in der Gruppe der Realkapitalkonten aufgenommen und entsprechend bewertet.

) Bray, S.: "National Balance Sheet" in "Accounting Research", Jahrgang 1951, Seite 279 ff.

Die spekulativen Bestände sind hingegen seine Finanzdispositionen, die im Verlauf eines normalen Beschäftigungsgrades nicht im Rahmen einer realen Transaktion umgesetzt werden.

Durch die Bezeichnung "Realkapital" bekennt sich Bray zu Bewertungsgrundsätzen, die über den Rahmen einer nominellen Rechnung hinausragen. Unter Einbeziehung der Geldwertschwankungen soll das Realkapital die Höhe des in der Unternehmung investierten Vermögens anzeigen.

Bray will deshalb zu Wiederbeschaffungspreisen bewerten, berechnet nach dem Trend der spezifischen Kosten der einzelnen Mitglieder. Zur leichteren Ermittlung kann auch der Gesamtindex für das Anlagevermögen berücksichtigt werden. ¹⁾

Für das Vorratsvermögen will Bray nach der Lifo Methode bewerten. Die Finanzaktiva sollen nicht Gegenstand der Bewertungspolitik sein, sondern zu ihren Tageswerten erfaßt werden.

Bray macht ausdrücklich auf die Unterschiede in der Bewertung des Realkapitals und der Finanzaktiva aufmerksam. Es soll dadurch hervorgehoben werden, daß durch die konjunkturellen Preisschwankungen die Bewertung des Realkapitals von den Einflüssen einer subjektiven Bewertungspolitik nicht vollständig freigelassen werden kann. Deshalb richtet Bray auf der Passivseite ein Wertausgleichskonto ein. Dieses Wertausgleichskonto (Price Change Account) wird in einem von ihm ausgearbeiteten Schema neben den Kapitalreserven innerhalb der Gruppe der Eigenkapitalkonten ausgewiesen. ²⁾

c) Kritik

Durch die vorliegenden Ausführungen sollten die theoretischen Gedankengänge von Bray kurz skizziert werden, um darzulegen, welchen Weg Bray in formaler und materieller Sicht eingeschlagen hat, um die Rechnungslegung auf der Grundlage seines Systemge-

1) Bray, S.: "The Accounting Mission", a.a.O., Seite 82 ff.
"Company Accounting" in "Four Essays in Accounting Theory", Seite 34 ff.

2) Bray, S.: "Company Accounting", in "Four Essays in Accounting Theory", a.a.O., Seite 44

ankens zu untersuchen. Zur Erinnerung sei noch einmal bemerkt, daß Bray auf der Grundlage der makro-ökonomischen Kreislauftheorie Güter- und Geldströme im Bereich der Unternehmung in verschiedenen Stufen zu erfassen und in ein sinnvolles System einzuordnen versucht. Er knüpft hier an Keynes an, um zu zeigen, daß die an bestimmte Voraussetzungen geknüpften gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Einkommen, Konsum und Sparen bzw. Investieren auch auf den Bereich der wirtschaftlichen Unternehmung übertragbar sind. Er sagt u.a. "It is my view that these primary economic concepts as formally related give birth to series of fundamental accounts which are just relevant to firms or companies as for the nation as a whole." ¹⁾

Dieser Gedanke läßt sich im Prinzip durchaus vertreten, zumal durch seine Verifizierung die Rechnungslegung der einzelnen Unternehmung als grundlegende Basis für die Aufstellung von gesamtwirtschaftlichen Rechnungen einen wesentlich größeren Anwendungsbereich als in den meisten Fällen hat. Daß seine Thesen in einzelnen sehr durchdacht und auf ihre Anwendbarkeit in der Praxis durchgearbeitet sind, konnte Bray in verschiedenen Ausführungen sehr gut zeigen.

Ein Ausgangspunkt für seine theoretischen Ausführungen bildet die Investitions Gleichung von Keynes, die eine ex post-Gleichheit von Sparen und Investieren beinhaltet. In diesem Punkte muß die von Bray vertretene Ansicht, eine Projektion dieses gesamtwirtschaftlichen Konzepts auf ein einzelwirtschaftliches Rechnungssystem durchzuführen, mit gewissen Vorbehalten betrachtet werden. Keynes geht in seinem Modell von einer geschlossenen Volkswirtschaft aus, in der der Einkommensstrom sich sowohl aus kontraktbestimmten als auch aus Residualeinkommen zusammensetzt. Im Bereich der wirtschaftlichen Unternehmung kann man jedoch nicht von einer geschlossenen Wirtschaft sprechen. Die Interdependenz mit anderen Wirtschaftseinheiten ist offensichtlich, so daß bereits bei der Erfassung des Einkommensstromes von anderen Voraussetzungen ausgegangen werden muß. Bray be-

¹⁾ Bray, S.: "Company Accounting", a.a.O., Seite 25 ff.

zeichnet den zurückbehaltenen oder verfügbaren Gewinn (retained income) als das Einkommen der Unternehmung. Im Grunde genommen bedeutet dieser die interne Sparquote der Unternehmung oder die Beträge, die zum Zwecke der Selbstfinanzierung von der Unternehmung investiert werden.

Denn wie Bray selbst ausführt, entfällt im Falle eines Produktionsbetriebes die Konsumquote, so daß sich die Gleichung von Keynes $Y = C + S$ auf die wirtschaftliche Unternehmung bereits nicht mehr anwenden läßt. Diese irrtümliche Betrachtungsweise kann vielleicht darauf zurückgeführt werden, daß Bray den Einkommensbegriff zu eng gefaßt hat, so daß man eher von einem Nettoeinkommen sprechen müßte. Denn anders läßt es sich nicht verstehen, daß man zu einer Gleichung $I = S = AF$ kommen kann, die entsprechend der Keynes'schen Terminologie $Y = S + I$ lauten würde - eine Gleichsetzung, wie sie im Keynes'schen Modell nicht denkbar wäre. Sie wäre nur dann vorstellbar, wenn Keynes mit Y die Einkommensreste bezeichnen würde, von denen die Konsumquoten bereits zum Abzug gebracht worden sind. Bray versucht unter anderem zu zeigen, daß sich eine Identität zwischen S und AF , also zwischen Sparen und der Nettoinvestition ex post ergibt und anhand der Kapitalbewegungsrechnung ersichtlich wird.

Abgesehen davon, daß bei Keynes eine Identität von I und S im gesamtwirtschaftlichen Modell nur im Falle des vollständigen Gleichgewichtes möglich ist, dürfte die Beweisführung von Bray wohl kaum einen größeren Wert besitzen. Denn diese Gleichheit muß sich immer ergeben, solange Gewinne erwirtschaftet werden und diese für die Selbstfinanzierung Verwendung finden. Da aber andererseits in dieser Rechnung auf der Habenseite aufgenommenes Fremdkapital erscheint, hier also bereits wieder die Interdependenz der Unternehmung mit anderen Wirtschaftseinheiten sichtbar wird, kann man von einem geschlossenem System im Sinne des Keynes'schen Systems nicht mehr sprechen. Die Identität von S und AF ergibt sich nur insofern, als die Nettorealinvestition (also AF) vollkommen mit dem S , also der Selbstfinanzierung, durchgeführt wurde. Solange aber in dieser Rechnung auch das aufgenommene Fremdkapital erscheint, wird diese Gleichheit von S und AF dadurch durchbrochen, daß AF also die Netto-realinvestition, nur zum Teil aus dem S , also der Sparquote,

gespeist wurde. Es genügt wohl, auf diese Punkte nur kurz hinzuweisen, um zu zeigen, daß sich eine Übertragung dieses gesamtwirtschaftlichen Systems, das unter gewissen Voraussetzungen gilt, nicht ohne weiteres auf eine einzelne Unternehmung durchführen läßt. Deshalb kann dieser grundlegenden Idee von Bray im Grunde genommen kein zu großer Wert beigemessen werden, andererseits müssen wir aber seinem eigentlichen Systemgedanken um so mehr Beachtung schenken. Hier hat Bray wesentliche Elemente vereinigen können, wie die Trennung zwischen Betriebs- und Finanzergebnisrechnung, die Einfügung einer Gewinnverwendungsrechnung in die eigentliche Erfolgsrechnung, sowie die zusätzliche Aufstellung einer Kapitalbewegungsrechnung. Im deutschen Schrifttum sind ähnliche Gedanken bereits vertreten worden. (Die Trennung des Erfolges aus der betrieblich geschäftlichen Sphäre von dem aus der finanziellen Sphäre führt u.a. auch Lohmann in einem Erfolgsrechnungsschema konsequent durch.¹⁾ So versuchten auch M.R. Lehmann und C.E. Schulz eine Trennung zwischen produktionswirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Rechnung innerhalb der Bilanz und der Erfolgsrechnung durchzuführen.²⁾ Sowohl bei Schulz als auch bei Lehmann bilanziert einmal der Betrieb, indem er die produktionswirtschaftliche Verwendung des Kapitals aufzeigt, (produktionswirtschaftliche Bilanz und Erfolgsrechnung) zum anderen die Unternehmung mit einer finanzwirtschaftlichen Bilanz und Erfolgsrechnung, die die Beschaffung des Kapitals und die hierbei zu beachtenden rechtlichen Beziehungen aufzeigen. Im Gegensatz zu den Schemen von Bray, der zwar auch eine Trennung zwischen Finanz- und Realkapital ersichtlich machen will, liegen hier jedoch getrennte Abschlüsse vor, wobei auch innerhalb der Finanzkonten der Unternehmung eine scharfe Trennung zwischen produktionswirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Bilanzierung erfolgt. So werden bei Schulz z.B. die Finanzaktiva wie Kasse, Wechsel

1) Lohmann, M.: "Einführung in die Betriebswirtschaftslehre", Tübingen 1955.

2) Schulz, C.E.: "Bilanzklarheit - zur Frage der produktionswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Bestandteile der Industriebilanz", in "Der Wirtschaftstreuhänder", Jahrgang 1936, Seite 183.

und Schecks in der produktionswirtschaftlichen Bilanz aufgeführt; bei Bray hingegen sind diese reine Finanzdispositionen. Bei einem Vergleich dieser Betrachtungsweisen kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Differenzierung zwischen realen und finanziellen Aggregaten bei Bray lediglich darauf ausgerichtet ist, zum Zwecke der Bewertung eine getrennte Erfassung des Realkapitals in der Bilanz zu ermöglichen.

Schulz und Lehmann sind insofern noch weiter gegangen, als sie zwischen einer Betriebs- und Unternehmungsbilanz streng unterscheiden. Für den veröffentlichten Jahresabschluß ist diese Form der Bilanzierung jedoch weniger zweckmäßig. In Anlehnung an seine Thesen hat Bray hingegen Bilanzschemen entwickelt, die auch für Publikationszwecke ihre Anwendung finden können. (Ein ausführliches Schema für "Public Companies" hat Bray in jüngster Zeit ausgearbeitet.) ¹⁾

Der Gedanke einer Kapitalbewegungsrechnung ist bereits in den 20er Jahren von Bauer aufgegriffen worden. ²⁾ Bauer beschränkt sich allerdings nicht darauf, seine Bewegungsbilanz als Ergänzung zur statischen Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen, sondern er faßte mit ihr die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zusammen, um die Veränderungen sämtlicher Bilanzposten innerhalb einer bestimmten Periode aufzudecken.

Im Gegensatz zur Kapitalbewegungsbilanz, wie sie Bray vorschlägt, zeigt die Bauer'sche Bewegungsbilanz lediglich in saldierter Form die Veränderungen der einzelnen Positionen auf. Die Kapitalbewegungsrechnung ist hingegen eine Bruttorechnung. Auch die vereinfachte Form der Bauer'schen Bewegungsbilanz scheint für den Zweck der Veröffentlichung zwar weniger zweckmäßig; jedoch bietet sie -wie auch die Kapitalbewegungsrechnung- die Möglichkeit, als Prospektbilanz für den Investor wichtige Anhaltspunkte zu vermitteln.

In materieller Sicht vertritt Bray eine Bilanzauffassung, die

1) Bray, S.: "The Formal Principles of Public Company Accounting", in "Accounting Research", Jg. 1953, Seite 374 - 378

2) Bauer, W.: "Die Bewegungsbilanz und ihre Anwendbarkeit, insbesondere als Konzernbilanz", in ZfhF, 20. Jg. 1926, S. 485

sich stark an die organische Bilanztheorie von Schmidt anlehnt. Dies bezieht sich einmal auf die Bilanzierung der realen Vermögenswerte, zum anderen auf den getrennten Ausweis der Vermögenswertänderungen in einem Wertausgleichskonto in der Bilanz. Auf diese Weise versucht Bray die Wertschwankungen des Anlagekapitals und des Umlaufvermögens von dem eigentlichem Produktionserfolg abzuspalten und in einer getrennten Rechnung zu erfassen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die von Bray nur sehr kurz abgehandelten Bewertungsfragen nicht mit dem gleichen Ausblick auf gesamtwirtschaftliche Auswirkungen verknüpft werden, wie es Schmidt in seinen Veröffentlichungen durchgeführt hat.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Bilanztheorie von Bray durchaus positive Ansatzpunkte enthält. Sein Bestreben, die Rechnungslegung der Unternehmung sinnvoller aufzugliedern, um damit eine Basis für die Aufstellung von gesamtwirtschaftlichen Rechnungen zu schaffen, mag in formaler Sicht besonders in England begrüßenswert sein.

Im folgenden Kapitel wird uns jedoch noch die Gelegenheit gegeben, auf parallele Strömungen bei verschiedenen Reformvorschlägen in England hinzuweisen. Sein Versuch, von theoretischer Seite aus sein System zu untermauern, muß allerdings als wenig überzeugend angesehen werden. Da ohnehin die von Keynes formulierte Gleichgewichtsanalyse nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gültig ist, hat ihre Anwendung auf den Bereich der wirtschaftlichen Unternehmung nur geringen Wert.

Da Bray jedoch verstanden hat, seine Bilanzauffassung auch in materieller Sicht überzeugend darzustellen, darf diesem Kriterium keine zu große Bedeutung beigemessen werden.

Schlußbetrachtungen

Bei der Untersuchung der unterschiedlichen Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den Vereinigten Staaten, der UdSSR, Englands und Deutschlands hat sich gezeigt, daß neben vielen Gemeinsamkeiten auch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Vergleichsländern bestehen. Dies erklärt sich einerseits aus den verschiedenartigen Zielsetzungen des Rechnungswesens in den einzelnen Vergleichsländern, andererseits aus der indivi-

duellen Entwicklung der Rechnungslegung unter Berücksichtigung der in jedem Lande besonderen Eigenarten.

In der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Rechnungslegung in den Staaten mit sozialistischem Wirtschaftssystem eine Sonderstellung einnimmt, da diese dem Staat in erster Linie zur Kontrolle der Produktion dient. Aus diesem Grunde bemüht man sich um eine ständige Verfeinerung der Methoden der Rechnungslegung. Erschwerend für einen Vergleich mit den westlichen Ländern ist die Tatsache, daß die verschiedenen betriebswirtschaftlichen Begriffe wie Kosten, Abschreibungen usw. im Sprachgebrauch des Ostens einen gänzlich anderen Sinn als in den westlichen Vergleichsländern besitzen.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich von den europäischen Vergleichsländern auch England der "Union Européenne des Experts Comptables Economiques et Financiers" (UEC) anschließen würde, um zur theoretischen Fortentwicklung des Rechnungs- und Prüfungswesens beizutragen. Unter dem Aspekt des Beitritts Großbritanniens zur EWG wäre dies von besonderer Bedeutung. Auf eine Beteiligung der UdSSR und der SBZ Deutschlands an dieser europäischen Berufsorganisation kann man wohl vorerst nicht hoffen, obwohl eine Teilnahme der sozialistischen Staaten an den Veranstaltungen der UEC auch für sie wegen des Erfahrungsaustausches von großem Wert wäre. Allerdings müßten zuerst die Beitrittsbedingungen der UEC geändert werden, um eine Aufnahme der sozialistischen Länder zu ermöglichen. Diese läßt bis jetzt als Angehörige nur solche Rechnungsfachleute zu, die ihre Tätigkeit unabhängig, unter Wahrung des Berufsgeheimnisses und auf Grund einer hochwertigen Fachprüfung ausüben. Die eingesetzten Fachkommissionen haben besonders gute Arbeit auf dem Gebiete der Erfassung und der Begriffsbestimmung der in den verschiedenen europäischen Ländern gebrauchten Ausdrücke des Rechnungs- und Revisionswesens geleistet.

Mit der Veröffentlichung eines "Lexikon des Rechnungswesens" wurde der erste Schritt zu einer Vereinheitlichung dieser Begriffe getan.

Auch die "Commission du Droit Comptable" hat sich in einer erst kürzlich erschienenen Veröffentlichung mit der Auswertung der in den verschiedenen europäischen Ländern geltenden Bestim-

mungen für die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften der Jahresabschlüsse befaßt und gleichzeitig Möglichkeiten zur Vereinheitlichung des europäischen Bilanzrechtes aufgezeigt. Es bleibt zu hoffen, daß die Tätigkeit der UEC auch weiterhin aktiviert wird und damit einen bedeutsamen Beitrag zur Verwirklichung des Europagedankens leistet.

Bei der Betrachtung der englischen und deutschen Rechnungslegungsvorschriften darf die frühe Einführung der Pflichtprüfung und der hohe Stand des englischen Revisionswesens nicht außer acht gelassen werden, die eine weitgehende Beachtung ordnungsmäßiger Bilanzierungsgrundsätze gewährleisteten. Durch die Empfehlungen des Institute of Chartered Accountants wurden gewisse Mängel hinsichtlich der Einheitlichkeit der Bilanzierung und Abgrenzungsschwierigkeiten bei einzelnen Bilanzposten beseitigt. Über den Rahmen der offiziellen Einflußsphäre hinaus boten die zum Teil sehr beachtlichen Veröffentlichungen aus den Kreisen der Accountants eine ergiebige Quelle zur Diskussion formeller und materieller Bilanzierungsfragen.

Für die USA mag dem europäischen Betrachter das Fehlen einheitlicher Bilanzierungsvorschriften, hinter denen die Autorität des Gesetzgebers steht, als Mangel erscheinen. Ein Gegengewicht hierzu bildet die frühe Entwicklung und Verbreitung des Buchprüferberufes und die Anerkennung der Buchführungsgrundsätze. Gegenüber dem starren Normensystem in Deutschland bietet die amerikanische Regelung den Vorteil größerer Elastizität.

Das American Institute of Certified Public Accountants als berufene Instanz zur Verbesserung der Accounting Principles kann den wirtschaftlichen Veränderungen und Erfordernissen viel beweglicher folgen, als dies ein Gesetzgeber tun könnte.

Für die Reform des deutschen Aktiengesetzes können die englischen und amerikanischen Regelungen manche Anregungen vermitteln. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß auch in den beiden angelsächsischen Ländern keineswegs alle Regelungen vorbildlich sind.

Literaturverzeichnis

- Adler-Düring-Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Afenasjew : Die Grundzüge des Aufbaus einer buchhalterischen Bilanz, Verlag: "Die Wirtschaft", Berlin (Ost) 1953
- Alexander, S. : Income-Measurement in a Dynamic Economy, in "Five Monographs on Business Income", New York 1950, Seite 69
- Almond, John E. : Verhältnisse im Accountant-Beruf in Kalifornien, i.Z. "Der Wirtschaftsprüfer", 1951
- Anthony, R.H. : Management Accounting, Illinois 1956
- Armbrust, Hans : Aktienrechtliche Bewertungsvorschriften des Auslandes, Diss. Mainz 1954
- Ascher Theodor : Die Steuerbilanz, ihre Entstehung und Gestalt, Essen 1958
- Ballantine, Henry W. : On Corporations, Chicago 1946
- Bares, Wilhelm : Die GuV-Rechnung bei Aufstellung von Konzernbilanzen, in "Wirtschaftstreuhänder", 1935
- Barth, Kuno : Die Entwicklung der Unternehmungsrechnung in England und in Deutschland im Spiegel der handelsrechtlichen und der steuerrechtlichen Vorschriften, ZfhF 1953, 5. Jahrgang, Neue Folge
- : Die Bewertung mit eisernen Beständen, Stuttgart 1951
- Bauer, W. : Die Bewegungsbilanz und ihre Anwendbarkeit, insbesondere als Konzernbilanz, in ZfhF, 20. Jg., 1926, Seite 485
- Bautz, H. : Die Grundzüge ordnungsgemäßer Buchführung mit besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, Diss. Freiburg 1951
- Baxter, W.T. : The Study of Balance Sheets, in "Selected Readings in Auditing and Auditory", New York 1952
- Bender, H. : Deutsches und englisches Aktienrecht, ein Beitrag zur Rechtsvergleichung, Berlin 1937
- Bettelheim, Ch. : Sowjetunion/Wirtschaftsverfassung, im Handwörterbuch der Sozialwissenschaft, zugleich Neuauflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1954

- Bienstock, G. : Management in Russian Industria and
Schwarz, S.M. Agriculture,
Jugow, A. Ithaca und New York, 1948
- Birmann, A. : Die Finanzplanung der Betriebe, in
"Deutsche Finanzwirtschaft", 7. Jg.,
Nr. 14, 1953
- Bögelsack, U. : Die Bedeutung des Rechtes für die Wirt-
schaftswissenschaft, in "Deutsche Fi-
nanzwirtschaft", 6. Jg., Nr.2
- Boettcher, Erich : Wirtschaftsplanung in Ost und West,
in "Osteuropa" herausgegeben von der
deutschen Gesellschaft für Osteuropa-
kunde, 2. Jg., Stuttgart 1952
- Bork, Heinrich : Das Revisionswesen in Rußland, in Zeit-
schrift für Handelswissenschaftliche
Forschung, 1929
- Bosch : Marktwirtschaft - Befehlswirtschaft,
Quelle & Meyer, Heidelberg 1960
- Bray, S. : Accounting Principles, Aufsatz in
"Accounting Research", Jg. 1951,
Seite 353-367
- : The Formal Structure of Accounts, in
"Four Essays in Accounting Theory"
- : Company Accounting, in
"Four Essays in Accounting Theory"
- : The Measurement of Profit, London 1949
- : The Accounting Mission, Melbourne 1951
- : Social Accounts and the Business Enter-
prise Sector of the National Economy,
Cambridge 1949
- : A National Balance Sheet, in
"Accounting Research", Jg. 1951, S. 279
- : The Formal Principles of Public Com-
pany Accounting, in "Accounting Re-
search", 1953, Seite 369, 374-378
- Burns, R.J. : Die Bilanzprüfung vom amerikanischen
Wirtschaftsprüfer ausgeführt, Diss.
München 1952
- Bussmann, K.F. : Betreuung und Prüfung der Unterneh-
mungen, in "Schriftenreihe: Die Wirt-
schaftswissenschaften", Köln 1960
- Byrne, Gilbert A. : Auditing and Internal Control, in
"The Journal of Accountancy", New York,
January 1957, Seite 41 ff.
- Caffyn, Harald : Practical Experience with Scientific
Selution of Accounting Personal, in
"Journal of Accounting", Oktober 1949

- Campbell, W.G. : The Auditor and the Companies Act, in "The Accountant", Jg. 1950, Seite 242
- Carey, John : Organisation und Aufgaben des Accounting-Berufes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1954, Seite 1-30
- Coles, Richard : Accounting Careers, London 1948
- Le Coutre, Walter : Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Auflage 1956, Spalte 1162
- Densem, W.G. : Is it true and fair?, Institute of Chartered Accountants in England and Wales (The Institute), Summer Course 1950, London
- Edey, H.C. : A Note on Reserves, Provisions and Profits, in "Accounting Research", Jg. 1951, Seite 133
- Edwards : The Nature and Measurement of Income under Changing Price Levels, in "Five Monographs on Business Income", New York 1950, Seite 143
- Eßer, J. : Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung in internationaler Sicht, in "Schriftenreihe des Institutes Finanzen und Steuern", Heft 56, Bonn 1958
- : Die Gliederung der Bilanz und die übrige Rechnungslegung in internationaler Sicht, Heft 56, Band 2, Bonn 1959
- Eucken, W. : Grundsätze der Wirtschaftspolitik, herausgegeben von E. Eucken und K.P. Fensel, Bern/Tübingen 1952
- Farr, Gerhard : Kontenrahmen in den Vereinigten Staaten, in Zeitschrift "Neue Betriebswirtschaft" 1954
- : Der Jahresabschluß amerikanischer Gesellschaften, in "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", 1954
- : Eigenheiten der amerikanischen Bilanzierung und Rechenschaftslegung, in "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", 1955
- Fedossejew, K.D. : Die Umlaufmittel der Industriebetriebe, Berlin 1952
- Fielitz, Hans : Das Rechnungswesen der sowjetischen Wirtschaft im Vergleich zum Rechnungswesen der freien Wirtschaft, in "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", 1956
- Finney, H.A. and Miller, H.E. : Principles of Accounting, 5. Ausgabe, Englewood Cliffs, New Jersey 1958

- Fischer, Karl : Finanzierung von Planbeständen mit freien Umlaufmitteln, in "Deutsche Finanzwirtschaft", 7. Jg., Nr.13, 1953
- Fischer, Klaus : Der Kontrollbericht, Staatssekretariat für Berufsausbildung der DDR, Reihe 16, Allgemeine Schriften zur Berufsausbildung
- Fischer-Redes : Die Finanzplanung, in "Finanzwirtschaft und Finanzplanung in der volkseigenen Wirtschaft", Sonderdruck der Deutschen Finanzwirtschaft, Berlin 1954
- Flume, Werner : Der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in "Schriftenreihe Handelsblatt, Verlag Handelsblatt GmbH, Düsseldorf"
- Förster, Wolfgang : Betriebliche Organisationsformen und östlicher Wirtschaftsplan, in "Wirtschaftliche Betriebsführung: Die Deutsche Unternehmensaufgabe", 7. Deutscher Betriebswirtschaftlertag, Berlin 1954
- : Betriebspolitische Finanzwirtschaft (Methoden und Wege der sowjetzonalen Finanzkontrolle), Berichte des Osteuropainstitutes der FU Berlin, Berlin 1952, Heft 3
- Forster, Kurt : Unterschiede im formalen Aufbau und materiellem Inhalt der Bilanz im Bereich des englischen und deutschen Rechnungswesens, Diss. Freiburg 1954
- Frank, Vivian H. : Company Accounts, London 1948
- Friedländer, H. : Konzernrecht unter Berücksichtigung der amerikanischen Praxis, 2. Aufl., Berlin 1954
- Friedländer, Kurt : 11 Jahre Erfahrungen in englischer Accountancy, in Zeitschrift "Steuer und Wirtschaft", 1950, Spalte 681 - 690
- Galagan, A.M. : Institut 1925, gossudarstwennych - Buchgalterow - Expertow
- Gellrich, W. : Der Kontenplan für die Industriebetriebe der Sowjetunion, in "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1956, 10. Jg., Heft 6,7,8,10, 13
- : Rechnungswesen und Statistik, in "Statistische Praxis", Heft 7, 1951
- : Die operative Buchführung, Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen, Heft 10, Berlin 1953
- Geßler, : Die Bilanzierung der Lastenausgleichs-abgaben, Bonn 1952

- Gleich, J.J. : Einführung in die Grundzüge der Buchhaltungssrechnung, Berlin 1953
- Goetze, D. : Fachausdrücke des Rechnungs-, Prüfungs- und Treuhandwesens, Berlin 1938
- Goldschmidt : Zur Abänderung des englischen Aktienrechts, in "Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht", Jg. 2, 1928
- Goll, Günter : Über Begriffe des Rechnungswesens der volkseigenen Industrie, Berlin 1955
- : Bilanzen und Profite, Berlin Ost 1958, Verlag "Die Wirtschaft"
- Goult, Garfield, G. : Stock- in - Trade and the Auditor, The Institute, Summer Course 1949, London
- Gower, L.C.P. : The Principles of Modern Company Law, London 1954
- Grossmann, G. : Value and plan, Druck der California University 1960
- Gutenberg, Erich : Zur Frage der Neugestaltung des aktienrechtlichen Erfolgsausweises, in "Gegenwartsprobleme der Betriebswirtschaft", Baden-Baden und Frankfurt (M), 1957
- : Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, in "Die Wirtschaftswissenschaften", 1. Lfg., Wiesbaden 1958
- Hatfield, H. : What they say about Depreciation, in "Studies in Accounting"
- Hensel, K.P. : Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954
- Herrhammer, K.A. : Frühzeitige Beendigung der Abschlußprüfung durch vorbereitende Maßnahmen im Rechnungswesen durch Zwischenprüfungen, in "25 Jahre Wirtschaftsprüfung", Düsseldorf 1957, Seite 137 ff.
- Hirsch, Hans : Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Kyklos Verlag, Basel
- Jackson, Hugh : Accounting Principles, 3. Ausgabe, New York 1951
- Johnson, A.W. : Form, Function and Interpretation of the Profit and Loss Statement, in "The Accounting Review", Bd. 18, Nr.4, Oktober 1943
- Jones : Company Balance Sheets, Cambridge 1951 (zit. bei Moxter: Seite 187)
- Kalkutin, W. : Revision u. Kontrolle der wirtschaftlichen Tätigkeit der Industriebetriebe, Verlag: "Die Wirtschaft", 1955
- Mitrofanow

- Kane, R. L. : CPA Handbook, 2. Ausg., New York 1953
- Kell, G. : Accountants Handbook, 4. Ausg., New York 1956
- Kempchen, Friedrich : Die aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften für die Bilanz und die GuV-Rechnung im Ausland, Diss., Mainz 1957
- Kempner, J. : Revaluation and Depreciation of Plant Assets, in "The Accounting Review", New York, Jg. 1952, Seite 508
- Kettle, R. : Balance Sheets and Accounts under the Companies Act 1948, in "Studies in Accounting", London 1950, Seite 125
- Klapproth, Edgar : Die Produktionsabgabe und ihre ökonomischen Funktionen, in "Deutsche Finanzwirtschaft", 1955
- Koberstein, Günther : Der Einfluß der Wirtschaftsordnung auf den Aussagewert des Rechnungswesens, in Zeitschrift "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis", 1952
- Koch, Waldemar : Der Beruf des Wirtschaftsprüfers, Berlin 1957
- Köhler, Alo : Kleine Aktienrechtsreform, Textausgabe mit Erläuterungen nach der amtlichen Begründung, H. Luchterhand Verlag, Neuwied 1960
- Kofahl, Günter : Möglichkeiten und Grenzen der Kritik veröffentlichter Bilanzen, in "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", 1955
- Kresse, W. und Schmidt, J. : Buchführung und Bilanz an Beispielen für volkseigene Betriebe, 3. Auflage, Berlin 1953
- Kurski, A. : Die Planung der Volkswirtschaft in der UdSSR, Moskau 1949
- Lacey, K. : Profit Measurement and Price Changes, London 1952
- Lamont, Malcolm : Vergleich des schottischen Certified Public Accountant, in Zeitschrift "Der Wirtschaftsprüfer", 1952
- Landgraf, Fritz : Zur Rentabilität der sozialistischen Wirtschaft, in "Deutsche Finanzwirtschaft", 1954
- Lange, Herbert : Technisch-wirtschaftliche Kennziffern, (Ihre Bedeutung für die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne) Berlin 1953, Heft 3
- Langer, H. : Das Planpreissystem der SU, Berlin 1953

- Lehmann, M.R. : Der formelle und der materielle Inhalt der Bilanz, in "Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis", Jg. 1928, Seite 78
- Lehnert, Paul R. : Die Veröffentlichung betrieblicher Ergebnisse, in "Schriftenreihe des Institutes der Wirtschaftsprüfer", 1950, Band 1
- Lemnitz : Probleme der Sozialisierung, Berlin 1949
- : Die neue Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe, in Zeitschrift "Die Deutsche Finanzwirtschaft", Sonderheft 7, Berlin 1948
- Lenin : Ausgewählte Werke, Deutsche Ausgabe, Bd. 2, Moskau 1947
- Lohmann, M. : Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Tübingen 1955
- : Reformen im Bilanz- und Prüfungswesen der britischen Kapitalgesellschaft, in Zeitschrift "Der Wirtschaftsprüfer", 1948
- : Gesetzliche Reform im Bilanz- und Prüfungswesen der britischen Kapitalgesellschaft, in "Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung", 1950
- Luetzges, Karl-Heinz : Der Wirtschaftsprüferberuf in England, Diss., Köln 1949
- Macbeath, A. : Depreciating Assets - Accounting and Taxation, in Zeitschrift "The Accountant 1950", Seite 140
- Mallews, Kurt : Entwicklung und Stand der ostzonalen und ostsektoralen Rechnungslegung, (Buchführung und Bilanz) Gesamtüberblick, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1949 und 1950
- Mann, H. : Die Bedeutung der unterschiedlichen Kostenstruktur der Betriebe bei der Festsetzung von Planpreisen, in "Deutsche Finanzwirtschaft", Nr. 7, 1952
- Maus, Günter : Die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaften, Diss., Köln 1960
- May, George O. : Financial Accounting, New York 1946
- Mellerowicz : Die neue Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe, in Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft", 1948
- : Betriebswirtschaftslehre und politische Ökonomie, in Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft", 3. Jg., Nr. 15

- Merziger, Albrecht : Verrechnungstechnische Betrachtung und Kritik der Abschreibung nach britischem Einkommensteuerrecht, Saarbrücken 1958
- Meßbauer, Rolf : Die Finanzplanung 1954 der zentralverwalteten volkseigenen Industrie, in Schriftenreihe "Deutsche Finanzwirtschaft", Heft 29, Seite 26
- Oeffler, Ernst
- Meyer, L. : Bilanznormung und Bilanzprüfung im neuen englischen Aktienrecht, in "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", 1919 und 1954
- Mitrofanow, W. und Pronin, W. : Finanzrevision von Bauorganisationen, Berlin, Verlag: "Die Wirtschaft", 1955
- Möller, A. : Probleme der konsolidierten Bilanz, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1954
- Montgomery, R.H. : Montgomery's Auditing, New York 1949
- Moxter, Adolf : Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln-Opladen 1962
- : Bilanzierung und unsichere Erwartungen, in "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", Dez. 1962, Heft 12
- Münstermann : Der Gesamtwert des Betriebes, in "Schweizerische Zeitschrift für Kaufmännisches Bildungswesen", Basel 1952, 46. Jg., Heft 10
- Minz, Willy : Rechnungslegung und Abschlußprüfung, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", Düsseldorf 1955, Seite 73 ff.
- Nicholson : im Summer Course 1949 "Some problems of general Practice", Seite 125 - 126
- Niehus, Rud. : Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage im amerikanischen Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1956
- Norris, H. : Accounting Theory and Economics, in "Studies in Accounting", London 1948, Seite 321
- : Fixed Assets and Current Assets, (Illogicalities of Classification) in "The Accountant", Jg. 1949, Seite 616
- : Accounting Theory, London 1946
- Nove, Alec : The Soviet Economy, London 1951
- N.N. : Aufgaben des Rechnungswesens in der volkseigenen Industrie, in "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1952, Heft 25

- Oelssner, Fred : Über die wirtschaftliche Rechnungslegung, Berlin 1952
- Opitz, G. : Die Bedeutung des Rechnungswesens für unsere volkseigene Wirtschaft, Berlin 1953
- Opitz, G. und Oefler, E. : Die Buchführung der östlichen volkseigenen Industriebetriebe wird umgestellt, in "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1956, 10. Jg.
- Opitz-Losinski : Die Organisation des Rechnungswesens nach einem Arbeitsplan, Berlin 1951
- Paton, W.A. : Depreciation and the Price Level, in "Accounting Review, Jg. 1948, S. 119
- de Paula : Advanced Accounting, New York 1949
- de Paula : Developments in Accounting, London 1948
- de Paula : The Principles of Auditing, London 1951
- Prest, A.R. : Replacement Cost Depreciation, in "Accounting Research", Jg. 1950, S. 385
- Preyer, H.D. : Zur Neuordnung des englischen Aktienrechts, Berlin und Tübingen 1956
- Prion, W. : Kapital und Betrieb, Leipzig 1929
- Protopopow, S.N. : Die Betriebsanalyse in der Bauwirtschaft, Berlin, Verlag: "Die Wirtschaft", 1955
- Rätsch, Herbert : Prüfungsberichte in den USA, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1952
- Riebel, Paul : Die Problematik der Normung von Abschreibungen, in Zeitschrift "Der Betrieb", 13. Jg., 1960, Seite 729 ff.
- Rieger, W. : Einführung in die Privatwirtschaftslehre, Erlangen 1959
- Robson, T.B. : Fifteen Months Experience of the Companies Act 1948, The Institute, Autumnal Meeting 1949
- RöBle : Welche Bedeutung hat das heutige Rechnungswesen für Kaufmann und Wirtschaft? in "Das neuzeitliche Rechnungswesen", (Handbuch für Buchführung, Betriebsabrechnung und Kostenrechnung), Hamburg 1939
- Rowinski, N.N. : Der Staatshaushalt der UdSSR, Teil II Berlin, Verlag: Kultur und Fortschritt, 1953
- Rowland, Stanley W. : Das britische Prüfungs- und Treuhandwesen und seine Beziehungen zur britischen Wirtschaftsentwicklung, in Zeitschrift "Der Wirtschaftstreuhänder", 1938, Seite 328/34

- Sanders, T.H. : Plant Depreciation and 1949 Price Levels, in "Accounting Research", Jg. 1949, Seite 108
- Shebrak, M.C. : Lehrbuch für das industrielle Rechnungswesen, Berlin 1953
- Siebel, Ulf : Fragen zur Vereinheitlichung des Aktienrechts, Stuttgart 1954
- Smirnow, W.J. : Die Betriebsanalyse im Handel, Berlin, Verlag: "Die Wirtschaft", 1954
- Smith, C.A. : Financial and Administrative Accounting, New York, Toronto, London 1955
- Ashburns, Jim G.
- Spicer & Pegler : Practical Auditing, 10. Auflage, London 1951
- : Book-Keeping and Accounts, 12. Auflage, London 1950
- Schenkelberg, W. : Die Entwicklung amerikanischer Unternehmungen der chemischen Industrie in den Jahren 1946-1951 unter besonderer Berücksichtigung der Jahresabschlüsse als Grundlage des Bilanzvergleichs, Diss., Mainz 1955
- Schmalenbach : Dynamische Bilanz, Leipzig 1948, 11. Aufl., Köln und Opladen 1953
- : Selbstkostenrechnung und Preispolitik, 6. Auflage 1934
- Schmaltz, Kurt : Bilanz- und Betriebsanalyse in Amerika, 1927
- : Die amerikanische Bilanzierungspraxis, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1948
- Schmidt, Johannes : Wirtschaftliche Rechnungsführung und Besteuerung, Heft 6, Berlin 1953
- Schmölders, G. : Rechnungslegung, Prüfung und Publizität der Aktiengesellschaft, in "Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung", N.F., Jg. 1950, Seite 279
- Schmölder, Karl : Die Zukunft der Aktiengesellschaft, Vortrag auf der Arbeitstagung der Schmalenbach-Vereinigung in Köln, April 1950, abgedruckt in "Die Wirtschaftsprüfung", 1950, Nr.7
- Schneider, Dieter : Die wirtschaftliche Nutzungsdauer von Anlagegütern als Bestimmungsgrund von Abschreibungen, Köln-Opladen 1961
- Scholomowitsch, J.A. : Die Betriebsanalyse in der Industrie, Berlin, Verlag: "Die Wirtschaft", 1955

- Schulz, C.E. : Bilanzklarheit - zur Frage der produktionswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Bestandteile der Industriebilanz, in Zeitschrift "Der Wirtschaftstreuhänder", Jg. 1936, Seite 183
- Schultz, L. : Russische Rechtsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart einschl. des Rechts der Sowjetunion, Lahr 1951
- Schwenkenbecher, H. : Richtige Finanzierung des VEB, in "Deutsche Finanzwirtschaft", 8. Jg., Nr.7
- Stauch, Siegfried : Der Kontenrahmen, in "Handbuch des Hauptbuchhalters, Berlin 1952
- Studt, Emil : Die privatwirtschaftliche Erfolgsrechnung in den Vereinigten Staaten von Amerika, Bühl 1935
- Thamm, J. : Der Betriebsplan des volkseigenen Industriebetriebes, Berlin 1952
- Lange, H.
Krauthe, E.
- Topham, A.F. : Principles of Company Law, 11th edition, London 1949
- Tremper, E. : Accountant auditing statement of SEC - registered company has a responsibility to public as well as to management, in "Journal of Accountancy", 1954, Seite 214-215
- Trumpler, H. : Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der USA, Basel 1942
- Das Bilanz- und Steuerrecht der A.G. nach englischem Recht, Basel 1939
- Die Börsengesetzgebung der USA, Sonderabdruck aus dem Bank-Archiv, Berlin 1938, 37/38. Jg., Nr.4
- van der Velde, Kurt : Amtliche Tabellen für betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, in Zeitschrift "Der Betrieb", 10. Jg., 1957
- Walb, Ernst : Finanzwirtschaftliche Bilanz, 2. Aufl., Duisburg 1947
- Weinberger, B. : Die Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung und ihre Anwendung, in "Deutsche Finanzwirtschaft", 6. Jg., Nr.3, 1951
- Weiß, A. : Die Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act 1948, Aufsatzreihe in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", Stuttgart 1949, 2. Jg.
- Erläuterungen zum Companies Act, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1950

- Werntz, W.W. : Impact of federal legislation upon accounting, in "Accounting Review", 1953, Seite 159-169
- Whittaker, A. : The Companies Act 1947 in Practice, Aufsatzreihe in "The Economist", London 1948, Seite 387-467
- Wiemann, H.H. : Ordnungsmäßige Rechnungslegung englischer Aktiengesellschaften aus deutscher Sicht, Diss., Köln 1958
- Wilmut, Adolf : Analyse der betriebswirtschaftlichen Struktur der volkseigenen Betriebe, Berlin 1958
- Weiß, Alfred : Wirtschaftsprüfung in den USA, in Zeitschrift "Die Wirtschaftsprüfung", 1948, Seite 39 ff.
- Winternitz : Zur Kritik der betriebswirtschaftlichen Metaphysik, in "Deutsche Finanzwirtschaft", 3. Jg., Nr.25
- Wixon, Rufus : Accountants Handbook, 4. Ausg., New York 1957
- Wolf, Herbert : Das neue Rechnungswesen, in Zeitschrift "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin 1948, 2. Heft
- Überück, Horst
- Wrede, E. : Die neuere amerikanische Erfolgsrechnung, in Zeitschrift "Der Wirtschaftstreuhänder", Berlin 1939, 8. Jg., S. 96
- Zicker, H. : Bilanzwahrheit in USA, in "Spiegel der Wirtschaft", Vaduz, Mai 1951

Sonstige Literatur

- "Accounting for Inflation : The Taxation and Research Committee of the Association of Certified and Corporate Accountants, London 1952
- Board of Trade : Report of the Committee on Company Law Amendment (1925 - 1926) London His Majesty's Stationary Office 1929 und 1953
- Cohen Report : Report of the Committee on Company Law Amendment, London 1945, Stationary Office
- : Companies General Annual Report by The Board of Trade for the Year ended 31st. Dec. 1953, Stationary Office, London 1954
- Fachgutachten des Institutes der Wirtschaftsprüfer, Stuttgart 1948
- House of Lords : Official Report, April 1947, col. 964

Law Reports : Chancery Division 1918, Vol.I, S. 275
Observations on Rec. XV of the Institute of Chartered Accountants
England and Wales on Accounting to Changes in the Purchasing
Power of Money; veröffentlicht in "The Accountant", Jan. 16th
1954, Seite 74-75

Recommendations on Accounting Principles; The Institute, London
1953

Sonderheft 7 der Schriftenreihe "Deutsche Finanzwirtschaft",
Berlin 1948

A Statement on the Accounting Implications of Changing Money
Values, issued by the Council of the Society of Incorporated
Accountants and Auditors for guidance of the members of the
Society; veröffentlicht in "The Accountant", Jan. 16th 1954,
Seite 74-75

Grundbegriff des neuen englischen Companies - Rechts und ihre
wirtschaftliche Bedeutung, in "Die Wirtschaftsprüfung", Stutt-
gart 1951, 4. Jg.,

Veröffentlichungen des American Institute of Certified Public
Accountants:

1. Accounting Research Bulletins 1 - 49
2. Accounting Trends and Techniques, 11. Auflage, 1957
3. A Statement of Accounting Principles, 1938
4. Statements on Auditing Procedure
5. Statement to the SEC on Professional Disciplinary Procedures,
in "Journal of Accountancy", Febr. 1951, Seite 58-63
6. Suggestions for operating under the SEC's new rules governing
financial statements, in "Journal of Accountancy", Febr. 1951,
Seite 230-237

Veröffentlichungen der United Securities Exchange Commission
und der New York Stock Exchange:

1. Accounting Series Releases Nr. 1-77, veröffentlicht 10.3.1956
2. Annual Reports of the SEC
3. New York Stock Exchange Company Manual
4. SEC Decisions and Reports
5. Regulations S - X, Form and Content of Financial Statements

Zeitschriften

The Accountant, London

Accountancy, London

Accounting Review, New York

Betriebswirtschaftliche Beiträge, Bremen

Bilanzveröffentlichungen in folgenden Zeitungen:

"The Financial Times"

"The Times"

"The Economist"

Commercial and Financial Chronicle, New York

Journal of Accountancy, New York

Journal of Commerce, New York

Die Wirtschaftsprüfung, Stuttgart

Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Wiesbaden

Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge,
Köln-Opladen

Zeitschrift: "Deutsche Finanzwirtschaft", Berlin (Ost)

L e b e n s l a u f

Zu- und Vorname : G ü n t h e r , Erich
Geburtstag und Ort : 4. August 1935, Frankfurt am Main
Eltern : kfm. Ang. Günther, Philipp
Günther, Elisabeth geb. Ohlig
Schulbildung : 1941 - 1946 Volksschule, Frankfurt a.M.
Volksschule, Mosbach/Rhön
1946 - 1952 Realgymnasium Musterschule,
Frankfurt am Main
1952 - 1955 Wirtschaftsoberschule
Frankfurt am Main
1955 Reifeprüfung
Praktische Tätigkeit : 1955 - 1957 während der jeweiligen Semesterferien als kfm. Praktikant bei verschiedenen Industriebetrieben
Studien : Sommersemester 1955 - Wintersemester 62/63
an der Universität Frankfurt am Main
Studienfächer:
allg. Betriebswirtschaftslehre
allg. Volkswirtschaftslehre
Treuhand - Betriebslehre
Bank - Betriebslehre
Betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Bürgerliches- und Handelsrecht
Akademische Lehrer : Prof. Dr. Banse
Prof. Dr. Birck
Prof. Dr. Hagenmüller
Prof. Dr. Hax
Prof. Dr. Koch
Prof. Dr. Loitlsberger
Prof. Dr. Meier
Prof. Dr. Möller
Prof. Dr. Napp-Zinn
Prof. Dr. Neumark
Prof. Dr. Sauermann
Prof. Dr. K. Schmid
Prof. Dr. Wehrle
Prof. Dr. Müller-Freienfels
Dr. Dr. Dornemann
Kaufm. Diplomprüfung : 25. November 1959
Berufsausübung : 1.7.1961 - Ende 1961 Neckermann KG,
Betriebswirtschaftliche Abteilung
1.1.1962 Farbwerke Hoechst AG,
Rechnungswesen

L

C

P

1

R

10

S

B

A

V

Ac

Sc

Se

Gr

wi

ga

Ve

Ac

1.

2.

3.

4.

5.

6.

Ver

und

1.

2.

3.

4.

5.

The

Acc

Acc

Betr

Bil

1

1

1

Comm

Jour

Jour

Die

Zeit

Zeit

Köln

Zeit

